

VERBUND BERICHT

2017

KENNZAHLEN DES VOLKSBANKEN-VERBUNDES

Werte in EUR Mio.	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
Bilanz			
Bilanzsumme	25.323	24.466	27.815
Forderungen an Kunden	19.768	19.386	22.619
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	20.850	20.018	22.324
Verbriefte Verbindlichkeiten	624	966	1.748
Nachrangkapital	671	325	385
Eigenmittel nach Basel III für den Volksbanken-Verbund			
Hartes Kernkapital (CET1)	1.636	1.642	1.824
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	10	0	0
Kernkapital	1.646	1.642	1.824
Ergänzungskapital (T2)	553	362	489
Eigenmittel	2.199	2.003	2.313
Risikogewichtete Beträge Kreditrisiko	11.700	11.609	13.195
Gesamtrisikobetrag Abwicklungsrisiken	0	0	0
Gesamtrisikobetrag Marktrisiko	112	153	180
Gesamtrisikobetrag Operationelle Risiken	1.369	1.442	1.583
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung	60	61	93
Gesamtrisikobetrag	13.240	13.266	15.051
Harte Kernkapitalquote¹⁾	12,36 %	12,38 %	12,12 %
Kernkapitalquote¹⁾	12,43 %	12,38 %	12,12 %
Eigenmittelquote¹⁾	16,61 %	15,10 %	15,37 %
Ergebnisse			
	1-12/2017	1-12/2016	1-12/2015
Zinsüberschuss	443,1	423,1	488,6
Risikovorsorge	-45,4	-92,0	-52,9
Provisionsüberschuss	236,9	239,8	229,0
Handelsergebnis	14,4	8,9	13,5
Verwaltungsaufwand	-585,5	-615,2	-642,6
Restrukturierungsergebnis	1,3	3,1	-0,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-2,8	-28,2	27,3
Ergebnis Finanzinvestitionen	-14,1	-8,6	6,6
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity	-7,6	0,3	0,0
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches	0,0	-15,6	-175,1
Ergebnis vor Steuern	40,1	-84,4	-105,8
Ertragsteuern	21,0	5,0	38,6
Ergebnis nach Steuern	61,2	-79,5	-67,2
Fremdanteile	0,0	0,0	-1,6
Konzernergebnis	61,1	-79,5	-68,8
Ratios²⁾			
Operative Cost-Income-Ratio	84,1 %	84,5 %	82,9 %
ROE vor Steuern	2,3 %	-3,9 %	3,2 %
ROE nach Steuern	3,5 %	-3,8 %	4,3 %
ROE Konzern	3,6 %	-3,8 %	4,4 %
NPL Ratio	3,7 %	4,5 %	4,6 %
Net interest margin	1,7 %	1,7 %	1,8 %
Leverage Ratio	6,2 %	6,5 %	6,2 %
Net Stable Funding Ratio (NSFR)	130,0 %	127,1 %	136,3 %
Loan Deposit Ratio	94,9 %	95,7 %	96,8 %
Coverage Ratio I	37,4 %	31,9 %	30,6 %
Coverage Ratio III	101,6 %	94,2 %	90,2 %
Ressourcen			
	1-12/2017	1-12/2016	1-12/2015
Ø-Anzahl Mitarbeiter	4.194	4.560	n.a.
hievon Inland	4.140	4.529	n.a.
hievon Ausland	54	31	n.a.
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
Ultimo-Anzahl Mitarbeiter	4.121	4.347	4.994
hievon Inland	4.068	4.281	4.929
hievon Ausland	53	66	65
Anzahl Vertriebsstellen	343	402	464
hievon Inland	340	399	462
hievon Ausland	3	3	2
Kundenanzahl	1.134.339	1.177.956	1.151.006

1) Bezogen auf das Gesamtrisiko

2) Die operative Cost-Income-Ratio errechnet sich aus Betriebsertrag im Verhältnis zum Betriebsaufwand. Der Betriebsertrag besteht aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis sowie wenn positiv Sonstiges betriebliches Ergebnis und Ergebnis einer Veräußerungsgruppe. Der Betriebsaufwand enthält den Verwaltungsaufwand sowie wenn negativ Sonstiges betriebliches Ergebnis und Ergebnis einer Veräußerungsgruppe. Das sonstige betriebliche Ergebnis und das Ergebnis einer Veräußerungsgruppe werden um sonstige Steuern, Entkonsolidierungsergebnis und Bewertungsergebnis IFRS 5 bereinigt. Der ROE vor Steuern zeigt das Ergebnis vor Steuern in Verhältnis zum Ø-Eigenkapital inkl. Fremdanteile. Der ROE nach Steuern zeigt das Ergebnis nach Steuern in Verhältnis zum Ø-Eigenkapital inkl. Fremdanteile. Der ROE Konzern zeigt das Konzernergebnis in Verhältnis zum Ø-Eigenkapital ohne Fremdanteile. Die NPL Ratio zeigt den Bestand der non performing loans im Verhältnis zum Gesamttrahnen aller Kundenforderungen. Die net interest margin zeigt den Zinsüberschuss im Verhältnis zur Bilanzsumme. Die Leverage Ratio zeigt das Geschäftsvolumen (CCF-gewichtete off-balance-Positionen sowie Add-on Derivate, Wiederbeschaffungswert Derivate, Forderungsanrechnung bei Derivatgeschäften und bilanzielles Volumen) im Verhältnis zum Kernkapital Tier 1 (CET 1 + AT1). Die NSFR zeigt die verfügbare stabile Refinanzierung im Verhältnis zu der erforderlichen stabilen Refinanzierung. Die Loan Deposit Ratio zeigt die Summe aus Darlehenskrediten, Kontokorrentkrediten abzüglich Konsortialkrediten im Verhältnis zu der Summe aus Spareinlagen, Sichteinlagen, Festgeldern und verbrieften Verbindlichkeiten. Die Coverage Ratio I zeigt die Deckungsquote der ausgefallenen Kredite (NPL) durch Risikovorsorgen. Die Coverage Ratio III zeigt die Deckungsquote der ausgefallenen Kredite (NPL) durch Risikovorsorgen und Sicherheiten.

INHALT

VERBUNDLAGEBERICHT

- 4** Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage
 - 4** Geschäftsverlauf
 - 8** Bericht über die Zweigniederlassungen
 - 8** Finanzielle Leistungsindikatoren
 - 9** Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
- 11** Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Verbundes
 - 11** Voraussichtliche Entwicklung des Verbundes
- 12** Bericht über Forschung und Entwicklung
- 12** Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

VERBUNDABSCHLUSS

- 16** Verbundgesamtergebnisrechnung
- 17** Verbundbilanz zum 31. Dezember 2017
- 18** Entwicklung des Verbundeigenkapitals und der Geschäftsanteile
- 19** Verbundgeldflussrechnung
- 20** Inhaltsverzeichnis Notes
- 22** Anhang (Notes) zum Verbundabschluss
- 134** Bestätigungsvermerk

TERMINOLOGIE UND IMPRESSUM

- 140** Terminologie
- 141** Impressum

VERBUND LAGEBERICHT

- 4** Bericht über den
Geschäftsverlauf und die
wirtschaftliche Lage
 - 4** Geschäftsverlauf
 - 8** Bericht über die
Zweigniederlassungen
 - 8** Finanzielle
Leistungsindikatoren
 - 9** Nichtfinanzielle
Leistungsindikatoren

 - 11** Bericht über die voraussichtliche
Entwicklung und die Risiken des
Verbundes
 - 11** Voraussichtliche Entwicklung
des Verbundes

 - 12** Bericht über Forschung und
Entwicklung

 - 12** Berichterstattung über wesentliche
Merkmale des internen Kontroll-
und des Risikomanagementsystems
im Hinblick auf den Rechnungs-
legungsprozess
-

VERBUNDLAGEBERICHT

Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

Geschäftsverlauf

Nach dem starken Fusionsjahr 2016 wurden in 2017 weitere Fusionen durchgeführt sodass mit Ende des Geschäftsjahres die Fusionen im Verbund weitgehend abgeschlossen sind. Offen ist nur noch die Einbringung des Bankbetriebs der Waldviertler Volksbank Horn reg.Gen.m.b.H. in die VBW. Am 21. März 2018 wurde in der Generalversammlung der VB Horn einstimmig die Fusion mit der VBW beschlossen. Vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Gremien in der VBW soll die Fusion noch im ersten Halbjahr 2018 erfolgen.

Aufgrund von Satzungsänderungen wurden im Geschäftsjahr 2017 Verwaltungsgenossenschaften, die bisher aufgrund der in § 30a BWG definierten Voraussetzungen für den Einbezug konsolidiert wurden, entkonsolidiert.

Die Mitglieder des österreichischen Volksbanken-Verbundes positionieren sich weiterhin als starke Regionalbank mit Fokus auf Retail und Kommerz in Österreich. Innerhalb des Verbundes nimmt die VBW als ZO weitreichende Steuerungs- und Lenkungsfunktionen wahr und ist unter anderem auch für das verbundweite Risiko- und Liquiditätsmanagement zuständig.

Im Geschäftsjahr wurde neben dem Fokus auf den Vertrieb der Schwerpunkt auf die Umsetzung kostenintensiver Projekte aufgrund regulatorischer Anforderungen sowie auf strategisch wichtige Themen gelegt. Hervorzuheben sind hier insbesondere die neuen Anforderungen des IFRS 9, MiFID sowie die Digitalisierung im Vertrieb. Darüber hinaus hat der Volksbanken-Verbund im Jahr 2017 ein besonderes Augenmerk auf das Management der Non-Performing Loans (NPL) gelegt. Die NPL-Quote konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 3,7% (31. Dezember 2016: 4,5%) reduziert werden.

Der durchgeführte aufsichtsrechtliche Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process – SREP) erfolgte mit Stichtag 31. Dezember 2016. Mit Beschluss vom 19. Dezember 2017 erfolgte die Festsetzung der Kapitalempfehlung zur Säule 2, welche auf Ebene des Verbundes einzuhalten ist und derzeit auch eingehalten wird.

Im Februar 2017 vergab Moody's Investors Service erstmalig mit Baa2 ein Rating für Einlagen der VBW. Ebenfalls erstmalig wurde auch im März 2017 das Covered Bond Programm (hypothekarisch besicherte fundierte Bankschuldverschreibungen) der VBW von Moody's mit einem Rating versehen und zwar mit der bestmöglichen Bewertung von Aaa.

Die Rating Agentur Fitch hob das Langfristige Emittenten-Ausfalls-Rating des Volksbanken-Verbundes im März 2017 von BB+ auf BBB- an und versah dieses mit einem positiven Ausblick.

Seit Ende Juni 2017 besteht eine gesicherte Judikatur zum Umgang mit Negativzinsen. Die Mitglieder des Volksbanken-Verbundes waren in keinem Verfahren beklagte Partei. Mögliche betroffene Kreditkonten wurden überprüft und im Falle eines Anspruchs wurden zu viel verrechnete Zinsen im Oktober 2017 an unsere Kunden refundiert.

Die VBW hat im Oktober 2017 eine, von Moody's mit Baa3 eingestufte, nachrangige Anleihe (T2) mit einem Emissionsvolumen von EUR 400 Mio. zur Verbesserung der Eigenmittelausstattung begeben. Dies führte im Oktober dazu, dass Moody's das Rating für Einlagen der VBW auf Baa1 an hob.

Wirtschaftliches Umfeld

Das österreichische Bruttoinlandsprodukt ist laut im Februar 2018 aktualisierter Schätzung des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) im Jahr 2017 um 2,9% J/J gewachsen. Dies stellt eine spürbare Zunahme der Dynamik gegenüber dem Jahr 2016 dar, in dem das Wachstum nur 1,5% J/J betragen hatte. Die Wirtschaft Österreichs hat damit im vergangenen Jahr deutlich stärker zugelegt als die der Eurozone, die laut Makroprojektion der Europäischen Zentralbank (Stand März 2018) um 2,5% J/J gewachsen ist. Das Wachstum in Österreich beruhte sowohl auf erhöhter Binnennachfrage als auch auf verstärkter Exportnachfrage.

Vor dem Hintergrund dieser Wachstumsbeschleunigung ist die österreichische Arbeitslosenquote im vergangenen Jahr leicht gesunken: Sie fiel von 5,7% zu Beginn des Jahres auf 5,3% im Dezember. In der Eurozone war der Abwärtstrend noch deutlicher: Von wesentlich höheren Werten ausgehend fiel die Arbeitslosenrate von 9,6% zu Jahresbeginn auf 8,7% im Dezember. Laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex schwankte die Inflationsrate in Österreich im vergangenen Jahr zwischen 2,0% und 2,5%. Österreich gehörte damit, wie schon in den Jahren davor, zu den Ländern mit den höchsten Inflationsraten der Eurozone. Im gemeinsamen Währungsraum lag die Teuerungsrate im vergangenen Jahr zwischen 1,3% und 2,0%.

Die Geldpolitik in der Eurozone blieb auch im vergangenen Jahr sehr expansiv. Die Europäische Zentralbank (EZB) beließ den Hauptrefinanzierungssatz bei 0,00 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25 % und den Einlagensatz bei -0,40 %. Im März 2017 entschied die EZB aber, ihre monatlichen Wertpapierkäufe von EUR 80 Mrd. auf EUR 60 Mrd. zu senken. Im Oktober erklärte sie, die Nettokäufe ab Jänner 2018 im verminderten Umfang von monatlich EUR 30 Mrd. zumindest bis September 2018 weiterzuführen.

Die Geldmarktzinsen blieben das gesamte vergangene Jahr fast unverändert. Der Dreimonatssatz begann das Jahr mit -0,32 % und beendete es mit -0,33 %. Die Renditen am Kapitalmarkt haben im vergangenen Jahr hingegen geringfügig angezogen. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe in Österreich stieg 2017 von 0,43 % auf 0,59 % an. In Deutschland stieg sie von 0,20 % auf 0,42 %.

Trotz der Straffung der Geldpolitik in den USA – die US-Notenbank hob 2017 ihren Leitzins in drei Schritten um insgesamt 75 Basispunkte an – wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar im Jahresverlauf deutlich auf. Und zwar von 1,05 USD/EUR auf 1,20 USD/EUR. Auch gegenüber dem Schweizer Franken zeigte sich der Euro deutlich stärker.

Regionalentwicklung und Branchen

Mit fortschreitendem wirtschaftlichen Aufschwung hat sich das West-Ost-Gefälle der vergangenen Jahre 2017 deutlich abgemildert. Gemessen am Zuwachs der Bruttowertschöpfung im ersten Halbjahr 2017 im Vergleich zum ersten Halbjahr 2016 war die regionale Konjunkturerwicklung in Wien mit einem Plus von 2,9 % J/J zwar robust, aber unterdurchschnittlich. Mit dem gesamtösterreichischen Schnitt mithalten konnten lediglich die Bauproduktion sowie die Übernachtungszahlen im Tourismus. Im dritten Quartal verbesserte sich der Tourismus, während Bausektor und Einzelhandel im regionalen Vergleich zurückfielen. Die im ersten Halbjahr schwache Sachgütererzeugung erholte sich im dritten Quartal stark. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den ersten neun Monaten 2017 gesunken, der Rückgang blieb im Bundesländervergleich aber unterdurchschnittlich.

In Niederösterreich entwickelte sich die regionale Bruttowertschöpfung im Bundesländervergleich unauffällig. Bei einem Plus von 3,6 % J/J der Bruttowertschöpfung im ersten Halbjahr war die für das Bundesland wichtige Sachgütererzeugung sehr stark. Schwächer als der österreichische Durchschnitt war trotz Zuwächsen zunächst die Bauproduktion, die im dritten Quartal aber aufholte. Auch der Tourismus war im dritten Quartal stark. Der Rückgang bei der Zahl der Arbeitslosen war im ersten Halbjahr weniger ausgeprägt als in den anderen Bundesländern, gewann im dritten Quartal aber deutlich an Schwung.

Ebenso sehr ähnlich wie die gesamtösterreichische Entwicklung war die des Burgenlandes. Hervorgestochen ist das Bauwesen, das in den ersten drei Quartalen 2017 die bei weitem höchsten Zuwächse aller Bundesländer verzeichnete. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern entwickelte sich der Tourismus am schwächsten. Dieser hatte allerdings im Vorjahr auch einen ungewöhnlich starken Zuwachs erlebt. Die Zahl der Arbeitslosen ist überdurchschnittlich stark zurückgegangen.

Die Steiermark verzeichnete in den ersten beiden Quartalen 2017 ebenfalls eine kaum vom gesamtösterreichischen Trend abweichende wirtschaftliche Entwicklung. Im Bundesländervergleich überdurchschnittlich gut war die Lage im Dienstleistungssektor, vor allem bei den unternehmensnahen Dienstleistungen. Im dritten Quartal erfuhr die für das Bundesland wichtige Sachgütererzeugung ein starkes Wachstum. Deutlich verbessert hat sich die Lage am Arbeitsmarkt, der Rückgang bei der Zahl der Arbeitslosen war stärker als im österreichischen Durchschnitt und wurde nur in Tirol übertroffen.

Kärnten war im ersten Halbjahr 2017 das Bundesland mit dem stärksten Zuwachs bei der Bruttowertschöpfung. Dies hat es unter anderem einem sehr starken Wachstum bei der Sachgüterproduktion und im Bausektor zu verdanken, das sich im dritten Quartal allerdings verlangsamte. Kein einziger Wirtschaftssektor entwickelte sich im Bundesländervergleich unterdurchschnittlich. Dementsprechend kam es in Kärnten auch zu einem deutlichen Rückgang bei der Zahl der Arbeitslosen. Die Beschäftigung wuchs im dritten Quartal schwächer als in den anderen Bundesländern. Weil gleichzeitig aber auch das Arbeitskräfteangebot nur wenig zunahm, kam es zu einem überdurchschnittlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Nach Kärnten konnte Oberösterreich im ersten Halbjahr 2017 mit einem Plus von 4,2 % J/J bei der Bruttowertschöpfung die zweitbeste Entwicklung aller Bundesländer verzeichnen. Die Sachgütererzeugung, die in Oberösterreich eine sehr große Rolle spielt, und das Bauwesen trugen wesentlich dazu bei. Im dritten Quartal befand sich das Bundesland dann im österreichischen Mittelfeld, wobei in diesem Quartal Tourismus und Einzelhandel positiv hervorstachen. Der Rückgang bei der Zahl der Arbeitslosen entsprach dem österreichweiten Trend.

Salzburg belegte im ersten Halbjahr 2017 bei der wirtschaftlichen Entwicklung den letzten Platz unter den Bundesländern und auch das dritte Quartal war von vergleichsweise bescheidenem Wachstum geprägt. Die Bruttowertschöpfung war im ersten

Halbjahr lediglich um 2,0% höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Der Einzelhandel, der im ersten Halbjahr noch überdurchschnittlich war, wies im dritten Quartal einen leichten realen Umsatzrückgang auf. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in Salzburg aber dennoch zurückgebildet.

Die sehr gute Entwicklung im Tourismus im zweiten Quartal verhalf Tirol nach einem enttäuschenden ersten Quartal zu einem insgesamt durchschnittlichen Anstieg der Bruttowertschöpfung im ersten Halbjahr. Die anderen Sektoren zeigten kaum Abweichungen vom österreichweiten Muster, ebenso wenig die Zahl der Arbeitslosen. Im dritten Quartal war die Dynamik vor allem von der Bauproduktion getragen und die Einzelhandelsumsätze stiegen so kräftig wie in keinem anderen Bundesland. Trotz steigenden Arbeitskräfteangebots war Tirol das einzige Bundesland, das im dritten Quartal einen zweistelligen Rückgang in der Arbeitslosigkeit verbuchte.

Vorarlberg belegte im ersten Halbjahr 2017 vor Salzburg den zweitletzten Platz in der regionalen Konjunktorentwicklung und blieb auch im dritten Quartal hinter dem österreichischen Trend zurück. Hauptverantwortlich dafür war die schwache Entwicklung bei der Sachgüterproduktion, die im ersten Halbjahr im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres sogar gesunken ist und im dritten Quartal nach Kärnten die zweit schwächste Zuwachsrate zeigte. Auch der Tourismus blieb hinter dem österreichischen Durchschnitt zurück. Im dritten Quartal gab zwar der Bausektor ein starkes Lebenszeichen, die Arbeitslosigkeit nahm – anders als in allen anderen Bundesländern – jedoch sogar etwas zu.

Am österreichischen Wohnimmobilienmarkt setzte sich 2017 die gute Entwicklung der Vorjahre fort. Die Preisschere zwischen Wien und den anderen Bundesländern nahm etwas ab. Im vierten Quartal 2017 lagen die Jahreswachstumsraten für die Preise von Eigentumswohnungen und Einfamilienhäusern außerhalb Wiens jeweils bei rund 7%. In Wien nahmen die Preise für Eigentumswohnungen nur mehr um 0,6% J/J zu, jene für Einfamilienhäuser gingen sogar zurück. Einen starken Anstieg verzeichneten die Preise für Baugrundstücke für Wohnimmobilien mit 11,5% J/J in Wien und 12,5% J/J außerhalb Wiens (jeweils Q2/2017). Die Leistbarkeit, gemessen am Verhältnis zwischen Preisen und verfügbarem Nominaleinkommen, war Mitte 2017 sowohl in Wien als auch in Österreich insgesamt etwas besser als im Vorjahr, wobei der entsprechende Index der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) mit 98,4 Punkten in Wien deutlich ungünstiger ausfiel als im restlichen Österreich mit 123,6 Punkten. Die anhaltend hohe Nachfrage nach Wohnimmobilien schlug sich auch am Kreditmarkt nieder. Die Wachstumsrate der Wohnbaukredite an private Haushalte war 2017 mit 4,7% J/J letztlich sogar noch etwas stärker als im Jahr 2016 mit 4,4%.

Ebenso wie 2016 war auch 2017 ein gutes Jahr für die österreichische Tourismuswirtschaft. Die Wintersaison 2016/2017 brachte trotz Schneemangels knapp einen neuen Nächtigungsrekord, wobei die Nächtigungen ausländischer Gäste leicht rückläufig waren. In der Sommersaison 2017 wurde das beste Nächtigungsergebnis seit dem Sommer 1992 erzielt. Überdurchschnittliche Zuwächse erzielten in beiden Saisonen gewerbliche Betriebe und Ferienwohnungen. Auch der Auftakt der Wintersaison 2017/2018 verlief erfreulich. Für das Gesamtjahr geht die Statistik Austria von 144,44 Millionen Nächtigungen in österreichischen Beherbergungsbetrieben aus, was einem Plus von 2,5% zum Vorjahr entspricht (inländische Gäste +1,3%, ausländische Gäste +3,0%). Auch die Ankünfte erreichten einen neuen Höchstwert. Mit Ausnahme Vorarlbergs verzeichneten alle Bundesländer zunehmende Nächtigungen. Die meisten Nächtigungen entfielen auf Tirol, gefolgt von Salzburg, Wien, der Steiermark, Kärnten, Oberösterreich, Niederösterreich, Vorarlberg und dem Burgenland. Die höchste Wachstumsrate verzeichnete Niederösterreich mit 7,6%, die Geringste Vorarlberg mit -0,2%.

Verbundergebnis

Das Verbundergebnis vor Steuern beträgt EUR 40 Mio. (2016: EUR -84 Mio.). Das Verbundergebnis nach Steuern und Minderheiten beträgt EUR 61 Mio. (2016: EUR -80 Mio.).

Der Zinsüberschuss beträgt für das Geschäftsjahr 2017 EUR 443 Mio. und liegt damit um EUR 20 Mio. über dem Ergebnis der Vergleichsperiode (2016: EUR 423 Mio.). Der Anstieg kommt im Wesentlichen aus der erstmaligen Erfassung der Effektivverzinsungen von Forderungen an Kunden in den Verbundbanken. Dabei wurde aus der Auflösung von Abgrenzungen aus den Vorjahren ein Betrag von EUR 24 Mio. in den Zinserträgen erfasst. Gegenläufig wirkt ein aufgrund des Zinsumfeldes und der Weitergabe der Negativzinsen geringeres Zinsergebnis aus dem laufenden Geschäft von EUR -4,5 Mio.

Die Position Risikovorsorge weist für das Geschäftsjahr 2017 mit EUR -45 Mio. um EUR 47 Mio. geringere Vorsorgen auf als in der Vergleichsperiode (2016: EUR -92 Mio.). Der Rückgang ist auf Auflösungen bzw. einem geringeren Vorsorgebedarf bei Einzel- und Portfoliowertberichtigungen insbesondere bei den Banken in Wien, Kärnten und Vorarlberg zurückzuführen.

Der Provisionsüberschuss beträgt in der Berichtsperiode EUR 237 Mio. und ging im Vergleich zur Vorperiode (2016: EUR 240 Mio.) geringfügig um EUR 3 Mio. zurück. Dem Anstieg bei Kreditgeschäft (EUR 6,0 Mio.), Girogeschäft und Zahlungsverkehr (EUR 10,1 Mio.) sowie beim Wertpapiergeschäft (EUR 7,9 Mio.) stehen Rückgänge im Devisengeschäft (EUR -4,4 Mio.) und dem Depotgeschäft (EUR -1,3 Mio.) gegenüber. Weiters wurden durch die erstmalige Anwendung der Verteilung der Kreditprovisionen auf die Laufzeit der Forderungen an Kunden Provisionserträge in Höhe von EUR 23,7 Mio. storniert.

Das Handelsergebnis beträgt im Geschäftsjahr 2017 EUR 14 Mio. und stieg im Vergleich zur Vorperiode (EUR 9 Mio.) um EUR 5 Mio. an. Der Anstieg kommt im Wesentlichen aus währungsbezogenen Geschäften und hier insbesondere aus der Volksbank Vorarlberg.

Der Verwaltungsaufwand mit EUR 586 Mio. (2016: EUR 615 Mio.) ist im Vergleich zum Vorjahr um EUR 30 Mio. geringer. Der Personalstand verringerte sich gegenüber dem Ultimo 2016 von 4.347 Mitarbeiter um 226 Mitarbeiter und beträgt nun 4.121 Mitarbeiter. Dieser Rückgang ging auch einher mit einer Senkung der Personalkosten um EUR 18 Mio. von 361 Mio. im Vorjahr auf EUR 344 Mio. in 2017. Im Bereich der Sachkosten stehen den Reduktionen im Bereich Werbung, Büro- und Kommunikationsaufwand sowie Aufwendungen für Geschäftsräume einmalige Kosten für Rechts-, Prüfungs- und Beratungsleistungen gegenüber und sind dadurch auf demselben Niveau wie 2016 geblieben. Die Abschreibungen von Sachanlagen gingen im Vergleich zur Vorperiode (EUR 46 Mio.) um EUR 11 Mio. zurück und betragen für 2017 EUR 34 Mio.

Das sonstige betriebliche Ergebnis beläuft sich für das Geschäftsjahr 2017 auf EUR -3 Mio. (2016: EUR -28 Mio.). Im Geschäftsjahr 2017 wurde aus dem Erwerb der Volksbank Almtal ein Ergebnis aus Unternehmenserwerb in Höhe von EUR 8 Mio. erfasst. Demgegenüber stehen Refundierungen für in Vorjahren verrechnete Negativzinsen in Höhe von EUR -11 Mio. Aus der Bewertung von Vermögenswerten zur Veräußerung bestimmt wurde ein Betrag von EUR -5 Mio. erfasst, der insbesondere der Volksbank Steiermark zuzurechnen ist. Die Bewertung der Veräußerungsgruppe VB Schweiz schlägt sich mit EUR -3 Mio. im sonstigen betrieblichen Ergebnis nieder. Das Vorjahr war vor allem durch die Sonderzahlung der Stabilitätsabgabe in Höhe von EUR -28 Mio. sowie einer Zahlung im Rahmen der Restrukturierungsvereinbarung an den Bund in Höhe von EUR -19 Mio., die im Zuge des Verkaufes der start:gruppe getätigt wurde, belastet.

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen beträgt für den Berichtszeitraum EUR -14 Mio. und liegt damit um EUR 6 Mio. unter der Vergleichsperiode (2016: EUR -9 Mio.). Negative Derivatebewertungen von EUR -6 Mio., Abwertungen von Beteiligungen in Höhe von EUR -6 Mio. sowie Bewertungen von investment property Vermögenswerten von EUR -3 Mio. sind die wesentlichen Bestandteile des Ergebnisses im laufenden Jahr.

Das Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity beträgt im Berichtsjahr EUR -8 Mio. (2016: EUR 0,3 Mio.). Aus der erstmaligen Equity Bewertung der VB Wien Beteiligung eG wurde ein Ergebnis von EUR -7 Mio. erfasst.

Im Vorjahr wurde im Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches das Ergebnis aus der start:gruppe (laufendes Ergebnis EUR -5 Mio., Entkonsolidierungsergebnis EUR -11 Mio.) erfasst.

Aufgrund der Steuerplanung der nächsten vier Jahre konnten im Geschäftsjahr 2017 aktive latente Steuern auf einen Teil der steuerlichen Verlustvorträge angesetzt werden. Auf steuerliche Verlustvorträge in Höhe von EUR 359 Mio. (2016: EUR 499 Mio.) werden keine aktiven latenten Steuern angesetzt. Auf die übrigen Bewertungsunterschiede vor allem im Bereich Derivate- und Wertpapierbewertung werden latente Steuern erfasst.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2017 EUR 25,3 Mrd. und hat sich im Vergleich zum Ultimo 2016 (EUR 24,5 Mrd.) im Wesentlichen durch den Anstieg der Veranlagung bei der EZB bzw. OeNB aufgrund höherer Kundeneinlagen um EUR 0,9 Mrd. erhöht.

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 0,5 Mrd. sind im Vergleich zum Ultimo der Vorperiode (EUR 0,6 Mrd.) geringfügig gesunken.

Die Forderungen an Kunden betragen zum 31. Dezember 2017 EUR 19,8 Mrd. und erhöhten sich im Vergleich zum Ultimo Vorjahr (EUR 19,4 Mrd.) um EUR 0,4 Mrd. Vor allem die Volksbanken in Nieder- und Oberösterreich trugen zu dem moderaten Anstieg bei.

Die Finanzinvestitionen von EUR 2,3 Mrd. gingen im Vergleich zum Vorjahr (EUR 2,4 Mrd.) leicht zurück.

In den Vermögenswerten zur Veräußerung bestimmt werden neben den Vermögenswerten der Veräußerungsgruppe VB Schweiz vor allem leerstehende Filialen sowie investment property Vermögenswerte ausgewiesen, deren Verkauf zum 31. Dezember 2017 bereits vertraglich fixiert bzw. höchstwahrscheinlich ist.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Vergleich zum Ultimo 2016 (EUR 0,4 Mrd.) ebenfalls nahezu unverändert geblieben.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von EUR 20,8 Mrd. sind im Vergleich zum Ultimo 2016 (EUR 20,0 Mrd.) um EUR 0,8 Mrd. gestiegen. Der Anstieg kommt im Wesentlichen aus den Volksbanken in Wien, Niederösterreich und Tirol.

Die verbrieften Verbindlichkeiten betragen zum 31. Dezember 2017 EUR 0,6 Mrd. und sind im Vergleich zum 31. Dezember 2016 (EUR 1,0 Mrd.) im Wesentlichen durch Tilgungen gesunken.

In den Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt sind die Verbindlichkeiten der Veräußerungsgruppe VB Schweiz ausgewiesen, welche Ende Februar 2018 veräußert wurde.

Die von der VBW im Oktober 2017 emittierte Nachranganleihe führte zu einem Anstieg im Nachrangkapital, das zum 31. Dezember 2017 EUR 0,7 Mrd. beträgt.

Die Eigenkapitalpositionen (inklusive Geschäftsanteile und nicht beherrschende Anteile) erhöhten sich im Berichtsjahr von EUR 1,7 Mrd. auf EUR 1,8 Mrd. zum Ultimo 2017. Neben dem Verbundjahresergebnis stieg die available for sale Rücklage vor allem durch die Aufwertungen von Beteiligungen um EUR 79 Mio. nach Abzug latenter Steuern an. Im Geschäftsjahr 2017 wurde eine Ausschüttung der VB Rückzahlungsgesellschaft mbH an den Bund in Höhe von EUR 13 Mio. durchgeführt. Die rückwirkende erstmalige Erfassung der Abgrenzungen für die Verteilung der Kreditprovisionen über die Laufzeit der Forderungen an Kunden wurde in Höhe von EUR -87 Mio. abzüglich aktiver latenter Steuern in Höhe von EUR 22 Mio. erfolgsneutral im Eigenkapital in der Zeile Veränderung durch Verschiebung in nicht beherrschende Anteile, Kapitalerhöhung und Entkonsolidierungen erfasst.

Bericht über die Zweigniederlassungen

Der Verbund verfügt über keine Zweigniederlassungen.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Verbund KI-Gruppe betragen zum 31. Dezember 2017 EUR 2,2 Mrd. (2016: EUR 2,0 Mrd.). Der Gesamtrisikobetrag belief sich zum 31. Dezember 2017 auf EUR 13,2 Mrd. (2016: EUR 13,3 Mrd.). Die Tier I Ratio bezogen auf das Gesamtrisiko beträgt 12,4 % (2016: 12,4 %), die Eigenmittelquote bezogen auf das Gesamtrisiko liegt bei 16,6 % (2016: 15,1 %). Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel, Gesamtrisikobetrag und daraus errechneter Kennzahlen wurden gemäß CRR (EU-Verordnung Nr. 575/2013) ermittelt. Zu näheren Ausführungen verweisen wir auf die Notes (insbesondere Kapitel 36).

Kennzahlen	2017	2016	2015
Return on Equity vor Steuern	2,3 %	-3,9 %	3,2 %
Return on Equity nach Steuern	3,5 %	-3,8 %	4,3 %
Cost-Income-Ratio	84,1 %	84,5 %	82,9 %

Der ROE vor Steuern berechnet sich als Quotient von Ergebnis vor Steuern und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und dem Bilanzstichtag des Vorjahres.

Der ROE nach Steuern berechnet sich als Quotient von Ergebnis nach Steuern und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und dem Bilanzstichtag des Vorjahres.

Die operative Cost-Income-Ratio errechnet sich aus Betriebsertrag im Verhältnis zum Betriebsaufwand. Der Betriebsertrag besteht aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis sowie wenn positiv sonstiges betriebliches Ergebnis

und Ergebnis einer Veräußerungsgruppe. Der Betriebsaufwand enthält den Verwaltungsaufwand sowie wenn negativ das sonstige betriebliche Ergebnis und das Ergebnis einer Veräußerungsgruppe. Das sonstige betriebliche Ergebnis und das Ergebnis einer Veräußerungsgruppe werden um sonstige Steuern, Entkonsolidierungsergebnis und Bewertung IFRS 5 bereinigt.

Die dargestellten Kennzahlen werden als branchenüblich angesehen und tragen wesentlich zur Bonitätsbeurteilung von Banken bei. Weiters wurde die Cost-Income-Ratio in der VBW als ein Frühwarnsanierungsindikator für das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (BaSAG) definiert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Human Resources

Der Bereich Human Resources war im Jahr 2017 mit der Nachbearbeitung der Fusionen aus den Vorjahren sowie der Umsetzung weiterer Fusionen beschäftigt. Dabei waren vor allem die laufende Optimierung und die Vereinheitlichung von Prozessen und Abläufen im Fokus. Wichtige Personalentwicklungstools wurden im Verbund gemeinsam neu überarbeitet und für die Implementierung 2018 vorbereitet. Hier seien stellvertretend das neue Mitarbeitergespräch sowie die gemeinsame Definition verbundweiter Berufsbilder erwähnt. Diese werden im Jahr 2018 fertig gestellt und ausgerollt. Die Berufsbilder bilden die Grundlage für eine Reihe von Maßnahmen im Bereich der Personalentwicklung. Bei der Projektarbeit wurden technische, organisatorische und rechtliche Aspekte einbezogen. Damit einhergehend wurde ein Kompetenzmodell für das jeweilige Berufsbild entwickelt. Künftig wird es mit den Berufsbildern möglich sein, Karriere- und Entwicklungswege verbundweit zu implementieren. Neben der laufenden Wissens- und Kompetenzentwicklung unterstützt dieses Projekt die Volksbank als attraktiven Arbeitgeber noch besser zu platzieren.

In Zusammenarbeit zwischen der Volksbank Akademie und den Verbundbanken konnte das Ausbildungsprogramm für unsere Mitarbeiter weiter ausgebaut werden. Neben den methodischen und inhaltlichen Erweiterungen des Programms wurden vor allem im Bereich des digitalen Lernens verbesserte Angebote bereitgestellt. Ein weiterer Schwerpunkt war die verbundweite Implementierung einer gemeinsamen SAP HCM Systemlandschaft. In diesem Zusammenhang konnten eine Reihe von einzelnen Projekten erfolgreich umgesetzt werden. Das Gesamtprojekt wird bis Ende 2018 abgeschlossen. Ziel ist eine verbundweite und einheitliche Abwicklung aller HR-relevanten IT-Agenden über SAP.

Wesentliche Organisations- und IT-Projekte

Das Projektportfolio des Volksbanken-Verbundes ist in 4 Clustern strukturiert: Vertrieb & Digitalisierung, Effizienz, Infrastruktur und Regulatorik. Im Folgenden werden die wesentlichen Initiativen des Jahres 2017 dargestellt:

Cluster Vertrieb & Digitalisierung

Unter dem Titel „digitales Volksbank Banking“ wurden neue Onlinebanking-Produkte entwickelt. Das umfangreiche Angebot im digitalen Banking am Desktop (mit Personalisierung, Personal Financial Management, globaler Suche uvm.) wurde mit innovativen Volksbank Apps ergänzt (bspw. Banking-App mit allen Funktionen wie am Desktop, Quick-App für eine rasche Kontostandsabfrage und TAN-App als neues sicheres Zeichnungsverfahren). Das digitale Banking als Informations-, Kommunikations- und Vertriebskanal zwischen Kunde und Bank wurde 2017 somit weiter forciert und wird auch im Jahr 2018 ein großer Schwerpunkt im Volksbanken-Verbund sein.

2017 wurde der Kreditprozess im Volksbanken-Verbund weiter optimiert. Ziel ist die Digitalisierung und Automatisierung der Prozesskette vom Beratungsgespräch bis zur Auszahlung des Kredites. Im Sinne eines Omnikanalansatzes soll ein Prozess umgesetzt werden, der sowohl vom Kunden online als auch in der Filiale verwendet werden kann. Der definierte Prozess wird ab Jänner 2018 implementiert. Dazu werden zunächst die konkreten technischen Anforderungen definiert und anschließend systemtechnisch und prozessual umgesetzt. Die Integration in das Kernbanksystem soll über definierte Schnittstellen erfolgen.

Die Erarbeitung dieser Schnittstellen – um künftig flexibel Applikationen von Drittanbietern anbinden zu können – erfolgt in einem Projekt Flexrail. Die Flexrail ist eine moderne serviceorientierte Architektur mit standardisierten Schnittstellen, an die künftig sowohl ARZ-Applikationen als auch Drittapplikationen angebunden werden.

Eine erste Anwendung der Flexrail erfolgt im Projekt „Online Kunde werden“. Mit diesem Projekt wird eine online Antragsstrecke für die Eröffnung eines Girokontos inkl. Karten umgesetzt. Neukunden haben mit dieser Applikation die Möglichkeit ein Girokonto komplett online anzulegen. Die Legitimation erfolgt per Video.

Cluster Effizienz

Im Projekt MSC (Markt Service Center) wurden verbundweit einheitliche Prozesse für die Abwicklung von Kunden-, Konto- und Depotprozessen erarbeitet. Für eine künftig zentrale Servicierung sowie eine einheitliche Weiterentwicklung wurde ein technischer Servicemandant entwickelt. Dieser Servicemandant ermöglicht die zentrale Parametrisierung für den gesamten Volksbanken-Verbund.

Cluster Regulatorik

Das regulatorisch erforderliche MiFID II Projekt umfasst die verbundweite Umsetzung aller gesetzlichen Anforderungen aus dem MiFID II/MiFIR Regulativ bzw. dem österreichischen WAG 2018 sowie PRIIPs (Anlegerschutz, Markttransparenz, Meldewesen, etc.). Dabei ist die gesamte Wertschöpfungskette im Wertpapier- sowie Derivatgeschäft gleichsam betroffen. Die Anforderungen betreffend Anlegerschutz beinhalten die Aspekte Produkteinführungs- und Produktüberprüfungsprozess, Anlageberatung inkl. Kundeninformation, Erweiterungen im Geldanlageprofil im Zuge der Zielmarkt-Prüfung (Kunde:Produkt), Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten sowie Einschränkungen von Zuwendungen. Die Markttransparenz setzt sich aus den Themen Systematische Internalisierung, Beste Exekution und Nachhandelstransparenz zusammen. Das Meldewesen befasst sich mit der Transaktionsmeldung, der Verlustschwellenmeldung sowie der Positionsmeldung bei (verbrieften) Warenderivaten/-zertifikaten.

Das Projekt IFRS 9, welches bereits 2015 gestartet wurde, ging 2017 rechtzeitig für die Inkraftsetzung zum 1. Jänner 2018 in die finale Phase. Dabei wurden im Sinne von IFRS 9 Prozesse und Systeme verbundweit umgestellt, wobei die inhaltlichen Schwerpunkte auf die Themengebiete Klassifizierung und Bewertung, der Neuregelung zu den Wertminderungen als auch im Bereich Hedge Accounting fokussierten.

Im Rahmen der gemeinsamen Meldewesen-Plattform (GMP), in der die großen österreichischen Bankenverbände das OeNB-Datenmodell über eine gemeinsam genutzte Software (Abacus) über die Austrian Reporting Services GmbH (AuRep) umsetzen, wurden im Projekt GMP 2017 die Meldungen Finrep Solo, FMS Cubes begleitet und erfolgreich in den Betrieb übergeführt sowie die beleghafte Meldung VERA A1a durch die einzelgeschäftsbasierte GMP-Lösung abgelöst. Darüber hinaus wurde das bestehende System gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus der Erweiterung des Datenmodells (Version 4.1) weiterentwickelt. Weiters wurde begonnen, die Meldungsanforderungen betreffend AnaCredit umzusetzen.

Die Datenschutz-Grundverordnung DSGVO tritt am 25. Mai 2018 in Kraft. Bis dahin müssen alle Datenanwendungen an die neue Rechtslage angepasst werden. Die verbundweite Umsetzung erfolgt in drei Projekt-Cluster: (1) im ARZ-Buchungsgemeinschaftsprojekt werden die Verfahrensverzeichnisse für ARZ-Services erstellt und die Betroffenenrechte (Löschen, Sperren, Auskunftsrecht, Datenportabilität, Widerspruch, Berechtigung, Profiling) umgesetzt. (2) In der VBW wird ein verbundweites Datenschutzmanagementsystem umgesetzt, die Verfahrensverzeichnisse der VBW erstellt, die ARZ-Verzeichnisse übernommen und ggf. adaptiert, die Folgeabschätzungen durchgeführt und die Betroffenenrechte umgesetzt. (3) In dezentrale Verbundprojekte werden die Verfahrensverzeichnisse für das jeweilige Institut erstellt, die ARZ- und VBW-Verzeichnisse übernommen und ggf. adaptiert und die Betroffenenrechte umgesetzt.

Cluster Infrastruktur

Um die, über viele Jahre gewachsene IT-Architektur im Hinblick auf die ständig steigenden Anforderungen an Datenmenge und -granularität, Verarbeitungsgeschwindigkeit, Automatisierungsgrad und an die Datenintegrität zukunftssicher und nachhaltig auszurichten, wurde im Jänner 2017 das Programm „Data Architecture“ gestartet. Im Rahmen des Programmes entstanden IT-Architektur Gesamtbebauungspläne und SOLL-Datenflüsse, welche im Kern ein zentrales Data Warehouse (single point of truth, SPoT) schafft, der sämtliche Einzel- und Kundengeschäftsdaten enthält und für alle Reporting-Adressaten als Quelle dient. Das Projekt „Data Governance“ lieferte als Ergebnis eine neue organisatorische Einheit „FDS – Financial Data Steering“, die ein nachhaltiges Datenmanagement bzw. Data Governance sicherstellen wird. Weiters wurden im Projekt BCBS239 jene Maßnahmen für die Bank definiert, die als Basis für Umsetzungsprojekte dienen werden.

Im Projekt Lingua wird ein einheitliches fachliches Datenmodell im Volksbanken-Verbund erarbeitet. Ziel ist die Schaffung einer einheitlichen, fachlichen Sicht und inhaltliche Definition von Begrifflichkeiten, Datenfeldern und Kennzahlen um auf Basis dessen über verschiedenste Anwendergruppen hinweg ein gemeinsames Verständnis über Dateninhalte und -definitionen herzustellen und in weiterer Folge etwaige Redundanzen im Datenhaushalt zu identifizieren. Zusätzlich wird in diesem Projekt auch die Data Governance weiterentwickelt. Die einzelnen im Zusammenhang mit Datenmanagement notwendigen Rollen wie Data Owner, DQ Manager etc. werden kritisch gewürdigt, etwaige Verantwortlichkeiten überarbeitet und der Datenanforderungsprozess sowie Datenmanagementprozesse optimiert. Diese Maßnahmen dienen unter anderem zur weiteren Steigerung der Datenqualität.

Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Verbundes

Voraussichtliche Entwicklung des Verbundes

Wirtschaftliches Umfeld

Laut der im März 2018 veröffentlichten Konjunkturprognose des WIFO sollte die österreichische Wirtschaft im Jahr 2018 um 3,2% wachsen. Die Europäische Zentralbank hat im März ihre Projektion für das Wirtschaftswachstum in der Eurozone für das Jahr 2018 auf 2,4% erhöht. Das WIFO erwartet für Österreich positive Wachstumsbeiträge von allen Nachfragekomponenten und eine sich zwar etwas abflachende, aber anhaltend gute Investitionsentwicklung. Wie schon in den Jahren 2016 und 2017 wird dabei vor allem von den Ausrüstungsinvestitionen ein starkes Wachstum erwartet, während das Wachstum der Bauinvestitionen mit 1,6% J/J eher moderat eingestuft wird. Die Arbeitslosenrate soll auf 5,2% fallen (Eurostat-Methode). Etwas verhaltener war die halbjährliche Prognose der Oesterreichischen Nationalbank im Dezember, die für 2018 von einem BIP-Wachstum um 2,8% ausging. Die Sparquote schätzte die OeNB für dieses Jahr auf 7,2%, die Zunahme der real verfügbaren Haushaltseinkommen auf 1,6% J/J. Das wäre eine gute Basis sowohl für die Bonität der privaten Kreditnehmer als auch für das Veranlagungsgeschäft. Die gute Wirtschaftslage lässt über alle Branchen hinweg eine wachsende Kreditnachfrage erwarten. Eine anhaltend gute Entwicklung des Wohnimmobilienmarkts und der entsprechenden Kreditnachfrage kann auch aus der demografischen Entwicklung abgeleitet werden. Die im ersten Halbjahr des Vorjahres verzeichnete Zunahme der Wohnbautätigkeit sowie der Zinsausblick deuten auf eine positive, aber sich abflachende Preisentwicklung in Wien und anderen Ballungszentren hin, während es in von Abwanderung betroffenen Regionen auch zu Preisrückgängen kommen kann.

Die Projektion der Europäischen Zentralbank für die durchschnittliche Inflationsrate der Eurozone beträgt für 2018 im Mittel 1,4%. Damit würde die Teuerungsrate auch im Jahr 2018 das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von knapp 2% verfehlen. Dies und die entsprechend lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sprechen für ein weiterhin niedriges Zinsniveau, obwohl von der sich fortsetzenden geldpolitischen Straffung in den USA weiterhin ein leichter Aufwärtstrend ausgehen sollte und auch in Europa die Lockerungsmaßnahmen allmählich auslaufen dürften. Das sehr hohe Zinsdifferential zugunsten des US-Dollar sollte einer weiteren Aufwertung des Euro entgegenwirken.

Die Risiken für diesen Ausblick sind vielfältig. Dazu zählen etwa die möglichen Beschränkungen des Außenhandels durch die USA, die die österreichischen Exporteure und Zulieferer betreffen können. Erste Maßnahmen dieser Art wurden im März 2018 mit dem Beschluss von Importzöllen auf Stahl und Aluminium ja bereits ergriffen. Eine Wachstumskorrektur in den österreichischen Nachbarländern könnte teilweise auch den Tourismus treffen. Spannungen in der Europäischen Union im Zusammenhang mit den Austrittsverhandlungen mit Großbritannien oder eine nachlassende Eurofreundlichkeit in den großen Mitgliedsländern, etwa nach Neuwahlen, stellen ein Risiko für die fortgesetzte wirtschaftliche Erholung der Region dar. Ein rascher Zinsanstieg wäre ebenfalls als Risiko für Konjunktur und Immobilienmärkte einzustufen. Zusätzlich haben auch geopolitische Konflikte das Potenzial, den grundsätzlich freundlichen wirtschaftlichen Ausblick zu trüben.

Voraussichtliche Entwicklung des Verbundes

Die Konzentration des Volksbanken-Verbundes soll weiterhin auf das Kundengeschäft gelegt werden, insbesondere unterstützt durch die Verstärkung des Engagements in der Digitalisierung des Vertriebs. Der Volksbanken-Verbund hat sich im Zuge der Mittelfristplanung eine Reihe strategischer Ziele gesetzt, deren Erreichung, Einhaltung, bzw. Unter- oder Überschreitung über die nächsten Jahre im Fokus des Managements stehen wird. Dazu zählen unter anderem das Erreichen einer Cost-Income-Ratio von 60%, eine Kernkapitalquote (CET1) von mindestens 12%, eine Gesamtkapitalquote von mindestens 16%, eine NPL Quote (Non-Performing Loans) von maximal 3%, sowie einen Return on Equity (ROE) von 8%.

Der Volksbanken-Verbund plant, trotz anhaltend hoher Investitionen in die Systeme, die Verbesserung der Datenqualität sowie der weiterhin hohen regulatorischen Kosten, ein zweistelliges EUR Mio-Jahresergebnis zu erreichen. Die CET 1 Quote soll trotz geplantem Wachstum weiterhin im Volksbanken-Verbund bei über 12% liegen.

Das für das Jahr 2018 weiter zu erwartende niedrige Zinsumfeld erfordert eine Straffung der Kostenstruktur sowie eine Erhöhung der Produktivität. Dazu werden unter anderem weitere Zusammenarbeits-Modelle innerhalb und außerhalb des Volksbanken-Verbundes evaluiert.

Derzeit ist geplant den Bankbetrieb der Waldviertler Volksbank Horn reg.Gen.m.b.H. in die VBW einzubringen. Am 21. März 2018 wurde in der Generalversammlung der VB Horn einstimmig die Fusion mit der VBW beschlossen. Im Falle der Zustimmung

der zuständigen Gremien in der VBW soll die Einbringung noch im ersten Halbjahr 2018 abgeschlossen werden.

Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

Hinsichtlich der gesetzlich geforderten Angaben zur Verwendung von Finanzinstrumenten, der Risikomanagementziele und -methoden sowie der bestehenden Preisänderungs-, Ausfalls-, Liquiditäts- und cash flow Risiken verweisen wir auf die Ausführungen in den Notes (insbesondere Risikobericht in Kapitel 50).

Bericht über Forschung und Entwicklung

Der Verbund betreibt keine Forschung und Entwicklung.

Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Kontrollumfeld

Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist oberstes Ziel des Verbundes im Rahmen der Finanzberichterstattung. Seitens der ZO wurde dazu auch im Rahmen der IFRS Finanzberichterstattung eine Generelle Weisung Bilanzierung erlassen. Der Vorstand der ZO trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess und gibt in der Konzernrichtlinie IKS einen verbundweiten Rahmen für die Implementierung vor. Die Verantwortung für die Umsetzung liegt im Verbund bei der Gruppe OPRISK und Risikogovernance in der VBW.

Bei sämtlichen in den Verbundabschluss einbezogenen Unternehmen liegt die Verantwortung beim jeweiligen Vorstand bzw. der Geschäftsführung ein entsprechendes IKS für das jeweilige Unternehmen einzuführen und auszugestalten sowie die Einhaltung der verbundweiten Richtlinien und Vorschriften zu gewährleisten. Um zu gewährleisten, dass die von den Verbundgesellschaften zugelieferten Daten richtig übernommen werden, erfolgt zuerst eine Plausibilisierung aller angelieferten Daten. Danach werden die Daten in der Konsolidierungssoftware Tagetik weiterverarbeitet. Bei den Kontrollen wird auf das 4-Augen Prinzip sowie einer weiteren Durchsicht durch die Abteilungsleitung abgestellt.

Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewandt, um sicherzustellen, dass potenziellen Fehlern vorgebeugt wird bzw. Abweichungen in der Finanzberichterstattung entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und Positionen und der Analyse der fortlaufenden Prozesse im Konzernrechnungswesen. Dabei werden zwei Arten von Kontrollen unterschieden:

- Operative Kontrollen beinhalten manuelle Kontrollen durch bestimmte Arbeitsschritte von Mitarbeitern, automatische Kontrollen durch den Einsatz von EDV-Systemen, sowie präventive Kontrollen, die zum Ziel haben, durch Funktionstrennungen, Kompetenzregelungen und Zugriffsberechtigungen Fehler und Risiken im Vorhinein zu vermeiden.
- Management Kontrollen dienen dazu, stichprobenartig die Einhaltung von operativen Kontrollen durch Führungskräfte sicherzustellen. Die Periodizität der Überprüfungen wird in Abhängigkeit des Risikogehaltes von der jeweiligen Führungskraft (Bereichsleiter, Abteilungsleiter) festgelegt. Die Stichproben werden für Dritte nachvollziehbar im Kontrollplan dokumentiert und die Ergebnisse halbjährlich im Zuge des Managementreportings berichtet.

Zusätzlich überprüft die interne Revision unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung interner Vorschriften. Die Revision ist als Stabstelle direkt dem Vorstand zugeordnet, berichtet direkt an den Vorstandsvorsitzenden und erstattet auch dem Aufsichtsrat quartalsweise Bericht.

Risikobeurteilung

Risiken in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess werden mit dem Fokus auf Wesentlichkeit durch die Prozessverantwortlichen erhoben und überwacht.

Für die Erstellung des Abschlusses müssen regelmäßig Schätzungen vorgenommen werden, bei denen das immanente Risiko besteht, dass die zukünftige Entwicklung von diesen Schätzungen abweicht. Dies trifft insbesondere auf die folgenden Posten und Sachverhalte des Verbundabschlusses zu: Werthaltigkeit der finanziellen Vermögenswerte, Risiken des Bankgeschäfts, Sozialkapital sowie Ausgang von Rechtsstreitigkeiten. Teilweise wird auf öffentlich zugängliche Quellen abgestellt oder es werden externe Experten zugezogen, um das Risiko einer Fehleinschätzung zu minimieren.

Information und Kommunikation

Richtlinien und Vorschriften hinsichtlich Finanzberichterstattung werden vom Management regelmäßig aktualisiert und an alle betroffenen Mitarbeiter kommuniziert.

Die Mitarbeiter des Konzernrechnungswesens werden laufend auf Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung geschult, um Risiken einer unbeabsichtigten Fehlberichterstattung frühzeitig zu erkennen. Weiters geben die Mitarbeiter des Konzernrechnungswesens die erworbenen Informationen an die Mitarbeiter der Verbundgesellschaften weiter.

Zwei Mal jährlich wird ein Managementreport erstellt, der Aussagen über Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit, aktive Durchführung und Effektivität des Kontrollsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess beinhaltet.

Überwachung

Das Topmanagement erhält regelmäßig zusammengefasste Finanzreportings wie z.B. quartalsweise Berichte über die Entwicklung der jeweiligen Segmente und der wichtigsten Finanzkennzahlen. Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern des Rechnungswesens, der Bereichsleitung und des Vorstandes vor Weiterleitung an die zuständigen Gremien einer abschließenden Kontrolle unterzogen. Das Ergebnis der Überwachungstätigkeit in Bezug auf die Rechnungslegungsprozesse wird im Rahmen des Managementreports berichtet, welcher eine Risikoeinschätzung der Prozesse auf qualitativer Basis, sowie Aufzeichnungen über die Anzahl der durchgeführten Kontrollen im Verhältnis zu den Kontrollvorgaben enthält.

VERBUND ABSCHLUSS

- 16** Verbundgesamtergebnis-
rechnung
 - 17** Verbundbilanz
zum 31. Dezember 2017
 - 18** Entwicklung des
Verbundeigenkapitals und
der Geschäftsanteile
 - 19** Verbundgeldflussrechnung
 - 20** Inhaltsverzeichnis Notes
 - 22** Anhang (Notes) zum
Verbundabschluss
 - 134** Bestätigungsvermerk
-

Verbundgesamtergebnisrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	Anhang (Notes)	1-12/2017 EUR Tsd.	1-12/2016 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd.	%
Zinsen und ähnliche Erträge		544.820	507.820	37.000	7,29 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-101.724	-84.725	-17.000	20,06 %
Zinsüberschuss	4	443.095	423.095	20.000	4,73 %
Risikovorsorge	5	-45.413	-91.983	46.570	-50,63 %
Provisionserträge		267.932	274.845	-6.913	-2,52 %
Provisionsaufwendungen		-31.033	-35.011	3.978	-11,36 %
Provisionsüberschuss	6	236.899	239.833	-2.934	-1,22 %
Handelsergebnis	7	14.362	8.866	5.496	61,98 %
Verwaltungsaufwand	8	-585.542	-615.191	29.649	-4,82 %
Restrukturierungsergebnis		1.276	3.060	-1.784	-58,31 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	9	-2.850	-28.211	25.362	-89,90 %
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	10	-14.076	-8.558	-5.518	64,47 %
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity		-7.621	275	-7.896	< -200,00 %
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches	2	0	-15.632	15.632	-100,00 %
Jahresergebnis vor Steuern		40.131	-84.445	124.576	-147,52 %
Steuern vom Einkommen	11	21.027	2.807	18.219	> 200,00 %
Steuern eines aufgegebenen Geschäftsbereiches	11	0	2.145	-2.145	-100,00 %
Jahresergebnis nach Steuern		61.157	-79.493	140.650	-176,93 %
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Jahresergebnis (Konzernjahresergebnis)		61.147	-79.521	140.668	-176,89 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		61.147	-66.034	127.181	-192,60 %
hievon aus aufgegebenem Geschäftsbereich		0	-13.487	13.487	-100,00 %
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Jahresergebnis		11	28	-18	-62,54 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		11	28	-18	-62,54 %
hievon aus aufgegebenem Geschäftsbereich		0	0	0	0,00 %
Sonstiges Ergebnis					
		1-12/2017 EUR Tsd.	1-12/2016 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd.	%
Jahresergebnis nach Steuern		61.157	-79.493	140.650	-176,93 %
Sonstiges Ergebnis					
Posten, bei denen keine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist					
Neubewertung Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS19)		3.256	-11.898	15.154	-127,37 %
Latente Steuern auf Neubewertung IAS 19		-792	2.982	-3.774	-126,56 %
Summe der Posten, bei denen keine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist		2.464	-8.916	11.380	-127,64 %
Posten, bei denen eine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist					
Währungsrücklage		-6.431	1.023	-7.454	< -200,00 %
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)					
Fair value Änderung		78.866	3.193	75.673	> 200,00 %
Umbuchung in Gewinn- und Verlustrechnung		-153	3.876	-4.029	-103,95 %
Veränderungen latenter Steuern auf unbesteuerter Rücklage		10	4.587	-4.576	-99,78 %
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity		2.517	0	2.517	100,00 %
Summe der Posten, bei denen eine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist		74.810	12.678	62.131	> 200,00 %
Summe sonstiges Ergebnis		77.274	3.763	73.511	> 200,00 %
Gesamtergebnis		138.431	-75.730	214.161	< -200,00 %
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Gesamtergebnis		138.419	-75.755	214.174	< -200,00 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		138.419	-62.091	200.510	< -200,00 %
hievon aus aufgegebenem Geschäftsbereich		0	-13.664	13.664	-100,00 %
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares		12	25	-13	-51,60 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		12	25	-13	-51,60 %
hievon aus aufgegebenem Geschäftsbereich		0	0	0	0,00 %

Verbundbilanz zum 31. Dezember 2017

	Anhang (Notes)	31.12.2017 EUR Tsd.	31.12.2016 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd.	%
Aktiva					
Barreserve	12	2.001.338	1.435.495	565.842	39,42 %
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	13	494.889	642.866	-147.978	-23,02 %
Forderungen an Kunden (brutto)	14	19.768.453	19.385.588	382.865	1,97 %
Risikovorsorge (-)	15	-361.954	-397.752	35.798	-9,00 %
Handelsaktiva	16	63.587	142.417	-78.830	-55,35 %
Finanzinvestitionen	17	2.292.273	2.393.345	-101.072	-4,22 %
Investment property Vermögenswerte	18	52.180	72.755	-20.575	-28,28 %
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	19	70.456	58.009	12.448	21,46 %
Anteile und Beteiligungen	20	117.602	25.241	92.361	> 200,00 %
Immaterielles Anlagevermögen	21	1.591	2.057	-466	-22,65 %
Sachanlagen	22	413.672	467.354	-53.683	-11,49 %
Ertragsteueransprüche	23	92.602	65.566	27.037	41,24 %
laufende Ertragsteueransprüche		2.413	1.954	459	23,49 %
latente Ertragsteueransprüche		90.190	63.612	26.578	41,78 %
Sonstige Aktiva	24	190.476	172.880	17.596	10,18 %
Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	25	126.105	0	126.105	100,00 %
Summe Aktiva		25.323.270	24.465.822	857.448	3,50 %
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26	448.740	421.995	26.746	6,34 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	27	20.849.571	20.017.714	831.857	4,16 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	28	623.633	966.345	-342.712	-35,46 %
Handelspassiva	29	77.459	417.873	-340.415	-81,46 %
Rückstellungen	30, 31	264.261	282.999	-18.737	-6,62 %
Ertragsteuerverpflichtungen	23	23.158	19.712	3.446	17,48 %
laufende Ertragsteuerverpflichtungen		9.995	9.938	57	0,57 %
latente Ertragsteuerverpflichtungen		13.163	9.773	3.390	34,68 %
Sonstige Passiva	32	508.866	321.731	187.134	58,16 %
Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	33	103.684	0	103.684	100,00 %
Nachrangkapital	34	671.159	324.906	346.253	106,57 %
Gesamtnennbetrag Geschäftsanteile	35	4.010	17.389	-13.379	-76,94 %
Gezeichnetes Kapital	35	288.640	194.890	93.750	48,10 %
Rücklagen	35	1.457.918	1.480.118	-22.200	-1,50 %
Nicht beherrschende Anteile	35	2.171	151	2.021	> 200,00 %
Summe Passiva		25.323.270	24.465.822	857.448	3,50 %

Entwicklung des Verbundeigenkapitals und der Geschäftsanteile

	Gezeichnetes Kapital ¹⁾	Rücklagen	Eigenkapital ohne nicht beherrschende Anteile	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital	Geschäftsanteile ³⁾	Eigenkapital und Geschäftsanteile
EUR Tsd.							
Stand 1. Jänner 2016	205.385	1.588.857	1.794.242	144	1.794.386	23.664	1.818.050
Konzernjahresergebnis		-79.521	-79.521	28	-79.493		-79.493
Veränderungen latenter Steuern auf unversteuerte Rücklage		4.587	4.587	0	4.587		4.587
Neubewertung Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS19 inklusive latenter Steuern)		-8.912	-8.912	-3	-8.916		-8.916
Währungsrücklage		1.023	1.023	0	1.023		1.023
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)		7.069	7.069	0	7.069		7.069
Gesamtergebnis	0	-75.755	-75.755	25	-75.730	0	-75.730
Ausschüttung		-1.242	-1.242	-19	-1.261		-1.261
Veränderung Sockelbetragsregelung	-1.623	0	-1.623		-1.623	1.623	0
Veränderung Konsolidierungskreis	-7.429	-33.969	-41.398	0	-41.398	-2.652	-44.049
Veränderung Genossenschaftskapital und Partizipationskapital	-1.968	2.129	161		161	-5.299	-5.139
Veränderung eigene Anteile	524	0	524		524	53	577
Veränderungen durch Verschiebung in nicht beherrschende Anteile, Kapitalerhöhungen und Entkonsolidierungen	0	99	99	0	99		99
Stand 31. Dez. 2016	194.890	1.480.118	1.675.007	151	1.675.158	17.389	1.692.547
Konzernjahresergebnis		61.147	61.147	11	61.157		61.157
Veränderungen latenter Steuern auf unversteuerte Rücklage		10	10	0	10		10
Neubewertung Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS19 inklusive latenter Steuern)		2.463	2.463	1	2.464		2.464
Währungsrücklage		-6.431	-6.431	0	-6.431		-6.431
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)		78.713	78.713	0	78.713		78.713
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity		2.517	2.517		2.517		2.517
Gesamtergebnis	0	138.419	138.419	12	138.431	0	138.431
Ausschüttung		-13.919	-13.919	-16	-13.935		-13.935
Veränderung Sockelbetragsregelung	60	0	60		60	-60	0
Veränderung Konsolidierungskreis	93.533	-81.383	12.150	0	12.150	-11.474	676
Veränderung Genossenschaftskapital und Partizipationskapital	0	0	0		0	-1.475	-1.476
Veränderung eigene Anteile	157	-157	0		0	0	0
Veränderungen durch Verschiebung in nicht beherrschende Anteile, Kapitalerhöhungen und Entkonsolidierungen ²⁾	0	-65.159	-65.159	2.025	-63.134	-369	-63.504
Stand 31. Dez. 2017	288.640	1.457.918	1.746.558	2.171	1.748.729	4.010	1.752.739

davon in Rücklagen enthalten:

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Währungsrücklage	16.610	23.040
hievon über GuV	-106	-64
Available for sale Rücklage	86.611	5.748
hievon latente Steuern	-28.903	-1.941
Hedging Rücklage	0	0
hievon latente Steuern	0	0

1) Gezeichnetes Kapital inklusive Partizipationskapital und Geschäftsanteile, die gemäß IFRIC 2 als Eigenkapital anrechenbar sind.

2) Die Details dazu sind in Kapitel 35) Eigenkapital in den Notes näher erläutert.

3) Geschäftsanteile, die gemäß IFRIC 2 nicht als Eigenkapital anrechenbar sind.

Für weitere Details verweisen wir auf Kapitel 2) und 35).

Verbundgeldflussrechnung

EUR Tsd.	Anhang (Notes)	1-12/2017	1-12/2016
Jahresergebnis (vor nicht beherrschenden Anteilen)		61.157	-79.493
Im Jahresergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten			
Zinsüberschuss	4	-426.937	-455.664
Abschreibungen und Zuschreibungen auf Finanz- und Sachanlagen	8, 10	60.014	54.794
Dotierung und Auflösung von Rückstellungen und Risikovorsorgen	5, 8	57.199	66.154
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	9, 10	-2.330	5.328
Gewinn aus Unternehmenserwerb	2	-8.213	0
Veränderung Steuern nicht zahlungswirksam	11	-21.027	-4.953
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit			
Forderungen an Kreditinstitute	13	121.234	-663.127
Forderungen an Kunden	14	-527.936	261.374
Handelsaktiva	16	15.841	-23.551
Finanzinvestitionen	17	235.926	172.781
Investment property Vermögenswerte	18	11.671	865
Sonstiges Umlaufvermögen	24	8.748	-16.547
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26	33.474	450.128
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	27	833.270	121.183
Verbriefte Verbindlichkeiten	28	-323.202	-246.582
Derivate	16, 24, 29, 32	-76.307	19.739
Andere Passiva	32	-76.263	12.125
Erhaltene Zinsen		491.675	605.010
Gezahlte Zinsen		-91.536	-161.164
Erhaltene Dividenden		3.539	9.176
Gezahlte Ertragsteuern		-10.427	-3.235
Cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit		369.571	124.341
Mittelzufluss aus der Veräußerung bzw. Tilgung von			
held to maturity Wertpapieren	17	0	0
Beteiligungen	20	1.206	16.831
Sachanlagen	21, 22	16.361	19.405
Abgang von Tochterunternehmen (abzüglich abgegangener Zahlungsmittel)	2	0	-16.340
Mittelabfluss durch Investitionen in			
held to maturity Wertpapieren	17	-112.286	-182.768
Beteiligungen	20	-1.512	-14.706
Sachanlagen	21, 22	-19.124	-39.960
Erwerb von Tochterunternehmen - Zahlungsmittel	2	808	0
Cash flow aus Investitionstätigkeit		-114.547	-217.538
Veränderung Genossenschaftskapital und Partizipationskapital	35	-1.476	-4.712
Dividendenzahlungen	35	-13.935	-1.261
Veränderungen Nachrangkapital	34	351.559	-22.766
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit		336.149	-28.738
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode (=Barreserve)	12	1.401.998	1.521.925
Cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit		369.571	124.341
Cash flow aus Investitionstätigkeit		-114.547	-217.538
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit		336.149	-28.738
Effekte aus Wechselkursänderungen		-2.823	2.008
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode (=Barreserve)	12	1.990.348	1.401.998

Details zu der Berechnungsmethode zur Geldflussrechnung sind in Kapitel 3) hh) angeführt.

Im Zahlungsmittelbestand zum 31. Dezember 2017 ist ein Betrag von EUR 9.338 Tsd. aus der Veräußerungsgruppe VB Schweiz enthalten. Die detaillierte Darstellung der Ein- und Auszahlungen vom Nachrangkapital sind in Kapitel 34) dargestellt.

ANHANG (NOTES)	22
1) Allgemeine Angaben	22
a) Rechnungslegungsgrundsätze Verbund	22
2) Darstellung und Veränderungen des Konsolidierungskreises	24
3) Rechnungslegungsgrundsätze	27
a) Neue und Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften	28
b) Anwendung von Schätzungen und Annahmen	35
c) Konsolidierungsgrundsätze / Grundsätze der Zusammenfassung	36
d) Währungsumrechnung	37
e) Zinsüberschuss	37
f) Risikovorsorge	38
g) Provisionsüberschuss	39
h) Handelsergebnis	39
i) Verwaltungsaufwand	39
j) Sonstiges betriebliches Ergebnis	39
k) Ergebnis aus Finanzinvestitionen	39
l) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	40
m) Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden	43
n) Risikovorsorge	44
o) Handelsaktiva und -passiva	44
p) Finanzinvestitionen	44
q) Investment property Vermögenswerte	45
r) Beteiligungen	46
s) Immaterielles und materielles Anlagevermögen	47
t) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen	47
u) Sonstige Aktiva	48
v) Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	48
w) Verbindlichkeiten	49
x) Sozialkapital	49
y) Rückstellungen	51
z) Sonstige Passiva	51
aa) Nachrangkapital	52
bb) Eigenkapital	52
cc) Rücklagen	52
dd) Eigenmittel	53
ee) Treuhandgeschäfte	54
ff) Pensionsgeschäfte	54
gg) Eventualverpflichtungen	54
hh) Geldflussrechnung	55
4) Zinsüberschuss	56
5) Risikovorsorge	57
6) Provisionsüberschuss	57
7) Handelsergebnis	57
8) Verwaltungsaufwand	57
9) Sonstiges betriebliches Ergebnis	58
10) Ergebnis aus Finanzinvestitionen	59
11) Steuern vom Einkommen	60
12) Barreserve	62
13) Forderungen an Kreditinstitute	62
14) Forderungen an Kunden	62
15) Risikovorsorge	63
16) Handelsaktiva	64
17) Finanzinvestitionen	64
18) Investment property Vermögenswerte	65
19) Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	67
20) Anteile und Beteiligungen	69
21) Immaterielles Anlagevermögen	70
22) Sachanlagen	71
23) Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen	72
24) Sonstige Aktiva	73
25) Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	73
26) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	74
27) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	74
28) Verbriefte Verbindlichkeiten	74
29) Handelspassiva	75

30)	Rückstellungen	75
31)	Sozialkapital	76
32)	Sonstige Passiva	78
33)	Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt.....	78
34)	Nachrangkapital.....	78
35)	Eigenkapital.....	80
36)	Eigenmittel.....	82
37)	Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	85
38)	Derivate.....	92
39)	Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung.....	92
40)	Treuhandgeschäfte.....	92
41)	Nachrangige Vermögenswerte	93
42)	Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten	93
43)	Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken	93
44)	Pensionsgeschäfte und andere übertragene Vermögenswerte.....	94
45)	Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen	96
46)	Angaben zum Hypothekendarlehenbankgeschäft gemäß Pfandbriefgesetz einschließlich fundierter Bankschuldverschreibungen	97
47)	Vertriebsstellen	97
48)	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.....	98
49)	Berichterstattung über die Geschäftsbereiche	98
50)	Risikobericht	102
a)	Interner Kapitaladäquanzprozess – ICAAP und Stress Testing	104
b)	Kreditrisiko.....	106
c)	Marktrisiko.....	121
d)	Liquiditätsrisiko.....	126
e)	Operationelles Risiko	128
f)	Sonstige Risiken.....	130
51)	Vollkonsolidierte verbundene Unternehmen ¹⁾	131
52)	Einbezogene Unternehmen.....	131
53)	Nichtkonsolidierte verbundene Unternehmen	132

ANHANG (NOTES)

1) Allgemeine Angaben

Die VOLKSBANK WIEN AG (VBW) mit Firmensitz in 1090 Wien, Kolingasse 14-16, ist Zentralorganisation (ZO) des österreichischen Volksbanken-Verbundes. Die VBW hat mit den Primärbanken (Volksbanken, VB) einen Verbundvertrag gemäß § 30a BWG abgeschlossen. Sinn dieses Verbundvertrages ist einerseits die Bildung eines Haftungsverbundes zwischen den Instituten des Primärsektors und andererseits die Beaufsichtigung und Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Normen auf Verbundbasis. Gemäß § 30a Abs. 10 BWG ist zur Erfüllung der Voraussetzungen für einen Verbund erforderlich, dass die ZO ein Weisungsrecht gegenüber den zugeordneten Kreditinstituten hat.

Die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen der Teile 2 bis 8 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 sowie § 39a BWG sind vom Volksbanken-Verbund auf Grundlage der konsolidierten Finanzlage zu erfüllen (§ 30a Abs. 7 BWG). Mit Schreiben vom 29. Juni 2016 wurde die unbefristete Genehmigung des Volksbanken-Verbundes ohne Auflagen von der EZB erteilt.

§ 30a Abs. 7 BWG verpflichtet die ZO zur Aufstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 59 und § 59a BWG für den Volksbanken-Verbund. Der Verbundabschluss wird nach einem Regelwerk aufgestellt, dem die International Financial Reporting Standards (IFRS) zugrunde liegen. In § 30a Abs. 8 BWG wird für die Zwecke der Vollkonsolidierung festgelegt, dass die ZO als übergeordnetes Institut und jedes zugeordnete Institut sowie, unter bestimmten Voraussetzungen, jeder einbringende Rechtsträger als nachgeordnetes Institut zu behandeln ist.

Eine Vollkonsolidierung gemäß IFRS kann nur dann erfolgen, wenn ein Unternehmen Entscheidungsgewalt über das Beteiligungsunternehmen hat, d.h. die Fähigkeit besitzt, Renditen mittels seiner Verfügungsgewalt zu beeinflussen (IFRS 10.6). Da die ZO zwar Weisungen erteilen kann, aber keine Rückflüsse aus den zugeordneten Kreditinstituten erhält, übt die ZO keine Beherrschung im Sinne des IFRS 10 aus. Mangels eines obersten beherrschenden Mutterunternehmens kann eine konsolidierte Darstellung trotz umfangreicher Weisungskompetenzen der ZO nur im Sinne eines Gleichordnungskonzerns erstellt werden. Daher war es erforderlich ein Regelwerk für die Aufstellung des Verbundabschlusses zu definieren.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern) vorgenommen. Der Verbundabschluss wird in Euro aufgestellt, da dies die funktionale Währung des Verbundes ist. Alle Daten sind in Tausend EUR dargestellt, sofern nichts anderes angegeben ist. Rundungsdifferenzen sind in den nachstehenden Tabellen möglich. Alle Bezeichnungen im Anhang, die ausschließlich in der männlichen Form verwendet werden, gelten sinngemäß auch in der weiblichen Form.

Der vorliegende Verbundabschluss wurde am 11. April 2018 vom Vorstand der VBW unterzeichnet und anschließend an den Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme weitergeleitet.

a) Rechnungslegungsgrundsätze Verbund

Der Verbundabschluss wird grundsätzlich in Übereinstimmung mit allen am Bilanzstichtag gültigen IFRS/IAS, die das International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht hat, sowie aller Interpretationen des International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC) bzw. des Standing Interpretations Committee (SIC) erstellt, sofern diese auch von der Europäischen Union im Endorsement Verfahren übernommen wurden und den zusätzlichen Anforderungen des §§ 245a UGB sowie 59a BWG.

Folgende **Ausnahmen** bestehen jedoch hinsichtlich der Anwendung einzelner IFRS im Verbundabschluss 2017:

Ausnahmen mit Wirkung auf den gesamten Konsolidierungskreis

IFRS 3 Unternehmenszusammenschlüsse: Aufgrund des fehlenden Kontrolltatbestandes nach IFRS 10 durch die ZO werden die Eigenkapitalbestandteile der ZO, der zugeordneten Kreditinstitute und der übergeordneten Holdinggesellschaften zusammengefasst. Im Zuge der Zusammenfassung von Beteiligungen der einbezogenen Unternehmen an Volksbanken und an der VBW werden die zusammengefassten Beteiligungsbuchwerte von den zusammengefassten Eigenkapitalbestandteilen in Abzug gebracht. Durch die Zusammenfassung der einbezogenen Unternehmen im Sinne eines Gleichordnungskonzerns entstehen im Zuge der Kapitalkonsolidierung keine Minderheitenanteile. Für die Konsolidierung von Unternehmen, die einer Beherrschung durch ein anderes ebenfalls in den Abschluss einbezogenes Unternehmen unterliegen, werden die allgemeinen Grundsätze gemäß IFRS/IAS angewendet.

IFRS 8 Geschäftssegmente: IFRS 8 wird nicht angewendet. In den Notes wird die Berichtsstruktur für den Verbund im Kapitel Berichterstattung über Geschäftsbereiche abgebildet.

IAS 1 Darstellung des Abschlusses – Vergleichszahlen: Für Notesangaben, die im Vorjahr noch nicht angeführt wurden, werden keine Vergleichszahlen bereitgestellt.

IAS 1 Darstellung des Abschlusses – Angaben zu Anteilen: Da diese Angabe in einem Gleichordnungskonzern nicht sinnvoll erfüllt werden kann, wird diese nicht dargestellt.

IAS 1 Darstellung des Abschlusses – Höhe der Dividende bzw. Dividendenbetrag pro Aktie: Da diese Angabe in einem Gleichordnungskonzern nicht sinnvoll erfüllt werden kann, wird diese nicht dargestellt.

IAS 24 Nahestehende Unternehmen und Personen: Da diesem Standard ebenfalls das Konzept der Beherrschung zugrunde liegt, gelten für diese Anhangangabe folgende Vorgaben:

Als Schlüsselpersonen sind definiert:

1. Mitglieder Aufsichtsrat VBW
2. Mitglieder Vorstand VBW
3. jeweilige Mitglieder Vorstand sowie jeweilige Geschäftsleiter der einbezogenen Volksbank

Für diese Schlüsselpersonen werden in den Notes Daten zu wesentlichen Verträgen, aushaftenden Krediten, übernommenen Haftungen, Organbezügen und Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen angegeben. Sollte eine Schlüsselperson mehrere Organfunktionen ausüben, wird sie nur einmal erfasst und zwar immer in der obersten Hierarchie gemäß der oben angeführten Aufstellung.

Des Weiteren werden Salden und Verrechnungen mit Unternehmen, die durch ein einbezogenes Unternehmen beherrscht werden, aber selbst nicht in den Abschluss einbezogen werden, dargestellt.

Die Republik Österreich übt signifikanten Einfluss auf die ZO aus. Die Angaben zu nahestehenden Unternehmen und Personen (Related Parties) erfolgen nur eingeschränkt für die Wertpapiere der Emittentin Republik Österreich, die von den in den Abschluss einbezogenen Unternehmen gehalten werden.

IFRS 7 Finanzinstrumente Angaben: Mangels verfügbarer Daten werden undiskontierte Fälligkeitsanalysen gemäß IFRS 7.39a und IFRS 7.39b nicht dargestellt.

Ausnahmen mit Wirkung auf zugeordnete Institute

IAS 18 Umsatzerlöse: Ab 1. Jänner 2017 erfolgt die erstmalige Anwendung von IAS 18. Vor dem 1. Jänner 2017 erfolgswirksam vereinnahmte Provisionen für die Gewährung von Krediten wurden zum 1. Jänner 2017 erfolgsneutral über das Eigenkapital abgegrenzt.

2) Darstellung und Veränderungen des Konsolidierungskreises

Die VB Oberösterreich AG (VB OÖ) schloss am 18. August 2016 einen Unternehmenskaufvertrag mit der Volksbank Almtal e. Gen. (Almtal) über die Übernahme des Bankbetriebs unter Zurückhaltung zweier Liegenschaften sowie der Beteiligung an der Volksbank Schärding Wels Holding eGen ab. Das Closing fand am 3. Juli 2017 statt. Der Kaufpreis betrug EUR 8.600 Tsd.

Der Kaufpreis sowie die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen Vermögenswerte und Schulden, die aufgrund der Verteilung des Kaufpreises ermittelt wurden, sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

EUR Tsd.	Almtal
Barreserve	808
Forderungen an Kreditinstitute	47.128
Forderungen an Kunden	33.142
Risikovorsorge (-)	-394
Finanzinvestitionen	33.672
Anteile und Beteiligungen	6
Immaterielles Anlagevermögen	0
Sachanlagen	103
Ertragsteueransprüche	0
Sonstige Aktiva	52
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-1.127
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-92.719
Verbriefte Verbindlichkeiten	0
Rückstellungen	-394
Ertragsteuerverpflichtungen	-2.293
Sonstige Passiva	-1.171
Nachrangkapital	0
Erworbenes Nettovermögen	16.813
Kaufpreis = Kapitalerhöhung	8.600
Gewinn aus Unternehmenserwerb	8.213

Der Gewinn aus Unternehmenserwerb entsteht im Wesentlichen daraus, dass die Almtal nicht mehr in der Lage war ihren Bankbetrieb als selbständige Bank fortzuführen, weshalb der Bankbetrieb zu dem oben angeführten Kaufpreis von der VB OÖ übernommen wurde.

Der Kaufpreis wurde an die Almtal überwiesen, weshalb in dieser Höhe ein Mittelabfluss im Verbund entstand. Der Mittelzufluss bestand aus der übernommenen Barreserve. In der oben angeführten Tabelle sowie im gesamten Abschluss wurde für wertgeminderte Forderungen eine Brutto-Darstellung gewählt. Das heißt, die im Zuge des Unternehmenserwerbs übernommenen Risikovorsorgen wurden, zur Gewährleistung der Datenkonsistenz mit den Risikomanagementsystemen und aufsichtsrechtlichen Meldungen, gesondert ausgewiesen. Etwaige Anpassungen auf den beizulegenden Zeitwert wurden in der Position Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden erfasst.

Der beizulegende Zeitwert, der Bruttobetrag der erworbenen Forderungen sowie die zum Erwerbszeitpunkt voraussichtlich uneinbringlichen cash flows stellen sich wie folgt dar:

EUR Tsd.	Almtal
Beizulegender Zeitwert der erworbenen Forderungen	33.142
Bruttobetrag der Forderungen	33.940
Voraussichtlich nicht einbringliche Forderungen	-394

Für zum Erwerbsstichtag bestehende Haftungen und zugesagte Kreditrahmen wurden die beizulegenden Zeitwerte in Höhe von EUR 13 Tsd. ermittelt und als Rückstellung erfasst. Die überwiegenden Fälligkeiten liegen bei einem Jahr. Während diesem Zeitraum wird mit einem Mittelabfluss von rund EUR 13 Tsd. gerechnet.

Die Informationen über die Höhe des Zinsüberschusses und des Jahresergebnisses nach Steuern, die seit dem Erwerbszeitpunkt in dem erworbenen Bankbetrieb erzielt wurden, liegen nicht vor, da nach der Verschmelzung keine gesonderten Aufzeichnungen verfügbar sind.

Im vierten Quartal 2017 wurden Holdinggesellschaften, die bisher aufgrund der in § 30a BWG definierten Voraussetzungen für den Einbezug konsolidiert wurden, entkonsolidiert, da in den Satzungen die gemeinsame Leitung durch die ZO gestrichen wurde.

Da es sich bei diesen Gesellschaften um keine nachgeordneten Unternehmen handelt und kein Kontrollverhältnis im Verbund besteht, erfolgt keine Erfassung eines Abgangsergebnisses in der Gewinn- und Verlustrechnung. Der Abgang des Eigenkapitals wird in der Zeile Veränderung Konsolidierungskreis erfolgsneutral dargestellt.

Im Geschäftsjahr 2017 wurde die Zusammenführung der Volksbanken auf die geplante Zielstruktur fortgesetzt. Diese Fusionen und Einbringungen hatten keine Auswirkung auf den Verbundabschluss.

Durch die Änderung der Satzung der VB Wien Beteiligung eG (VBW Bet) erfüllte diese nicht mehr die Kriterien gemäß § 30a BWG für den Einbezug in die Verbundkonsolidierung und schied damit aus dem Verbund aus. Nachdem die Volksbank Niederösterreich AG (VB NÖ) auf die VBW Bet maßgeblichen Einfluss ausübt, wird die VBW Bet ab dem 1. Oktober 2017 in den Verbundabschluss at equity einbezogen. Da die VBW Bet kein nachgeordnetes Unternehmen war und keinem Kontrollverhältnis im Verbund unterlag, erfolgt keine Erfassung eines Abgangsergebnisses in der Gewinn- und Verlustrechnung. Der Abgang des Eigenkapitals aufgrund des Ausscheidens aus der Vollkonsolidierung im Volksbanken-Verbund wird in der Zeile Veränderung Konsolidierungskreis erfolgsneutral dargestellt. Gemäß IAS 28.32 ist bei der erstmaligen Bilanzierung at equity jeder Betrag, um den der anteilige fair value des Nettovermögens der Beteiligung die Anschaffungskosten übersteigt, als Ertrag bei der Bestimmung des Anteils des Unternehmens am Gewinn oder Verlust des at equity bewerteten Unternehmens in der Periode, in der mit der at equity Bilanzierung zu beginnen ist, enthalten. Da aufgrund des Gleichordnungskonzerns der Abgang des Nettovermögens der VBW Bet erfolgsneutral im Eigenkapital dargestellt wird, wird die erstmalige Bilanzierung at equity der VBW Bet ebenfalls erfolgsneutral mit dem Abgang in der Zeile Veränderungen Konsolidierungskreis saldiert erfasst. Somit wird das anteilige im Verbund gehaltene Nettovermögen der VBW Bet bei Beendigung der Vollkonsolidierung auf den Buchwert an der VBW Bet umgegliedert und das nicht im Verbund gehaltene Nettovermögen scheidet erfolgsneutral aus dem Verbundabschluss aus.

Im Vorjahr wurden alle im Verbund gehaltenen Anteile an der start:bausparkasse AG (start:ag) und der IMMO-Bank Aktiengesellschaft (ImmoBank) (gesamt: start:gruppe) an die BAWAG P.S.K. Gruppe veräußert. Bei der start:gruppe

handelt es sich gemäß IFRS 5 um einen aufgegebenen Geschäftsbereich, da die start:gruppe als eigener Geschäftsbereich in der Berichterstattung über die Geschäftsbereiche dargestellt wird. Die bis zum Verkauf erfolgten Bewertungen gemäß IFRS 5 in Höhe von EUR -9.267 Tsd. sowie das Entkonsolidierungsergebnis in Höhe von EUR -1.823 Tsd. werden ebenfalls im Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches dargestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung des aufgegebenen Geschäftsbereiches start:gruppe (inklusive Entkonsolidierungsergebnis)

EUR Tsd.	2016
Zinsüberschuss	49.785
Risikovorsorge	-690
Provisionsüberschuss	-1.611
Handelsergebnis	-5
Verwaltungsaufwand	-26.247
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-27.978
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	-8.887
Jahresergebnis vor Steuern	-15.632
Steuern vom Einkommen	2.145
Jahresergebnis nach Steuern	-13.487
Den Anteilseignern zuordenbares Ergebnis	-13.487
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Ergebnis	0

Anzahl der in den Verbund einbezogenen Unternehmen

	31.12.2017			31.12.2016		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Vollkonsolidierte Unternehmen						
Kreditinstitute	10	2	12	15	2	17
Finanzinstitute	4	1	5	5	1	6
Sonstige Unternehmen	16	0	16	43	0	43
Gesamt	30	3	33	63	3	66
At equity einbezogene Unternehmen						
Kreditinstitute	0	0	0	0	0	0
Sonstige Unternehmen	2	0	2	1	0	1
Gesamt	2	0	2	1	0	1

Anzahl der in den Verbund nicht einbezogenen Unternehmen

	31.12.2017			31.12.2016		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Verbundene Unternehmen	41	1	42	48	1	49
Assoziierte Unternehmen	9	0	9	20	1	21
Unternehmen gesamt	50	1	51	68	2	70

Diese Unternehmen sind zusammen für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbundes von untergeordneter Bedeutung. Für die Beurteilung der Wesentlichkeit wird neben den quantitativen Merkmalen Bilanzsumme und Jahresergebnis nach Steuern die Auswirkung einer Konsolidierung auf einzelne Bilanzpositionen sowie auf den true and fair view im Verbundabschluss berücksichtigt. Für die Berechnung der quantitativen Merkmale wurden die letzten verfügbaren Jahresabschlüsse der Gesellschaften sowie der Verbundabschluss des Geschäftsjahres 2017 zugrunde gelegt.

Die Liste der in den Verbundabschluss vollkonsolidierten und einbezogenen Unternehmen, der at equity bewerteten Unternehmen sowie der nicht einbezogenen verbundenen Unternehmen mit Detailinformationen befindet sich am Ende des Anhangs (siehe Kapitel 51), 52), 53)).

3) Rechnungslegungsgrundsätze

Die nachfolgenden sowie in Kapitel 1) erläuterten Rechnungslegungsgrundsätze wurden stetig auf alle in diesem Abschluss veröffentlichten Perioden und konsistent von allen Verbundmitgliedern angewendet.

Der Verbundabschluss ist mit Ausnahme der folgenden Positionen auf Basis von (fortgeführten) Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten erstellt:

- Derivative Finanzinstrumente – bewertet mit dem fair value
- Finanzinstrumente der Kategorie at fair value through profit or loss und available for sale – bewertet mit dem fair value
- Investment property Vermögenswerte – bewertet mit dem fair value
- Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Grundgeschäfte zu fair value hedges sind – fortgeführte Anschaffungskosten werden um die fair value Änderungen angepasst, die den gehedgten Risiken zuzuordnen sind
- Latente Steuern – für temporäre Unterschiede zwischen steuerlichen und IFRS Werten werden jene Beträge angesetzt, in deren Höhe sich voraussichtlich eine künftige Steuerbe- oder -entlastung im Zeitpunkt der Umkehrung ergibt
- Sozialkapitalrückstellungen – Ansatz erfolgt mit dem Barwert abzüglich des Barwertes des Planvermögens

In den beiden nachfolgenden Kapiteln erfolgt eine Darstellung von geänderten und neuen Rechnungslegungsvorschriften, die für den Verbundabschluss wesentlich sind.

	verbindliche Anwendung	Endorsement
Änderungen an IAS 7 - Angabeninitiative	ab GJ 2017	EU-Verordnung vom 06.11.2017
Änderungen an IAS 12 - Ansatz latenter Steueransprüche für nicht realisierte Verluste	ab GJ 2017	EU-Verordnung vom 06.11.2017
Änderungen an IFRS 4 - Anwendung von IFRS 9 gemeinsam mit IFRS 4	ab GJ 2018	EU-Verordnung vom 03.11.2017
Klarstellung zum IFRS 15 Erlöse aus Verträgen mit Kunden	ab GJ 2018	EU-Verordnung vom 31.10.2017
IFRS 16 Leasingverhältnisse	ab GJ 2019	EU-Verordnung vom 31.10.2017
Jährliche Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2014-2016)	ab GJ 2017 bzw. 2018	geplant für Q4 2017
Änderungen an IAS 40 - Übertragung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	ab GJ 2018	EU-Verordnung vom 14.03.2018
Änderungen an IFRS 2 - Klassifizierung und Bewertung anteilsbasierter Transaktionen	ab GJ 2018	geplant für Q1 2018
IFRIC 22 Vorauszahlungen im Zusammenhang mit Fremdwährungstransaktionen	ab GJ 2018	geplant für Q1 2018
IFRIC 23 Steuerrisikopositionen aus Ertragsteuern	ab GJ 2019	geplant für 2018
Änderungen an IFRS 9 - Vorzeitige Rückzahlungsoptionen mit negativer Vorfälligkeitsentschädigung	ab GJ 2019	geplant für 2018
Änderungen an IAS 28 - Langfristige Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen	ab GJ 2019	geplant für 2018
IFRS 17 Versicherungsverträge	ab GJ 2021	noch festzulegen

a) Neue und Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften

Neue und Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften von der EU übernommen

Änderungen zu IAS 7 – Kapitalflussrechnungen: Die Änderungen haben die Zielsetzung, die Information über die Veränderung der Verschuldung des Unternehmens zu verbessern. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2017 beginnen.

Änderungen zu IAS 12 – Ertragsteuern: Die Änderungen stellen klar, dass noch nicht eingetretene Verluste auf Schuldinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, für Steuerzwecke jedoch zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, zur Entstehung einer aktiven Steuerlatenz führen können. Weiters stellen die Änderungen klar, dass nicht der Buchwert sondern der steuerliche Wert eines Vermögenswertes die relevante Größe bei der Schätzung zukünftiger zu versteuernder Gewinne ist und der Buchwert dabei nicht die Obergrenze für die Berechnung darstellt. Beim Werthaltigkeitstest der aktiven latenten Steuern darf bei der Schätzung der zukünftig zu versteuernden Gewinne der Effekt aus der Veränderung der latenten Steuerposition aus Umkehrung dieser temporären Differenzen nicht berücksichtigt werden. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2017 beginnen. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den Verbund.

Änderungen zu IFRS 4 – Anwendung von IFRS 9 Finanzinstrumente mit IFRS 4 Versicherungsverträge: Mit dieser Anpassung wird der möglichen Problematik der Anwendung von IFRS 9 für Versicherungsunternehmen bis zur Anwendung des künftigen Standards für Versicherungsverträge (IFRS 17) Rechnung getragen. Erstanwendung ist im Geschäftsjahr das am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnt. Die Änderungen werden keine Auswirkungen auf den Verbund haben.

Jährliche Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2014-2016)

Die Änderungen betreffen verbesserungsbedürftige Formulierungen und Klarstellungen. Betroffen waren die Standards IFRS 1, IFRS 12 und IAS 28. Die neuen Regelungen sind bezüglich IFRS 1 und IAS 28 verpflichtend für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen und für IFRS 12 für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2017 beginnen, anzuwenden. Die Änderungen haben bzw. werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Verbund haben.

Noch nicht anzuwendende Rechnungslegungsvorschriften von der EU übernommen

IFRS 9 – Finanzinstrumente: Im Juli 2014 wurde die endgültige Fassung von IFRS 9 Finanzinstrumente veröffentlicht. Die Vorschriften sind von der EU in europäisches Recht übernommen worden. Der neue Standard ist auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen.

Klassifizierung und Erfassung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte werden in drei Bewertungsgruppen klassifiziert: Zu fortgeführten Anschaffungskosten, erfolgswirksam zum fair value und zum fair value über das other comprehensive income (OCI). Die Gruppe der finanziellen Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten besteht aus solchen finanziellen Vermögenswerten, die nur den Anspruch auf Zins- und Tilgungszahlungen an vorgegebenen Zeitpunkten vorsehen (SPPI-Kriterium) und die im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten werden, dessen Zielsetzung das Halten von Vermögenswerten ist. Alle anderen finanziellen Vermögenswerte bilden die Gruppe der zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und sind dem Geschäftsmodell „Halten und Verkaufen“ oder „Sonstiges“ zugeordnet. Eigenkapitalinstrumente, welche nicht zu Handelszwecken gehalten werden, können zum fair value über das OCI ausgewiesen werden, ohne dass realisierte Gewinne oder Verluste später in die Erfolgsrechnung übertragen werden. Alle anderen Eigenkapitaltitel werden erfolgswirksam zum fair value erfasst.

Das Geschäftsmodell bezieht sich darauf, wie ein Unternehmen Zahlungsströme erwirtschaftet. Durch Vereinnahmung vertraglich vereinbarter Cashflows, durch Verkauf von Finanzinstrumenten, oder beides. Ein Geschäftsmodell hat zum Ziel bzw. die Absicht finanzielle Vermögenswerte auf eine bestimmte Weise zu steuern. Die Beurteilung der Geschäftsmodelle erfolgte anhand verschiedener Kriterien wie Ziele, Vergütung, Performancemessung, Management- bzw. Risikostrategie, Häufigkeit und Zeitpunkte von Verkäufen sowie Gründe für die Verkäufe. Anhand dieser Kriterien werden einzelne Portfolien bzw. Subportfolien innerhalb des Geschäftsmodells „Halten“, „Halten und Verkaufen“ und „Sonstiges“ gebildet.

Neben der Analyse, Definition und Festschreiben der Geschäftsmodellbedingung ist auch eine Analyse der Ausgestaltung der Zahlungsströme eines Finanzinstruments notwendig, um diese entsprechend klassifizieren zu können. Ist das SPPI-Kriterium nicht erfüllt, hat die Bewertung zwingend erfolgswirksam zum fair value zu erfolgen. Die Prüfung des SPPI-Kriteriums wurde in Hinblick auf Kredite und Wertpapierbestände mit Ende des Jahres 2016 und in weiterer Folge für Neugeschäfte im dritten Quartal 2017 abgeschlossen. Bei Zinsbindungen, die nicht eindeutig als SPPI-konform oder SPPI-schädlich eingestuft werden konnten, erfolgte die Zuordnung auf Basis des Ergebnisses eines Benchmarktests. Das Ergebnis des Benchmarktests zeigt, ob die Abweichung der nicht abgezinsten vertraglichen Zahlungsflüsse möglicherweise gegenüber nicht abgezinsten Zahlungsflüssen von Benchmarkinstrumenten als SPPI-schädlich zu beurteilen ist. Das SPPI-Kriterium dieser finanziellen Vermögenswerte wird größtenteils aufgrund SMR-Zinsbindungen bzw. SMR-Komponenten in der Zinsbindung nicht erfüllt.

Änderungen der Klassifizierung und Bewertung

Aufgrund der Kriterienliste für die Bestimmung der Geschäftsmodelle und des SPPI-Kriteriums wurden für den Verbund für den Kredit- und Wertpapierbereich Portfolien definiert und den Geschäftsmodellen zu gewiesen. Die Geschäftsmodellbeurteilung im Kreditbereich hat gezeigt, dass grundsätzlich die Zielsetzung die Bestandspflege und Wachstum in den Bereichen Retail/KMU, Modell-, Kommerz- und Projekt- und Immobilienfinanzierung ist. Eine performanceabhängige, variable Vergütung sowie Verkäufe sind nicht vorgesehen. Im Kreditportfolio enthaltene Risiken werden unter anderem mit Zinsderivaten oder Unterbeteiligungen minimiert. Somit werden sämtliche Portfolien im Kreditbereich dem Geschäftsmodell „Halten“ zugeordnet, soweit keine Verkaufsabsicht von Krediten oder von Gesellschaften, die diese Kredite halten, besteht. Wird das SPPI-Kriterium erfüllt, erfolgt eine Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten. Jene Portfolien oder einzelne finanzielle Vermögenswerte die verkauft werden sollen, sowie jene die sich in Gesellschaften befinden, die zum Verkauf stehen, werden als „zum Verkauf“ designiert und erfolgswirksam zum fair value bewertet. Am 5. Dezember 2017 wurde der Kaufvertrag über die Anteile der VB Schweiz unterfertigt und somit werden die gesamten finanziellen Vermögenswerte der Gesellschaft dem Geschäftsmodell „Sonstiges“ zugeordnet. Bereits zum 31.12.2017 wurden die einzelnen Vermögensgegenstände zum fair value im Rahmen des IFRS 5 bilanziert, daher ergibt sich kein Umstellungseffekt. Im Verbund werden zum 01.01.2018 alle restlichen Kredite dem Geschäftsmodell „Halten“ zugeordnet. Der geringfügige positive Effekt (Eigenkapitalerhöhung) aufgrund der fair value Bewertung von Krediten, welche das SPPI-Kriterium nicht erfüllen wird voraussichtlich rd. EUR 0,3 Mio. (vor latenter Steuer) betragen und betrifft ein Volumen von rd. EUR 670 Mio. Der Umstellungseffekt befindet sich derzeit noch in Validierung wodurch noch eine Änderung möglich ist. Die Analyse bezüglich der Geschäftsmodellzuordnung von Wertpapierportfolien wurde im Verbund bereits im Jahr 2016 abgeschlossen. Die Identifikation der Geschäftsmodelle ergab, dass im Bankbuch die Vergütung hinsichtlich Performancemessung unabhängig ist. Eine performanceabhängige, variable Vergütung ist nicht vorgesehen. Auch hinsichtlich Management- und Risikostrategien erfolgt keine Differenzierung innerhalb der Positionen im Bankbuch. Sämtliche Bankbuchveranlagungen werden im Rahmen der verbundweiten Investmentstrategie getätigt und weisen grundsätzlich ein geringes Kreditrisikoprofil auf. Somit erfolgt die Identifikation der Geschäftsmodelle im Wesentlichen anhand der Parameter Veranlagungsziele, wie Einhaltung von regulatorischen Anforderungen oder Erzielung von Erträgen, sowie Gründe und Häufigkeit von Verkäufen. Der Verbund definiert Verkäufe von Positionen, welche aufgrund einer signifikanten Erhöhung des Ausfallsrisikos nicht mehr in

die Veranlagungsstrategie passen, welche kurz vor Fälligkeit stattfinden und deren Verkaufserlös etwa den verbleibenden vertraglichen Zahlungen entspricht, welche unter anderem aufgrund des Wegfalls der Basis der Geschäftsgrundlage durchgeführt werden und welche im Rahmen einer strategischen Neuausrichtung im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlichen oder risikotechnischen Überlegungen stattfinden als unschädlich. Aufgrund der unterschiedlichen Zielsetzungen bei der Bankbuchveranlagung ergeben sich die unterschiedlichen Portfolien innerhalb des Verbundes. Einerseits wird ein Volumen von rd. EUR 1.667 Mio. dem Portfolio „Halten“ zugeordnet werden, da bei diesem Bestand die Absicht besteht, diese Instrumente bis zum Laufzeitende zu halten. Hierzu zählen auch Positionen, die zur Einhaltung der LCR-Vorgaben gehalten werden. Ein Volumen von rd. EUR 512 Mio. wurde dem Portfolio „Halten und Verkaufen“ zugeordnet, das grds. dazu bestimmt ist, Positionen bis zur Endfälligkeit zu halten. Sollte sich jedoch aufgrund positiver Marktbedingungen die Möglichkeit von optimierten Renditen durch vorzeitige Verkäufe ergeben, können diese entsprechend genutzt werden. Ziel des Verbundes ist es, die Volatilität innerhalb der GuV aufgrund der fair value Bewertung zu minimieren, daher wird das Volumen an SPPI-schädlichen Wertpapieren soweit wie möglich minimiert. Diese Instrumente sind somit jederzeit zum Verkauf verfügbar. Innerhalb des Verbundes handelt es sich um ein Volumen von rd. EUR 128 Mio. Bei Zukäufen ab dem 01.01.2018 wird das Instrument seitens Treasury der der VBW einem Geschäftsmodell zugeordnet. Beim Wertpapierbestand des Verbundes werden somit sämtliche Bewertungsmethoden gemäß IFRS 9 (Bewertung zu Anschaffungskosten, erfolgswirksame Bewertung zum fair value sowie Bewertung zum fair value über das OCI) angewendet werden. Der negative Eigenkapitaleffekt aufgrund der Umwertung bei Wertpapieren wird unter Berücksichtigung von hedge accounting rd. EUR -8,3 Mio. (vor latenter Steuer) betragen.

Betreffend Anteile und sonstige Beteiligungen ergibt sich aus der Erstanwendung von IFRS 9 kein Umstellungseffekt, da bereits alle Beteiligungen zum 31.12.2017 zum fair value bilanziert sind. Es wurde für alle Eigenkapitaltitel - mit Ausnahme der VB Regio Beteiligung - entschieden die Bewertung zum fair value im OCI auszuweisen (OCI-Option). Da diese Eigenkapitaltitel unter IFRS 9 jedenfalls zum fair value zu bilanzieren sind, ergibt sich durch das Ziehen der Bilanzierungsoption keine Eigenkapitalveränderung.

Für finanzielle Verbindlichkeiten bleibt die Klassifizierung und Bewertung unter IFRS 9 unverändert, mit der Ausnahme, dass Gewinne und Verluste aus einer erfolgswirksam zum fair value designierten finanziellen Verbindlichkeit, die infolge von Änderungen des eigenen Kreditrisikos entstanden ist, im OCI zu erfassen sind. Im Verbund wird für strukturierte Eigenemissionen die fair value Option gezogen. Bei einem Volumen von rd. EUR 82 Mio. wird die voraussichtliche Eigenkapitalveränderung zu einer Verringerung von rd. EUR -4 Mio. (vor latenter Steuer) führen.

Bilanzierung von Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte

Die Neuregelungen zur Wertminderungen unter IFRS 9 sind für finanzielle Vermögenswerte anzuwenden, die den Bewertungskategorien zu fortgeführten Anschaffungskosten und zum fair value im OCI zugeordnet werden, auf Forderungen aus Leasingverhältnissen und auf außerbilanzielle Kreditzusagen und Finanzgarantien. Durch die neuen Vorschriften sind nicht mehr nur eingetretene Verluste, sondern auch bereits erwartete Verluste zu erfassen. Dabei wird der Umfang der Erfassung erwarteter Verluste danach differenziert, ob sich das Ausfallrisiko finanzieller Vermögenswerte seit ihrem Zugang wesentlich verschlechtert hat oder nicht. Liegt eine wesentliche Verschlechterung vor und ist das Ausfallrisiko am Stichtag nicht als niedrig einzustufen, so sind ab diesem Zeitpunkt sämtliche erwarteten Verluste über die gesamte Laufzeit (lifetime expected credit loss) zu erfassen. Andernfalls sind nur die über die Laufzeit des Instruments erwarteten Verluste zu berücksichtigen, die aus künftigen, möglichen Verlustereignissen innerhalb der nächsten zwölf Monate resultieren. Ausnahmeregelungen bestehen für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Leasingforderungen. Für diese Vermögenswerte müssen (Forderungen ohne wesentliche Finanzierungskomponente) bzw. dürfen (Forderungen mit

wesentlicher Finanzierungskomponente und Leasingforderungen) bereits bei Zugang sämtliche erwarteten Verluste berücksichtigt werden.

Anwendungsbereich

Die Wertminderung wird

- für finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten (AC) als Risikovorsorge ausgewiesen.
- für finanzielle Vermögenswerte, die bei Zugang einen objektiven Hinweis auf Wertminderung aufweisen, (POCI - purchased or originated credit-impaired financial assets) im kreditrisikoadjustierten Effektivzinssatz berücksichtigt. Wenn sich seit Zugang die Höhe der Verlustschätzung geändert hat, wird dies als Risikovorsorge ausgewiesen.
- für unwiderrufliche Kreditzusagen und Finanzgarantien werden Wertminderungen als Rückstellungen ausgewiesen.
- für Schuldeninstrumente, die gemäß IFRS 9 als fair value über das OCI klassifiziert sind, erfolgswirksam erfasst und im sonstige Ergebnis (OCI) ausgewiesen.

Die Wertminderung wird für Schuldinstrumente, die erfolgswirksam zum fair value bilanziert werden, nicht gesondert ausgewiesen, da im fair value auch bereits eventuelle Wertminderungen berücksichtigt werden. Da Eigenkapitalinstrumente nach IFRS 9 stets mit dem fair value zu bilanzieren sind, gilt hier das Gleiche.

3-Stufen-Modell

Das neue Wertminderungsmodell unterscheidet zwischen drei möglichen Wertminderungsstufen (Stages):

Stage 1: In diese Stufe werden grundsätzlich alle Geschäfte bei ihrem Zugang eingeordnet. Eine Ausnahme dazu bilden Instrumente, die zum Zugangszeitpunkt bereits als wertgemindert eingestuft wurden (POCI) und gesondert behandelt werden.

Stage 2: In dieser Stufe sind alle Instrumente enthalten, die im Vergleich zum Zugangszeitpunkt eine signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos aufweisen.

Stage 3: Liegt neben einer signifikanten Erhöhung des Ausfallrisikos zusätzlich ein objektiver Hinweis auf Wertminderung vor, wird das Instrument dieser Stufe zugeordnet.

Eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos wird in erster Linie anhand der PD-Veränderungsquote der Ausfallwahrscheinlichkeit der gesamten Laufzeit (Lifetime-PD) gemessen. Übersteigt diese einen definierten Schwellenwert, wird der finanzielle Vermögenswert in Stage 2 eingestuft. Zusätzlich wird ein Leistungsverzug von mindestens 30 Tagen, die Einstufung als forborne oder der Wechsel des Kunden in die Intensivbetreuung als eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos interpretiert.

Ein objektiver Hinweis auf Wertminderung wird mit einem Herabstufen des Kunden in die Ausfalls-Ratingklasse, das grundsätzlich durch 13 definierte Ausfallevents ausgelöst werden kann, gleichgesetzt. Die Ausfallsdefinition in der Volksbank entspricht den Vorgaben des CRR I Art. 178.

Mögliche Ausnahmen (Wahlrechte):

- Im Verbund wird das Wahlrecht für Low Credit Risk Exemption – also der pauschalen Zuordnung von Instrumenten mit niedrigem Risiko zu Stage 1 ohne weitere Prüfung einer signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos – ausgeübt. Zu den relevanten Instrumenten zählen ausschließlich Wertpapiere mit einem externen Investment

Grade Rating. Falls mehrere externe Ratings vorliegen, wird das zweitbeste Rating herangezogen. Dadurch wird sichergestellt, dass mindestens zwei von drei Ratingagenturen den Emittenten als Investment Grade einstufen.

- Ausnahmen, für die es gemäß IFRS 9 ein Wahlrecht für ein vereinfachtes Modell gibt, wie z.B. für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, vertragliche Aktivposten gemäß IFRS 15 und Leasingforderungen sind vorerst nicht vorgesehen, da entweder diese Art von Forderungen im Verbund derzeit nicht vorkommen oder dieses Wahlrecht nicht in Anspruch genommen wird.

Ein Rücktransfer aus Stage 2 bzw. Stage 3 (unter Berücksichtigung einer Wohlverhaltensperiode) wird dann vorgenommen, wenn die Kriterien, die zu einer Abstufung geführt haben, nicht mehr zutreffen. Auf- und Abstufungen werden somit symmetrisch behandelt.

Angaben zur Berechnungslogik

Die Wertminderung ist der erwartete Verlust, der als der Barwert aus der Differenz aus vertraglich vereinbarten Cashflows und erwarteten Cashflows definiert ist.

Die Berechnungslogik kann anhand der folgenden 6 Dimensionen beschrieben werden:

- Zeithorizont: Die erwarteten Verluste werden entweder für einen 12-Monatszeitraum (Stage 1) oder für die gesamte Restlaufzeit (Stage 2 und Stage 3) berechnet.
- Einzelgeschäfts- bzw. Portfoliobetrachtung: Die Berechnung der Wertminderung auf Einzelgeschäftsebene erfolgt in der Regel für Kunden in Stage 3 mit einer bestimmten Mindestobligogröße (Einzelwertberichtigungen und -rückstellungen). Für alle anderen Positionen wird die Berechnung zwar ebenfalls für jedes Geschäft einzeln durchgeführt, die dazu verwendeten Parameter (PD, LGD, etc.) werden allerdings aus Portfolien/Gruppen mit denselben Risiko-Charakteristika abgeleitet (Portfoliowertberichtigungen/-rückstellungen und pauschale Einzelwertberichtigungen/-Rückstellungen).
- Szenarioanalyse: Die Wertminderung wird anhand von mindestens zwei wahrscheinlichkeitsgewichteten Szenarien ermittelt.
- Erwartete Cashflows: Für die Ermittlung der erwarteten Verluste gibt es Vorgaben für die Schätzung der erwarteten Cashflows (Ermittlung Sicherheitencashflows, Cashflows aus laufendem Betrieb, etc.)
- Zeitwert des Geldes: Der erwartete Verlust beinhaltet den „Zeitwert des Geldes“ und stellt damit einen diskontierten Wert dar.
- Berücksichtigung von verfügbaren Informationen: Für die Berechnung der Wertminderung werden schuldnerspezifische, geschäftsspezifische und makroökonomische Informationen über vergangene Ereignisse, aktuelle Bedingungen und Prognosen über die Zukunft im Rahmen der angewendeten PD-, LGD- und Cashflowmodelle berücksichtigt.

Auswirkungen der Wertminderungsvorschriften

Der Verbund schätzt, dass die Anwendung der Wertminderungsvorschriften des IFRS 9 zum 01.01.2018 zu einer positiven Änderung der erfassten Wertminderungen von EUR 27,2 Mio. (vor latenter Steuer) führen.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Ziel der neuen Regelungen ist es, das hedge accounting stärker an der ökonomischen Risikosteuerung eines Unternehmens zu orientieren. Wie bisher müssen Unternehmen zu Beginn einer Sicherungsbeziehung die jeweilige Risikomanagementstrategie samt Risikomanagementzielen dokumentieren, wobei künftig jedoch das Verhältnis zwischen gesicher-

tem Grundgeschäft und Sicherungsinstrument in der Regel den Vorgaben der Risikomanagementstrategie entsprechen muss. Hedge accounting wird im Verbund ab 1. Jänner 2018 nach IFRS 9 angewandt. Die Möglichkeit neue Hedgekonstellationen aufgrund der Änderungen unter IFRS 9 einzuführen wird derzeit innerhalb des Verbundes diskutiert. Dabei wird die Möglichkeit des layer hedge accountings für fix verzinste Kredite sowohl fachlich als auch technisch geprüft.

Hedgebeziehungen, welche unter IAS 39 gegolten haben, bleiben größtenteils bestehen. Lediglich bei strukturierten Eigenemissionen der VBW mit einem Volumen von rd. EUR 82 Mio., welche unter IAS 39 dem hedge accounting designiert wurden, wird unter IFRS 9 die fair value option angewendet. Die voraussichtliche Eigenkapitalveränderung wird zu einer Verringerung von rd. EUR -4 Mio. (vor latenter Steuer) führen.

Eigenmitteleffekt

Aufgrund der o.a. Umstellungseffekte würden sich die Eigenmittel gemäß CRR zum 31.12.2017 wie folgt darstellen:

EUR Tsd.	31.12.2017
Hartes Kernkapital - CET1	1.648.701
Zusätzliches Kernkapital - AT1	9.846
Kernkapital - T1 (CET1 + AT1)	1.658.547
Ergänzungskapital - T2	553.344
Eigenmittel insgesamt - TC (T1 + T2)	2.211.891
Harte Kernkapitalquote	12,43 %
Kernkapitalquote	12,50 %
Eigenmittelquote	16,67 %
jeweils bezogen auf das Gesamtrisiko	

Die nachfolgende Tabelle stellt die Eigenmittel des Verbunds unter Vollanwendung der CRR dar (fully loaded):

EUR Tsd.	31.12.2017
Hartes Kernkapital - CET1	1.640.151
Zusätzliches Kernkapital - AT1	14.153
Kernkapital - T1 (CET1 + AT1)	1.654.304
Ergänzungskapital - T2	506.163
Eigenmittel insgesamt - TC (T1 + T2)	2.160.467
Harte Kernkapitalquote	12,39 %
Kernkapitalquote	12,49 %
Eigenmittelquote	16,32 %
jeweils bezogen auf das Gesamtrisiko	

Die geschätzten Auswirkungen werden einen positiven Effekt auf das Eigenkapital zum 01.01.2018 haben und betragen EUR 15 Mio. Die angeführten Effekte stellen Bruttowerte dar (vor latenter Steuern). Die Umstellung auf den neuen Standard ist weitgehend abgeschlossen und zurzeit werden die Umstellungseffekte in Detailspekten analysiert. Die tatsächlichen Auswirkungen können von den angeführten Angaben im Einzelfall abweichen, da die Umsetzungs- und Umstellungsarbeiten in der Prozess- und Systemlandschaft noch nicht final abgeschlossen sind.

IFRS 15 – Umsatzerlöse aus Kundenverträgen: IFRS 15 ist auf Umsatzerlöse aus Kundenverträgen anzuwenden und wird die bisher geltenden Standards IAS 11 und IAS 18 ersetzen. IFRS 15 sieht ein prinzipienorientiertes fünfstufiges Modell vor, wonach zunächst der Kundenvertrag und die darin enthaltenen separaten Leistungsverpflichtungen zu identifizieren sind. Anschließend wird der Transaktionspreis bestimmt und auf die Leistungsverpflichtungen des Vertrages aufgeteilt. Die Umsatzerlöse sind dann zu realisieren, wenn der Kunde die Verfügungsmacht über die vereinbarten

Dienstleistungen hat. Dies kann entweder zeitraum- oder zeitpunktbezogen erfolgen. Die Übertragung der Chancen und Risiken ist nicht mehr entscheidend. Die Umsatzerlöse sind mit dem Betrag der Gegenleistung zu bewerten, die das Unternehmen erwartet zu erhalten.

Das Projekt wurde im Verbund Mitte des Jahres 2017 gestartet und im vierten Quartal des Jahres abgeschlossen. Zinserträge und Dividenden aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit für die bisher IAS 18 anzuwenden war, werden von IFRS 15 nur mehr eingeschränkt erfasst. Auf Entgelte für Finanzdienstleistungen sind die Regelungen gemäß IAS 39 bzw. IFRS 9 anzuwenden, sofern diese einen integralen Bestandteil des Effektivzinses darstellen. Inhaltlich ergeben sich dadurch keine Auswirkungen zur bisherigen Vorgehensweise. Aus diesem Grund ist für den Verbund insbesondere die Abgrenzung der Erlöse von Erträgen aus Finanzinstrumenten gemäß IFRS 15, die unter IFRS 9 fallen, sowie von Erträgen aus Leasingverhältnissen gemäß IFRS 16 bzw. IAS 17 von Bedeutung. Ebenso wurden die sonstigen Provisionen und Gebühren einer Analyse unterzogen. Eine Anwendungsanalyse des IFRS 15 für die identifizierten Bereiche bzw. Positionen ergab keine wesentliche Auswirkung für den Verbund.

IFRS 16 - Leasingverhältnisse: Der Verbund hat im vierten Quartal 2017 ein Projekt für die Anwendungs- und Wirkungsanalyse initiiert. Verträge, die der Anwendung von IFRS 16 unterliegen, betreffen im Verbund voraussichtlich überwiegend Fahrzeuge, Liegenschaften und IT-Komponenten. Eine Quantifizierung und Detailerhebung erfolgt im ersten Halbjahr 2018. Eine wesentliche Änderung betrifft die Abbildung der operating lease Verträge beim Leasingnehmer, da Vermögenswerte und Schulden aus operativen Leasingverhältnissen nun zu erfassen sein werden. Es besteht das Wahlrecht operative Leasingvereinbarungen, die eine Laufzeit von nicht mehr als 12 Monaten aufweisen, sowie jene, deren zugrundeliegender Vermögenswert von geringem Wert ist, als Aufwand zu erfassen. Ob eine der praktischen Erleichterungen genutzt wird, die nach IFRS 16 möglich sind, wurde noch nicht festgelegt. Die Bilanzierung beim Leasinggeber ändert sich im Vergleich zu IAS 17 nur unerheblich. Die Anhangangaben werden im Vergleich zu IAS 17 umfangreicher sein. Die Vorschriften wurden im November 2017 durch die EU in europäisches Recht übernommen. Auf die Finanzierungs-Leasingverhältnisse werden keine wesentlichen Auswirkungen erwartet.

Neue und Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften von der EU noch nicht übernommen

Änderungen zu IFRS 2 – Klassifizierung und Bewertung von Geschäftsvorfällen mit anteilsbasierter Vergütung: Die Änderungen beschäftigen sich mit einzelnen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Bilanzierung von anteilsbasierten Vergütungen mit Barausgleich. Des Weiteren gibt es eine Änderung bei der Klassifizierung von anteilsbasierten Vergütungen als in Eigenkapitaltitel erfüllt. Zusätzlich wurden Regelungen aufgenommen, wie bei einem Wechsel, von anteilsbasierten Vergütungen mit Barausgleich zu einer Erfüllung durch Eigenkapitalinstrumente aufgrund von Änderungen der Vereinbarung, vorzugehen ist. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen. Die Änderungen werden keine Auswirkungen auf den Verbund haben.

Änderungen zu IAS 40 – Übertragung von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien: Die Änderungen schlagen Leitlinien vor, wann ein Vermögensgegenstand zwischen den Kategorien des Vorratsvermögens und der als Finanzinvestition gehaltene Immobilie wechselt. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Verbund haben.

IFRIC 22 – Vorauszahlungen im Zusammenhang mit Fremdwährungstransaktionen: Bei der Interpretation wird klargestellt, auf welchen Zeitpunkt der Wechselkurs für die Umrechnung von Transaktionen in Fremdwährungen zu ermitteln ist, wenn das Unternehmen einen nicht monetären Vermögenswert oder eine nicht monetäre Schuld ansetzt, welche aus einer im Voraus geleisteten Zahlung/Erhalt einer Gegenleistung entsteht. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren an-

zuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen. Die Änderungen werden voraussichtlich keine wesentliche Auswirkung auf den Verbund haben.

IFRIC 23 – Steuerrisikopositionen aus Ertragsteuern: Die Interpretation stellt klar, wie steuerliche Risiken, für welche es wahrscheinlich ist, dass die Steuerbehörde zu einer anderen Beurteilung wie das berichtende Unternehmen in seiner Steuerberechnung kommt, zu berücksichtigen sind. IFRIC 23 ist verpflichtend erstmals in Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2019 beginnen, anzuwenden. Die Änderungen werden voraussichtlich keine wesentliche Auswirkung auf den Verbund haben.

Änderung zu IFRS 9 – Vorzeitige Rückzahlungsoptionen mit negativer Vorfälligkeitsentschädigung: Die Änderung ermöglicht eine Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis für finanzielle Vermögenswerte mit einer negativen Vorfälligkeitsentschädigung unter bestimmten Voraussetzungen. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2019 beginnen. Die Änderungen werden voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Verbund haben.

Änderung zu IAS 28 – Langfristige Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen: Die Änderung stellt klar, dass IFRS 9 auf langfristige Anteile an assoziierten Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen anzuwenden ist, deren Bilanzierung nicht nach der Equity-Methode erfolgt. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen. Die Änderung wird keine Auswirkung auf den Verbund haben.

IFRS 17 – Versicherungsverträge: Der neue Standard verfolgt das Ziel einer konsistenten, prinzipienbasierten Bilanzierung für Versicherungsverträge und erfordert eine Bewertung von Versicherungsverbindlichkeiten mit einem aktuellen Erfüllungswert. Dies führt zu einer einheitlichen Bewertung und Darstellung aller Versicherungsverträge. Der Standard ist in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2021 beginnen. Dieser Standard wird keine wesentlichen Auswirkungen auf den Verbund haben.

Jährliche Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2015-2017)

Die Änderungen betreffen verbesserungsbedürftige Formulierungen und Klarstellungen. Betroffen sind die Standards IFRS 3/ IFRS 11, IAS 12 und IAS 23. Die Änderungen an den Standards sind verpflichtend für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2019 beginnen, anzuwenden. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Verbund haben.

b) Anwendung von Schätzungen und Annahmen

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Diese Schätzungen und Annahmen haben Einfluss auf die in der Bilanz und die in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesenen Beträge der Aktiva und Verbindlichkeiten sowie der Erträge und Aufwendungen.

Bei den folgenden Annahmen und Schätzungen besteht naturgemäß die Möglichkeit, dass, wenn sich die Rahmenbedingungen entgegen den Erwartungen am Bilanzstichtag entwickeln, es zu wesentlichen Anpassungen von Vermögenswerten und Schulden im nächsten Geschäftsjahr kommen kann.

- Zur Beurteilung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten, für die kein aktiver Markt vorhanden ist, werden alternative finanzmathematische Bewertungsmethoden herangezogen. Die der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts zu Grunde gelegten Parameter beruhen teilweise auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Die Beurteilung der Werthaltigkeit von immateriellen Vermögenswerten, Geschäfts- oder Firmenwerten, investment properties und Sachanlagen basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Die Beurteilung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden oder der available for sale Kategorie zugeordnet werden, basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Dem Ansatz der aktiven latenten Steuern liegt die Annahme zu Grunde, dass in Zukunft ausreichend steuerliche Einkünfte erwirtschaftet werden, um die bestehenden Verlustvorträge zu verwerten; ggf. werden keine aktiven latenten Steuern angesetzt.
- Für die Bewertung der bestehenden Sozialkapitalverpflichtungen werden Annahmen für Zinssatz, Pensionsantrittsalter, Lebenserwartung und künftige Bezugserhöhungen verwendet.
- Die Bewertung der Rückstellungen erfolgt auf Basis von Kostenschätzungen von Vertragspartnern, Erfahrungswerten und finanzmathematischen Berechnungsmethoden.
- Zu den in der Bilanz nicht erfassten Verpflichtungen und Wertminderungen auf Grund von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Haftungsverhältnissen werden regelmäßig Einschätzungen vorgenommen, ob eine bilanzielle Erfassung im Abschluss zu erfolgen hat.

Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position dargestellt. Die tatsächlichen Werte können von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen, wenn sich die Rahmenbedingungen entgegen den Erwartungen zum Bilanzstichtag entwickeln. Änderungen werden zum Zeitpunkt einer besseren Kenntnis erfolgswirksam berücksichtigt und die Prämissen entsprechend angepasst.

c) Konsolidierungsgrundsätze / Grundsätze der Zusammenfassung

Grundlage des vorliegenden Verbundabschlusses bilden nach IFRS erstellte Konzernabschlüsse sowie nach dem Regelwerk erstellte Einzelabschlüsse der einbezogenen Unternehmen. Im Rahmen der Bewertung at equity wurden die Wertansätze in den lokalen Abschlüssen assoziierter Unternehmen an die verbundeinheitlichen Rechnungslegungsgrundsätze angepasst, sofern die Auswirkungen auf den Verbundabschluss wesentlich waren.

Die im Wege der Vollkonsolidierung und nach der Equity Methode einbezogenen Jahresabschlüsse wurden auf Basis des Bilanzstichtages zum 31. Dezember 2017 erstellt.

Mangels einer obersten beherrschenden Muttergesellschaft wurden die Eigenkapitalbestandteile, der gemäß den jeweiligen Grundsätzen übergeleiteten Abschlüsse, der zugeordneten Kreditinstitute laut der Liste einbezogener Unternehmen in Kapitel 52) zusammengefasst. Im Zuge der Zusammenfassung von Beteiligungen der einbezogenen Unternehmen an Volksbanken und an der VBW werden die zusammengefassten Beteiligungsbuchwerte von den zusammengefassten Eigenkapitalbestandteilen in Abzug gebracht. Durch die Konsolidierung im Sinne eines Gleichordnungskonzerns entstehen im Zuge der Kapitalkonsolidierung keine Minderheitenanteile. Genossenschaftsanteile der zugeordneten Kreditinstitute werden unter Gesamtnennbetrag Geschäftsanteile ausgewiesen.

Unternehmenszusammenschlüsse ab dem 31. März 2004 werden gemäß IFRS 3 nach der Erwerbsmethode bilanziert. Dabei werden alle zum Erwerbszeitpunkt identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden zu ihren beizulegenden Zeitwerten angesetzt. Übersteigen die Anschaffungskosten den anteiligen Zeitwert des Nettovermögens,

wird ein Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert. Die full goodwill Methode wird nicht angewendet. Der Firmenwert wird nicht planmäßig abgeschrieben, sondern wird gemäß IAS 36 einmal jährlich auf Wertminderung überprüft. Passive Unterschiedsbeträge sind gemäß IFRS 3 nach einer erneuten Überprüfung sofort erfolgswirksam zu erfassen. Anpassungen von bedingten Kaufpreisbestandteilen, die zum Zeitpunkt des Erwerbs als Verbindlichkeit ausgewiesen werden, werden erfolgswirksam erfasst. Transaktionen, bei denen der Konzern weiterhin die Beherrschung behält, werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Sofern Unternehmen, die vom Verbund direkt oder indirekt beherrscht werden, für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbunds wesentlich sind, werden sie im Verbundabschluss vollkonsolidiert. Unternehmen mit einem Kapitalanteil zwischen 20 % und 50 % ohne Beherrschungsvertrag werden nach der Equity Methode in den Verbundabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie Eventualforderungen und -verbindlichkeiten aus Beziehungen zwischen den in den Verbundabschluss einbezogenen Unternehmen sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten wurden im Zuge der Schuldenkonsolidierung aufgerechnet. Erträge und Aufwendungen zwischen Verbundunternehmen werden im Zuge der Aufwands- und Ertragskonsolidierung, Zwischenergebnisse im Wege der Zwischenergebniseliminierung eliminiert.

d) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21 werden auf Fremdwährung lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden, nicht monetäre zum fair value bewertete Positionen sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte zum Devisen-Kassa-Mittelkurs und noch nicht abgewickelte Termingeschäfte zum Devisen-Termin-Mittelkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Nicht monetäre Vermögenswerte und Schulden, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, werden mit dem Anschaffungskurs angesetzt.

Die Umrechnung von Einzelabschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in fremden Währungen erfolgt nach der modifizierten Stichtagskursmethode gemäß IAS 21 für die Bilanz mit dem Devisen-Kassa-Mittelkurs zum Bilanzstichtag und für das Eigenkapital mit den historischen Kursen. Differenzen, die sich aus dieser Umrechnung ergeben, werden erfolgsneutral in der Währungsrücklage verrechnet. Firmenwerte und aufgedeckte stille Reserven und Lasten aus der Erstkonsolidierung von ausländischen Tochterunternehmen, die vor dem 1. Jänner 2005 entstanden sind, werden mit den historischen Wechselkursen umgerechnet. Alle Firmenwerte und aufgedeckte stille Reserven und Lasten von Unternehmenszusammenschlüssen nach dem 1. Jänner 2005 werden mit dem Devisen-Kassa-Mittelkurs zum Bilanzstichtag umgerechnet.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung werden die durchschnittlichen Devisen-Kassa-Mittelkurse, berechnet auf Basis von Monatsultimoständen, für das Geschäftsjahr herangezogen. Währungsdifferenzen zwischen dem Stichtagskurs in der Bilanz und dem Durchschnittskurs in der Gewinn- und Verlustrechnung werden ergebnisneutral mit dem Eigenkapital in der Währungsrücklage verrechnet.

e) Zinsüberschuss

Zinserträge und Zinsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Laufende oder einmalige zinsähnliche Erträge und Aufwendungen wie Kreditprovisionen, Überziehungsprovisionen oder Bearbeitungsgebühren werden im Zinsüberschuss nach der Effektivzinsmethode erfasst sofern keine Ausnahmen

in den Rechnungslegungsgrundsätzen dafür bestehen. Agien und Disagien werden mit Hilfe der Effektivzinismethode über die Laufzeit des Finanzinstrumentes verteilt und im Zinsüberschuss dargestellt.

Der sich aus der Berechnung der Risikovorsorge ergebende Barwerteffekt wird im Zinsergebnis dargestellt.

Der Zinsüberschuss setzt sich zusammen aus:

- Zinsen und ähnlichen Erträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften (inklusive Barwerteffekt aus den Risikovorsorgen)
- Zinsen und ähnlichen Erträgen aus festverzinslichen Wertpapieren
- Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren
- Erträgen aus verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen und sonstigen Beteiligungen
- Mieterträgen aus operating lease Verträgen und investment property Vermögenswerten sowie Abschreibungen von operating lease Vermögenswerten
- Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von Einlagen
- Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital
- Zinskomponenten von Derivaten des Bankbuches

Die Zinserträge und Zinsaufwendungen aus Handelsaktiva und -passiva werden im Handelsergebnis dargestellt.

Die Bewertungs- und Veräußerungsergebnisse von Wertpapieren, Aktien und Beteiligungen werden im Ergebnis aus Finanzinvestitionen ausgewiesen.

f) Risikovorsorge

In der Position Risikovorsorge für das Kreditgeschäft werden die Bildung und Auflösung von Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen (siehe Kapitel 3 I)) erfasst. Direkt abgeschriebene Forderungen und die Eingänge aus bereits abgeschriebenen Forderungen werden ebenfalls in dieser Position dargestellt. Weiters erfolgt hier auch der Ausweis der Dotierung und Auflösung von Risikorückstellungen.

Eine Wertminderung (impairment) liegt dann vor, wenn nach dem erstmaligen Ansatz der Kreditforderung objektive Hinweise auf ein Ereignis vorliegen, das Auswirkungen auf die zukünftigen Zahlungsströme aus der Forderung hat und dessen Auswirkungen verlässlich geschätzt werden können. Für die Ermittlung des Vorsorgebedarfs werden die Kreditforderungen im Rahmen der Kredit- und Ausfallüberwachung einzeln, regelmäßig und anlassbezogen auf die oben genannten objektiven Hinweise untersucht. Zu den Ausfallkriterien zählen unter anderem Forbearance-Maßnahmen sowie Kennzahlen, die auf einen möglichen Zahlungsausfall hinweisen (beispielsweise unlikeliness to pay). Bei Forderungen, die Ausfallkriterien aufweisen und eine definierte Obligohöhe überschreiten („signifikante“ Forderungen), erfolgt die Ermittlung der Risikovorsorge mittels der discounted cash flow Methode (Einzelrisikovorsorge). Dabei wird auf Grundlage des ursprünglichen Effektivzinssatzes der Forderung der Barwert der zukünftig erwarteten cash flows errechnet. Dieser ist abhängig von der Einschätzung der aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Situation des Kunden, der Einschätzung der Höhe der Verwertungserlöse von Kreditsicherheiten und dem zeitlichen Zufluss der daraus resultierenden Zahlungsströme. Die Risikovorsorge für nicht signifikante, ein Ausfallkriterium aufweisende Kredit-Engagements wird pauschal ermittelt (pauschale Einzelrisikovorsorge). Für jene Kredit-Engagements, die kein Ausfallkriterium aufweisen, wird eine Portfoliorisikovorsorge gebildet. Die pauschale Einzelrisikovorsorge und die Portfoliorisikovorsorge werden auf Einzelgeschäftsebene unter Verwendung von Bewertungsmodellen ermittelt. Diese Bewertungsmodelle basieren auf statistisch berechneten Parametern wie zum Beispiel historische Ausfall- und Verlustquoten. Die verwendeten Methoden und Pa-

parameter werden regelmäßig einer Validierung unterzogen, um die geschätzten und tatsächlichen Ausfälle und Verluste anzunähern. Der Prozess zur Ermittlung der Wertberichtigung erfolgt EDV-unterstützt durch ein dafür entwickeltes impairment tool.

g) Provisionsüberschuss

Im Provisionsüberschuss werden alle Erträge und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Erbringung von Dienstleistungen entstehen, periodengerecht dargestellt.

h) Handelsergebnis

Im Handelsergebnis werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse aus im Handelsbestand (Handelsaktiva und Handelspassiva) gehaltenen Wertpapieren, Devisen und Derivaten erfasst. Diese umfassen nicht nur die Ergebnisse aus Marktwertänderungen, sondern auch alle Zinserträge, Dividenden und Refinanzierungsaufwendungen von Handelsaktiva.

Ergebnisse aus der täglichen Bewertung von Positionen in Fremdwährungen werden ebenfalls im Handelsergebnis dargestellt.

i) Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand enthält alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der in den Abschluss einbezogenen Unternehmen.

Dem Personalaufwand werden Löhne und Gehälter, gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen, Zahlungen an die Pensionskasse und Mitarbeitervorsorgekasse sowie alle Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen zugeordnet.

Im Sachaufwand sind alle Aufwendungen für Geschäftsräume, Kommunikation, Werbung und Marketing, Rechtsberatung und sonstige Beratung, Schulungen sowie der EDV-Aufwand enthalten.

Weiters werden im Verwaltungsaufwand die Abschreibungen auf immaterielles und materielles Anlagevermögen – außer die Wertminderungen von Firmenwerten – dargestellt.

j) Sonstiges betriebliches Ergebnis

In dieser Position werden neben dem Ergebnis aus der Bewertung bzw. dem Rückkauf von finanziellen Verbindlichkeiten, den Wertminderungen von Firmenwerten, den Bewertungen von IFRS 5 Veräußerungsgruppen und dem Entkonsolidierungsergebnis aus dem Abgang von Tochterunternehmen alle übrigen sonstigen betrieblichen Ergebnisse erfasst.

k) Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Im Ergebnis aus Finanzinvestitionen werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse von Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss und aller Derivate im Bankbuch dargestellt. Die Ergebnisse aus Zinsen und Dividenden werden im Zinsüberschuss erfasst.

Weiters werden hier die Veräußerungsergebnisse aller verbrieften Finanzinvestitionen der Kategorien available for sale (inklusive Beteiligungen), loans & receivables und held to maturity erfasst. Die Bewertungsergebnisse, wenn sie aus Gründen einer wesentlichen oder dauerhaften Wertminderung (impairment) resultieren, werden ebenfalls in dieser Position dargestellt. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden bei nachträglichem Wegfall des Wertminderungsgrundes bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten ergebniswirksam in dieser Position erfasst.

Ergebnisse aus der täglichen Bewertung von Fremdwährungen werden im Handelsergebnis dargestellt.

I) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Erfassung

Ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit wird dann in der Bilanz erfasst, wenn der Verbund Vertragspartei zu den vertraglichen Regelungen des Finanzinstrumentes wird und infolgedessen das Recht auf Empfang oder die rechtliche Verpflichtung zur Zahlung von flüssigen Mitteln hat. Ein Finanzinstrument gilt mit Handelsdatum als zu- oder abgegangen. Am Handelsdatum orientieren sich der erstmalige Ansatz in der Bilanz, die Bewertung in der Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanzierung des Abganges eines Finanzinstrumentes.

Ausbuchung

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswertes erfolgt zum Zeitpunkt des Verlustes der vertraglichen Rechte an den cash flows. Eine finanzielle Verbindlichkeit wird dann ausgebucht, wenn diese getilgt ist.

Der Verbund wickelt Transaktionen ab, bei denen finanzielle Vermögenswerte übertragen werden, aber entweder Risiken oder Chancen, die mit dem Eigentum des Vermögenswertes verbunden sind, im Verbund verbleiben. Werden alle oder die wesentlichsten Risiken und Chancen im Verbund behalten, dann wird der finanzielle Vermögenswert nicht ausgebucht, sondern weiterhin in der Bilanz erfasst. Solche Transaktionen sind z.B. Wertpapierleihe und Pensionsgeschäfte.

Saldierungen

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden nur dann miteinander verrechnet, wenn der Verbund ein vertragliches Recht darauf hat und wenn der Verbund die verrechnete Verbindlichkeit auf einer Nettobasis tilgt oder gleichzeitig mit der Realisierung der Forderung die Verbindlichkeit begleicht.

Erträge und Aufwendungen werden nur dann netto dargestellt, wenn das von den Rechnungslegungsstandards erlaubt ist oder wenn die Gewinne und Verluste aus einer Gruppe gleichartiger Transaktionen, wie z.B. die Handelsaktivitäten des Verbunds, entstehen.

Fortgeführte Anschaffungskosten

Die fortgeführten Anschaffungskosten von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sind jener Betrag, der sich aus den ursprünglichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Tilgungsbeträgen, der Verteilung von Agien oder Disagien nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit sowie von Wertberichtigungen oder Abschreibungen auf Grund von Wertminderungen oder Uneinbringlichkeit ergibt.

Fair value Bewertung

Der fair value ist der Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswertes eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt werden würde.

Für die Berechnung der fair values wird die folgende fair value Hierarchie herangezogen, die die Bedeutung der einzelnen Parameter widerspiegelt.

Level 1: Ein auf einem aktiven Markt notierter Preis für identische Instrumente. Ein Markt wird als aktiv angesehen, wenn notierte Preise leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen.

Level 2: Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Daten beruhen – entweder direkt als Preise oder indirekt abgeleitet von Preisen. Zu den Bewertungsmethoden gehören die Verwendung der jüngsten Geschäftsvorfälle zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern sowie der Vergleich mit dem aktuellen beizulegenden Zeitwert eines anderen, im Wesentlichen identischen Finanzinstruments. Bei der Analyse von diskontierten cash flows sowie Optionspreismodellen werden alle wesentlichen Parameter direkt oder indirekt von beobachtbaren Marktdaten abgeleitet. Dabei werden alle Faktoren berücksichtigt, die Marktteilnehmer bei einer Preisfeststellung beachten würden. Die Bewertung ist mit anerkannten wirtschaftlichen Methoden für die Preisfindung von Finanzinstrumenten konsistent. Alle für diese Berechnungsmethoden angewandten Schätzungen spiegeln angemessene Markterwartungen wider und beachten alle Risikofaktoren, die normalerweise in Finanzinstrumenten enthalten sind.

Level 3: Bewertungsmethoden, die zum Großteil nicht am Markt beobachtbare Parameter verwenden. Diese Parameter haben einen wesentlichen Effekt auf die Ermittlung des fair values. In dieser Kategorie werden auch Instrumente ausgewiesen, bei denen die Bewertung durch Anpassung von nicht beobachtbaren Inputfaktoren erfolgt, sofern diese Anpassung erheblich ist.

Die Bewertungsmethoden werden periodisch neu ausgerichtet und auf Validität überprüft, indem Preise von beobachtbaren aktuellen Markttransaktionen oder Preise, die auf verfügbaren, beobachtbaren Marktdaten beruhen, für dasselbe Finanzinstrument verwendet werden. Die Bewertungsmethode für Level 3 wurde im Geschäftsjahr angepasst. Die fair value Bewertung der Darlehen erfolgt weiterhin durch eine discounted cash flow Methode bei der die mit Forward-Zinssätzen errechneten cash flows mit der risikolosen Zinskurve inkl. einem Aufschlag diskontiert werden. Dieser Aufschlag wurde neu modelliert und besteht nun aus Risikokosten, Liquiditätskosten und einer Sammelposition für alle nicht berücksichtigten Pricing Parameter (Epsilon). Die risikolose Zinskurve wird von Marktdaten bezogen. Die Liquiditätskosten-Kurve wird auf Basis von Marktdaten modelliert. Die Risikokosten-Kurve wird vom Rating bzw. der Ausfallswahrscheinlichkeit abgeleitet. Das konstante Epsilon wird so kalibriert, dass ein Geschäft zum Abschlusszeitpunkt keinen fair value Gewinn/-Verlust erzeugt. Als Epsilon für die Bestandsbewertung wurde der Durchschnitt des Neugeschäfts des vierten Quartals 2017 herangezogen. Die verbesserte Methode gelangt mit 31.12.2017 zum Einsatz.

Wertminderungen

Quartalsweise findet ein Prozess für die Bewertung der Kreditforderungen mit dem Auftrag an die für das Risiko zuständigen Organisationseinheiten statt, auf Basis aktueller Entwicklungen einen Vorschlag für den Kreditrisikovorsorgebedarf zu machen. Eine Wertminderung liegt vor, wenn nach dem erstmaligen Ansatz eines Finanzinstrumentes objektive Hinweise auf ein Ereignis vorliegen, das Auswirkungen auf die zukünftigen Zahlungsströme aus dem Finanzinstrument hat und deren Auswirkung verlässlich geschätzt werden kann.

Objektive Hinweise für das Auftreten von Wertminderungen sind z.B. finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners; Umschuldung einer Forderung zu Konditionen, die ansonsten nicht gewährt werden; Indikationen, dass der Schuldner in Insolvenz geht; das Verschwinden eines Wertpapiers von einem aktiven Markt und andere beobachtbare Daten im Zusammenhang mit einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten wie Veränderungen im Zahlungsstand von Kreditnehmern oder wirtschaftliche Bedingungen, die mit den Ausfällen der Gruppe korrelieren.

Für die Berechnung des Vorsorgebedarfes werden zuerst die Vermögenswerte einzeln auf objektive Hinweise auf Wertminderung untersucht. Alle wesentlichen (signifikanten) Vermögenswerte werden auf Basis der erwarteten cash flows bewertet. Finanzielle Vermögenswerte, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, werden einer gemeinsamen Bewertung unterzogen. Dabei werden sie in Gruppen mit vergleichbaren Risikoprofilen zusammengefasst. Alle Vermögenswer-

te, bei denen kein objektiver Hinweis auf Wertminderung vorliegt, werden im Rahmen der Portfoliowertberichtigung für Wertminderungen, die bereits aufgetreten, aber noch nicht entdeckt wurden, wertberichtigt.

Gemäß den Vorgaben im Verbund-Kreditrisikohandbuch bzw. gemäß der generellen Weisung Risikomanagement Kreditrisiko werden Kunden mit einem internen Rating von 4C bis 4E (watchlist loans) und alle anderen Kunden, bei denen sonstige Hinweise ausfallsbedrohender Art bestehen, d.h. dass die vertragskonforme Rückführung gefährdet erscheint, einer intensiveren Prüfung unterzogen. Für un- oder teilbesicherte Engagements wird ein entsprechender Risikovorsorbedarf erfasst. Bei non-performing loans (Ratingklasse 5A – 5E) wird die Angemessenheit der Höhe der Risikovorsorge überprüft.

Der Betrag der Wertminderungen für Vermögenswerte, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, wird aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme unter Berücksichtigung von Sicherheiten, abgezinst mit dem Effektivzinssatz des Vermögenswertes, ermittelt. Der Abwertungsbetrag wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Fällt zu einem späteren Zeitpunkt der Grund der Wertminderungen weg, wird der Betrag über die Gewinn- und Verlustrechnung wieder zugeschrieben. Bei nicht verbrieften Forderungen wird der Betrag der Risikovorsorge auf einem eigenen Konto dargestellt. Verbrieft Forderungen werden direkt ab- bzw. zugeschrieben. Bei nicht verbrieften Forderungen erfolgt eine Direktabschreibung dann, wenn der Vermögenswert ausgebucht wird und keine ausreichende Risikovorsorge bis zum Zeitpunkt der Ausbuchung gebildet war.

Die Berechnung der Portfoliowertberichtigung erfolgt für homogene Portfolien. Bei der Berechnung der Höhe dieser Wertberichtigung werden folgende Parameter berücksichtigt:

- die historischen Verluste aus Forderungsausfällen
- die für die Folgeperiode geschätzten Ausfälle
- die geschätzte Zeitdauer zwischen Eintritt eines Ausfalls und Identifizierung des Ausfalls (loss identification period: 30 – 360 Tage)
- die Erfahrung des Managements, ob die aus den historischen Zeitreihen hergeleitete Schätzung der Höhe der Ausfälle größer oder kleiner als die voraussichtlichen Ausfälle in der aktuellen Periode ist.

Bei available for sale Vermögenswerten wird bei Vorliegen einer Wertminderung diese sofort als Abschreibung in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die bisher in der available for sale Rücklage erfassten Beträge werden ebenfalls in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert. Fällt der Wertminderungsgrund weg, werden abgeschriebene Beträge bei Fremdkapitalinstrumenten wieder erfolgswirksam zugeschrieben. Bei Eigenkapitalinstrumenten erfolgt die Zuschreibung erfolgsneutral unter Beachtung von latenten Steuern im sonstigen Ergebnis.

At fair value through profit or loss Designierung

Es wird nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Finanzinstrumente unwiderruflich als at fair value through profit or loss zu designieren. Eine Zuordnung zu dieser Kategorie erfolgt, wenn eine der drei folgenden Bedingungen erfüllt ist:

- Gruppen von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten werden nach einer dokumentierten Risikomanagementstrategie und Investitionsstrategie auf fair value Basis gemanagt.
- Durch den fair value Ansatz wird eine Inkonsistenz bei der Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten nachweislich verhindert.
- Ein Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat, das grundsätzlich getrennt vom Rahmenvertrag zum fair value anzusetzen wäre.

Bei finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Bankbuch, die der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet werden, werden Zinsen, Dividenden sowie damit im Zusammenhang stehende Provisionserträge und -aufwendungen in den jeweiligen Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Das Ergebnis aus der Bewertung zum fair value wird getrennt davon im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

In Kapitel 36) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird für jede Klasse von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der Betrag, der der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet wurde, dargestellt. Die Beschreibung über die Gründe der Designierung ist bei den Notes zu den einzelnen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten enthalten.

Derivate

Derivate werden grundsätzlich mit ihrem Marktwert ergebniswirksam bewertet.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts wird auch auf credit value adjustments (CVA) bzw. debt value adjustments (DVA) Bedacht genommen. Dem Kontrahentenrisiko für Marktwerte aus unbesicherten Derivaten wird mittels CVA bzw. DVA - als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallsrisiko - Rechnung getragen. Das expected future exposure (EFE) wird hierbei mittels Monte Carlo Simulation ermittelt. Für jene Kontrahenten, für die keine am Markt beobachtbaren Credit Spreads zur Verfügung stehen, basieren die Ausfallswahrscheinlichkeiten auf internen Ratings des Verbunds.

Die Marktwertänderungen von Derivaten, die für einen fair value hedge verwendet werden, werden sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst. Die Marktwertänderung des Grundgeschäftes, die aus dem gesicherten Risiko resultiert, wird ebenfalls im Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst, unabhängig ihrer Zuordnung zu den einzelnen Kategorien gemäß IAS 39. Fair value hedges werden für die Absicherung von Zinsänderungsrisiken bzw. Fremdwährungsrisiken aus festverzinslichen Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten, Fremdwährungsfordernungen und -verbindlichkeiten sowie strukturierten Emissionen verwendet.

Bei einem cash flow hedge wird die Marktwertänderung des Derivates direkt im sonstigen Ergebnis unter Berücksichtigung von latenten Steuern in der hedging Rücklage erfasst. Der ineffektive Teil der Sicherungsbeziehung wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Bewertung des Grundgeschäftes erfolgt je nach dessen Zuordnung in die einzelnen Kategorien. Cash flow hedges werden zur Zeit im Verbund nicht verwendet.

Eingebettete abspaltungspflichtige Derivate werden unabhängig von dem Finanzinstrument, in das sie eingegliedert sind, bewertet, es sei denn, das strukturierte Investment wurde in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert.

Eigene Eigenkapital- und Schuldinstrumente

Eigene Eigenkapitalinstrumente werden mit den Anschaffungskosten bewertet und passivseitig vom Eigenkapital abgesetzt. Rückgekaufte eigene Emissionen werden passivseitig mit dem Rückzahlungsbetrag von den Emissionen abgesetzt. Die Differenz zwischen dem Rückzahlungsbetrag und den Anschaffungskosten wird erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

m) Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden

Forderungen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notieren und nicht verbrieft sind.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden werden mit den Bruttobeträgen vor Abzug von Wertberichtigungen inklusive abgegrenzter Zinsen angesetzt. Der Gesamtbetrag der Risikovorsorgen wird, sofern sich dieser auf bilanzielle Forderungen bezieht, offen als Kürzungsbetrag auf der Aktivseite der Bilanz nach den Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte ist in der Position Rückstellungen enthalten.

Der erstmalige Ansatz der Forderungen erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer die Forderungen wurden in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert.

Finanzierungsleasing

Der Verbund betreibt Finanzierungsleasing sowohl für Immobilien als auch für bewegliche Güter. Dabei ist der Verbund Leasinggeber von einem Leasingobjekt, bei dem die Risiken und Chancen zum Großteil auf den Leasingnehmer übergehen und somit dieser der Eigentümer des Leasinggutes ist. Diese Geschäfte werden in den Forderungen ausgewiesen. Dabei wird statt des Leasingvermögens der Barwert der zukünftigen Zahlungen unter Berücksichtigung etwaiger Restwerte ausgewiesen.

Die Immobilienleasingverträge weisen hauptsächlich eine Laufzeit von 10 bis 20 Jahren auf, Mobilienleasing im Retailbereich im Wesentlichen Laufzeiten zwischen 3 bis 6 Jahren. Der Außenzinssatz der Leasingvereinbarungen wird im Zeitpunkt des Abschlusses der Leasingverträge für die gesamte Leasingdauer fixiert. Aufgrund von Zinsanpassungsklauseln kann der Außenzinssatz an die Entwicklung des Kapitalmarktes angepasst werden.

n) Risikovorsorge

Für die besonderen Risiken des Bankgeschäftes werden Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen gebildet. Für weitere Details wird auf Kapitel 3) m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten verwiesen.

o) Handelsaktiva und -passiva

In der Position Handelsaktiva werden alle finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, die mit einer kurzfristigen Wiederveräußerungsabsicht erworben wurden, oder die Bestandteil eines Portfolios mit kurzfristiger Gewinnerzielungsabsicht sind. Die Position Handelspassiva umfasst alle negativen Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten, die dem Handel dienen. In dieser Position werden keine finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ausgewiesen, die in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert wurden.

Sowohl der erstmalige Ansatz als auch die Folgebewertung erfolgt mit Marktwerten. Die Transaktionskosten werden sofort erfolgswirksam erfasst. Alle Marktwertveränderungen sowie alle dem Handelsbestand zurechenbaren Zinserträge, Dividenerträge und Refinanzierungskosten werden im Handelsergebnis dargestellt.

p) Finanzinvestitionen

Unter den Finanzinvestitionen werden alle verbrieften Schuld- und Eigenkapitalinstrumente, sofern sie nicht unter den Anteilen und Beteiligungen erfasst werden, ausgewiesen. Diese sind als reine Finanzbeteiligungen zu betrachten, die keine Kerngeschäftsrelevanz für den Verbund haben, sondern bei denen die Renditeoptimierung im Vordergrund steht. Der erstmalige Ansatz der Finanzinvestitionen erfolgt mit den Marktwerten zuzüglich direkt zurechenbarer Transaktionskosten. Die Folgebewertung ist abhängig von der Zuordnung der finanziellen Vermögenswerte zu den Kategorien at fair value through profit or loss, available for sale, loans & receivables und held to maturity.

Available for sale

In diese Kategorie werden alle Finanzinstrumente zugeordnet, die nicht in die Kategorie at fair value through profit or loss, loans & receivables oder held to maturity eingeordnet werden. Aufgrund des fehlenden Fälligkeitstermines werden hier auch alle Eigenkapitalinstrumente eingeordnet, sofern sie nicht der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet wurden. Nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente, deren Marktwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden zu Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Alle anderen available for sale Vermögenswerte werden zu Marktwerten bewertet. Die Marktwertänderungen werden direkt im Eigenkapital erfasst, bis die Finanzinvestition verkauft oder wertberichtigt wird und der Bewertungsbetrag aus dem Eigenkapital in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht wird. Bei Finanzinstrumenten mit festen und bestimmaren Zahlungen wird zusätzlich die Differenz zwischen Anschaffungskosten inklusive Transaktionskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode amortisiert. Somit wird nur die Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem fair value in die available for sale Rücklage eingestellt.

Loans & receivables

In die Kategorie loans & receivables werden alle verbrieften Finanzinvestitionen mit festen und bestimmaren Zahlungen klassifiziert, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind und die das Unternehmen nicht sofort oder in naher Zukunft veräußern möchte. Die Bewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Beachtung der Effektivzinsmethode.

Held to maturity

Es werden Finanzinstrumente in diese Kategorie gewidmet, wenn die Absicht und die Fähigkeit besteht, diese Finanzinstrumente bis zur Fälligkeit zu halten und wenn diese Finanzinstrumente bestimmte oder bestimmare Zahlungen und einen Fälligkeitstermin aufweisen.

Die Bewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Beachtung der Effektivzinsmethode. Jeder Verkauf oder jede Umwidmung eines wesentlichen Teiles aus dieser Kategorie, der nicht nahe beim Tilgungszeitpunkt liegt oder einem einmaligen isolierten Sachverhalt zuzurechnen ist, der sich der Kontrolle des Unternehmens entzieht und von diesem praktisch nicht vorhergesehen werden konnte, führt zu einer Umwidmung aller held to maturity Finanzinvestitionen in die available for sale Kategorie für die folgenden zwei Geschäftsjahre. Im Geschäftsjahr 2017 kam es, wie auch im Vorjahr, zu keinen Umwidmungen bzw. Verkäufen eines wesentlichen Teils aus dieser Kategorie.

q) Investment property Vermögenswerte

Sämtliche Grundstücke und Gebäude, die die Definition von investment properties gemäß IAS 40 erfüllen, werden mit dem Marktwert bilanziert. Die jährliche Bewertung erfolgt im Wesentlichen nach dem Standard der RICS (Royal Institution of Chartered Surveyors). RICS definiert den Marktwert (Verkehrswert) als geschätzten Betrag, zu dem eine Immobilie zum Bewertungsstichtag zwischen einem verkaufsbereiten Verkäufer und einem kaufbereiten Erwerber nach angemessenem Vermarktungszeitraum in einer Transaktion im gewöhnlichen Geschäftsverkehr verkauft werden könnte, wobei jede Partei mit Sachkenntnis, Umsicht und ohne Zwang handelt. Die Berechnungen sind kapitalwertorientierte Ertragswertrechnungen, die in der überwiegenden Anzahl der Fälle anhand der discounted cash flow Methode auf Basis aktueller Mietzinslisten samt Mietauslaufprofil unter Zugrundelegung von Annahmen über Marktentwicklungen und Zinssätzen erstellt werden. Die verwendeten Renditen werden vom Bewerter definiert und spiegeln die aktuelle Marktsituation und die Vor- und Nachteile des jeweiligen Objektes wider. Für Grundstücke auf welchen keine Entwicklungen in näherer Zukunft erwartet werden, werden auch Vergleichsverfahren angewendet. Dabei werden Transaktionspreise von ähnlichen Objekten zugrundegelegt, die in der jüngsten Zeit auf dem offenen Markt veräußert wurden. Diese Verkaufspreise werden unter Einbezug entsprechender Vergleichsobjekte analysiert und im Hinblick auf Differenzen mit dem

bewerteten Objekt auf der Grundlage von Vergleichselementen wie beispielsweise Größe, Aufteilung, Standort oder Widmung angepasst.

Das Immobilien Portfolio wird von internen und externen Gutachtern bewertet. Die Auswahl von Gutachtern wird unter anderem aufgrund ausgewiesener professioneller Qualifikation und Erfahrung hinsichtlich der jeweiligen Standorte und Kategorien der bewerteten Objekte vorgenommen. In Österreich wurden Gutachten von IMMO-CONTRACT Maklerges.m.b.H. eingeholt. Das Entgelt für den externen Gutachter ist ein fixer Betrag und hängt nicht vom festgestellten Marktwert des bewerteten Objektes ab.

Da für die Bewertung der investment property Vermögenswerte Parameter herangezogen werden, welche nicht auf Marktdaten basieren, erfolgt die Einstufung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in Level 3 der fair value Kategorie. Die bewertungsrelevanten Annahmen und Parameter werden zu jedem Bewertungsstichtag aktualisiert, was zu erheblichen Wertschwankungen der Wertansätze führen kann.

Die Mietverhältnisse bestehen gegenüber gewerblichen und privaten Bestandsnehmern und sind aufgrund des vielfältigen Bestands unterschiedlich. In der Regel haben die Mietverhältnisse eine längerfristige Laufzeit von bis zu 10 Jahren und sind mit Kauttionen besichert. Es werden marktübliche Indexanpassungen berücksichtigt, umsatzabhängige Mieten bestehen nicht. Für einige Objekte wurden Kaufoptionen eingeräumt.

Die Mieterträge werden linear entsprechend der Vertragslaufzeit erfolgswirksam vereinnahmt und in den Erträgen aus Zinsen und ähnlichen Erträgen dargestellt.

r) Beteiligungen

Es werden Tochterunternehmen gegründet und Beteiligungen aus strategischen Gründen und als Finanzbeteiligungen erworben. Bei den strategischen Beteiligungen handelt es sich um Gesellschaften, die die Geschäftsfelder abdecken und um Gesellschaften, die geschäftsunterstützend wirken.

Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird, werden nach der Equity Methode bewertet. Alle übrigen Beteiligungen werden mit dem ihnen beizulegenden Wert angesetzt. Da diese Beteiligungen nicht börsennotiert sind und keine Marktpreise auf einem aktiven Markt vorhanden sind, werden die Beteiligungen mit Hilfe von Bewertungsmethoden und teilweise nicht beobachtbaren Inputfaktoren bewertet. Die Bewertungen werden gemäß der discounted cash flow Methodik und dem Peer Group-Ansatz vorgenommen. Es kommen verschiedene Berechnungsmodell zur Anwendung. Das Ertragswertverfahren wird verwendet, wenn die VBW bzw die Verbundgesellschaft über die Kontrolle verfügt oder eine Organfunktion ausübt und somit Planrechnungen verfügbar sind. Wird die Gesellschaft nicht kontrolliert, erfolgt die fair value Berechnung auf Basis der geflossenen Dividende sowie der Jahresergebnisse der letzten fünf Jahre. Bei Gesellschaften, deren Geschäftszweck keine regelmäßigen Einnahmen zulässt oder deren Ergebnis vom Mutterunternehmen durch Verrechnungen gesteuert wird, wird als Bewertungsmaßstab das Nettovermögen herangezogen. Bei Beteiligungen an Genossenschaften wird, sofern eine Zeichnung von neuen Anteilen sowie eine Kündigung von bestehenden Anteilen jederzeit möglich ist, als Marktwert das Geschäftsanteilskapital herangezogen. Werden bei Beteiligungen Bewertungsgutachten von externen Bewertern durchgeführt, so werden diese für die laufende Bewertung herangezogen.

Soweit discounted cash flow Verfahren zur Anwendung gelangen, beruhen die verwendeten Abzinsungssätze auf jeweils aktuellen Empfehlungen des Fachsenats der österreichischen Kammer der Wirtschaftstreuhänder sowie internationalen Finanzinformationsdienstleistungsunternehmen und liegen im Geschäftsjahr 2017 bei 6,9 – 8,9 % (2016: 7,0 - 8,3 %). Die bei der Berechnung verwendete Marktrisikoprämie liegt bei 6,75 % (2016: 6,75 %), die herangezogenen Beta-Werte

bei 0,8 - 1,1 (2016: 0,9 - 1,1). Zusätzliche Länderrisiken waren nicht zu berücksichtigen. Abschläge aufgrund von Handelbarkeit und Kontrollausübung in Höhe von jeweils 10 % werden bei zwei Beteiligungen vorgenommen.

Bei Wertminderungen werden entsprechende Abwertungen vorgenommen. Fällt der Grund der Wertminderung weg, erfolgt die Zuschreibung erfolgsneutral unter Beachtung von latenten Steuern direkt im Eigenkapital.

Für die Berechnung der Sensitivitäten für den fair value wird grundsätzlich der Zinssatz mit +/- 0,5 Prozentpunkte angesetzt. Die in die Berechnung einfließenden Ertragskomponenten werden jeweils mit +/- 10 % für die Sensitivitätsberechnung berücksichtigt. Bei Beteiligungen, bei denen der Marktwert dem Nettovermögen entspricht, wird dieses mit +/- 10 % für die Angaben zur Sensitivität berücksichtigt. Bei Marktwerten, die aus Bewertungsgutachten übernommen werden, werden jeweils eine untere und eine obere Bandbreite für die Sensitivität erfasst. Entspricht der Marktwert den Geschäftsanteilskapital wird keine Sensitivität berechnet.

s) Immaterielles und materielles Anlagevermögen

Der Ansatz der immateriellen Vermögenswerte erfolgt mit den jeweiligen Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen bzw. um Wertminderungen. Diese Position umfasst vor allem entgeltlich erworbene Firmenwerte und Software.

Ein Geschäfts- oder Firmenwert wird nicht linear abgeschrieben, sondern stattdessen gemäß IAS 36 einmal jährlich auf Wertminderung geprüft oder, falls Ereignisse oder veränderte Umstände darauf hinweisen, dass eine Wertminderung stattgefunden haben könnte, auch häufiger. Dieser impairment test wird für die jeweiligen cash generating units (CGUs), welchen Firmenwerte zugerechnet sind, durchgeführt. Der Wertminderungsbedarf der CGU wird durch Gegenüberstellung des Buchwertes mit deren erzielbarem Betrag ermittelt. Sofern der erzielbare Betrag den Buchwert unterschreitet, ist in Höhe dieser Differenz ein Wertminderungsaufwand zu erfassen. Eine Wertaufholung von Wertminderungen von Firmenwerten ist in der Folgeperiode unzulässig.

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die – soweit es sich um abnutzbare Vermögenswerte handelt – um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der erwarteten Nutzungsdauer vermindert werden.

Bei dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen, bei Wegfall dieses Abschreibungsgrundes werden Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten durchgeführt.

Die Nutzungsdauer entspricht dem tatsächlichen Nutzungsverbrauch und beträgt für:

Betriebs- und Geschäftsausstattung (Möbel)	max. 10 Jahre
EDV-Hardware (inkl. Rechenmaschinen, etc.)	max. 5 Jahre
EDV-Software	max. 4 Jahre
Fahrzeuge	max. 5 Jahre
Tresoranlagen, Panzerschränke	max. 20 Jahre
Gebäude, Umbauten	max. 50 Jahre
Mietrechte	max. Laufzeit des Mietrechtes

t) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen

In diesen Positionen werden sowohl die laufenden als auch die latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen ausgewiesen.

Gemäß IAS 12 wird die latente Steuerabgrenzung nach der bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode ermittelt. Dabei wird eine Steuerabgrenzung auf alle temporären Unterschiede zwischen dem steuerlichen Wertansatz eines Vermögenswertes oder Schuldpostens und dem Wertansatz im IFRS Abschluss gebildet. Die Berechnung der latenten Steuern in den einzelnen einbezogenen Unternehmen erfolgt mit den zum Bilanzstichtag gültigen oder bereits angekündigten landesspezifischen Steuersätzen. Eine Aufrechnung von latenten Steueransprüchen mit latenten Steuerverpflichtungen wird je Unternehmen vorgenommen.

Aktive latente Steuern unter anderem auf noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge werden dann bilanziert, wenn es wahrscheinlich ist, dass in derselben Gesellschaft in Zukunft ausreichend zu versteuernde Gewinne vorhanden sein werden bzw. wenn in ausreichendem Umfang steuerpflichtige temporäre Differenzen vorhanden sind. Der Beurteilungszeitraum beträgt bis zu 4 Jahre. Aktive latente Steuern auf Verlustvorträge oder andere Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, deren Verwertbarkeit nicht ausreichend gesichert ist, werden wertberichtigt. Eine Abzinsung für latente Steuern wird nicht vorgenommen.

u) Sonstige Aktiva

Zur periodenrichtigen Darstellung von Erträgen und Aufwendungen werden Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, die gemeinsam mit sonstigen Vermögenswerten in dieser Position ausgewiesen werden. Im Falle von Wertminderungen werden Wertberichtigungen gebildet. Darüber hinaus enthält diese Position auch alle positiven Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches, die mit dem Marktwert bewertet werden. Die Marktwertänderungen werden – mit Ausnahme von Derivaten für cash flow hedges, die direkt im sonstigen Ergebnis erfasst werden – im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

v) Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt

Ein langfristiger Vermögenswert (oder eine Veräußerungsgruppe) ist als zur Veräußerung gehalten zu klassifizieren, wenn der zugehörige Buchwert überwiegend durch ein Veräußerungsgeschäft und nicht durch fortgesetzte Nutzung realisiert wird.

Damit dies der Fall ist, muss der Vermögenswert (die Veräußerungsgruppe) im gegenwärtigen Zustand zu Bedingungen, die für den Verkauf derartiger Vermögenswerte (oder Veräußerungsgruppen) gängig und üblich sind, sofort veräußerbar sein und eine solche Veräußerung muss höchstwahrscheinlich sein.

Diese Kriterien sind dann erfüllt, wenn die notwendigen Gremialbeschlüsse vorliegen, die Vermögenswerte ohne wesentlicher Modifikation oder Umstrukturierung verkauft werden können, mit der Vermarktung der Vermögenswerte begonnen wurde und zum Bilanzstichtag entweder ein verbindliches Angebot oder bereits ein unterschriebener Vertrag vorliegen und das Closing innerhalb von 12 Monaten erwartet wird. Vorzeitig, direkt durch den Schuldner getilgte Kredite, erfüllen auch wenn die vorzeitige Tilgung durch einen Abschlag auf den Kreditbetrag von einem Verbundunternehmen initiiert wurde, nicht die Definition einer Verkaufstransaktion.

Eine Veräußerungsgruppe umfasst zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte, andere Vermögenswerte und Schulden, die zusammen in einer einzigen Transaktion verkauft werden. Nicht zur Abgangsgruppe gehören daher jene Verbindlichkeiten, welche mit dem Erlös aus dem Verkauf der Abgangsgruppe getilgt aber nicht übertragen werden.

Ein aufgegebenen Geschäftsbereich ist ein Unternehmensbestandteil, der bereits veräußert wurde oder als zur Veräußerung gehalten eingestuft wird und einen gesonderten, wesentlichen Geschäftszweig oder geographischen Geschäftsbereich darstellt, Teil eines einzelnen, abgestimmten Plans zur Veräußerung eines wesentlichen Geschäftszweigs oder

geographischen Geschäftsbereichs ist, oder ein Tochterunternehmen darstellt, das ausschließlich mit der Absicht der Wiederveräußerung erworben wurde.

Im Verbund stellt ein aufgegebenen Geschäftsbereich ein berichtspflichtiges Segment dar. Auch ein wesentlicher Geschäftszweig oder ein geographischer Geschäftsbereich, der an den Vorstand berichtet wird und einen bedeutenden Effekt auf die finanzielle Situation des Verbunds hat, wird bei Vorliegen aller Voraussetzungen als aufgegebenen Geschäftsbereich dargestellt. Stellt der Verbund die Geschäftstätigkeit in einem einzelnen Land ein, handelt es sich nur dann um einen aufgegebenen Geschäftsbereich, wenn bestimmte Größenkriterien überschritten sind. Stellt der Verbund die Geschäftstätigkeit in einer ganzen Region ein, dann handelt es sich unabhängig von den oben dargestellten Größenkriterien immer um einen aufgegebenen Geschäftsbereich. Um eine Region handelt es sich dann, wenn diese gesondert im Geschäftsbericht in der Regionalverteilung der Gesamtforderungen auf die strategischen Geschäftsfelder dargestellt wird.

Nach der Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten sind langfristige Vermögenswerte oder Vermögensgruppen mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen. Wertminderungsaufwendungen werden ergebniswirksam im sonstigen betrieblichen Aufwand erfasst.

Langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen und zugehörige Verbindlichkeiten, die als zur Veräußerung gehalten eingestuft werden, werden in der Bilanz getrennt von anderen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten dargestellt.

Für einen aufgegebenen Geschäftsbereich ist in der Gesamtergebnisrechnung das Ergebnis nach Steuern des aufgegebenen Geschäftsbereichs und das Ergebnis nach Steuern, das bei der Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten oder bei der Veräußerung der Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen, die den aufgegebenen Geschäftsbereich darstellen, zu erfassen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung des Vorjahres ist entsprechend anzupassen.

w) Verbindlichkeiten

Der erstmalige Ansatz der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie der verbrieften Verbindlichkeiten erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer diese Verbindlichkeiten wurden der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet.

x) Sozialkapital

Bei beitragsorientierten Plänen (defined contribution plans) stellen die Beiträge an den Fonds einen Aufwand der laufenden Periode dar. Ungleichmäßig verteilte Beitragszahlungen werden periodengerecht abgegrenzt.

Der Verbund hat einzelnen Mitarbeitern leistungsorientierte Pläne (defined benefit plans) für die Höhe der späteren Versorgungsleistung zugesagt. Diese Pläne sind teilweise unfunded, d.h. die zur Bedeckung benötigten Mittel verbleiben im Unternehmen, die Bildung der Rückstellung erfolgt im Verbund. Die Finanzierung dieser Pläne erfolgt ausschließlich durch den Konzern, Arbeitnehmer müssen keine Beiträge zu den Plänen leisten. Im Verbund wurden in den Vorjahren Pensionsansprüche von Mitarbeitern auf Pensionskassen übertragen, die als ausgelagertes Vermögen – Planvermögen – dargestellt sind. Außergewöhnliche, unternehmens- oder planspezifische Risiken bzw. erhebliche Risikokonzentration sind nicht zu erblicken.

Die Pensionskasse hat für jene Teile der Pensionsverpflichtungen, die auf sie ausgelagert sind, einen Asset-Risikomanagement-Prozess (ARM-Prozess) eingerichtet.

In der BONUS Pensionskasse Aktiengesellschaft wird das Risiko auf der Ebene einer Veranlagungs- und Risikogemeinschaft (VRG) durch die Risikoindikatoren Value-at-Risk (VaR) und Shortfall-Risk (SFR) berechnet. Dadurch werden maximale Verlustwahrscheinlichkeiten unter üblichen Marktbedingungen quantifiziert. Zudem werden zwecks Berücksichtigung selten auftretender extremer Marktbewegungen Szenarioanalysen durchgeführt. Die Risikoindikatoren VaR und SFR sind die Kernfaktoren zur Steuerung des Risikos auf VRG Ebene. Festgelegte Limite von VaR- und SFR-Werten unter Berücksichtigung von, bei negativen Marktentwicklungen in Kraft tretenden, Absicherungsmaßnahmen bilden dabei den Rahmen für die Veranlagung.

Die Pensionskasse erfüllt im eigenen Bereich die Vorgaben der Risikomanagementverordnung der Finanzmarktaufsicht (FMA) und berichtet regelmäßig darüber an den Aufsichtsrat. Hinsichtlich der passivseitigen Verpflichtungen werden die biometrischen Risiken in der VRG regelmäßig überprüft, um langfristige Abweichungen zu den verwendeten Rechnungsgrundlagen rechtzeitig zu erkennen und durch eine entsprechende Anpassung der Tafeln zu vermeiden. Gleiches gilt für die Bewertung jener Verpflichtungen, die nicht ausgelagert wurden. Diesbezüglich gibt es kein spezifisches ALM-Management, da bei direkten Leistungszusagen (Pensionen, Abfertigungen und Jubiläumsgeldverpflichtungen) keine Bedeckung dieser Rückstellungen mit direkt zuordenbaren Aktiva vorliegt. Im Rahmen einer Sensitivitätsanalyse werden jedoch Schwankungsbandbreiten, die aus Schwankungen der einbezogenen Parameter resultieren, ermittelt und überwacht, um die Auswirkungen allfälliger Schwankungen auf die Aktivseite der Bilanz rechtzeitig abschätzen zu können.

Weiters wird in der Sammelstiftung Malbun gebundenes Vermögen angelegt. Die Stiftung ist nach dem Vollversicherungsmodell aufgebaut. Die Sammelstiftung erfüllt im eigenen Bereich die Vorgaben der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA und berichtet regelmäßig dem Stiftungsrat. Für die versicherungstechnischen Risiken Alter, Tod und Invalidität sowie Anlagerisiken hat die Stiftung mit der Züricher Lebensversicherungs-Gesellschaft AG einen Kollektiv-Lebensversicherungsvertrag abgeschlossen. Daher trägt die Vorsorgeeinrichtung weder ein versicherungstechnisches Risiko noch ein Anlagerisiko. Die Vorsorgeeinrichtung bietet dafür Gewähr, dass sie ihre Verpflichtungen erfüllen kann. Es erfolgt eine jährliche Überprüfung, ob sämtliche versicherungstechnischen Risiken im Rahmen des Kollektiv-Lebensversicherungsvertrages durch die Züricher Lebensversicherungs-Gesellschaft AG getragen werden. Durch den Kollektiv-Lebensversicherungsvertrag ist sichergestellt, dass der Deckungsgrad immer bei 100 % liegt.

Für die Pensions- und Abfertigungsverpflichtungen werden gemäß Anwartschaftsbarwertverfahren nach den allgemein anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik der Barwert der Gesamtverpflichtung sowie die in der Periode hinzuverdienten Ansprüche ermittelt. Bei der Abfertigungsverpflichtung werden sowohl ein Ausscheiden wegen des Erreichens der Altersgrenze als auch wegen Berufsunfähigkeit, Invalidität oder Ableben sowie die Hinterbliebenenanwartschaft berücksichtigt.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden direkt im sonstigen Ergebnis erfasst. Ein nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand wird im Zeitpunkt der Planänderung sofort erfolgswirksam erfasst. Alle Aufwendungen und Erträge in Zusammenhang mit leistungsorientierten Plänen werden im Personalaufwand erfasst.

Parameter zur Berechnung der Sozialkapitalverpflichtungen

	2017	2016	2015	2014
Zinssatz Pensionsrückstellung	1,10 %	1,10 %	1,50 %	1,60 %
Zinssatz Abfertigungsrückstellung	1,10 %	1,10 %	2,00 %	2,00 %
Zinssatz Jubiläumsrückstellung	1,10 %	1,10 %	2,00 %	1,80 %
Zinssatz Planvermögen	1,10 %	1,10 %	1,50 %	1,60 %
Künftige Gehaltssteigerungen	3,00 %	3,00 %	3,00 %	3,00 % – 3,50 %
Künftige Pensionssteigerungen	2,00 %	2,00 %	2,00 %	2,00 %
Fluktuationsabschläge	keine	keine	keine	keine

Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte der aktuellsten österreichischen Pensionsversicherungstafel AVÖ 2008-P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler&Pagler, Angestelltenbestand verwendet. Da der Rückstellungsbedarf für Dienstnehmer, die nicht in Österreich beschäftigt sind, unwesentlich ist, wird auf eine Anpassung der Parameter und biometrischen Grundwerte auf die Verhältnisse in den Ländern dieser Tochtergesellschaften verzichtet.

Bei der Berechnung wird generell auf die derzeit gültigen Alterspensionsgrenzen abgestellt und angenommen, dass die Mitarbeiter das aktive Dienstverhältnis mit Erreichen des Regelpensionsalters beenden. Das beträgt bei Männern 65 Jahre und bei Frauen zwischen 60 und 65 Jahren. Für Dienstnehmer, die nicht in Österreich beschäftigt sind, wurden die lokal üblichen Alterspensionsgrenzen für die Berechnung herangezogen.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen beinhaltet anspruchsberechtigte Dienstnehmer, die am Bewertungsstichtag in einem aktiven Dienstverhältnis standen, sowie Bezieher laufender Pensionen. Die Ansprüche sind in Sonderverträgen bzw. Statuten genannt, rechtsverbindlich und unwiderruflich zugesagt.

y) Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet, wenn aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige Verpflichtung entstanden und es wahrscheinlich ist, dass zur Erfüllung der Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen erforderlich ist. Sie werden in Höhe der wahrscheinlichsten voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Dabei werden Kostenschätzungen von Vertragspartnern, Erfahrungswerte und finanzmathematische Berechnungsmethoden verwendet. Liegt nur eine mögliche Verpflichtung vor und kommt es wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss bzw. ist keine zuverlässige Schätzung der Verpflichtung möglich, so wird eine Eventualverpflichtung ausgewiesen. Eine Abzinsung wird für die Risikorückstellungen vorgenommen.

In den Risikorückstellungen werden Kreditrisikovorsorgen für Eventualverbindlichkeiten (insbesondere Finanzgarantien) ausgewiesen. Die anderen Rückstellungen enthalten Vorsorgen für Rechtsstreitigkeiten und Restrukturierungen. Die Dotierung und Auflösung von Risikorückstellungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung in den Risikovorsorgen erfasst. Die Dotierung und Auflösung der Restrukturierungsrückstellung erfolgt in der Position Restrukturierungsergebnis, während die Aufwendungen und Erträge aller anderen Rückstellungen vorwiegend im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst sind.

z) Sonstige Passiva

Zur periodengerechten Darstellung von Erträgen und Aufwendungen werden Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, die gemeinsam mit sonstigen Verbindlichkeiten in dieser Position ausgewiesen werden. Darüber hinaus enthält diese Position auch alle negativen Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs, die mit den Marktwerten angesetzt werden. Die

Marktwertänderungen werden – mit Ausnahme von Derivaten für cash flow hedges, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet werden – im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

aa) Nachrangkapital

Der erstmalige Ansatz des Nachrangkapitals erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer diese Verbindlichkeiten wurden der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet.

Verbriefte oder unverbiefte finanzielle Verbindlichkeiten werden dann dem Nachrangkapital zugeordnet, wenn die Verbindlichkeit im Falle der Liquidation oder des Konkurses des Unternehmens erst nach den Verbindlichkeiten der anderen nicht nachrangigen Gläubiger befriedigt werden muss.

Ergänzungskapital beinhaltet in den Vertragsbedingungen zusätzlich zur Nachrangigkeit auch eine ergebnisabhängige Zinszahlung. Zinsen dürfen nur soweit ausbezahlt werden, soweit sie im Jahresüberschuss vor Rücklagenbewegung des emittierenden Unternehmens gedeckt sind. Weiters nehmen Ergänzungskapitalanteile auch am Verlust teil. Der Rückzahlungsbetrag wird durch laufende Verluste gemindert. Eine Tilgung zum Nominale kann erst dann wieder erfolgen, wenn die evidenzmäßig erfassten Verluste durch Gewinne aufgefüllt wurden.

bb) Eigenkapital

Als Eigenkapital werden jene emittierten Finanzinstrumente ausgewiesen, die keine vertragliche Verpflichtung beinhalten, flüssige Mittel oder einen anderen finanziellen Vermögenswert an ein anderes Unternehmen abzugeben oder finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten mit einem anderen Unternehmen zu potenziell nachteiligen Bedingungen für den Emittenten auszutauschen.

Das Kapitalmanagement erfolgt auf Basis des aufsichtsrechtlichen Kapitals. Für Details wird auf Kapitel dd) Eigenmittel und Kapitel 50) a) Kapitaladäquanzprozess – ICAAP und Stress Testing verwiesen.

Mangels einer obersten Muttergesellschaft auf Grund der fehlenden Kontrolle der ZO gemäß IFRS 10 handelt es sich beim Verbundabschluss um einen Gleichordnungskonzern. Dabei werden die Eigenkapitalbestandteile der einbezogenen Unternehmen, die nicht beherrscht werden, zusammengefasst und um die ebenfalls zusammengefassten Beteiligungsbuchwerte an diesen einbezogenen Unternehmen vermindert. Die danach verbleibenden Eigenkapitalbestandteile werden in den jeweiligen Positionen im Eigenkapital ausgewiesen und es entstehen aus dieser Art der Konsolidierung keine Minderheitenanteile.

Das Genossenschaftskapital der Volksbanken wird im Posten Geschäftsanteile getrennt erfasst. Gemäß IAS 32 kann Genossenschaftskapital, da es unter Einhaltung einer Kündigungsfrist jederzeit vom Inhaber gekündigt werden kann, nicht als Eigenkapital angerechnet werden. Ist aber die Rücknahme von Geschäftsanteilen uneingeschränkt oder teilweise verboten, dürfen diese Anteile gemäß IFRIC 2 den Eigenkapital zugerechnet werden. Daher werden Geschäftsanteile, die diesem Verbot unterliegen, im gezeichneten Kapital ausgewiesen. Anteile, die jederzeit rückführbar sind, werden als eigener Posten neben dem Eigenkapital ausgewiesen, da diese als Tier I Kapital in den anrechenbaren Eigenmitteln enthalten sind und die Steuerung des Kapitals auf Basis des aufsichtsrechtlichen Kapitals erfolgt.

cc) Rücklagen

In der Position Rücklagen werden Kapitalrücklagen, Gewinnrücklagen und Bewertungsrücklagen zusammengefasst. Im Falle von Kapitalrücklagen werden gemäß IAS 32 die Transaktionskosten einer Eigenkapitaltransaktion unter Berück-

sichtigung von latenten Steuern abgesetzt, sofern es sich dabei um zusätzliche, der Eigenkapitaltransaktion direkt zurechenbare Kosten handelt. Weiters wird hier auch der Unterschied zwischen Nominale und Rückkaufswert von eigenen Aktien abgesetzt, sofern er in den Kapitalrücklagen Deckung findet. Sind nicht genügend Kapitalrücklagen vorhanden, wird der Betrag von den Gewinnrücklagen abgesetzt.

In den Gewinnrücklagen werden alle gesetzlichen, satzungsmäßigen und freien Gewinnrücklagen i.e.S., die Haftrücklage gemäß § 57 Abs. 5 BWG und alle sonstigen nicht ausgeschütteten Gewinne dargestellt.

Die ebenfalls zugeordneten Bewertungsrücklagen sind die Währungsrücklagen aus der Umrechnung ausländischer Tochterunternehmen in fremder Währung, die available for sale Rücklage sowie die hedging Rücklage. Von den Rücklagen werden etwaige latente Steuern abgesetzt.

dd) Eigenmittel

Das Unternehmen unterliegt externen Kapitalanforderungen, die auf der CRD IV und der CRR der Europäischen Union beruhen (Basel III). Die darin festgelegten Regeln für Kapitalquoten sind die zentrale Steuerungsgröße im Verbund. Mit diesen Quoten wird das aufsichtsrechtliche Kapital ins Verhältnis zu Kredit-, Markt- und operationellem Risiko gesetzt. Demgemäß orientiert sich die risk/return-Steuerung des Verbundes an einem Geschäft bzw. letztlich an dem einer organisatorischen Einheit zugeordneten Kapital und dem daraus zu erwirtschaftenden Ertrag unter Beachtung der entsprechenden Risikogesichtspunkte.

Das Kreditrisiko wird ermittelt, indem bilanzielle und außerbilanzielle Engagements entsprechend ihrem relativen Risikogehalt mit dem einem Kontrahenten zuzuordnenden Risikogewicht multipliziert werden. Die Verfahren zur Ermittlung der risikorelevanten Parameter (Obligo, Risikogewicht) orientieren sich an regulatorisch vorgegebenen Prozentsätzen (Standardansatz). Hinzu kommt ein Eigenkapitalbedarf für die Anpassung der Kreditbewertung bei Derivatgeschäften, der sich aus regulatorisch vorgegebenen Werten ableitet und im Besonderen das Kontrahentenrisiko aus dem Derivatgeschäft abbildet. Die Marktrisikokomponente des Verbunds wird ebenfalls nach dem Standardansatz gerechnet. Das Erfordernis für das operationelle Risiko ergibt sich aus der Multiplikation der Betriebserträge mit den für die jeweiligen Geschäftsfelder gültigen Prozentsätzen.

Das aufsichtsrechtliche Kapital ist in folgende drei Bestandteile aufgeteilt:

- Hartes Kernkapital – Common Equity Tier I (CET1)
- Zusätzliches Kernkapital – Additional Tier I (AT1)
- Ergänzungskapital – Tier II (T2)

Die ersten beiden Komponenten bilden zusammen das Tier I-Kapital.

Das CET1 besteht aus dem Aktien- und Partizipationskapital, das die Anforderungen der CRR erfüllt. Diese sind: Bilanzierung und gesonderte Offenlegung als Eigenkapital, keine zeitliche Befristung, volle Verlusttragung, Verringerung nur durch Liquidation oder Rückzahlung ohne besondere Anreizmechanismen, keine Ausschüttungspflichten und Ausschüttungen sind nicht an das Nominale gekoppelt. Für bestehendes Partizipationskapital, das die Kriterien von CET1 nicht erfüllt, gelten Übergangsbestimmungen, sodass bis zum Jahr 2021 jedes Jahr 10 Prozentpunkte weniger angerechnet werden; ab dem Jahr 2022 kann dieses Kapital nicht mehr angerechnet werden. Weiters werden Kapital- und Gewinnrücklagen und sonstige Rücklagen sowie jene Minderheitenanteile, die zur Abdeckung des regulatorischen Kapitalerfordernisses dienen, dem CET1 zugerechnet. Wesentliche Abzugsposten bilden immaterielle Vermögenswerte und Firmenwerte, aktive latente Steuern und Beteiligungen an anderen Kreditinstituten.

T2 bildet sich weiters aus langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten.

Die Mindesteigenmittelquote (Summe aus Tier I und II) beträgt 8 %. Als Mindestvorschrift für Kernkapital gilt 4,5 % CET1 und 6,0 % Tier I. Diese aufsichtsrechtlich relevanten Grenzen wurden im Verbund in der gesamten Berichtsperiode eingehalten und übererfüllt.

Bis 2019 muss ein Kapitalerhaltungspuffer in der Höhe von 2,5 % aufgebaut werden, welcher aus CET1 zu bestehen hat. Für das Jahr 2018 beträgt der vorgeschriebene Kapitalerhaltungspuffer 1,875 % (2017: 1,25 %).

Mit Wirkung ab 1. Jänner 2018 hat die FMA dem Volksbanken-Verbund einen Systemrisikopuffer vorgeschrieben, der ebenfalls aus CET1 zu bestehen hat. Der Systemrisikopuffer beträgt für das Jahr 2018 0,25 % und wird bis 2020 auf 1 % angehoben.

Neben dem Systemrisikopuffer wird auch der antizyklische Kapitalpuffer von der FMA geregelt. Dieser Puffer soll dem Entstehen von Kreditblasen entgegenwirken. Die Berechnung des institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffers folgt den Bestimmungen der Kapitalpuffer-VO; die Quote ist derzeit mit 0,0 % für Forderungen in Österreich festgelegt.

Der Volksbanken-Verbund wurde im Jahr 2017 erneut dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus der EZB unterzogen. Hierzu wird auf die Ausführungen in Note 50) Risikobericht verwiesen.

Die Darstellung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel des Verbunds erfolgt in Kapitel 35) Eigenmittel.

ee) Treuhandgeschäfte

Geschäfte, in denen ein in den Abschluss einbezogenes Unternehmen als Treuhänder oder in anderer treuhändischer Funktion agiert und somit Vermögenswerte auf fremde Rechnung verwaltet oder platziert, werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften werden im Provisionsüberschuss dargestellt.

ff) Pensionsgeschäfte

Im Rahmen echter Pensionsgeschäfte werden Vermögenswerte an einen Vertragspartner verkauft und gleichzeitig vereinbart, diese an einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die Vermögenswerte verbleiben, da keine Chancen und Risiken mit übertragen werden, in der Bilanz und werden nach den Regeln der jeweiligen Bilanzposten bewertet. Gleichzeitig wird eine Verpflichtung in Höhe der erhaltenen Zahlung passiviert.

gg) Eventualverpflichtungen

Unter den Eventualverpflichtungen werden mögliche Verpflichtungen ausgewiesen, bei denen es wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss kommen wird oder bei denen keine zuverlässige Schätzung der Verpflichtung möglich ist. Für Akzente und Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln werden im Rahmen der Risikorückstellungen Vorsorgen gebildet, wenn es voraussichtlich zu Inanspruchnahmen kommen wird.

Verpflichtungen aus Finanzgarantien werden erfasst, sobald der Verbund Vertragspartei wird, d.h. im Zeitpunkt der Annahme des Garantieangebots. Der erstmalige Ansatz der Finanzgarantien erfolgt mit dem fair value. Grundsätzlich entspricht der fair value dem Wert der vereinbarten Prämie.

Unter den sonstigen Eventualverpflichtungen werden die Haftsummenzuschläge bei Beteiligungen an Genossenschaften ausgewiesen.

Im Rahmen der Folgebewertung wird regelmäßig überprüft, ob eine bilanzielle Erfassung im Abschluss erforderlich ist.

hh) Geldflussrechnung

Die Ermittlung der Geldflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der netto cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Jahresergebnis nach Steuern und vor Fremdanteilen ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen zugerechnet und Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren. Weiters werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht der operativen Geschäftstätigkeit zugeordnet werden. Diese Zahlungen werden bei den cash flows aus Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit erfasst. Die in der Geldflussrechnung gesondert dargestellten Zins-, Dividenden- und Steuerzahlungen betreffen ausschließlich das operative Geschäft.

Dem cash flow aus Investitionstätigkeit werden cash flows aus langfristigen Vermögenswerten wie held to maturity Wertpapiere, Beteiligungen und Anlagevermögen zugeordnet. Im cash flow aus Finanzierungstätigkeit sind alle Zahlungsströme der Eigentümer sowie Veränderungen im Nachrangkapital und den Minderheitenanteilen erfasst. Als Zahlungsmittelbestand wurde die Barreserve definiert, die neben dem Kassenbestand die Guthaben bei Zentralnotenbanken umfasst. Diese Guthaben setzen sich aus der gesetzlich zu haltenden Mindestreserve und kurzfristigen Veranlagungen bei verschiedenen Notenbanken zusammen.

4) Zinsüberschuss

EUR Tsd.	2017	2016
Zinsen und ähnliche Erträge	544.820	507.820
Zinsen und ähnliche Erträge aus	533.531	493.902
Barreserve	0	25
Kredit- und Geldmarktgeschäften mit Kreditinstituten	4.602	4.222
Kredit- und Geldmarktgeschäften mit Kunden	461.192	464.016
Festverzinslichen Wertpapieren	53.213	9.599
Derivaten des Bankbuches	14.523	16.040
Laufende Erträge aus	6.004	8.506
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	2.414	5.266
Sonstigen verbundenen Unternehmen	901	1.024
Sonstigen Beteiligungen	2.689	2.215
Erträge von operating lease Verträgen und investment property	5.285	5.411
Mieterträge investment property	5.285	5.411
Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus	-101.724	-84.725
Einlagen von Kreditinstituten (inkl. Zentralbanken)	-10.282	-9.350
Einlagen von Kunden	-35.849	-56.413
Verbrieften Verbindlichkeiten	-19.914	-5.388
Nachrangkapital	-10.354	-12.490
Derivaten des Bankbuches	-25.325	-1.084
Zinsüberschuss	443.095	423.095

Darstellung des Zinsüberschusses nach IAS 39 Kategorien

EUR Tsd.	2017	2016
Zinsen und ähnliche Erträge	544.820	507.820
Zinsen und ähnliche Erträge aus	533.531	493.902
Finanziellen Vermögenswerten at fair value through profit or loss	0	0
Derivaten des Bankbuches	14.523	16.040
Finanziellen Vermögenswerten nicht at fair value through profit or loss	519.007	477.863
Finanzielle Vermögenswerte available for sale	49.398	6.536
Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten	465.794	468.266
Hievon Finanzierungsleasing	3.563	3.922
Hievon Barwerteffekt aus Risikovorsorge	6.897	3.479
Finanzielle Vermögenswerte held to maturity	3.814	3.061
Laufende Erträge aus	6.004	8.506
Finanziellen Vermögenswerten available for sale	6.004	8.506
Erträge von operating lease Verträgen und investment property	5.285	5.411
Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus	-101.724	-84.725
Derivaten des Bankbuches	-25.325	-1.084
Finanzverbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	-76.399	-83.641
Zinsüberschuss	443.095	423.095

Aufgrund der Zinsentwicklung am Geldmarkt mit negativen Referenzsätzen wurden im Geschäftsjahr 2017 Zinserträge in Höhe von EUR 1.618 Tsd. (2016: EUR 207 Tsd.) und Zinsaufwendungen von EUR -7.436 Tsd. (2016: EUR -5.507 Tsd.) realisiert. Negative Zinserträge werden unter den Zinsaufwendungen und negative Zinsaufwendungen unter den Zinserträgen ausgewiesen, sodass die Darstellung brutto erfolgt.

Hauptverantwortlich für die negativen Zinssätze sind einerseits die Senkung des Einlagesatzes bei der Europäischen Zentralbank (Strafzins) in Höhe von EUR -5.901 Tsd. (2016: EUR -4.052 Tsd.) und andererseits im Wesentlichen CHF/EUR Swapgeschäfte.

5) Risikovorsorge

EUR Tsd.	2017	2016
Zuführung zu Risikovorsorgen	-129.197	-164.861
Auflösung von Risikovorsorgen	95.613	99.756
Zuführung zu Risikorückstellungen	-5.642	-10.322
Auflösung von Risikorückstellungen	6.159	17.108
Direktabschreibungen von Forderungen	-21.979	-42.496
Erträge aus dem Eingang von abgeschriebenen Forderungen	9.634	8.832
Risikovorsorge	-45.413	-91.983

6) Provisionsüberschuss

EUR Tsd.	2017	2016
Provisionserträge	267.932	274.845
aus dem Kreditgeschäft	24.520	41.031
aus dem Wertpapiergeschäft	89.743	88.082
aus dem Girogeschäft und Zahlungsverkehr	113.671	103.528
aus dem Devisen-, Sorten- und Edelmetallgeschäft	2.687	7.203
aus dem sonstigen Dienstleistungsgeschäft	37.311	35.001
Provisionsaufwendungen	-31.033	-35.011
aus dem Kreditgeschäft	-4.595	-3.372
aus dem Wertpapiergeschäft	-14.117	-19.017
aus dem Girogeschäft und Zahlungsverkehr	-10.852	-10.819
aus dem Devisen-, Sorten- und Edelmetallgeschäft	-416	-532
aus dem sonstigen Dienstleistungsgeschäft	-1.053	-1.271
Provisionsüberschuss	236.899	239.833

In den Provisionserträgen sind keine Erträge und in den Provisionsaufwendungen keine Aufwendungen aus at fair value through profit or loss gewidmeten Finanzinvestitionen enthalten.

Für die Verwaltung von Treuhandverträgen wurden Provisionserträge in Höhe von EUR 57 Tsd. (2016: EUR 53 Tsd.) im Provisionsüberschuss erfasst.

7) Handelsergebnis

EUR Tsd.	2017	2016
Aktienbezogene Geschäfte	18	-30
Währungsbezogene Geschäfte	14.520	8.075
Zinsbezogene Geschäfte	-176	822
Handelsergebnis	14.362	8.866

8) Verwaltungsaufwand

EUR Tsd.	2017	2016
Personalaufwand	-343.577	-361.219
Löhne und Gehälter	-247.015	-263.492
Gesetzlich vorgeschriebener Sozialaufwand	-66.485	-69.289
Freiwilliger Sozialaufwand	-4.773	-4.647
Aufwand für Altersvorsorge	-6.784	-6.733
Dotierung Abfertigungs- und Pensionsrückstellung	-18.520	-17.058
Sachaufwand	-207.930	-208.452
Abschreibungen auf Anlagevermögen	-34.034	-45.520
planmäßig (-)	-28.584	-36.106
außerplanmäßig (-)	-5.451	-9.415
Verwaltungsaufwand	-585.542	-615.191

Im Personalaufwand sind Aufwendungen für beitragsorientierte Versorgungspläne und Mitarbeitervorsorgekassen in Höhe von EUR 7.729 Tsd. (2016: EUR 8.314 Tsd.) enthalten.

Im Verwaltungsaufwand sind Aufwendungen für die Verwaltung von investment property Vermögenswerten in Höhe von EUR 847 Tsd. (2016: EUR 805 Tsd.) ausgewiesen.

Die auf das Geschäftsjahr entfallenden Aufwendungen für den Verbundabschlussprüfer KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfung und Steuerberatungsgesellschaft betragen in Summe EUR 2.261 Tsd. (2016: EUR 2.009 Tsd.). Davon entfallen EUR 1.755 Tsd. (2016: EUR 1.804 Tsd.) auf die Prüfung des Jahres-, Konzern- und Verbundabschlusses sowie von im Verbundabschluss enthaltenen Abschlüssen einzelner verbundener Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, EUR 404 Tsd. (2016: EUR 83 Tsd.) auf andere Bestätigungsleistungen, EUR 7 Tsd. (2016: EUR 0 Tsd.) auf Steuerberatungsleistungen und EUR 95 Tsd. (2016: EUR 121 Tsd.) auf sonstige Leistungen.

Angaben über Bezüge von Schlüsselpersonen

EUR Tsd.	2017	2016
Gesamtbezüge		
Mitglieder des Aufsichtsrates VBW	1.267	1.419
Mitglieder Vorstand VBW	1.942	1.949
Mitglieder Vorstand / Geschäftsleiter Volksbanken	4.931	7.045
Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen		
Mitglieder des Aufsichtsrates VBW	143	132
Mitglieder Vorstand VBW	552	840
Mitglieder Vorstand / Geschäftsleiter Volksbanken	690	1.021

Die Definition der Schlüsselpersonen ist in Kapitel 1) a) erläutert.

Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter

	Durchschnittlich beschäftigte Mitarbeiter		Mitarbeiteranzahl zum Ultimo	
	2017	2016	31.12.2017	31.12.2016
Inland	4.140	4.529	4.068	4.281
Ausland	54	31	53	66
Mitarbeiter gesamt	4.194	4.560	4.121	4.347

	Durchschnittlich beschäftigte Mitarbeiter		Mitarbeiteranzahl zum Ultimo	
	2017	2016	31.12.2017	31.12.2016
Angestellte	4.098	n.a.	4.035	n.a.
Arbeiter	96	n.a.	86	n.a.
Mitarbeiter gesamt	4.194	n.a.	4.121	n.a.

9) Sonstiges betriebliches Ergebnis

EUR Tsd.	2017	2016
Sonstige betriebliche Erträge	45.683	79.911
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-44.089	-67.455
Sonstige Steuern	-4.386	-40.609
Abschreibung von Firmenwerten und Markennamen	-58	-58
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-2.850	-28.211

In den sonstigen betrieblichen Erträgen werden im Geschäftsjahr 2017 Erträge aus Weiterverrechnungen in Höhe von EUR 10.857 Tsd. (2016: EUR 32.601 Tsd.) erfasst. Der Gewinn aus Unternehmenserwerb in Höhe von EUR 8.213 Tsd. ist in dieser Position enthalten. Weiters sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen in Höhe von EUR 8.747 Tsd. (2016: EUR 14.912 Tsd.), sowie Miet- und Pächterträge in Höhe von EUR 5.141 Tsd. (2016: EUR 6.042 Tsd.) enthalten. Aus dem Rückkauf von Emissionen wurde ein Ertrag von

EUR 3.087 Tsd. in den sonstigen betrieblichen Erträgen vereinnahmt. Im Vorjahr konnte aufgrund einer Nachbesserungsvereinbarung zum Verkauf der VB Invest Gruppe ein Ertrag in Höhe von EUR 12.550 Tsd. erfasst werden, sowie Erträge aus der Ziehung von Garantien bezüglich Volksbank Marchfeld e.Gen. und Volksbanken Holding eGen (VB Holding) in Höhe von EUR 3.650 Tsd.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten von Fremdunternehmen, die weiterverrechnet werden, in Höhe von EUR -7.429 Tsd. (2016: EUR -21.988 Tsd.) enthalten. Aus der Bewertung von Vermögenswerten zur Veräußerung gehalten und Veräußerungsgruppen wurde ein Betrag von EUR -8.002 Tsd. in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst. Für die Rückzahlung von zu viel verrechneten Zinsen in Vorjahren wird ein Betrag von EUR -10.908 Tsd. in dieser Position ausgewiesen.

Weiters sind Aufwendungen aus dem Abgang von Anlagevermögen in Höhe von EUR -6.410 Tsd. (2016: EUR: -5.484 Tsd.), sowie Aufwendungen für vermietete Objekte in Höhe von EUR -1.663 Tsd. (2016: EUR -2.669 Tsd.) enthalten. Im Vorjahr wurde aufgrund des Ausscheidens der start:gruppe aus dem Verbund eine Ausgleichszahlung an den Bund in Höhe von EUR -19.006 Tsd. in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst. Weiters ist im Vorjahr die Dotierung einer Rückstellung für eine etwaige Rückzahlung der Garantieziehung bezüglich der VB Holding und schwebender Rechtsverfahren in Höhe von EUR -3.981 Tsd. in dieser Position enthalten.

In den sonstigen Steuern ist die Bankenabgabe in Höhe von EUR -2.494 Tsd. (2016: EUR -38.439 Tsd. inklusive einer einmaligen Sonderzahlung von EUR -28.362 Tsd.) erfasst.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Leerstellungskosten aus investment property Vermögenswerten in unwesentlichem Ausmaß enthalten.

10) Ergebnis aus Finanzinvestitionen

EUR Tsd.	2017	2016
Ergebnis aus fair value hedges	-676	-1.367
Bewertung Grundgeschäfte	-39.716	16.168
Forderungen Kreditinstitute und Kunden	-1.262	-2.737
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-52.435	18.268
Verbindlichkeiten Kreditinstitute und Kunden	87	66
Verbriefte Verbindlichkeiten	13.406	-375
Nachrangkapital	488	947
Bewertung Derivate	39.040	-17.535
Ergebnis aus sonstigen Derivaten Bankbuch	-4.853	7.410
währungsbezogen	86	4.397
zinsbezogen	-6.004	4.471
kreditbezogen	155	-128
sonstige	911	-1.330
Ergebnis aus available for sale Finanzinvestitionen (inklusive Beteiligungen)	-6.058	-12.479
realisierte Gewinne / Verluste	146	-4.017
Zuschreibungen	666	1.540
Abschreibungen (impairments)	-6.871	-10.002
Ergebnis aus loans & receivables Finanzinvestitionen	0	1
realisierte Gewinne / Verluste	0	1
Ergebnis aus operating lease und investment property Vermögenswerten sowie sonstigen Finanzinvestitionen	-2.490	-2.124
realisierte Gewinne / Verluste	57	2.442
Wertveränderungen investment property	-2.547	-4.566
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	-14.076	-8.558

Im Geschäftsjahr 2017 wurden aus der available for sale Rücklage EUR 153 Tsd. (2016: EUR -3.876 Tsd.) in die Gewinn- und Verlustrechnung gebucht. Das Ergebnis betrifft die Position Finanzinvestitionen.

EUR Tsd.	2017	2016
Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die erfolgswirksam zum fair value bewertet werden	-8.075	1.478
Fair value hedges	-676	-1.367
Sonstige Derivate Bankbuch	-4.853	7.410
Investment property Vermögenswerte	-2.547	-4.566
Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die nicht zum fair value bewertet werden und Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die nicht erfolgswirksam zum fair value bewertet werden	-6.001	-10.036
Realisierte Gewinne / Verluste	203	-1.574
Available for sale Finanzinvestitionen	146	-4.017
Loans & receivables Finanzinvestitionen	0	1
Operating lease Vermögenswerte und sonstige Finanzinvestitionen	57	2.442
Zuschreibungen	666	1.540
Available for sale Finanzinvestitionen	666	1.540
Abschreibungen (impairments)	-6.871	-10.002
Available for sale Finanzinvestitionen	-6.871	-10.002
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	-14.076	-8.558

11) Steuern vom Einkommen

EUR Tsd.	2017	2016
Laufende Steuern vom Einkommen	-10.208	-20.616
Latente Steuern vom Einkommen	30.139	19.576
Steuern eines aufgegebenen Geschäftsbereiches	0	2.145
Laufende Steuern vom Einkommen	0	-4.807
Latente Steuern vom Einkommen	0	6.952
Steuern vom Einkommen der laufenden Periode	19.931	1.104
Steuern vom Einkommen aus Vorperioden fortgeführter Geschäftsbereich	1.095	3.848
Steuern vom Einkommen aus Vorperioden	1.095	3.848
Steuern vom Einkommen	21.027	4.953

Die folgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen errechnetem und ausgewiesenem Steueraufwand

EUR Tsd.	2017	2016
Jahresergebnis vor Steuern - fortgeführter Geschäftsbereich	40.131	-68.813
Jahresergebnis vor Steuern - aufgebener Geschäftsbereich	0	-15.632
Jahresergebnis vor Steuern - Gesamt	40.131	-84.445
Errechneter Steueraufwand 25 %	10.033	-21.111
Steuereffekte		
aus steuerbefreiten Beteiligungserträgen	-479	-996
aus Investitionsbegünstigungen	-4	-86
aus sonstigen steuerbefreiten Erträgen	-990	-307
aus Auflösung unverteuerter Rücklage	11	4.975
aus Beteiligungsbewertungen	-3.824	10.811
aus nicht zu versteuernden Bewertungsergebnissen	-1.409	0
aus Wertberichtigung von aktiven latenten Steuern	7.446	1.135
aus Nichtansatz von aktiven latenten Steuern	0	1.636
aus Wiederansatz von aktiven latenten Steuern	-33.683	-445
aus Steuersatzänderungen	-18	0
aus abweichenden Steuersätzen Ausland	-689	-469
aus sonstigen Unterschieden	3.675	3.753
Ausgewiesene Ertragsteuern	-19.931	-1.104
Effektive Steuerquote - fortgeführter Geschäftsbereich	-49,67 %	1,60 %
Effektive Steuerquote - inklusive aufgegebenem Geschäftsbereich	-49,67 %	1,31 %

Durch Steuereffekte aus Beteiligungsbewertungen bzw. durch den Wiederansatz von aktiven latenten Steuern, insbesondere auf steuerliche Verlustvorträge, weichen die effektiven Steuerquoten 2017 und 2016 stark vom gesetzlichen Steuersatz in Österreich ab.

Die Steuersatzänderungen resultieren zum Großteil aus Änderungen in Slowenien.

EUR Tsd.	2017			2016		
	Ergebnis vor Steuern	Ertragsteuern	Ergebnis nach Steuern	Ergebnis vor Steuern	Ertragsteuern	Ergebnis nach Steuern
Neubewertung der Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS 19)	3.256	-792	2.464	-11.898	2.982	-8.916
Währungsrücklage	-6.431	0	-6.431	1.023	0	1.023
Available for sale Rücklage	104.958	-26.245	78.713	9.458	-2.390	7.069
Veränderung latenter Steuern auf unversteuerte Rücklage	0	10	10	0	4.587	4.587
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity	3.356	-839	2.517	0	0	0
Summe sonstiges Ergebnis	105.140	-27.866	77.274	-1.416	5.179	3.763

Angaben zur Verbundbilanz

12) Barreserve

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Kassenbestand	217.457	409.031
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.783.881	1.026.464
Barreserve	2.001.338	1.435.495

Überleitung Barreserve auf Zahlungsmittelbestand

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Barreserve	2.001.338	1.435.495
Zahlungsmittel mit Verfügungsbeschränkung	-20.328	-33.498
Zahlungsmittelbestand	1.981.010	1.401.998

Aufgrund von vertraglichen Verpflichtungen innerhalb des Volksbanken-Verbundes unterliegen Geldbestände einer Verfügungsbeschränkung. Diese Geldbestände sind einem Leistungsfonds zugeordnet, der dazu dient die Leistungen im Rahmen des Haftungsverbundes gemäß Verbundvertrag zu erfüllen. Dieser Leistungsfonds wurde im Geschäftsjahr 2016 eingerichtet. Dabei wurde ein Zieldotationsbetrag festgelegt, der über einem Zeitraum von fünf Jahren zu erreichen ist. Die VBW als ZO verwaltet diesen Leistungsfonds treuhändig. Der ausgewiesene Betrag entspricht dem Stand des Leistungsfonds zum jeweiligen Stichtag.

13) Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 494.889 Tsd. (2016: EUR 642.866 Tsd.) sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
täglich fällig	23.734	109.827
bis 3 Monate	366.080	442.204
bis 1 Jahr	38.556	7.673
bis 5 Jahre	7.659	8.817
über 5 Jahre	58.860	74.346
Forderungen an Kreditinstitute	494.889	642.866

Weitere Angaben zu den Fristigkeiten sind in Kapitel 50) b) Kreditrisiko enthalten.

14) Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden in Höhe von EUR 19.768.453 Tsd. (2016: EUR 19.385.588 Tsd.) sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
täglich fällig	837.611	903.061
bis 3 Monate	549.768	690.710
bis 1 Jahr	1.672.513	1.642.001
bis 5 Jahre	5.165.074	5.160.020
über 5 Jahre	11.543.487	10.989.796
Forderungen an Kunden	19.768.453	19.385.588

Weitere Angaben zu den Fristigkeiten sind in Kapitel 50) b) Kreditrisiko enthalten.

Angaben zum Leasinggeschäft

EUR Tsd.	bis 1 Jahr	bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
2017				
Bruttoinvestitionswert	11.345	71.817	5.035	88.197
Abzüglich unverzinsten geleisteter Kautionen	0	-1.713	0	-1.713
Abzüglich noch nicht realisierter Finanzerträge	-1.097	-1.999	-721	-3.817
Nettoinvestitionswert	10.248	68.104	4.314	82.667
Nicht garantierte Restwerte				6.049
2016				
Bruttoinvestitionswert	13.847	62.340	8.358	84.545
Abzüglich unverzinsten geleisteter Kautionen	0	-1.466	0	-1.466
Abzüglich noch nicht realisierter Finanzerträge	-1.567	-2.371	-628	-4.566
Nettoinvestitionswert	12.281	58.503	7.729	78.513
Nicht garantierte Restwerte				5.043

Der Nettoinvestitionswert ist in den Positionen Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten enthalten.

Der Nettoinvestitionswert entspricht dem fair value der Finanzierungsleasinggeschäfte, da den Verträgen variable Zinssätze zugrunde liegen.

15) Risikovorsorge

EUR Tsd.	Einzelwert- berichtigung Kunden	Portfoliowert- berichtigung	Gesamt
Stand am 01.01.2016	370.517	68.996	439.513
Veränderung im Konsolidierungskreis	-10.766	-1.685	-12.452
Währungsumrechnung	359	38	397
Umgliederungen	18	5	23
Barwerteffekt	-7.451	0	-7.451
Verbrauch	-88.359	0	-88.359
Auflösung	-94.497	-7.094	-101.590
Zuführung	148.505	19.164	167.669
Stand am 31.12.2016	318.327	79.424	397.752
Veränderung im Konsolidierungskreis	44	351	395
Währungsumrechnung	-1.980	-273	-2.253
Umgliederungen	-11.159	-665	-11.824
Barwerteffekt	-6.897	0	-6.897
Verbrauch	-48.803	0	-48.803
Auflösung	-87.293	-8.320	-95.613
Zuführung	120.208	8.989	129.197
Stand am 31.12.2017	282.447	79.506	361.954

In den Forderungen an Kunden sind zinslos gestellte Forderungen in Höhe von EUR 228.587 Tsd. (2016: EUR 292.472 Tsd.) enthalten. Die darauf entfallende Zinszuschreibung ist in der Zuführung im Ausmaß von EUR 472 Tsd. (2016: EUR 305 Tsd.) enthalten. In der Zeile Umgliederungen sind Umgruppierungen von Rückstellungen enthalten. Die Portfoliowertberichtigungen betreffen fast zur Gänze Forderungen an Kunden.

16) Handelsaktiva

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8.320	24.162
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	55.267	118.256
währungsbezogene Geschäfte	33	8.418
zinsbezogene Geschäfte	55.234	107.022
sonstige Geschäfte	0	2.816
Handelsaktiva	63.587	142.417

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
bis 3 Monate	1.383	1.739
bis 1 Jahr	0	1.410
bis 5 Jahre	504	12.392
über 5 Jahre	6.433	8.620
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8.320	24.162

Die VBW als ZO führt ein Handelsbuch. Das Volumen des Handelsbuches beträgt zum 31. Dezember 2017 EUR 3.951.958 Tsd. (2016: EUR 4.511.332 Tsd.).

17) Finanzinvestitionen

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Finanzinvestitionen available for sale	1.933.134	2.139.082
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.825.129	1.957.912
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	108.005	181.170
Finanzinvestitionen held to maturity	359.140	254.263
Finanzinvestitionen	2.292.273	2.393.345

In der Position Finanzinvestitionen held to maturity sind Zinsabgrenzungen in Höhe von EUR 2.986 Tsd. (2016: EUR 2.169 Tsd.) berücksichtigt.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
bis 3 Monate	86.360	31.231
bis 1 Jahr	47.877	135.332
bis 5 Jahre	686.459	735.076
über 5 Jahre	1.363.573	1.310.536
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.184.269	2.212.175

Wertpapieraufgliederung gemäß BWG

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Börsennotierte Wertpapiere	2.166.217	2.196.105
Festverzinsliche Wertpapiere	2.165.636	2.185.215
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	581	10.889
Dem Anlagevermögen gewidmete Wertpapiere	2.091.430	2.166.290
Rediskontfähige Wertpapiere	2.051.346	2.067.992

In der Wertpapieraufgliederung gemäß BWG sind die Zahlen der Veräußerungsgruppe enthalten.

18) Investment property Vermögenswerte

EUR Tsd.	Investment properties
Anschaffungswerte 01.01.2016	100.717
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-1.435
Zugänge inklusive Umbuchungen	24.809
Abgänge inklusive Umbuchungen	-37.111
Anschaffungswerte 31.12.2016	86.980
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-1.738
Zugänge inklusive Umbuchungen	1.960
Abgänge inklusive Umbuchungen	-30.073
Anschaffungswerte 31.12.2017	57.130

EUR Tsd.	Investment properties
2016	
Anschaffungswerte 31.12.2016	86.980
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	-14.225
Buchwert 31.12.2016	72.755
Abschreibungen des Geschäftsjahres	-7.116
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	2.653
Buchwert 01.01.2016	90.557
2017	
Anschaffungswerte 31.12.2017	57.130
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	-4.950
Buchwert 31.12.2017	52.180
Abschreibungen des Geschäftsjahres	-4.804
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	2.257

Die in der oben abgebildeten Tabelle dargestellten Bewertungen sind in der Position Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst. Von diesen Bewertungen betrifft ein Betrag von EUR 315 Tsd. (2016: EUR -498 Tsd.) die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen investment property Vermögenswerte.

Im Geschäftsjahr 2017 gingen bei den investment property Vermögenswerten Buchwerte in Höhe von EUR 12.956 Tsd. (2016: EUR 31.451 Tsd.) ab.

Unter investment property Vermögenswerte werden 64 bereits fertiggestellte Objekte (2016: 83) mit Buchwerten von EUR 36.124 Tsd. (2016: EUR 55.974 Tsd.) sowie unbebaute Grundstücke mit einem Buchwert in Höhe von EUR 16.056 Tsd. (2016: EUR 16.781 Tsd.) ausgewiesen, die sich in Österreich befinden. Im Geschäftsjahr 2017, wie auch 2016, gab es keine in Bau befindlichen Objekte. Sämtliche investment properties wurden zum Berichtsstichtag mit dem fair value bewertet.

Für die Bewertung der investment property Vermögenswerte werden Parameter herangezogen, die nicht auf Marktdaten basieren, daher erfolgt die Einstufung der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien in Level 3 der fair value Kategorie.

Die nicht beobachtbaren Inputfaktoren werden von internen und externen Gutachtern zur Verfügung gestellt und reflektieren die aktuelle Markteinschätzung unter Berücksichtigung der spezifischen Merkmale jedes einzelnen Objektes. Im Folgenden werden die wesentlichen Inputparameter dargestellt, wobei zwischen fertiggestellten Objekten und unbebauten Grundstücken unterschieden wird. Für jeden einzelnen Inputparameter wird jeweils der niedrigste Wert (Minimum), der höchste Wert (Maximum) und der mit dem Buchwert gewichtete Durchschnittswert (Durchschnitt) dargestellt. Der

Durchschnittswert in der Zeile Buchwert entspricht dem durchschnittlichen Wert je Objekt. Die Parameterausprägungen beziehen sich daher in aller Regel nicht auf ein und dieselbe Immobilie.

Die Sensitivitätsanalyse wurde auf alle investment property Vermögenswerte berechnet, unabhängig davon ob diese als investment property Vermögenswerte oder als Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt ausgewiesen werden.

Fertiggestellte Objekte

	2017			2016		
	Minimum	Maximum	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Durchschnitt
Buchwert in EUR Tsd.	0	4.030	616	0	5.975	674
Vermietbare Fläche in m ²	8	5.100	1.540	8	5.100	1.660
Vermietungsgrad	0,00 %	100,00 %	83,57 %	0,00 %	100,00 %	86,94 %
Diskontierungszinssatz	2,00 %	8,00 %	4,17 %	2,00 %	8,00 %	4,98 %

Sensitivitätsanalyse

EUR Tsd. 31.12.2017	Buchwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
Diskontierungszinssatz (0,25 % Veränderung)	-2.439	2.750
Diskontierungszinssatz (0,50 % Veränderung)	-4.616	5.874
31.12.2016		
Diskontierungszinssatz (0,25 % Veränderung)	-2.678	2.961
Diskontierungszinssatz (0,50 % Veränderung)	-5.111	6.253

Unbebaute Grundstücke

	2017			2016		
	Minimum	Maximum	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Durchschnitt
Buchwert in EUR Tsd.	24	2.930	803	24	2.930	839
Grundstücksgröße in m ²	540	48.263	12.272	540	1.009.860	117.624
Wert pro m ² in EUR	5	750	195	2	626	146

Sensitivitätsanalyse

EUR Tsd. 31.12.2017	Buchwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
Grundstückswert (10 % Veränderung)	1.606	-1.606
Grundstückswert (5 % Veränderung)	803	-803
31.12.2016		
Grundstückswert (10 % Veränderung)	1.678	-1.678
Grundstückswert (5 % Veränderung)	839	-839

Der Verbund hat sich bei investment property Vermögenswerten, die von Dritten refinanziert werden, diesen gegenüber zur Instandhaltung der Projekte verpflichtet. Ansonsten bestehen keine weiteren Verpflichtungen investment property Vermögenswerte zu kaufen, zu erstellen, zu entwickeln oder zu erhalten.

19) Anteile an at equity bewerteten Unternehmen

EUR Tsd.	Assoziierte Unternehmen
Buchwert 01.01.2016	0
Veränderungen im Konsolidierungskreis	57.733
Zugänge	0
Abgänge	0
Anteiliges Gesamtergebnis	275
Erhaltene Dividende	0
Übernahme Vorjahresverluste	0
Abschreibung	0
Zuschreibung	0
Umbuchung in IFRS 5 Vermögenswerte	0
Buchwert 31.12.2016	58.009
Veränderungen im Konsolidierungskreis	17.551
Zugänge	0
Abgänge	0
Anteiliges Gesamtergebnis	1.619
Erhaltene Dividende	0
Übernahme Vorjahresverluste	0
Abschreibung	-6.723
Zuschreibung	0
Umbuchung in IFRS 5 Vermögenswerte	0
Buchwert 31.12.2017	70.456

Assoziierte Unternehmen

Mit Ausscheiden der VB Wien Beteiligung eG (VBW Bet) aus dem Verbund am 1. Oktober 2017 wird die VBW Bet at equity in den Verbundabschluss einbezogen. Der Verbund hält 48,5 % der Anteile. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Wien und hält Beteiligungen an Unternehmen der Finanzbranche.

Der Verbund hält weiters Anteile in Höhe von 58,3 % (2016: 59,2 %) an der Verbund Beteiligung eG (VB Verb). Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Wien und hält Beteiligungen an Unternehmen der Finanzbranche.

Keine der Gesellschaften notieren an einer Börse.

Im Folgenden werden die Finanzinformationen für alle Gesellschaften gemeinsam dargestellt, da keine Gesellschaft aufgrund der, dem Verbund zurechenbaren anteiligen Finanzinformationen, als wesentlich eingestuft wird.

Zusatzinformationen zu den assoziierten Unternehmen

EUR Tsd.	Übrige Unternehmen	
	2017	2016
Aktiva		
Barreserve	0	0
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	458	0
Forderungen an Kunden (brutto)	0	0
Risikovorsorge	0	0
Finanzinvestitionen	1	1
Sonstige Aktiva	188.731	142.291
Summe Aktiva	189.190	142.292
hievon kurzfristige Aktiva	189.189	142.291
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	48.521	37.662
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0
Nachrangkapital	0	0
Sonstige Passiva	1.819	6.709
Eigenkapital	138.850	97.921
Summe Passiva	189.190	142.292
hievon kurzfristige Verbindlichkeiten	1.819	6.709
Gesamtergebnisrechnung		
Zinsen und ähnliche Erträge	1.313	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.425	-28
Zinsüberschuss	-112	-28
Risikovorsorge	0	0
Jahresergebnis vor Steuern	-484	469
Steuern vom Einkommen	-221	-4
Jahresergebnis nach Steuern	-704	465
Sonstiges Ergebnis	4.470	0
Gesamtergebnis	3.765	465

Nicht erfasster anteiliger Verlust

EUR Tsd.	2017	2016
Anteiliger Verlust der Periode	0	0
Anteilige Veränderung sonstiges Ergebnis der Periode	0	0
Kumulierter Verlust zum Stichtag	0	0
Kumuliertes sonstiges Ergebnis zum Stichtag	0	0

Überleitungsrechnung

EUR Tsd.	2017	2016
Eigenkapital	138.850	97.921
Anteilsquote	n.a.	59,24%
Anteiliges Eigenkapital	77.179	58.009
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-6.723	0
Nicht erfasster anteiliger Verlust	0	0
Bewertungen Vorjahre	0	0
Umgliederungen Buchwert	0	0
Buchwert 31.12.2017	70.456	58.009

In der Überleitungsrechnung wird vom anteiligen Eigenkapital auf den Buchwert übergeleitet. Da ab 2017 die übrigen Unternehmen zusammengefasst sind, kann die Anteilsquote nicht angegeben werden.

20) Anteile und Beteiligungen

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Anteile an verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen	16.104	10.081
Anteile an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.126	1.113
Sonstige Beteiligungen	94.372	14.047
Anteile und Beteiligungen	117.602	25.241

Eine Liste der verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen findet sich in Kapitel 53). Bei den Anteilen und Beteiligungen wurden im Geschäftsjahr Beteiligungen mit einem Buchwert von EUR 1.213 Tsd. (2016: EUR 6.229 Tsd.) veräußert. Das Ergebnis aus diesen Veräußerungen belief sich auf EUR 9 Tsd. (2016: EUR 111 Tsd.) und wird in der Position Ergebnis aus Finanzinvestitionen dargestellt.

Anteile und Beteiligungen von Unternehmen, deren Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, sind mit den Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Anteile und Beteiligungen mit einem Buchwert in Höhe von EUR 116.214 Tsd. (2016: EUR 4.514 Tsd.) sind mit dem Marktwert bewertet.

Sensitivitätsanalyse

Beteiligungen, die mit DCF Methode bewertet werden

anteiliger Marktwert in EUR Tsd.	31.12.2017	Zinssatz		
		-0,50%	IST	0,50%
Ertragskomponente	-10,00%	20.355	19.269	18.332
Ertragskomponente	IST	22.420	21.158	20.059
Ertragskomponente	10,00%	24.487	23.102	21.877

Beteiligungen, die mit dem Nettovermögen bewertet werden

EUR Tsd.	anteiliger Marktwert		
	Minderung der Annahme	IST	Erhöhung der Annahme
31.12.2017			
Nettovermögen (10 % Veränderung)	15.192	16.920	18.643

Beteiligungen, die auf Basis externer Gutachten bewertet werden

EUR Tsd.	Untere Bandbreite	IST	Obere Bandbreite
31.12.2017			
Anteiliger Marktwert	62.773	69.727	76.687

Im Vorjahr wurden die Sensitivitätsanalysen auf Basis von Variationen der Ertragsschätzungen von 20 % ermittelt. Dabei ergab sich bei einer Erhöhung der Ertragsschätzung eine Veränderung der Marktwerte in Höhe von EUR 1.006 Tsd. und bei einer Verminderung der Ertragsschätzung eine Veränderung in Höhe von EUR -1.006 Tsd.

21) Immaterielles Anlagevermögen

EUR Tsd.	Software	Firmenwerte	Sonstiges	Gesamt
Anschaffungswerte 01.01.2016	44.583	866	2.750	48.198
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-2.578	0	-1.320	-3.898
Währungsumrechnung	17	0	0	17
Zugänge inklusive Umbuchungen	2.142	0	0	2.142
Abgänge inklusive Umbuchungen	-397	0	-755	-1.152
Anschaffungswerte 31.12.2016	43.767	866	675	45.307
Währungsumrechnung	-181	0	0	-181
Zugänge inklusive Umbuchungen	1.011	0	16	1.027
Abgänge inklusive Umbuchungen	-2.010	0	-41	-2.051
Anschaffungswerte 31.12.2017	42.587	866	650	44.102
EUR Tsd.	Software	Firmenwerte	Sonstiges	Gesamt
2016				
Anschaffungswerte 31.12.2016	43.767	866	675	45.307
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	-42.180	-750	-320	-43.250
Buchwert 31.12.2016	1.587	115	354	2.057
Hievon mit unbeschränkter Nutzungsdauer	0	115	0	115
Hievon mit beschränkter Nutzungsdauer	1.587	0	354	1.941
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-5.237	0	-13	-5.251
Impairment des Geschäftsjahres	0	-58	0	-58
Buchwert 01.01.2016	6.055	173	702	6.930
2017				
Anschaffungswerte 31.12.2017	42.587	866	650	44.102
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	-41.411	-808	-292	-42.511
Buchwert 31.12.2017	1.175	58	358	1.591
Hievon mit unbeschränkter Nutzungsdauer	0	58	0	58
Hievon mit beschränkter Nutzungsdauer	1.175	0	358	1.533
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-711	0	-12	-723
Impairment des Geschäftsjahres	-680	-58	0	-738

22) Sachanlagen

EUR Tsd.	Grundstücke und Gebäude	EDV- Ausstattung	Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	Sonstiges	Gesamt
Anschaffungswerte 01.01.2016	674.457	39.626	238.605	27.251	979.939
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-9.422	-1.487	-11.237	-789	-22.935
Währungsumrechnung	169	8	24	2	203
Zugänge inklusive Umbuchungen	57.637	1.902	6.255	240	66.035
Abgänge inklusive Umbuchungen	-23.496	-4.004	-11.157	-13.235	-51.892
Anschaffungswerte 31.12.2016	699.344	36.045	222.490	13.470	971.349
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-17.255	0	-183	0	-17.439
Währungsumrechnung	-1.566	-85	-243	-61	-1.955
Zugänge inklusive Umbuchungen	8.817	1.437	7.360	483	18.097
Abgänge inklusive Umbuchungen	-46.551	-3.869	-17.988	-9.801	-78.209
Anschaffungswerte 31.12.2017	642.789	33.528	211.436	4.091	891.844

EUR Tsd.	Grundstücke und Gebäude	EDV- Ausstattung	Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	Sonstiges	Gesamt
2016					
Anschaffungswerte 31.12.2016	699.344	36.045	222.490	13.470	971.349
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-285.576	-32.446	-180.039	-5.934	-503.995
Buchwert 31.12.2016	413.768	3.599	42.451	7.536	467.354
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-15.993	-2.776	-11.388	-1.180	-31.337
Außerplanmäßige Zuschreibung des Geschäftsjahres	61	0	0	0	61
Außerplanmäßige Abschreibungen des Geschäftsjahres	-6.226	0	-3.152	-98	-9.476
Buchwert 01.01.2016	403.230	5.781	53.494	17.210	479.716
2017					
Anschaffungswerte 31.12.2017	642.789	33.528	211.436	4.091	891.844
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-269.503	-30.941	-174.831	-2.898	-478.172
Buchwert 31.12.2017	373.286	2.587	36.605	1.193	413.672
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-15.768	-2.086	-9.479	-528	-27.861
Außerplanmäßige Zuschreibung des Geschäftsjahres	0	0	160	0	160
Außerplanmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-3.374	0	-1.557	0	-4.931

Es bestehen weder im Jahr 2017 als auch 2016 künftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren operating lease Verträgen.

23) Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen

EUR Tsd.	31.12.2017		31.12.2016	
	Ertragsteuer- ansprüche	Ertragsteuer- verpflichtungen	Ertragsteuer- ansprüche	Ertragsteuer- verpflichtungen
Laufende Ertragsteuer	2.413	9.995	1.954	9.938
Latente Ertragsteuer	90.190	13.163	63.612	9.773
Ertragsteuer Gesamt	92.602	23.158	65.566	19.712

Die folgende Darstellung zeigt, aus welchen Abweichungen zwischen dem Bilanzansatz nach Steuerrecht und IFRS latente Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen entstehen.

EUR Tsd.	2017		2016		Nettoabweichung 2017		
	Ertrag- steuer- ansprüche	Ertrag- steuer- verpflich- tungen	Ertrag- steuer- ansprüche	Ertrag- steuer- verpflich- tungen	Gesamt	Über Gewinn- und Verlust- rechnung	Über sonstiges Ergebnis
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen an Kunden inklusive Risikovorsorge	42.867	28.231	15.642	25.330	24.323	2.071	0
Handelsaktiva	124	0	165	996	955	957	0
Finanzinvestitionen	256	72.440	96	82.276	9.995	14.610	-2.900
Investment property Vermögenswerte	412	5.026	560	3.366	-1.807	-1.861	0
Anteile und Beteiligungen	4.389	7.395	14.509	6.232	-11.282	12.961	-23.345
Immaterielles Anlagevermögen und Sachanlagen	33.238	5.067	30.319	1.749	-399	-175	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	80	0	-80	-80	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.977	0	0	0	4.977	4.977	0
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	17.880	230	27.952	287	-10.015	-10.015	0
Handelspassiva	0	9	1.028	12	-1.025	-1.025	0
Pensions-, Abfertigungs- und sonstige Rückstellungen	35.609	13.350	36.817	16.325	1.767	3.165	-792
Sonstige Aktiva und sonstige Passiva	79.642	28.969	100.989	36.758	-13.558	-13.935	0
Übrige Bilanzpositionen	0	38.687	0	38.780	92	-147	10
Verlustvorträge	56.355	0	37.791	0	18.564	18.635	0
Latente Steuern vor Verrechnung	275.748	199.402	265.949	212.111	22.507	30.139	-27.027
Verrechnung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern	-185.558	-185.558	-202.337	-202.337	0	0	0
Ausgewiesene latente Steuern	90.190	13.844	63.612	9.773	22.507	30.139	-27.027
hievon in Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten		681	0	0			

Aus der rückwirkenden Anpassung der Effektivzinsmethode erhöhen sich die Ertragsteueransprüche zum 1. Jänner 2017 um EUR 21.647 Tsd. Diese wurden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Der verbleibende Restbetrag aus der Nettoabweichung im Jahresvergleich, der sich weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch im sonstigen Ergebnis widerspiegelt, ist vor allem auf Änderungen des Konsolidierungskreises, sowie Währungsdifferenzen zurückzuführen.

Die Verrechnung zwischen latenten Ertragsteueransprüchen und -verpflichtungen erfolgt jeweils nur im gleichen Unternehmen.

In Übereinstimmung mit IAS 12 wurden passive latente Steuern auf temporäre Unterschiede im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen in Höhe von EUR 53.464 Tsd. (2016: EUR 32.441 Tsd.) sowie aktive latente

Steuern in Höhe von EUR -5.733 Tsd. (2016: EUR -7.970 Tsd.) nicht angesetzt, da nicht erwartet wird, dass sich diese in absehbarer Zeit umkehren.

Für die Prüfung der Verwertung der steuerlichen Verlustvorträge, sowie der Werthaltigkeit anderer aktiver latenter Steuern, wurde ein Zeitraum von bis zu 4 Jahren entsprechend der Konzernsteuerplanung zu Grunde gelegt.

Auf steuerliche Verlustvorträge in Höhe von EUR 358.772 Tsd. (2016: EUR 498.512 Tsd.) wurden keine latenten Steuern gebildet. Aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und andere aktive latente Steuern in Höhe von EUR 29.784 Tsd. (Steuerbemessungsgrundlage) (2016: EUR 4.539 Tsd.) wurden wertberichtigt. Aktive latente Steuern wurden in dem Ausmaß angesetzt, in dem ihre Verwertbarkeit in einem angemessenen Zeitraum (4 Jahre) wahrscheinlich ist. Von diesen steuerlichen Verlustvorträgen sind EUR 358.772 Tsd. (2016: EUR 498.512 Tsd.) unbeschränkt vortragsfähig und betreffen vor allem die VBW.

24) Sonstige Aktiva

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Rechnungsabgrenzungsposten	2.408	5.805
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte	83.872	78.037
Positive Marktwerte der Derivate im Bankbuch	104.195	89.038
Sonstige Aktiva	190.476	172.880

Die sonstigen Forderungen und Vermögenswerte setzen sich im Wesentlichen aus Abgrenzungen in Höhe von EUR 18.063 Tsd., Hilfskonten des Bankgeschäftes und sonstige Verrechnungen in Höhe von EUR 16.928 Tsd., Forderungen aus Liegenschaftsverkäufen in Höhe von EUR 10.591 Tsd. und Sicherungsliegenschaften in Höhe von EUR 5.418 Tsd. zusammen.

In der nachfolgenden Tabelle sind die in der Position sonstige Aktiva enthaltenen Marktwerte der Derivate dargestellt, die für das hedge accounting herangezogen werden.

EUR Tsd.	31.12.2017 Fair value hedge	31.12.2016 Fair value hedge
Zinsbezogene Geschäfte	71.202	65.892
Positive Marktwerte Derivate	71.202	65.892

25) Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt

In dieser Position werden Vermögenswerte, die zur Veräußerung gem. IFRS 5 bestimmt sind, zusammengefasst. Der ausgewiesene Betrag setzt sich wie folgt zusammen.

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Barreserve	9.338	0
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	35.084	0
Forderungen an Kunden (brutto)	64.271	0
Risikovorsorge (-)	-11.847	0
Finanzinvestitionen	9.864	0
Investment property Vermögenswerte	6.959	0
Anteile und Beteiligungen	15	0
Immaterielles Anlagevermögen	18	0
Sachanlagen	11.892	0
Sonstige Aktiva	511	0
Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	126.105	0

26) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Zentralbanken	169.541	139.855
Sonstige Kreditinstitute	279.199	282.140
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	448.740	421.995

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
täglich fällig	229.943	155.699
bis 3 Monate	43.253	40.257
bis 1 Jahr	48.818	43.072
bis 5 Jahre	25.029	28.743
über 5 Jahre	101.698	154.224
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	448.740	421.995

27) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Bewertet mit fortgeführten Anschaffungskosten	20.849.571	20.017.714
Spareinlagen	9.217.464	9.542.930
Sonstige Einlagen	11.632.107	10.474.785
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	20.849.571	20.017.714

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
täglich fällig	13.915.580	12.325.090
bis 3 Monate	1.337.221	1.158.018
bis 1 Jahr	2.799.294	3.353.731
bis 5 Jahre	1.773.122	2.319.775
über 5 Jahre	1.024.355	861.099
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	20.849.571	20.017.714

28) Verbriefte Verbindlichkeiten

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Anleihen	503.695	782.648
Kassenobligationen	119.937	183.697
Verbriefte Verbindlichkeiten	623.633	966.345

Die verbrieften Verbindlichkeiten sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
bis 3 Monate	35.956	18.326
bis 1 Jahr	65.563	82.666
bis 5 Jahre	204.151	351.705
über 5 Jahre	317.962	513.648
Verbriefte Verbindlichkeiten	623.633	966.345

29) Handelspassiva

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Negative Marktwerte aus derivativen Geschäften		
währungsbezogene Geschäfte	0	23.083
zinsbezogene Geschäfte	77.459	391.975
sonstige Geschäfte	0	2.815
Handelspassiva	77.459	417.873

30) Rückstellungen

EUR Tsd.	Risikorückstellungen	Andere Rückstellungen	Gesamt
Stand am 01.01.2016	31.505	32.644	64.150
Veränderung im Konsolidierungskreis	-263	-111	-375
Währungsumrechnung	-33	0	-33
Umgliederungen	-527	2.621	2.094
Barwerteffekt	-22	0	-22
Verbrauch	-2.156	-5.973	-8.129
Auflösung	-17.206	-15.043	-32.249
Zuführung	10.387	16.175	26.562
Stand am 31.12.2016	21.685	30.313	51.998
Veränderung im Konsolidierungskreis	13	3.889	3.902
Währungsumrechnung	-136	-167	-303
Umgliederungen	-2.648	1.577	-1.071
Barwerteffekt	-21	0	-21
Verbrauch	-538	-24.224	-24.761
Auflösung	-6.159	-9.572	-15.731
Zuführung	5.642	29.333	34.975
Stand am 31.12.2017	17.839	31.150	48.988

Die gebildeten Risikorückstellungen betreffen Vorsorgen für außerbilanzielle Transaktionen, insbesondere Haftungen und Garantien. Dabei handelt es sich überwiegend um langfristige Rückstellungen.

In der Position andere Rückstellungen wird für Verpflichtungen vorgesorgt, die wahrscheinlich in Zukunft zu einem Mittelabfluss führen werden. Die Restrukturierungsrückstellung erfüllt die Kriterien gemäß IAS 37.10 und beträgt zum Bilanzstichtag EUR 7.012 Tsd. (2016: EUR 7.841 Tsd.). Da ein Großteil der Restrukturierungsmaßnahmen bis Ende 2018 umgesetzt sein soll, handelt es sich überwiegend um eine kurzfristige Rückstellung. Weitere Vorsorgen wurden für schwebende Rechtsverfahren in Höhe von EUR 13.394 Tsd. (2016: EUR 11.650 Tsd.) und für etwaige Rückzahlungen von Garantieziehungen in Höhe von EUR 0 Tsd. (2016: EUR 2.850 Tsd.) gebildet.

Bei der Höhe der Rückstellungen handelt es sich um eine bestmögliche Schätzung der erwarteten Abflüsse von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zum Bilanzstichtag, unter Berücksichtigung der Risiken und Unsicherheiten, welche zur Erfüllung der Verpflichtung zu erwarten sind. Risiken und Unsicherheiten wurden bei der Schätzung berücksichtigt.

31) Sozialkapital

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung	Abfertigungs- rückstellung	Jubiläums- rückstellung	Summe Sozialkapital
Barwert 01.01.2016	72.743	147.455	21.690	241.888
Währungsumrechnung	0	0	0	0
Veränderung im Konsolidierungskreis	-2.030	-8.883	-1.307	-12.220
Dienstzeitaufwand	1.090	6.873	1.446	9.409
Zinsaufwand	1.023	3.044	457	4.524
Zahlungen	-4.741	-9.462	-959	-15.162
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	794	11.209	-341	11.662
Barwert 31.12.2016	68.880	150.236	20.985	240.101
Währungsumrechnung	-895	0	0	-895
Veränderungen im Konsolidierungskreis	15	281	83	379
Dienstzeitaufwand	1.324	6.979	1.489	9.793
Zinsaufwand	687	1.729	248	2.664
Zahlungen	-7.766	-11.873	-1.052	-20.691
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-2.616	-2.966	-608	-6.190
Barwert 31.12.2017	59.630	144.386	21.145	225.161

Barwert des Planvermögens

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung
Barwert des Planvermögens 1.1.2016	8.655
Währungsumrechnung	0
Ertrag aus dem Planvermögen	613
Beiträge zum Planvermögen	86
Auszahlungen	-338
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	85
Barwert des Planvermögens 31.12.2016	9.101
Währungsumrechnung	-685
Ertrag aus dem Planvermögen	1.034
Beiträge zum Planvermögen	133
Auszahlungen	-978
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	0
Barwert des Planvermögens 31.12.2017	8.605

Die Pensionsrückstellung wird saldiert mit dem Barwert des Planvermögens in dieser Position ausgewiesen.

Die zu erwartenden Beitragszahlungen an das Planvermögen für das Jahr 2018 beziffern sich auf EUR -4 Tsd. (2017: EUR -4 Tsd.).

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung	Abfertigungs- rückstellung	Jubiläums- rückstellung	Summe Sozialkapital
31.12.2016				
Sozialkapitalverpflichtung	68.880	150.236	20.985	240.101
Barwert des Planvermögens	-9.101	0	0	-9.101
Bilanzierte Nettoschuld	59.779	150.236	20.985	231.000
31.12.2017				
Sozialkapitalverpflichtung	59.630	144.386	21.145	225.161
Barwert des Planvermögens	-8.605			-8.605
Bilanzierte Nettoschuld	51.025	144.386	21.145	216.556

Historische Information

EUR Tsd.	2017	2016	2015	2014	2013
Barwert der Verpflichtungen	225.161	240.101	241.888	364.091	333.409
Barwert des Planvermögens	8.605	9.101	8.655	44.940	41.980

Zusammensetzung Planvermögen

EUR Tsd.	31.12.2017			31.12.2016		
	Plan- vermögen - notiert	Plan- vermögen - unnotiert	Plan- vermögen - gesamt	Plan- vermögen - notiert	Plan- vermögen - unnotiert	Plan- vermögen - gesamt
Anleihen Gebietskörperschaften	301	0	301	289	0	289
Anleihen Kreditinstitute	39	0	39	81	0	81
Anleihen Sonstige	3.958	44	4.002	3.869	10	3.880
Aktien EU Länder	95	0	95	105	0	105
Aktien USA und Japan	56	0	56	96	0	96
Aktien Sonstige	1.150	134	1.285	1.354	152	1.506
Derivate	658	692	1.350	589	795	1.384
Immobilien	402	798	1.200	398	926	1.324
Festgeld	0	0	0	0	0	0
Kassenbestand	262	15	277	407	30	437
Gesamt	6.922	1.684	8.605	7.188	1.913	9.101

In der Spalte Planvermögen - notiert werden alle Vermögenswerte im Planvermögen dargestellt, die einen an einem aktiven Markt notierten Marktpreis haben.

Sensitivitätsanalyse

Bei Konstanzhaltung der anderen Annahmen hätten bei vernünftiger Betrachtungsweise am Abschlussstichtag möglich gewesene Veränderungen bei einer der maßgeblichen versicherungsmathematischen Annahmen die leistungsorientierte Verpflichtung mit den nachstehenden Beträgen beeinflusst.

EUR Tsd.	Barwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
31.12.2016		
Abzinsungssatz (0,75 % Veränderung)	-18.047	20.671
Zukünftige Lohn- und Gehaltssteigerungen (0,50 % Veränderung)	10.674	-9.868
Zukünftige Pensionserhöhungen (0,25 % Veränderung)	1.813	-1.655
Zukünftige Sterblichkeit (1 Jahr Veränderung)	3.473	-3.361
31.12.2017		
Abzinsungssatz (0,75 % Veränderung)	-17.498	20.189
Zukünftige Lohn- und Gehaltssteigerungen (0,50 % Veränderung)	10.821	-9.946
Zukünftige Pensionserhöhungen (0,25 % Veränderung)	1.590	-1.709
Zukünftige Sterblichkeit (1 Jahr Veränderung)	3.022	-2.920

Zum 31. Dezember 2017 lag die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtungen bei den Pensionen bei 12,2 Jahren (2016: 13,9 Jahren) und bei der Abfertigung bei 12,5 Jahren (2016: 12,3 Jahre).

Obwohl die Analyse die vollständige Verteilung der nach dem Plan erwarteten cash flows nicht berücksichtigt, liefert sie einen Näherungswert für die Sensitivität der dargestellten Annahmen.

32) Sonstige Passiva

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Rechnungsabgrenzungsposten	2.745	1.724
Sonstige Verbindlichkeiten	120.008	150.170
Negative Marktwerte der Derivate im Bankbuch	386.113	169.837
Sonstige Passiva	508.866	321.731

Die sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich im Wesentlichen aus Abgrenzungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von EUR 32.266 Tsd., Steuer- und Abgabenverbindlichkeiten in Höhe von EUR 23.867 Tsd., Hilfskonten des Bankgeschäftes in Höhe von EUR 18.614 Tsd. und Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern in Höhe von EUR 16.526 Tsd. zusammen.

In der nachfolgenden Tabelle sind die in der Position sonstige Passiva enthaltenen negativen Marktwerte der Derivate dargestellt, die für das hedge accounting herangezogen werden.

EUR Tsd.	31.12.2017 Fair value hedge	31.12.2016 Fair value hedge
Währungsbezogene Geschäfte	20.273	29.478
Zinsbezogene Geschäfte	280.419	26.930
Negative Marktwerte Derivate	300.693	56.409

33) Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt

In dieser Position werden Verbindlichkeiten, die zur Veräußerung gemäß IFRS 5 bestimmt sind, zusammengefasst. Der ausgewiesene Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	91.900	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.820	0
Rückstellungen	5.125	0
Ertragsteuerverpflichtungen	681	0
Sonstige Passiva	4.152	0
Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	103.684	0

34) Nachrangkapital

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Nachrangige Verbindlichkeiten	525.905	136.838
Ergänzungskapital	145.254	188.068
Nachrangkapital	671.159	324.906

Das Nachrangkapital wird mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Im Oktober 2017 emittierte die VBW eine Nachranganleihe in Höhe von EUR 399 Mio.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
bis 3 Monate	4.865	6.695
bis 1 Jahr	27.678	52.351
bis 5 Jahre	97.596	103.619
über 5 Jahre	541.021	162.241
Nachrangkapital	671.159	324.906

Darstellung der Ein- und Auszahlungen des Nachrangkapitals

EUR Tsd.	Nachrangkapital
Stand 1.1.2017	324.906
Zahlungszuflüsse	412.837
Zahlungsabflüsse	-61.278
Nicht zahlungswirksame Veränderungen	
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-6.805
Sonstige	1.499
Summe nicht zahlungswirksame Veränderungen	-5.306
Stand 31.12.2017	671.159

Bei allen nachrangigen Emissionen liegt der ausstehende emittierte Betrag unter 10 % des Gesamtvolumens des Nachrangkapitals. Vom Nachrangkapital mit einer Restlaufzeit von über 5 Jahren ist ein Volumen von EUR 25.731 Tsd. (2016: EUR 31.455 Tsd.) ohne bestimmte Laufzeit. Das Partizipationskapital, das von der VB Regio gezeichnet wurde, hat ebenfalls keine bestimmte Laufzeit. Da geplant ist, dieses Kapital im Jahr 2019 zu tilgen, wird es in der Laufzeitkategorie bis 5 Jahre ausgewiesen. Alle nachrangigen Emissionen haben eine Möglichkeit auf Kündigung oder Rückzahlung frühestens nach 5 Jahren mit vorheriger Zustimmung durch die FMA gemäß Art. 77 CRR.

35) Eigenkapital

Aufgrund der Vorgaben aus der CRR wurde im Geschäftsjahr 2013 in den Volksbanken begonnen, die Satzungen der Genossenschaften umzustellen und einen Sockelbetrag für das Genossenschaftskapital einzuführen. Danach darf ein gekündigter Genossenschaftsanteil nur dann ausbezahlt werden, wenn dadurch der Gesamtnennbetrag der Geschäftsanteile nicht unter einen bestimmten Prozentsatz des an einem Bilanzstichtag ausgewiesenen Höchststandes des Gesamtnennbetrages (Sockelbetrag) unterschritten wird. In den Volksbanken wurde der Prozentsatz mit 95 % festgelegt. Gemäß IFRIC 2 Geschäftsanteile an Genossenschaften und ähnliche Instrumente dürfen Genossenschaftsanteile nur dann dem Eigenkapital zugerechnet werden, wenn die Rücknahme von Geschäftsanteilen uneingeschränkt verboten ist. Dieses Verbot kann auch nur teilweise gelten. Daher wurden beginnend im Geschäftsjahr 2013 die Geschäftsanteile innerhalb des Sockelbetrages der Genossenschaften, die die Sockelbetragsregelung bereits rechtlich geltend umgesetzt haben, von Geschäftsanteile in gezeichnetes Kapital umgegliedert. Anteile, die im Verbund gehalten werden, kürzen die Geschäftsanteile innerhalb des Sockelbetrages. Die Umgliederung wird in einer eigenen Zeile in der Eigenkapitalüberleitung dargestellt. Alle Anteile wurden voll einbezahlt.

Bis zum 1. Jänner 2017 wurden die Provisionen für die Gewährung von Krediten bei den zugeordneten Instituten nicht gemäß IAS 18 mit der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt erfasst, sondern sofort bei Vorschreibung der Provision ertragswirksam vereinnahmt. Die rückwirkende erstmalige Erfassung der Abgrenzung wurde in Höhe von EUR -86.587 Tsd. abzüglich aktiver latenter Steuern in Höhe von EUR 21.647 Tsd. erfolgsneutral im Eigenkapital in der Zeile Veränderung durch Verschiebung in nicht beherrschende Anteile, Kapitalerhöhung und Entkonsolidierungen erfasst.

Gesamtkapitalrentabilität

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt für das Geschäftsjahr 2017 0,24% (2016: -0,26%) und errechnet sich als Quotient zwischen Ergebnis nach Steuern und Bilanzsumme zum Bilanzstichtag.

Nicht beherrschende Anteile

Gesellschaftsname	Minderheitenanteil		Zuordnung
	2017	2016	
3V-Immobilien Errichtungs-GmbH; Wien	<0,001 %	<0,001 %	Übrige Unternehmen
Gärtnerbank Immobilien GmbH; Wien	<0,001 %	<0,001 %	Übrige Unternehmen
GB IMMOBILIEN Verwaltungs- und Verwertungs-GmbH; Wien	<0,001 %	<0,001 %	Übrige Unternehmen
VB Services für Banken Ges.m.b.H.; Wien	1,110 %	1,110 %	Übrige Unternehmen
VB Verbund-Beteiligung Region Wien eG; Wien	9,580 %	0,000 %	Übrige Unternehmen
VOBA Vermietungs- und Verpachtungsges.m.b.H.; Baden	1,000 %	1,000 %	Übrige Unternehmen
VVG Vermietung von Wirtschaftsgütern Gesellschaft m.b.H.; Wien	0,005 %	0,005 %	Übrige Unternehmen

In der folgenden Tabelle werden die Finanzinformationen aller Gesellschaften insgesamt dargestellt, da sie unwesentlich sind.

Zusatzinformationen nicht beherrschende Anteile

EUR Tsd.	Übrige Unternehmen	
	2017	2016
Aktiva		
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	42.914	22.424
Forderungen an Kunden (brutto)	230	155
Finanzinvestitionen	674	682
Sonstige Aktiva	76.280	77.258
Aktiva Gesamt	120.099	100.519
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	54.564	56.239
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11	3
Sonstige Passiva	14.353	14.852
Eigenkapital	51.171	29.425
Passiva Gesamt	120.099	100.519
Gesamtergebnisrechnung		
Zinsen und ähnliche Erträge	105	109
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.941	-2.016
Erträge von investment property und operating lease-Verträgen	3.898	4.077
Zinsüberschuss	2.063	2.170
Risikovorsorge	0	-7
Jahresergebnis vor Steuern	2.037	3.102
Steuern vom Einkommen	-90	-117
Jahresergebnis nach Steuern	1.947	2.985
Sonstiges Ergebnis	130	-307
Gesamtergebnis	2.077	2.678

Da diese Gesellschaften keine Barreserven halten und die Geschäftstätigkeit im Wesentlichen der operativen Geschäftstätigkeit zugeordnet werden kann, wird auf die Darstellung einer Geldflussrechnung in Hinblick auf IAS 1.31 verzichtet.

36) Eigenmittel

Die gemäß CRR ermittelten Eigenmittel des Verbundes zeigen folgende Zusammensetzung:

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Hartes Kernkapital: Instrumente und Reserven		
Kapitalinstrumente inklusive Agio	744.999	351.240
Einbehaltene Gewinne	504.751	919.137
Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen)	471.734	335.004
Direkt begebenes Kapital, dessen Anrechnung an das harte Kernkapital ausläuft	11.529	34.501
Minderheitsbeteiligungen	434	61
Hartes Kernkapital vor regulatorischen Anpassungen	1.733.447	1.639.942
Hartes Kernkapital: Regulatorische Anpassungen		
Firmenwerte (bereinigt um ev. Steuerschulden)	-58	-115
Immaterielle Vermögenswerte (bereinigt um ev. Steuerschulden)	-1.551	-1.941
Wertberichtigung aufgrund der Anforderung für eine vorsichtige Bewertung	-2.676	-3.056
Regulatorische Anpassungen - Übergangsbestimmungen	-14.948	25.898
nicht realisierten Gewinne (20 %; 2016: 40 %)	-19.255	-6.258
Verlust des aktuellen Geschäftsjahres (20 %; 2016: 40 %)	3.985	31.333
Immaterielle Vermögenswerte (20 %; 2016: 40 %)	322	823
Von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringende Posten, die das zusätzliche Kernkapital überschreiten	0	-15.153
Zusätzliche, aufgrund von Artikel 3 der CRR vorzunehmende Abzüge vom harten Kernkapital	-78.241	-3.884
Regulatorische Anpassungen Gesamt	-97.475	1.747
Hartes Kernkapital - CET1	1.635.972	1.641.690
Zusätzliches Kernkapital: Instrumente		
Kapitalinstrumente inklusive Agio, als zusätzliches Kernkapital anrechenbar	14.153	17.003
Zusätzliches Kernkapital vor regulatorischen Anpassungen	14.153	17.003
Zusätzliches Kernkapital: Regulatorische Anpassungen		
Regulatorische Anpassungen - Übergangsbestimmungen	-4.307	-32.156
Verlust des aktuellen Geschäftsjahres (20 %; 2016: 40 %)	-3.985	-31.333
Immaterielle Vermögenswerte (20 %; 2016: 40 %)	-322	-823
Von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringende Posten, die das zusätzliche Kernkapital überschreiten	0	15.153
Regulatorische Anpassungen Gesamt	-4.307	-17.003
Zusätzliches Kernkapital - AT1	9.846	0
Kernkapital - T1 (CET1 + AT1)	1.645.818	1.641.690
Ergänzungskapital - Instrumente und Wertberichtigungen		
Kapitalinstrumente inklusive Agio, als Ergänzungskapital anrechenbar	499.078	128.350
Kapitalinstrumente deren Anrechnung an das Ergänzungskapital ausläuft	54.266	233.364
Ergänzungskapital vor regulatorischer Anpassung	553.344	361.714
Ergänzungskapital: Regulatorische Anpassung		
Regulatorische Anpassungen - Übergangsbestimmungen	0	0
Regulatorische Anpassungen Gesamt	0	0
Ergänzungskapital - T2	553.344	361.714
Eigenmittel insgesamt - TC (T1 + T2)	2.199.162	2.003.404
Harte Kernkapitalquote	12,36 %	12,38 %
Kernkapitalquote	12,43 %	12,38 %
Eigenmittelquote	16,61 %	15,10 %
jeweils bezogen auf das Gesamtrisiko		

Die risikogewichteten Beträge gemäß CRR setzen sich wie folgt zusammen:

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Risikogewichtete Beträge - Kreditrisiko	11.699.539	11.608.970
Gesamtrisikobetrag für Abwicklungsrisiken	77	0
Gesamtrisikobetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	111.792	153.424
Gesamtrisikobetrag operationelle Risiken (OpR)	1.368.575	1.442.301
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassungen der Kreditbewertung (CVA)	59.658	61.112
Gesamtrisikobetrag	13.239.641	13.265.807

Die nachfolgende Tabelle stellt die Eigenmittel des Verbundes unter Vollenwendung der CRR dar (fully loaded):

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Hartes Kernkapital: Instrumente und Reserven		
Kapitalinstrumente inklusive Agio	744.999	351.240
Einbehaltene Gewinne	504.751	919.137
Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen)	471.734	335.004
Hartes Kernkapital vor regulatorischen Anpassungen	1.721.483	1.605.381
Hartes Kernkapital: Regulatorische Anpassungen		
Aufsichtliche Bewertungsanpassungen	0	0
Firmenwerte (bereinigt um ev. Steuerschulden)	-58	-115
Immaterielle Vermögenswerte (bereinigt um ev. Steuerschulden)	-1.551	-1.941
Wertberichtigung aufgrund der Anforderung für eine vorsichtige Bewertung	-2.676	-3.056
Zusätzliche, aufgrund von Artikel 3 der CRR vorzunehmende Abzüge vom harten Kernkapital	-88.579	-3.884
Regulatorische Anpassungen Gesamt	-92.864	-8.997
Hartes Kernkapital - CET1	1.628.620	1.596.383
Zusätzliches Kernkapital: Instrumente		
Kapitalinstrumente inklusive Agio, als zusätzliches Kernkapital anrechenbar	14.153	17.003
Zusätzliches Kernkapital vor regulatorischen Anpassungen	14.153	17.003
Zusätzliches Kernkapital: Regulatorische Anpassungen		
Regulatorische Anpassungen Gesamt	0	0
Zusätzliches Kernkapital - AT1	14.153	17.003
Kernkapital - T1 (CET1 + AT1)	1.642.773	1.613.386
Ergänzungskapital - Instrumente und Wertberichtigungen		
Kapitalinstrumente inklusive Agio, als Ergänzungskapital anrechenbar	506.163	146.288
Ergänzungskapital vor regulatorischer Anpassung	506.163	146.288
Ergänzungskapital: Regulatorische Anpassung		
Regulatorische Anpassungen Gesamt	0	0
Ergänzungskapital - T2	506.163	146.288
Eigenmittel insgesamt - TC (T1 + T2)	2.148.936	1.759.674
Harte Kernkapitalquote	12,33 %	12,03 %
Kernkapitalquote	12,43 %	12,16 %
Eigenmittelquote	16,26 %	13,26 %
jeweils bezogen auf das Gesamtrisiko		

Die risikogewichteten Beträge gemäß CRR setzen sich wie folgt zusammen:

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Risikogewichtete Beträge - Kreditrisiko	11.673.697	11.608.970
Gesamtrisikobetrag für Abwicklungsrisiken	77	0
Gesamtrisikobetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	111.792	153.424
Gesamtrisikobetrag operationelle Risiken (OpR)	1.368.575	1.442.301
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassungen der Kreditbewertung (CVA)	59.658	61.112
Gesamtrisikobetrag	13.213.798	13.265.807

Die VBW hat mit den Volksbanken einen Verbundvertrag gemäß § 30a BWG abgeschlossen. Zweck dieses Verbundvertrages ist einerseits die Bildung eines Haftungsverbundes zwischen den Instituten des Primärsektors und andererseits

die Beaufsichtigung und Erfüllung der BWG Normen auf Verbundbasis. Gemäß Artikel 10 CRR in Verbindung mit Artikel 11 (4) CRR muss die ZO die Eigenmittelanforderungen der CRR auf Basis der konsolidierten Gesamtlage der ZO und der ihr angeschlossenen Institute einhalten. Für die Berechnung der Eigenmittel des Kreditinstitutsverbundes werden die Eigenmittel der VBW und der zugeordneten Institute additiv zusammengefasst. Im Zuge der Zusammenfassung von Beteiligungen der einbezogenen Unternehmen an Volksbanken und an der VBW werden die zusammengefassten Beteiligungsbuchwerte von den zusammengefassten Eigenkapitalbestandteilen in Abzug gebracht. Übergeordnete Finanzholdinggesellschaften sowie Holdinggesellschaften werden, sofern sie die Vorgaben des § 30a BWG erfüllen, ebenfalls additiv hinzugerechnet und Beteiligungen daran in Abzug gebracht. Durch die Zusammenfassung der Unternehmen im Sinne eines Gleichordnungskonzernes entstehen keine Minderheitenanteile aus der Kapitalkonsolidierung. Nachgeordnete Unternehmen werden nach der in der Folge beschriebenen Methode einbezogen.

Nach CRR werden Gesellschaften der Finanzbranche, die einer Beherrschung unterliegen bzw. bei denen eine Kapitalmehrheit vorliegt, vollkonsolidiert. Institute, Finanzinstitute und Anbieter von Nebendienstleistungen, die der Beherrschung unterliegen, aber für die Darstellung der Kreditinstitutsgruppe gemäß Artikel 19 (1) CRR nicht wesentlich sind, werden von den Eigenmitteln abgezogen. Bei gemeinsamer Leitung von Tochterunternehmen mit Fremdgesellschaftern wird eine Quotenkonsolidierung vorgenommen. Anteile an Unternehmen der Finanzbranche mit einem Anteil zwischen 10 % und 50 %, bei denen keine gemeinsame Leitung gegeben ist, werden ebenfalls von den Eigenmitteln abgezogen, sofern sie nicht freiwillig anteilmäßig einbezogen werden. Beteiligungen an Unternehmen der Finanzbranche zu weniger als 10 % werden im Rahmen der Anrechenbarkeit gemäß Artikel 46 CRR von den Eigenmitteln abgezogen. Alle anderen Beteiligungen werden zu ihren Buchwerten in die Bemessungsgrundlage einbezogen.

Alle Kreditinstitute, die einer Beherrschung unterliegen oder bei denen eine Kapitalmehrheit vorliegt, werden in den Konsolidierungskreis nach CRR einbezogen.

Im Geschäftsjahr 2017 gab es keine substanziellen, praktischen oder rechtlichen Hindernisse bezüglich der Übertragung von Eigenmitteln oder der Rückzahlung von Verbindlichkeiten zwischen dem übergeordneten Institut und den ihm nachgeordneten Instituten.

Aufgrund von Satzungsänderungen wurden im Geschäftsjahr 2017 Verwaltungsgenossenschaften, die bisher aufgrund der in § 30a BWG definierten Voraussetzungen für den Einbezug konsolidiert wurden, entkonsolidiert.

37) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle stellt die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in den einzelnen Kategorien und ihre fair values dar.

EUR Tsd.	Held for trading	At fair value through profit or loss	Held to maturity	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Buchwert gesamt	Fair value
31.12.2017							
Barreserve	0	0	0	0	2.001.338	2.001.338	2.001.338
Forderungen an Kreditinstitute (KI)	0	0	0	0	494.889	494.889	
Forderungen an KI abzüglich EWB	0	0	0	0	494.889	494.889	501.713
Forderungen an Kunden (KU)	0	0	0	0	19.768.453	19.768.453	
EWB zu Forderungen an KU	0	0	0	0	-282.447	-282.447	
Forderungen an KU abzüglich EWB	0	0	0	0	19.486.005	19.486.005	19.209.673
Handelsaktiva	63.587	0	0	0	0	63.587	63.587
Finanzinvestitionen	0	0	359.140	1.933.134	0	2.292.273	2.296.914
Beteiligungen	0	0	0	117.602	0	117.602	116.214
Derivative Instrumente Bankbuch	104.195	0	0	0	0	104.195	104.195
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt				1.918	104.806	106.725	107.493
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	167.783	0	359.140	2.052.654	22.087.038	24.666.615	24.401.128
Verbindlichkeiten gegenüber KI	0	0	0	0	448.740	448.740	439.015
Verbindlichkeiten gegenüber KU	0	0	0	0	20.849.571	20.849.571	20.780.530
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	623.633	623.633	644.477
Handelspassiva	77.459	0	0	0	0	77.459	77.459
Derivative Instrumente Bankbuch	386.113	0	0	0	0	386.113	386.113
Nachrangkapital	0	0	0	0	671.159	671.159	677.437
Finanzielle Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt					93.725	93.725	93.725
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	463.571	0	0	0	22.686.829	23.150.400	23.098.756

EUR Tsd.	Held for trading	At fair value through profit or loss	Held to maturity	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Buchwert gesamt	Fair value
31.12.2016							
Barreserve	0	0	0	0	1.435.495	1.435.495	1.435.495
Forderungen an Kreditinstitute (KI)	0	0	0	0	642.866	642.866	
EWB zu Forderungen an KI	0	0	0	0	0	0	
Forderungen an KI abzüglich EWB	0	0	0	0	642.866	642.866	635.860
Forderungen an Kunden (KU)	0	0	0	0	19.385.588	19.385.588	
EWB zu Forderungen an KU	0	0	0	0	-318.327	-318.327	
Forderungen an KU abzüglich EWB	0	0	0	0	19.067.260	19.067.260	17.931.714
Handelsaktiva	142.417	0	0	0	0	142.417	142.417
Finanzinvestitionen	0	0	254.263	2.139.082	0	2.393.345	2.399.242
Beteiligungen	0	0	0	25.241	0	25.241	25.241
Derivative Instrumente Bankbuch	89.038	0	0	0	0	89.038	89.038
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	231.455	0	254.263	2.164.323	21.145.622	23.795.664	22.659.008
Verbindlichkeiten gegenüber KI	0	0	0	0	421.995	421.995	404.731
Verbindlichkeiten gegenüber KU	0	0	0	0	20.017.714	20.017.714	20.004.717
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	966.345	966.345	964.834
Handelspassiva	417.873	0	0	0	0	417.873	417.873
Derivative Instrumente Bankbuch	169.837	0	0	0	0	169.837	169.837
Nachrangkapital	0	0	0	0	324.906	324.906	334.575
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	587.710	0	0	0	21.730.960	22.318.670	22.296.568

EWB = Einzelwertberichtigung

In den Finanzinvestitionen sind held to maturity Wertpapiere mit einem Buchwert von EUR 184.744 Tsd. (2016: EUR 183.663 Tsd.) enthalten, die mit EUR 3.977 Tsd. (2016: EUR 4.792 Tsd.) über dem Marktwert bewertet sind, da kein objektiver Hinweis auf Wertminderung vorliegt.

Anteile und Beteiligungen in Höhe von EUR 1.388 Tsd. (2016: EUR 20.727 Tsd.) sind mit Anschaffungskosten bewertet, da deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann. Der beizulegende Zeitwert ist nicht verlässlich ermittelbar, da für diese Titel kein aktiver Markt besteht und eine angemessene Einschätzung der Wahrscheinlichkeit hinsichtlich des Eintritts unterschiedlicher Zeitwertschätzungen nicht möglich ist. Die Anteile und Beteiligungen sind vorwiegend strategische Beteiligungen. Der Markt dafür ist auf die Mitgesellschafter begrenzt. Im Geschäftsjahr wurden mit Anschaffungskosten bewertete Instrumente mit einem Buchwert in Höhe von EUR 5.122 Tsd. (2016: EUR 22.215 Tsd.) veräußert. Dabei wurde ein Ergebnis von EUR 1 Tsd. (2016: EUR 111 Tsd.) realisiert.

Einige Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten sind Kategorien zugeordnet, in denen sie nicht erfolgswirksam mit dem fair value bewertet werden. Sie sind aber Grundgeschäfte zu fair value hedges bezüglich des Zinsrisikos und des Währungsrisikos. Daher werden diese Finanzinstrumente bezüglich des gehedgten Zinssatzes und des gehedgten Währungsrisikos bewertet.

Buchwerte der Grundgeschäfte zu fair value hedges

EUR Tsd.	Zinsrisiko		Währungsrisiko	
	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten
31.12.2017				
Forderungen an Kunden	0	0	0	27.786
Finanzinvestitionen	1.040.120	0	40.815	0
Finanzielle Vermögenswerte	1.040.120	0	40.815	27.786
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	385.986	0	0
Nachrangkapital	0	11.774	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten	0	397.760	0	0
31.12.2016				
Forderungen an Kunden	0	0	0	78.217
Finanzinvestitionen	1.171.773	0	44.456	0
Finanzielle Vermögenswerte	1.171.773	0	44.456	78.217
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	17.320	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	655.723	0	0
Nachrangkapital	0	0	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten	0	673.043	0	0

Die nachfolgende Tabelle ordnet alle zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten den verschiedenen fair value Hierarchien zu.

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt
31.12.2017				
Handelsaktiva	8.320	55.267	0	63.587
Finanzinvestitionen	1.797.444	61.336	74.353	1.933.134
Available for sale	1.797.444	61.336	74.353	1.933.134
Anteile und Beteiligungen	0	0	116.214	116.214
Derivative Instrumente Bankbuch	0	104.195	0	104.195
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	0	1.918	1.918
Gesamt	1.805.765	220.799	192.486	2.219.049
Handelsspassiva	0	77.459	0	77.459
Derivative Instrumente Bankbuch	0	386.113	0	386.113
Finanzielle Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	0	0	0	0
Gesamt	0	463.571	0	463.571
31.12.2016				
Handelsaktiva	11.766	130.651	0	142.417
Finanzinvestitionen	1.937.330	134.579	67.173	2.139.082
Available for sale	1.937.330	134.579	67.173	2.139.082
Anteile und Beteiligungen	0	0	4.514	4.514
Derivative Instrumente Bankbuch	0	89.038	0	89.038
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	0	0	0
Gesamt	1.949.096	354.268	71.687	2.375.051
Handelsspassiva	0	417.873	0	417.873
Derivative Instrumente Bankbuch	0	169.837	0	169.837
Finanzielle Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	0	0	0	0
Gesamt	0	587.710	0	587.710

Anteile und Beteiligungen in Höhe von EUR 1.388 Tsd. (2016: EUR 20.727 Tsd.) sind mit Anschaffungskosten bewertet, da deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann.

Für die Beschreibung der Bewertungsverfahren für Anteile und Beteiligungen verweisen wir auf die Ausführungen in Kapitel 3) r) Beteiligungen.

Bei der Berechnung der Marktwerte für Level 2 Finanzinvestitionen verwendet der Verbund keine nicht auf beobachtbaren Marktdaten basierenden Bewertungskurse. Systemseitig angelieferte Kursinformationen werden bei nicht aktiv gehandelten Positionen auf Basis sekundär verfügbarer Marktdaten wie etwa Credit Spreads oder auf aktiven Märkten zustande gekommener Transaktionen in vergleichbaren Produkten überprüft und bei Bedarf an diese angepasst. Level 2 Inputfaktoren sind vor allem Zinsraten inklusive dazugehöriger Zinsvolatilitäten, FX Swap Points, Währungs-, Aktien- und Indekurse inklusive dazugehöriger Volatilitäten und Credit Spreads, die täglich direkt von Brokern bezogen werden. Anpassungen im Rahmen einer Marktbewertung erfolgen durch lineare Interpolationen der direkt bezogenen Brokerdaten. Die verwendeten Inputfaktoren durchlaufen eine tägliche Qualitätssicherung und werden im Bewertungssystem historisiert.

Im Jahr 2017 konnten Finanzinstrumente mit einem Buchwert von EUR 6.071 Tsd. (2016: EUR 2.278 Tsd.), die zum 31. Dezember 2016 noch mit Level 2 Marktwerten bewertet wurden, in Level 1 Finanzinstrumente umgegliedert werden, weil die Handelsaktivität in den Märkten bei diesen Instrumenten gestiegen ist. 2017 gab es wie schon in 2016 keine Umgliederungen von Level 1 auf Level 2.

Darstellung der Entwicklung der Level 3 Marktwerte von finanziellen Vermögenswerten

EUR Tsd.	Anteile und Beteiligungen	Available for sale	Gesamt
Stand 1.1.2016	5.528	0	5.528
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	0	0
Zugänge	0	70.562	70.562
Abgänge	0	-26	-26
Bewertung			
über die Gewinn- Verlustrechnung	0	-3.154	-3.154
über sonstiges Ergebnis	-1.014	-208	-1.222
Stand 31.12.2016	4.514	67.173	71.687
Veränderung im Konsolidierungskreis	6.239	-3.394	2.846
Zugänge	14.097	10.640	24.737
Abgänge	-41	-388	-429
Bewertung			
über die Gewinn- Verlustrechnung	-1.976	0	-1.976
über sonstiges Ergebnis	93.381	322	93.702
Stand 31.12.2017	116.214	74.353	190.567

Die in der oben abgebildeten Tabelle dargestellten Bewertungen sind in der Position Ergebnis aus Finanzinvestition (Gewinn- und Verlustrechnung) bzw. in der available for sale Rücklage (Sonstiges Ergebnis) erfasst. Von den Bewertungen, die über die Gewinn- und Verlustrechnung erfasst sind, betrifft ein Betrag von EUR -1.976 Tsd. (2016: EUR -3.154 Tsd.) die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen finanziellen Vermögenswerte.

Die Bestände an available for sale Vermögenswerten, die zum 31. Dezember 2017 dem Level 3 der fair value Hierarchie zugeordnet sind, umfassen Partizipationsscheine mit einem Buchwert von EUR 74.353 Tsd. (2016: EUR 67.173 Tsd.). Diese werden auf keinem aktiven Markt gehandelt und lassen nur eine alternative Bewertung mittels am Markt nicht beobachtbaren Inputparametern zu.

Die Bewertung erfolgt durch ein Hull-White 1 Faktor Zinsmodell im Rahmen einer Monte-Carlo Simulation, wobei das Modell täglich auf das aktuelle Marktdatenumfeld (Zinssatz und Volatilität) kalibriert wird. Die in Zukunft zu leistende Verzinsung dieser Anteile wird mittels eines variablen Kupons, bestehend aus dem 3-Monats-Euribor als Basiszinssatz sowie einem Aufschlag gerechnet, der einen nicht beobachtbaren Inputfaktor darstellt. Weitere nicht beobachtbare Inputfaktoren, die in die Bewertung einfließen, sind die Laufzeit sowie der erwartete Tilgungskurs der Partizipationsscheine.

Als geschätzte Endfälligkeit wird Ende Dezember 2019 angenommen. Die verlängerte Rücknahmeperiode resultiert aus der Einschätzung des Vorstandes, dass eine Einziehung des Partizipationskapitals, welches die VB Regio aktivseitig hält, seitens der Volksbanken genehmigungspflichtig durch die EZB ist. Erst danach kann die VB Regio ihr eigenes PS einziehen. Für die Einziehung von PS ist darüber hinaus jeweils ein Bewertungsgutachten notwendig. Seitens der Volksbanken wurde mitgeteilt, dass man versuchen wird, im kommenden Jahr mit der Bankenaufsicht bezüglich einer Einziehung das Gespräch zu suchen. Ebenso hat eine Einziehung des PS der Volksbanken auch Auswirkungen auf die Restrukturierungsvereinbarung, die ebenfalls berücksichtigt werden müssen.

Aufgrund der Liquiditätsbasis des Emittenten wird von einem Tilgungskurs von 100 ausgegangen. Diese Annahme wird durch den durchgeführten impairment test der Aktiva gestützt. Die Abzinsung der Zahlungsflüsse erfolgt mit einem 3 Monats-Euribor Basiszinssatz plus einem Aufschlag, der die Eigenkapitalkosten abbildet.

Die Bewertung dieser Finanzinstrumente wurde vom Treasury der VBW vorgenommen. Die Marktwertermittlung nach der beschriebenen Vorgehensweise erfolgt auf täglicher Basis. Die bei der Bewertung der Partizipationsscheine verwendeten Inputfaktoren werden im Rahmen der Sensitivitätsanalyse derart angepasst, dass sie nach Ansicht des Managements angemessene mögliche Alternativen widerspiegeln.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Änderungen des beizulegenden Zeitwertes nach Anpassung dieser Inputfaktoren dar.

31.12.2017 EUR Tsd.	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwertes	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwertes
Laufzeitveränderung + 1 Jahr	0	-3.355
Veränderung Aufschlag +/- 100 BP	1.514	-1.482
Veränderung Tilgungswert - 5 %	0	-3.623

31.12.2016 EUR Tsd.	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwertes	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwertes
Laufzeitveränderung +/- 1 Jahr	4.006	-3.814
Veränderung Aufschlag +/- 100 BP	1.064	-1.049
Veränderung Tilgungswert - 5 %	0	-3.326

Die Unsicherheit beim Tilgungszeitpunkt wird mit Parameteränderungen von +/- einem Jahr gerechnet und ergibt bei einer Laufzeitverlängerung einen negativen Effekt von EUR 3.355 Tsd. Diese Anpassung wird vom Management als angemessene mögliche Alternative gesehen, da sich unter anderem aufgrund des Genehmigungsprozesses des Wertpapiereinzugs von der Bankenaufsicht einerseits und der tatsächlichen Abwicklung andererseits Laufzeitänderungen ergeben können. Eine Laufzeitänderung von - 1 Jahr wird aufgrund der geringen verbleibenden Laufzeit als unrealistisch eingeschätzt.

Eine Bandbreite von +/- 100 BP wird als angemessene mögliche Alternative für die Höhe des Aufschlags auf den Basiszinssatz angesehen. Bei Erhöhung des Aufschlags würde sich eine Verringerung des beizulegenden Zeitwertes um EUR 1.482 Tsd. (2016: EUR 1.049 Tsd.) bzw. bei Verringerung des Aufschlags auf den Basiszinssatz eine Erhöhung des beizulegenden Zeitwertes von EUR 1.514 Tsd. (2016: EUR 1.064 Tsd.) ergeben.

Aufgrund der vorliegenden Unternehmensplanung des Emittenten wurde ein Tilgungswert in Höhe von 100 Prozent bei der Bewertung der Partizipationsscheine angenommen, wobei als angemessene mögliche Alternative angesehen wird, dass dieser um höchstens 5 % abweichen kann. Bei einer Verminderung des Tilgungsbetrages um 5 % ergibt sich eine Verringerung des beizulegenden Zeitwertes von EUR 3.623 Tsd. (2016: EUR 3.326 Tsd.). Eine Rückzahlung über dem Nominalwert ist nicht vorgesehen, wodurch eine Überliquidität des Emittenten zu keiner Kurserhöhung der Partizipationsscheine führen kann.

Die zugrundeliegenden Bewertungsverfahren für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes basieren auf mehreren Inputfaktoren bzw. Parametern welche auch wechselseitige Zusammenhänge zwischen den nicht beobachtbaren Parametern aufweisen können. Derartige wechselseitige Zusammenhänge wurden in der oben angeführten Sensitivitätsanalyse nicht quantitativ berücksichtigt. Einen wesentlichen wechselseitigen Zusammenhang stellt eine Entwicklung des Aufschlages auf die risikolose Zinskurve für die Abzinsung der Zahlungsflüsse in Zusammenhang mit der Veränderung der geschätzten Liquidation der Gesellschaft dar.

Die Entwicklung von Sensitivitätsanalysen für die fair values von Anteilen und Beteiligungen sind in Note 20) Anteile und Beteiligungen dargestellt. Die Entwicklung von Sensitivitätsanalysen für die fair values von investment property (IAS 40) sind in Note 18) investment property Vermögenswerte dargestellt.

Für Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wird der beizulegende Zeitwert nur für die Zwecke der Anhangsangabe berechnet und hat keinen Einfluss auf die Bilanz und die Gesamtergebnisrechnung.

Die nachfolgende Tabelle ordnet die Marktwerte aller nicht zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten den verschiedenen fair value Hierarchien zu.

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt FV	Buchwerte
31.12.2017					
Barreserve	0	2.001.338	0	2.001.338	2.001.338
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)					494.889
Forderungen an Kreditinstitute abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	501.713	501.713	494.889
Forderungen an Kunden (brutto)					19.768.453
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kunden					-282.447
Forderungen an Kunden abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	19.209.673	19.209.673	19.486.005
Festverzinsliche Wertpapiere held to maturity	353.048	0	10.732	363.780	359.140
Finanzinvestitionen	353.048	0	10.732	363.780	359.140
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	9.875	9.338	88.280	107.493	106.725
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	362.923	2.010.676	19.810.398	22.183.997	22.448.096
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	439.015	439.015	448.740
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	20.780.530	20.780.530	20.849.571
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	644.477	644.477	623.633
Nachrangkapital	0	0	677.437	677.437	671.159
Finanzielle Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	0	0	93.725	93.725	93.725
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	0	0	22.635.185	22.635.185	22.686.829
EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt FV	Buchwerte
31.12.2016					
Barreserve	0	1.435.495	0	1.435.495	1.435.495
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)					642.866
Forderungen an Kreditinstitute abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	635.860	635.860	642.866
Forderungen an Kunden (brutto)					19.385.588
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kunden					-318.327
Forderungen an Kunden abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	17.931.714	17.931.714	19.067.260
Festverzinsliche Wertpapiere held to maturity	260.160	0	0	260.160	254.263
Finanzinvestitionen	260.160	0	0	260.160	254.263
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	0	0	0	
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	260.160	1.435.495	18.567.575	20.263.230	21.399.885
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	404.731	404.731	421.895
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	20.004.717	20.004.717	20.017.714
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	964.834	964.834	966.345
Nachrangkapital	0	0	334.575	334.575	324.906
Finanzielle Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	0	0	0	0	
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	0	0	21.708.858	21.708.858	21.730.960

Für Finanzinstrumente, welche überwiegend kurzfristig sind, stellt der Buchwert eine angemessene Schätzung des fair values dar.

Für langfristige Finanzinstrumente erfolgt die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts durch Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme. Für Aktiva werden Zinssätze verwendet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten und Ausfallrisiken (insbesondere geschätzte Ausfälle bei Forderungen aus dem Kreditgeschäft) hätten erzielt werden können. Im Fall der Passiva werden Zinssätze zugrunde gelegt, mit denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten am Bilanzstichtag aufgenommen oder emittiert hätten werden können.

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente werden den drei Kategorien der IFRS fair value Hierarchie zugeordnet.

Level 1 – Mit notierten Preisen in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Bestand des Konzerns zu bewertende Finanzinstrument ist.

Level 2 – Mit Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Level 3 – Mit Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und die einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

38) Derivate

Derivative Finanzinstrumente

2017 EUR Tsd.	Nominale			Summe	Marktwerte 31.12.2017
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	314.382	2.024.094	2.590.076	4.928.553	-228.871
Caps & Floors	41.478	473.119	272.147	786.744	-878
Futures - zinsbezogen	4.800	35.000	0	39.800	0
Interest Rate Swaps	268.105	1.515.975	2.317.929	4.102.009	-227.993
Swaptions	0	0	0	0	0
Währungsbezogene Geschäfte	1.165.602	786.290	292.087	2.243.979	-65.959
Cross Currency Swaps	0	786.161	292.087	1.078.247	-70.295
Devisen Optionen	0	0	0	0	0
FX Swaps	262.329	0	0	262.329	-143
Devisentermingeschäfte	903.273	129	0	903.403	4.479
Sonstige Geschäfte	278.377	14.626	179.341	472.344	-9.279
Optionen	278.377	14.626	179.341	472.344	-9.279
Gesamtsumme	1.758.361	2.825.010	3.061.504	7.644.875	-304.109

2016 EUR Tsd.	Nominale			Summe	Marktwerte 31.12.2016
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	965.740	2.500.506	3.104.468	6.570.714	-244.656
Caps & Floors	80.213	515.970	337.181	933.364	-874
Forward Rate Agreements	0	0	0	0	0
Futures - zinsbezogen	524.000	427.000	0	951.000	0
Interest Rate Swaps	361.527	1.557.536	2.767.288	4.686.350	-243.782
Swaptions	0	0	0	0	0
Währungsbezogene Geschäfte	1.329.991	1.016.749	266.704	2.613.444	-125.265
Cross Currency Swaps	484.683	1.009.577	266.704	1.760.964	-123.119
Devisen Optionen	0	0	0	0	0
FX Swaps	226.354	5.754	0	232.108	-1.194
Devisentermingeschäfte	618.954	1.418	0	620.372	-951
Sonstige Geschäfte	186.486	16.143	222.036	424.665	-10.496
Optionen	186.486	16.143	222.036	424.665	-10.496
Gesamtsumme	2.482.217	3.533.398	3.593.208	9.608.823	-380.417

Alle derivativen Finanzinstrumente sind – ausgenommen Futures – OTC-Produkte.

39) Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung

Der Gesamtbetrag der Vermögenswerte in Fremdwährung belief sich am Bilanzstichtag auf EUR 1.652.635 Tsd. (2016: EUR 2.222.738 Tsd.), jener der Verbindlichkeiten auf EUR 479.018 Tsd. (2016: EUR 617.975 Tsd.).

40) Treuhandgeschäfte

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	47	0
Forderungen an Kunden	110.312	117.575
Sonstige Aktiva	0	65
Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	5.087	4.235
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	105.272	113.340
Sonstige Passiva	0	65

41) Nachrangige Vermögenswerte

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kunden	14.483	8.968
Finanzinvestitionen	996	1.832

42) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Als Sicherheiten übertragene Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	21.442	0
Forderungen an Kunden	329.298	282.652
Finanzinvestitionen	0	17.500
Verpflichtungen, für die Vermögenswerte übertragen wurden		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	333.517	285.152
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	17.223	15.000

Im Rahmen von Unternehmensrefinanzierungen durch die Oesterreichische Kontrollbank (OeKB) werden Kundenforderungen in Höhe von EUR 79 Mio. (2016: EUR 70 Mio.) als Sicherheiten gestellt. Diese Forderungen sind durch Ausfallgarantien des Bundes, durch Privatversicherungen und Wechselbürgschaften garantiert. Die OeKB kann diese Kundenforderungen bei vertragskonformer Leistung des Konzerns nicht weiterverpfänden oder veräußern.

Im Rahmen für Sicherstellungen von OeNB Refinanzierungen wurden im Geschäftsjahr 2017 EUR 233 Mio. (2016: EUR 212 Mio.) Forderungen an Kunden als Sicherstellung gestellt.

Im Rahmen von Mündelspareinlagen werden Finanzinvestitionen in Höhe von EUR 17 Mio. (2016: EUR 15 Mio.) als Sicherstellung gehalten.

Die restlichen Kundenforderungen und Finanzinvestitionen werden im Rahmen von Refinanzierungen durch die KfW Bankengruppe als Sicherheiten gestellt. Die Modalitäten sind dieselben wie bei der OeKB.

43) Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Eventualverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen	1.039.243	1.169.741
Verbindlichkeiten aus Bestellung von Sicherheiten	8.909	7.110
Akkreditive	1.743	0
Sonstiges (Haftsumme)	25.325	12.736
Kreditrisiken		
Verbindlichkeiten aus unechten Pensionsgeschäften	0	120
Kreditrisiken aus noch nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen	3.009.122	2.708.174
Sonstiges	0	1

Für Finanzgarantien, bei denen es nach Einschätzung des Managements zu einem Zahlungsabfluss kommen wird, wurde in Höhe des wahrscheinlichen Zahlungsabflusses unter Berücksichtigung von eventuell vorhandenen Sicherheiten eine Vorsorge in den Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken in Höhe von EUR 17.839 Tsd. (2016: EUR 21.685 Tsd.) gebildet.

Die VBW hat gemäß dem Spaltungs- und Übernahmevertrag vom 1. Juni 2015 den Zentralorganisation- und Zentralinstitut-Funktion Teilbetrieb von der ÖVAG (nunmehr immigon portfolioabbau ag, immigon) übernommen. Im Nachgang zu dieser Spaltung wurden gegen die immigon Schadenersatzklagen erhoben. Die VBW ist in diesem Verfahren auf Basis des § 15 Abs. 1 SpaltG mitbeklagt; die Haftung der VBW ist betraglich mit dem von ihr durch die Spaltung übernommenen Nettoaktivvermögen (im Sinne des § 15 Abs. 1 SpaltG) begrenzt. Die Summe der Streitwerte aus Klagen gemäß § 15 Abs. 1 SpaltG beträgt aktuell EUR 6,9 Mio. Die Verpflichtungen, die den Schadenersatzklagen jeweils zugrunde liegen, sind im Spaltungsvertrag der immigon zugeordnet. Die VBW hat gegenüber der immigon insbesondere im Spaltungsvertrag vereinbarte Schad- und Klagloshaltungsansprüche, wenn die VBW selbst in Anspruch genommen werden sollte. Auf Basis des zum 30. Juni 2017 veröffentlichten Halbjahresergebnisses der immigon geht die VBW davon aus, dass die immigon in der Lage ist, ihre Verbindlichkeiten bedienen zu können. Käme es dennoch zu einer wirtschaftlichen Belastung der VBW, so würde sie diese nicht alleine tragen, sondern gemäß im Volksbanken-Verbund getroffener Vereinbarungen anteilig mit anderen Mitgliedern des Volksbanken-Verbundes.

Darüber hinaus ist der Volksbanken-Verbund an diversen Gerichtsverfahren sowohl auf Kläger- als auch auf der Beklagenseite beteiligt. Diese Verfahren sind auf das laufende Bankgeschäft zurückzuführen. Das Ausmaß ist nicht ungewöhnlich. Der Ausgang dieser Verfahren wird sich voraussichtlich nicht erheblich auf die Finanzlage und Rentabilität des Volksbanken-Verbundes auswirken.

Darüber hinaus bestehen keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis des Volksbanken-Verbundes noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten), die innerhalb der letzten zwölf Monate bestanden oder abgeschlossen wurden, und die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität des Volksbanken-Verbundes auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben.

44) Pensionsgeschäfte und andere übertragene Vermögenswerte

Zum Bilanzstichtag 31.12.2017 bestanden Rücknahmeverpflichtungen aus echten Pensionsgeschäften (Repurchase Agreements) als Pensionsgeber in Höhe von EUR 101.571 Tsd. (2016: EUR 103.210 Tsd.).

Die Restrukturierungsvereinbarung 2015 zwischen der Republik Österreich und der VBW, die durch eine Umsetzungsvereinbarung zwischen unter anderem der VBW, den Volksbanken sowie weiteren Aktionären der VBW ergänzt wurde, regelt unter anderem eine Genussrechtsemission (Bundes-Genussrecht) durch die VB Rückzahlungsgesellschaft mbH (VB RZG), einer direkten Tochtergesellschaft der VBW. Das Bundes-Genussrecht wurde zur Erfüllung jener Zusagen begeben, die gegenüber dem Bund zur Erlangung der beihilferechtlichen Genehmigung der Umstrukturierung durch die EU-Kommission abgegeben wurden.

Ausschüttungen der VB RZG auf das Bundes-Genussrecht liegen in der Disposition der VBW als Alleingesellschafterin der VB RZG. Es besteht nach dem Bundes-Genussrecht kein Ergebnisanspruch. In diesem Zusammenhang wurde von Aktionären der VBW Aktien an der VBW (im Ausmaß von 25 % des Grundkapitals plus 1 Aktie) an den Bund ohne Gegenleistung übertragen. Die Übertragung der Aktien an den Bund erfolgte am 28. Jänner 2016. Der Bund ist verpflichtet, diese Aktien ohne Gegenleistung an die jeweiligen Aktionäre rück zu übertragen, sobald die Summe der vom Bund erhaltenen Ausschüttungen auf das Bundes-Genussrecht und weiteren bestimmten anrechenbaren Beträgen einen bestimmten Betrag erreicht. Sollten die vom Bund zu bestimmten vertraglich fixierten Stichtagen erhaltenen Ausschüttungen auf das Bundes-Genussrecht unter Berücksichtigung bestimmter anrechenbarer Beträge (wie z.B. allfällige Ausschüttungen auf die vom Bund an der VBW gehaltenen Aktien) bestimmte festgelegte Mindestsummen nicht erreichen (Verfügungsfall), ist der Bund berechtigt, über diese Aktien ohne weitere Gegenleistung frei zu verfügen und weitere

Stammaktien der VBW im Ausmaß von 8 % des Grundkapitals der VBW ohne weitere Gegenleistung von Aktionären der VBW einzufordern. Insgesamt können daher im Verfügungsfall bis zu 33 % plus 1 Aktie der Aktien an der VBW in das (rechtliche und wirtschaftliche) Eigentum des Bundes übergehen und kann der Bund über diesen Aktienanteil frei verfügen (vorbehaltlich des eingeräumten Vorkaufsrechts). Für den Fall, dass das vom Bund eingeräumte Vorkaufsrecht durch einen von der VBW namhaft gemachten Erwerber ausgeübt wird und neuerlich eine Mindestschwelle für die Summe der Ausschüttungen auf das Bundes-Genussrecht und der anrechenbaren Beträge verfehlt wird, haben sich Aktionäre der VBW verpflichtet, dem Bund weitere Stammaktien der VBW im Ausmaß der dem Bund zuvor übertragenen und von dem von der VBW namhaft gemachten Käufer erworbenen Aktien der VBW bei sofortiger freier Verfügungsbefugnis des Bundes zu übertragen.

Die VBW hat gemäß ihrer vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Bund bis 30. November eines jeden Jahres den Volksbanken einen Vorschlag für den von der RZG im folgenden Kalenderjahr auf das Bundesgenussrecht auszuschüttenden Gesamtbetrag und für den Gesamtbetrag der hierfür erforderlichen Beiträge der Primärbanken (Großmutterzuschüsse der Volksbanken und direkter Zuschuss der VBW in die RZG) zu erstatten. Von der dem Bund zugesagten Rückzahlungssumme von EUR 300 Mio. sind zum 31. Dezember 2017 bereits EUR 67 Mio. erfüllt. Der zum 31. Dezember 2017 bestehende Schwellenwert für die Mindestrückzahlung in Höhe von EUR 15 Mio. ist damit übererfüllt. Aus heutiger Sicht wird auch der nächste Schwellenwert zum 31. Dezember 2019 in Höhe von EUR 75 Mio. erfüllt werden.

Da sich die Aktien bis zum Eintreten des Verfügungsfallendes im wirtschaftlichen Eigentum der Aktionäre – im Wesentlichen der VB befinden – erfolgte keine Ausbuchung der Aktien. Im Verbundabschluss werden diese Anteile an der VBW somit weiterhin im Zuge der Kapitalkonsolidierung mit dem Eigenkapital der VBW verrechnet.

Es werden in der Bilanz keine weiteren finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, bei denen die wesentlichen Chancen und Risiken zurückbehalten wurden.

45) Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen

EUR Tsd.	Gegenüber verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen	Gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	Gegenüber assoziierten Unternehmen	Gegenüber Unternehmen, die als Aktionär signifikanten Einfluss auf die Konzernmutter haben
31.12.2017				
Forderungen an Kunden	49.476	16.003	26.718	0
Risikovorsorge (-)	-419	-102	-57	0
Schuldverschreibungen	0	0	0	934.019
<hr/>				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	9.189	514	100.044	0
Verbindlichkeiten aus Garantien und Haftungen	1.642	0	16.535	0
Rückstellungen	0	11	10	0
Geschäftsvorfälle	48.918	48.051	113.173	0
<hr/>				
31.12.2016				
Forderungen an Kunden	40.894	54.325	18.425	0
Risikovorsorge (-)	-421	-75	-24	0
Schuldverschreibungen	0	0	0	1.023.520
<hr/>				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.846	6.260	85.448	0
Verpflichtungen aus Garantien und Haftungen	1.660	0	4.826	0
Rückstellungen	0	10	53	0
Geschäftsvorfälle	61.656	43.213	20.775	0

Der Betrag der Geschäftsvorfälle stellt den Durchschnittsbestand der Forderungen und Verbindlichkeiten an Kreditinstitute und an Kunden dar und berechnet sich aus dem jeweiligen Stand an den Quartalsstichtagen im Berichtszeitraum, der Vorzeichen unabhängig aufgerechnet wird.

Verrechnungspreise zwischen dem Verbund und nahestehenden Unternehmen orientieren sich an den marktüblichen Gegebenheiten. Zum Bilanzstichtag bestehen wie im Vorjahr keine sonstigen Verpflichtungen des Verbundes für nicht konsolidierte Tochtergesellschaften oder assoziierte Unternehmen.

Die Republik Österreich übt maßgeblichen Einfluss auf die ZO aus. Die Related Party Angaben erfolgen nur beschränkt auf die Wertpapiere des Emittenten Republik Österreich, die von in den Abschluss einbezogenen Unternehmen gehalten werden.

Im Geschäftsjahr gewährte Kredite und Vorschüsse an Schlüsselpersonen

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Aushaftender Gesamtbetrag	1.516	2.866
Geleistete Rückzahlungen	428	503
Zinszahlungen	13	37

Die Definition der Schlüsselpersonen ist in Kapitel 1) a) erläutert.

46) Angaben zum Hypothekenbankgeschäft gemäß Pfandbriefgesetz einschließlich fundierter Bankschuldverschreibungen

EUR Tsd.	Deckungserfordernis		Überdeckung
	Deckungsdarlehen	Verbriefte Verbindlichkeiten	
31.12.2017			
Bankschuldverschreibungen	2.021.282	1.280.304	740.978
Gesamt	2.021.282	1.280.304	740.978
31.12.2016			
Bankschuldverschreibungen	2.165.745	1.407.600	758.145
Gesamt	2.165.745	1.407.600	758.145

Im Deckungserfordernis für verbrieftete Verbindlichkeiten wurde die sichernde Überdeckung in Höhe von 2 % vom Nennwert der in Umlauf befindlichen Pfandbriefe und der in Umlauf befindlichen Bankschuldverschreibungen berücksichtigt.

47) Vertriebsstellen

	31.12.2017	31.12.2016
Inland	340	399
Ausland	3	3
Vertriebsstellen gesamt	343	402

48) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Am 5. Dezember 2017 hat die VOLKSBANK VORARLBERG e. Gen. einen Aktienkaufvertrag über den Verkauf ihrer gesamten Anteile an ihrer Tochtergesellschaft Volksbank AG in der Schweiz unterfertigt. Das Closing fand am 28. Februar 2018 statt. Der Kaufpreis setzt sich aus einem vorläufigen Kaufpreis in Höhe von CHF 10.874 Tsd. und einer Kaufpreisanpassung, die unter anderem auf Basis des endgültigen Jahresabschlusses berechnet wird, zusammen.

Die internationale Ratingagentur Fitch hat am 19. Februar 2018 das langfristige Emittenten Rating des Volksbanken-Verbundes um eine Stufe von BBB- auf BBB angehoben.

49) Berichterstattung über die Geschäftsbereiche

Analog zur zukünftigen Verbundausrichtung – acht Fusionsgruppen und ein Spezialinstitut – hat der Verbund nun zehn Geschäftsbereiche, die den strategischen Geschäftsfeldern entsprechen. Die Fusionsgruppen haben sich im Wesentlichen bis 2017 durch Zusammenschlüsse zu regionalen Bundesländer-Volksbanken (Regionalbanken) herausgebildet. Zusätzlich zu den acht Regionalbanken und dem Spezialinstitut wird die ZO-Funktion der VBW sowie die im Geschäftsjahr 2016 verkaufte start:gruppe getrennt ausgewiesen. Diese Geschäftsfelder bilden die unterschiedlichen Regionen sowie Dienstleistungen des Verbundes ab und werden gemäß der internen Management- und Berichtsstruktur unterschiedlich gesteuert. Diese Steuerung setzt auf die einzelnen Fusionsgruppen/Regionalbanken sowie ihrer übergeordneten Holdinggesellschaften und nachgeordneten Unternehmen auf. Bei der VBW beruht die Darstellung auf der Zuordnung zu den Profit-Centern ZO oder Retail, was bedeutet, dass alle Ergebnisse der VBW, ihrer nachgeordneten Unternehmen oder übergeordneten Holdinggesellschaften auf diese beiden Profit-Center zugeordnet werden.

Für die Berichterstattung über die Geschäftsbereiche werden dieselben Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze angewendet wie im Verbundabschluss. Die Zinsergebnisse der Profit-Center werden nach den Grundsätzen der Marktzinsmethode errechnet. Die Verrechnungspreise für Veranlagungen und Refinanzierungen zwischen den Unternehmenseinheiten entsprechen marktüblichen Gegebenheiten.

ZO

Das Segment ZO umfasst die Aktivitäten des Spitzeninstituts sowie die Aufgaben der ZO für den ganzen österreichischen Volksbanken-Verbund. Das Treasury ist primär für die Liquiditätsbeschaffung auf Geld- und Kapitalmärkten bzw. für den Liquiditätsausgleich innerhalb des Volksbanken-Verbundes verantwortlich. Weiters ist die Liquiditätssteuerung im Zusammenhang mit den regulatorischen Vorgaben über die Steuerung des Bankbuches im Bereich Liquidität und Zinsänderungsrisiko ein wesentlicher Bestandteil im Bereich der Aufgaben der VBW als Spitzeninstitut und ZO.

Zu diesem Profit-Center gehört zusätzlich der Bereich Konsortialfinanzierung inklusive Groß-Wohnbau, wo die VBW als Syndizierungspartner für größere Kreditengagements von Kommerz-Kunden der Volksbanken ihre Dienstleistungen zur Verfügung stellt. Ebenfalls hier erfasst sind die Ergebnisse der VB Services für Banken GmbH, welche ihre Dienstleistungen im Bereich Zahlungsverkehr und Wertpapier-Abwicklung den Volksbanken zur Verfügung stellt.

Schließlich werden alle übrigen Aktivitäten abgebildet, die zur Steuerung des Volksbanken-Verbundes dienen, welche die VBW als ZO im Sinne der CRR bzw. des BWG leistet.

Regionalbanken

Die acht Segmente der Regionalbanken umfassen die Versorgung von Privatkunden, KMU sowie Kommerz-Kunden mit den banküblichen Dienstleistungen im Bereich Veranlagung und Finanzierung sowie Services im Bereich Wertpapierbe-

ratung und -veranlagung, Zahlungsverkehr, Vermittlung von Versicherungsprodukten und Valuten- und Devisengeschäft in den einzelnen Regionen.

Die Services werden typischerweise über die Kanäle Filialen sowie Internet bzw. Direktvertrieb erbracht. Die zu den einzelnen Regionalbanken zugehörigen übergeordneten Holdinggesellschaften sowie nachgeordneten Unternehmen sind ebenfalls in den jeweiligen Segmenten erfasst.

start:gruppe

In diesem Segment werden die start:bausparkasse AG und ihr Tochterunternehmen IMMO-Bank Aktiengesellschaft dargestellt. Beide Gesellschaften wurden mit 1. Dezember 2016 verkauft. Im Geschäftsbereich wurden die Ergebnisse bis zum Verkauf, das Bewertungsergebnis gemäß IFRS 5 sowie das Entkonsolidierungsergebnis dargestellt. Die Umgliederung des laufenden Ergebnisses in das Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches erfolgt in der Spalte Konsolidierung.

Ärzte

Im Segment Ärzte wird die Österreichische Ärzte- und Apothekerbank AG sowie die Verwaltungsgenossenschaft Österreichische Apothekerbank eG dargestellt, die die Dienstleistungen des Volksbanken-Verbundes an ihren spezifischen Kundengruppen erbringen.

Konsolidierung

Die Konsolidierungssachverhalte werden getrennt von den übrigen Aktivitäten in der Spalte Konsolidierung ausgewiesen. Die Positionen enthalten Beträge aus Konsolidierungen, die nicht innerhalb eines Geschäftsbereiches durchgeführt werden.

1-12/2017

EUR Tsd.	ZO	Wien	NÖ	Stmk	Kärnten	OÖ
Zinsüberschuss	32.223	100.207	59.855	50.252	26.383	38.783
Risikovorsorge	2.020	378	-15.072	-12.342	-173	-5.367
Provisionsüberschuss	-5.434	65.996	27.384	24.064	14.141	23.384
Handelsergebnis	5.448	348	273	245	22	144
Verwaltungsaufwand	-119.297	-142.617	-70.235	-57.498	-33.617	-53.162
Restrukturierungsaufwand	955	321	0	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	88.588	-1.968	-2.438	-8.290	-441	7.719
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	-1.483	-5.720	-257	-4.724	730	384
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity	-944	0	-6.677	0	0	0
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches	0	0	0	0	0	0
Jahresergebnis vor Steuern	2.077	16.945	-7.166	-8.294	7.045	11.884
Steuern vom Einkommen	6.025	674	1.812	13.022	-1.972	7.686
Jahresergebnis nach Steuern	8.102	17.619	-5.354	4.727	5.074	19.570

31.12.2017

Bilanzsumme	6.044.699	6.254.739	3.197.705	2.644.534	1.330.709	2.268.474
Forderungen an Kunden	438.464	4.649.414	2.626.359	2.297.471	1.078.454	1.721.539
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	39.743	1.001	7.204	2.746	2.452	7.463
Verbindlichkeiten Kunden	623.141	5.512.578	2.809.406	1.812.234	1.162.417	2.016.938
Verbriefte Verbindlichkeiten inklusive Nachrangkapital	792.958	126.052	35.477	40.535	38.852	31.814

1-12/2016

EUR Tsd.	ZO	Wien	NÖ	Stmk	Kärnten	OÖ
Zinsüberschuss	34.999	96.350	52.824	52.599	24.231	36.276
Risikovorsorge	9.886	-24.465	-12.240	-10.662	-15.175	-6.854
Provisionsüberschuss	-2.203	62.146	30.186	23.653	13.722	24.160
Handelsergebnis	4.131	468	-73	-29	-15	2
Verwaltungsaufwand	-131.108	-152.212	-75.184	-65.021	-34.655	-59.365
Restrukturierungsaufwand	7.054	-3.994	0	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	65.394	1.207	2.579	202	1.565	5.639
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	6.629	-3.545	-744	-3.719	-1.437	-5.046
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity	275	0	0	0	0	0
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches	0	0	0	0	0	0
Jahresergebnis vor Steuern	-4.942	-24.044	-2.652	-2.977	-11.763	-5.188
Steuern vom Einkommen	5.122	4.291	957	-4.375	4.790	-2.002
Jahresergebnis nach Steuern	180	-19.753	-1.695	-7.352	-6.974	-7.190

31.12.2016

Bilanzsumme	6.269.316	6.027.541	3.022.950	2.668.681	1.279.816	2.180.222
Forderungen an Kunden	591.575	4.388.505	2.472.923	2.350.486	1.018.648	1.543.030
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	27.247	11.844	310	2.746	2.452	5.333
Verbindlichkeiten Kunden	703.866	5.160.814	2.576.407	1.780.750	1.121.993	1.922.272
Verbriefte Verbindlichkeiten inklusive Nachrangkapital	736.552	31.642	40.893	46.204	51.565	53.133

Salzburg	Tirol	Vorarlberg	start:gruppe	Ärzte	Konsolidierung	Gesamt
49.510	47.180	29.616	0	11.943	-2.855	443.095
-7.477	-8.689	3.822	0	-2.514	0	-45.413
22.690	27.476	27.567	0	6.484	3.146	236.899
306	492	7.427	0	-343	0	14.362
-60.433	-56.435	-54.039	0	-20.094	81.885	-585.542
0	0	0	0	0	0	1.276
1.399	-1.359	-2.246	0	-522	-83.291	-2.850
634	-1.951	-2.430	0	940	-200	-14.076
0	0	0	0	0	0	-7.621
0	0	0	0	0	0	0
6.629	6.715	9.717	0	-4.105	-1.315	40.131
-1.327	-5.266	-797	0	872	298	21.027
5.302	1.449	8.920	0	-3.233	-1.018	61.157
2.633.853	3.103.616	2.199.041	0	891.715	-5.245.814	25.323.270
2.140.007	2.610.375	1.566.003	0	698.511	-58.145	19.768.453
6.320	26	20	0	3.481	0	70.456
2.134.809	2.473.928	1.567.810	0	802.237	-65.926	20.849.571
60.829	93.184	77.485	0	23.414	-25.809	1.294.792

Salzburg	Tirol	Vorarlberg	start:gruppe	Ärzte	Konsolidierung	Gesamt
46.044	44.073	31.648	48.945	12.662	-57.557	423.095
-13.849	-9.091	-7.148	-690	-2.383	690	-91.983
23.751	27.323	26.000	-1.130	6.419	5.805	239.833
-4	-8	4.396	-5	-9	13	8.866
-60.626	-65.297	-52.293	-35.161	-19.973	135.704	-615.191
0	0	0	0	0	0	3.060
1.702	1.353	769	-16.641	1.591	-93.573	-28.211
-1.554	974	69	-8.887	-184	8.887	-8.558
0	0	0	0	0	0	275
0	0	0	-11.089	0	-4.543	-15.632
-4.537	-674	3.441	-24.658	-1.877	-4.574	-84.445
1.927	291	-7.434	2.145	-723	-36	4.953
-2.610	-384	-3.994	-22.512	-2.600	-4.610	-79.493
2.669.223	2.994.168	2.415.898	0	946.164	-6.008.159	24.465.822
2.136.490	2.505.921	1.748.517	0	699.620	-70.129	19.385.588
5.970	26	20	0	2.061	0	58.009
2.019.676	2.300.539	1.697.311	0	797.326	-63.239	20.017.714
69.836	115.215	119.060	0	42.103	-14.951	1.291.251

50) Risikobericht

Allgemein

Die Übernahme und professionelle Steuerung der mit den Geschäftsaktivitäten verbundenen Risiken ist eine Kernfunktion jeder Bank. Die Volksbank Wien (VBW) als ZO des Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG bestehend aus der VBW und den Primärinstituten des Volksbankensektors erfüllt die zentrale Aufgabe, dass der Kreditinstitute-Verbund über Verwaltungs-, Rechnungs- und Kontrollverfahren für die Erfassung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der bankgeschäftlichen und bankbetrieblichen Risiken und der Vergütungspolitik und -praktiken (§ 39 Abs. 2 BWG) verfügt. Der Steuerungsfokus und damit auch das Reporting liegt hierbei auf Verbundebene inklusive VBW als Bestandteil des Verbundes. Die Umsetzung der Steuerung im Verbund erfolgt durch Generelle und im Bedarfsfall individuelle Weisungen.

Folgende Risiken werden im Volksbanken-Verbund als wesentlich eingestuft:

- Kreditrisiken
- Marktrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Operationelle Risiken
- Sonstige wesentliche Risiken (z.B. Beteiligungsrisiko, Strategisches Risiko, Reputationsrisiko, Eigenkapitalrisiko und Business Risk)

Aktuelle Entwicklungen

Der Volksbanken-Verbund wurde im Jahr 2017 erneut dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process – SREP) im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus der EZB unterzogen. Der diesjährige SREP berücksichtigte neben dem regulären Prüffeld auch den im Jahr 2016 durchgeführten und durch die IRRBB (Interest Rate Risk in the Banking Book)-Sensitivitätsanalyse der EZB ergänzten Stresstest.

Mit Beschluss der EZB vom 19.12.2017 wurde der VBW als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes das Ergebnis des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses übermittelt. Wie bereits in den Jahren davor können die von der EZB auferlegten zusätzlichen Kapitalquoten für das Jahr 2018 erfüllt werden.

Der für den Volksbanken-Verbund festgelegte CET 1 Anforderung in Höhe von 10,925 % für 2018 setzt sich wie folgt zusammen: Säule 1 CET-Anforderung von 4,5 %, Säule 2 Anforderung von 2,5 %, Kapitalerhaltungspuffer von 1,875 %, Systemrisikopuffer 0,25 % und Säule 2 Kapitalempfehlung von 1,8 %. Die Gesamtkapitalanforderung für 2018 beträgt 12,625 % (Säule 1 Anforderung von 8,0 %, Säule 2 Anforderung von 2,5 %, Kapitalerhaltungspuffer von 1,875 %, Systemrisikopuffer 0,25 %).

Risikopolitische Grundsätze

Die risikopolitischen Grundsätze umfassen die innerhalb des Volksbanken-Verbundes gültigen Normen im Umgang mit Risiken und werden zusammen mit dem Risikoappetit vom ZO-Vorstand festgelegt. Ein verbundweit einheitliches Verständnis zum Risikomanagement ist die Basis für die Entwicklung eines Risikobewusstseins und einer Risikokultur im Unternehmen. Der Volksbanken-Verbund lässt sich in seinen Aktivitäten vom Grundsatz leiten, Risiken nur in dem Maße einzugehen, wie dies zur Erreichung der geschäftspolitischen Ziele erforderlich ist. Die damit verbundenen Risiken werden gesamthaft, unter Anwendung von Grundsätzen für das Risikomanagement, durch die Gestaltung der Organisationsstruktur und der Geschäftsprozesse gesteuert.

Organisation des Risikomanagements

Der Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG und der Primärinstitute des Volksbankensektors hat alle erforderlichen organisatorischen Vorkehrungen getroffen, um dem Anspruch eines modernen Risikomanagements zu entsprechen. Es gibt eine klare Trennung zwischen Markt und Marktfolge. Die Funktion eines zentralen und unabhängigen Risikocontrollings ist eingerichtet. An der Spitze des Risikocontrollings steht auf Vorstandsebene der Chief Risk Officer (CRO). Innerhalb des Vorstandsressorts des CRO gibt es eine Trennung zwischen Risikocontrolling und operativem Risikomanagement. Die Risikobeurteilung, -messung und -kontrolle erfolgt nach dem 4-Augen-Prinzip. Diese Aufgaben werden zur Vermeidung von Interessenskonflikten von unterschiedlichen Organisationseinheiten wahrgenommen.

Die Vielfältigkeit des Geschäftsmodells erfordert es, Risiken effektiv zu identifizieren, zu bewerten, zu messen, zu aggregieren und zu steuern. Risiken und Kapital werden mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen gesteuert, die eng an den Tätigkeiten der Unternehmens- und Geschäftsbereiche ausgerichtet sind. Als Voraussetzung für ein solides Risikomanagement wird das Risk Appetite Framework (RAF) für den Volksbanken-Verbund laufend weiterentwickelt um den Risikoappetit bzw. den Grad der Risikotoleranz zu definieren, den der Volksbanken-Verbund bereit ist zu akzeptieren um seine festgelegten Ziele zu erreichen.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Die Umsetzung der Vorschriften zur Eigenkapitalausstattung stellen sich in dem Volksbanken-Verbund wie folgt dar:

Säule 1: Mindestkapitalanforderungen

Die Umsetzung der Säule 1 im Verbund verfolgt die Erfüllung der regulatorischen Mindestanforderungen. Sowohl beim Kreditrisiko als auch beim Marktrisiko und beim Operationellen Risiko kommen die jeweiligen regulatorischen Standardsätze zur Bestimmung der Mindestkapitalanforderungen zur Anwendung.

Säule 2: Internal Capital Adequacy Assessment

Die aufsichtsrechtliche Kontrolle und Mindestanforderungen der Säule 2 werden im Rahmen des Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) und im Rahmen des Internal Liquidity Adequacy Assessment Process (ILAAP) umgesetzt. Dabei setzt der Verbund alle notwendigen Maßnahmen um jederzeit eine ausreichende Kapital- und Liquiditätsausstattung für die aktuellen und auch die zukünftig geplanten Geschäftsaktivitäten und die damit verbundenen Risiken zu gewährleisten.

Säule 3: Offenlegung

Den Anforderungen der Säule 3 wird durch die Veröffentlichung der qualitativen und quantitativen Offenlegungsvorschriften gemäß Verordnung der FMA zur Durchführung des BWG betreffend der Veröffentlichungspflichten von Kreditinstituten (EU Verordnung Nr. 575 / 2013 Teil VIII Offenlegung) auf der institutseigenen Homepage unter Volksbanken-Verbund / Verbund-Offenlegung nachgekommen.

Verbundweites Risikomanagement

Das Risikocontrolling der VBW erstellt die Governance, Methoden und Modelle für die verbundweit strategischen Risikomanagementthemen sowie die Vorgaben zur Steuerung auf Portfolioebene. Die ZO hat zur Erfüllung ihrer Steuerungsfunktion Generelle Weisungen (GW) gegenüber den dem Volksbanken-Verbund zugeordneten Kreditinstituten erlassen. Die GW ICAAP & GW ILAAP und die nachgelagerten Verbundhandbücher regeln verbindlich und einheitlich das Risikomanagement. Ziel der GW ICAAP & GW ILAAP ist es, allgemeine und verbundweit konsistente Rahmenbedingungen und Grundsätze für die Messung und den Umgang mit Risiken sowie die Ausgestaltung von Prozessen und organisatorischen Strukturen verständlich und nachvollziehbar zu dokumentieren bzw. festzulegen. Die Vorstände und Geschäfts-

fürer aller Verbundmitglieder haben im Rahmen ihrer allgemeinen Sorgfaltspflicht im Interesse der Gesellschaften ausnahmslos und uneingeschränkt dafür Sorge zu tragen, dass die Generellen Weisungen im jeweiligen Unternehmen formal und faktisch Geltung erlangen. Jegliche Abweichungen und Sonderregelungen zu den Generellen Weisungen sind nur in Ausnahmefällen erlaubt und vorab mit der VBW als ZO abzustimmen.

a) Interner Kapitaladäquanzprozess – ICAAP und Stress Testing

Zur Sicherstellung einer nachhaltigen, risikoadäquaten Kapitalausstattung hat die VBW in ihrer Funktion als ZO des Volksbanken-Verbundes internationaler Best Practice folgend einen internen Kapitaladäquanzprozess (ICAAP) als revolvierenden Steuerungskreislauf aufgesetzt. Der ICAAP startet mit der Identifikation der für den Verbund wesentlichen Risiken, durchläuft den Prozess der Risikoquantifizierung und -aggregation, die Ermittlung der Risikotragfähigkeit, die Limitierung und schließt mit der laufenden Risikoüberwachung und daraus abgeleiteten Maßnahmen. Erläuterungen zum ICAAP sind unter dem Punkt d) Liquiditätsrisiko zu dargestellt.

Die einzelnen Elemente des Kreislaufes werden mit unterschiedlicher Frequenz durchlaufen (z.B. täglich für die Risikomessung Marktrisiko Handelsbuch, quartalsmäßig für die Erstellung der Risikotragfähigkeitsrechnung, jährlich für Risikoinventur und Festlegung der Risikostrategie). Alle im Kreislauf beschriebenen Aktivitäten werden zumindest jährlich auf ihre Aktualität und ihre Angemessenheit hin geprüft, bei Bedarf an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst und vom Vorstand der ZO abgenommen.

Risikoinventur

Die Risikoinventur verfolgt das Ziel, das Gefahrenpotential neuer eingegangener wesentlicher Risiken zu erheben und bestehende wesentliche Risiken zu bewerten. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zusammengefasst und für den Verbund ausgewertet. Die Ergebnisse der Risikoinventur fließen in die Risikostrategie ein und bilden den Ausgangspunkt für die Risikotragfähigkeitsrechnung, da wesentliche Risikoarten in der Risikotragfähigkeitsrechnung zu berücksichtigen sind.

Risikostrategie

Die Verbund-Risikostrategie basiert auf der Verbund-Geschäftsstrategie und schafft konsistente Rahmenbedingungen und Grundsätze für ein einheitliches Verbund-Risikomanagement. Die Risikostrategie wird zumindest jährlich auf ihre Aktualität und ihre Angemessenheit hin geprüft und an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Sie gibt die Regeln für den Umgang mit Risiken vor, und sorgt für die jederzeitige Sicherstellung der Risikotragfähigkeit im Verbund.

Die lokalen bzw. einzelnen Risikostrategien der zugeordneten Kreditinstitute des Volksbanken-Verbundes leiten sich von der Verbund-Risikostrategie ab und werden von der ZO angestoßen und begleitet. Weiters werden die lokal erstellten Risikostrategien von der ZO qualitätsgesichert und auf Konformität mit der Verbund-Risikostrategie geprüft.

Risikoappetiterklärung (Risk Appetite Statement – RAS) und Limitsystem

Das Kernelement der Risikostrategie stellt ein im Einklang mit der Geschäftsstrategie stehendes Risk Appetite Statement (RAS) und integriertes Limitsystem dar. Das aus strategischen und weiteren (operativen) Kennzahlen bestehende RAS Kennzahlen-Set unterstützt den ZO-Vorstand bei der Umsetzung zentraler strategischer Ziele des Volksbanken-Verbundes und operationalisiert diese.

Der Risikoappetit, d.h. die Indikatoren des RAS, werden aus dem Risikoprofil, der Risikokapazität und den Ertragserwartungen bzw. der strategischen Planung abgeleitet. Das auf Teilrisikoarten herunter gebrochene Limitsystem sowie das RAS geben den Rahmen für jenes maximale Risiko vor, das der Verbund bereit ist, für die Erreichung der strategischen

Ziele einzugehen. Die RAS Kennzahlen werden mit einem Ziel-, einem Trigger- und einem Limitwert versehen und werden ebenso wie die Gesamtbank- und Teilrisikolimits laufend überwacht. Damit wird sichergestellt, dass Abweichungen von der Risikostrategie rasch erkannt werden und zeitgerecht Maßnahmen zur Gegensteuerung eingeleitet werden können.

Risikotragfähigkeitsrechnung

Die Risikotragfähigkeitsrechnung stellt die Basis der quantitativen Umsetzung des ICAAP dar. Mit ihr wird die jederzeit ausreichende Deckung der eingegangenen Risiken durch adäquate Risikodeckungsmassen nachgewiesen und auch für die Zukunft sichergestellt. Zu diesem Zweck werden alle relevanten Einzelrisiken aggregiert. Diesem Gesamtrisiko werden dann die vorhandenen und vorab definierten Risikodeckungsmassen gegenübergestellt. Die Einhaltung der Limite werden quartalsweise überwacht und berichtet.

Bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit werden unterschiedliche Zielsetzungen verfolgt, die sich in drei Sichtweisen widerspiegeln.

- Regulatorische Sicht (Einhaltung der regulatorischen Eigenmittelquoten)
- Ökonomische going concern Sicht
- Ökonomische Liquidationssicht (gone concern Sicht)

Die regulatorische Säule 1 Sicht vergleicht die Summe aller aufsichtsrechtlich mit Kapital zu unterlegenden Risiken nach vorgegebenen Methoden und definierten Risikodeckungsmassen (basierend auf regulatorischen Definitionen). Die Sicherstellung der regulatorischen Risikotragfähigkeit ist gesetzlich vorgegeben und stellt eine Mindestanforderung dar. Die Zusammensetzung der regulatorischen Gesamtrisikopositionen des Volksbanken-Verbundes entspricht dem Muster einer typischen Retail Bank. Dabei werden Risikopositionen des Kredit- und Markt- und operationellen Risikos sowie der CVA Charge berücksichtigt.

In der going concern Sicht soll der Fortbestand einer geordneten Geschäftstätigkeit sichergestellt werden. Kleinere, mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit auftretende Risiken sollen verkraftet werden können, ohne den laufenden Geschäftsbetrieb zu gefährden. Als Risikodeckungsmasse werden im Wesentlichen stille Reserven, der im laufenden Geschäftsjahr erzielte Jahresüberschuss/-fehlbetrag, der Plangewinn/Planverlust für die nächsten 12 Monate sowie jenes Kapital, das die in der Risikostrategie 2017 festgesetzte CET1 Kapitalquote von 8,25 % überschreitet angesetzt. Bei der Risikoquantifizierung wird dafür auf ein Konfidenzniveau von 95 % und einer Haltedauer von einem Jahr abgestellt. Gesamtbankrisikolimit ist mit 100 % der verfügbaren Risikodeckungsmasse in der ökonomischen going concern Sicht festgelegt.

In der ökonomischen Liquidationssicht steht die Sicherung der Gläubigeransprüche im Liquidationsfall im Vordergrund. Bei dieser Sichtweise werden die Risikodeckungsmassen auf Basis des internen Kapitals definiert. Dieses baut auf der aufsichtsrechtlichen Definition auf, umfasst aber noch zusätzliche Bestandteile wie z.B. stille Lasten/Reserven. Auch bei der Bestimmung der Gesamtrisikoposition wird auf interne Verfahren, in der Regel VaR, abgestellt. Dabei wird nicht nur auf die regulatorisch mit Eigenmitteln zu unterlegenden Risiken abgestellt, sondern es werden alle im Rahmen der Risikoinventur als wesentlich erachteten und quantifizierbaren Risiken in die Betrachtung mit einbezogen. Bei der Risikoquantifizierung in der Liquidationssicht wird ein Konfidenzniveau von 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr verwendet. Das Gesamtbankrisikolimit ist mit 85 % der verfügbaren Risikodeckungsmasse in der ökonomischen Liquidationssicht festgelegt.

Stress Testing

Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken werden regelmäßig risikoartenspezifischen Stresstests unterzogen, wobei die Krisenszenarien derart gestaltet werden, dass das Eintreten von sehr unwahrscheinlichen, aber nicht unmöglichen Ereignissen simuliert wird. Anhand dieser Vorgehensweise können u.a. extreme Verluste erkannt und analysiert werden.

Neben diesen risikoartenspezifischen Stresstests und Sensitivitätsanalysen werden regelmäßig auch bankinterne Stresstests sowie aufsichtliche Stresstests durchgeführt, welche risikoartenübergreifend sind. Der halbjährlich durchgeführte interne Gesamtbank-Stresstest setzt sich aus Szenarioanalysen, Sensitivitätsanalysen und dem Reverse Stress-Test zusammen. In den Szenarioanalysen werden volkswirtschaftliche Krisenszenarien definiert und daraus die geänderten Risikoparameter für die einzelnen Risikokategorien und Geschäftsfelder abgeleitet. Neben der Risikoseite werden auch die Effekte der Krisenszenarien auf die Risikodeckungsmassen ermittelt. In einer gestressten Risikotragfähigkeitsrechnung werden schließlich die verschiedenen Auswirkungen der Krisenszenarien auf die Risikotragfähigkeit zusammengefasst und analysiert. Aus den Erkenntnissen des Gesamtbank-Stresstests werden Handlungsempfehlungen definiert und diese in Maßnahmen übergeleitet. So wird beispielsweise das Reporting-Rahmenwerk um neue Aspekte erweitert, zusätzlich Limite definiert, spezielle bzw. risikoreiche Branchen stärker überwacht und Planungsvorgaben für strategische Risikokennzahlen abgeleitet.

Risikoreporting

Das im Volksbanken-Verbund implementierte Reporting-Rahmenwerk zielt darauf ab, sicherzustellen, dass alle wesentlichen Risiken vollständig identifiziert, überwacht und effizient, sowie zeitnah gesteuert werden. Das Reporting-Rahmenwerk bietet eine ganzheitliche und detaillierte Darstellung der Risiken und einer spezifischen Analyse der einzelnen Risikoarten.

Als Kernelement des Reporting-Rahmenwerks dient der monatliche Gesamtbankrisikobericht Verbund. Der Gesamtbankrisikobericht gibt einen Überblick über die Situation und Entwicklung der RAS-Kennzahlen, die Auslastung der Risikotragfähigkeit, adressiert alle wesentlichen Risiken und enthält u.a. umfangreiche qualitative und quantitative Informationen. Der Gesamtbankrisikobericht liefert dem ZO-Vorstand monatlich steuerungsrelevante Informationen und ergeht quartalsweise an den Aufsichtsrat der VBW.

Als Ergänzung zum Gesamtbankrisikobericht komplettieren diverse risikospezifische Berichte (z.B. Analysen im Kreditrisiko über die Entwicklung einzelner Sub-Portfolien) das Reporting-Rahmenwerk.

Sanierungs- und Abwicklungsplanung

Da der Volksbanken-Verbund als ein systemrelevantes Kreditinstitut eingestuft wurde, hat der Verbund einen Sanierungsplan entwickelt und bei den relevanten Aufsichtsbehörden (z.B. EZB) eingereicht. Dieser Sanierungsplan wird mindestens einmal jährlich aktualisiert und berücksichtigt sowohl Änderungen in den Geschäftsaktivitäten der Bank, als auch veränderte aufsichtsrechtliche Anforderungen.

b) Kreditrisiko

Unter dem Kreditrisiko werden mögliche Verluste verstanden, die dadurch entstehen, dass ein Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt.

Organisation Kreditrisikomanagement

Die mit dem Kreditrisiko im Zusammenhang stehenden Aufgaben werden im Verbund von dem operativen Kreditrisikomanagement und bestimmten Teilbereichen des Risikocontrollings wahrgenommen. Für die operativen Kreditrisikoma-

nagement-Funktionen sind die Einheiten Kreditrisikomanagement Filialen, Kreditrisikomanagement Real Estate & Corporates, Sanierungsmanagement & Betreuung zuständig. Das Risikocontrolling ist für die Risikobeurteilung, -messung und -kontrolle sowie das Kreditrisikoberichtswesen zuständig.

Operatives Kreditrisikomanagement

Grundsätze Kreditvergabe

- Kreditgeschäfte setzen zwingend Kreditabschlüsse mit kreditnehmerbezogenen Limiten voraus. Die Festlegung und Überwachung der Limite wird einheitlich auf Verbundebene geregelt.
- Die Ratingverpflichtung gilt für alle Obligi über der definierten Mindesthöhe. Der Ratingprozess basiert auf einem 4-Augen-Prinzip und gilt verbundweit.
- Bei der Auswahl von Kreditsicherheiten wird auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis geachtet und somit auf vornehmlich werthaltige, wenig bearbeitungs- und kostenintensive sowie auf tatsächlich verwertbare Kreditsicherheiten zurückgegriffen. Aus diesem Grund werden Sachsicherheiten, wie beispielsweise Immobiliensicherheiten und finanzielle Sicherheiten, wie Bar- oder Wertpapiersicherheiten, eine bevorzugte Stellung eingeräumt. Die Werthaltigkeit und Durchsetzbarkeit von Kreditsicherheiten ist grundsätzlich vor jeder Kreditentscheidung zu beurteilen. Grundsätze für das Management von Sicherheiten bzw. einheitliche Regeln für die Auswahl, Bestellung, Verwaltung und Bewertung von Kreditsicherheiten gelten auf Verbundebene.
- Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkredite werden grundsätzlich nicht mehr angeboten bzw. vergeben.
- Der Hauptmarkt des Kreditgeschäftes ist der österreichische Markt. Kreditvergaben an Kunden in den definierten Zielländern Deutschland, Schweiz, Liechtenstein und Slowenien können nur innerhalb der lokal zugeteilten Limite erfolgen.
- Konsortialkredite werden grundsätzlich gemeinsam mit der ZO eingegangen.

Entscheidungsprozess

In allen Einheiten des Verbundes, die Kreditrisiko generieren, ist eine strenge Trennung von Vertriebs- und Risikomanagementeinheiten gegeben. Sämtliche Einzelfallentscheidungen werden unter strenger Beachtung des 4-Augen-Prinzips getroffen, wobei für die Zusammenarbeit zwischen den Risikomanagementeinheiten in der ZO und den Mitgliedern des Verbundes eindeutige Abläufe festgelegt wurden. Bei großvolumigen Geschäften sind Prozesse etabliert, durch die die Einbindung des operativen ZO Risikomanagements und des ZO Vorstandes in die Risikoanalyse bzw. Kreditentscheidung sichergestellt werden. Eine wesentliche Rolle spielen dabei Limitsysteme, welche die Entscheidungskompetenzen der einzelnen Einheiten in einen Rahmen fassen.

Engagement- und Sicherheitenüberwachung

Die Prozesse zur Überprüfung der Engagements und Sicherheiten sind verbundweit geregelt und von allen zugeordneten Kreditinstituten (ZK) einzuhalten.

Limitierung

Die Überwachung, Steuerung und Begrenzung des Risikos von Einzelengagements und von Klumpenrisiken erfolgt anhand differenzierter Limitkategorien.

Im Volksbanken-Verbund wird die Gruppe verbundener Kunden (GvK) als Basis für Limite bei Neukreditvergaben und die laufende Überwachung herangezogen. Hinsichtlich der Limite wird zwischen den Vorgaben auf Ebene des Volksbanken-Verbundes und für die Einzelinstitute unterschieden. Die Überprüfung der Limitierungen auf Einzelgeschäftsebene

erfolgt kontinuierlich im operativen Risikomanagement der Teilinstitute und wird anhand zentraler Auswertungen durch das operative Risikomanagement der VBW in ihrer Rolle als ZO überwacht.

Im Zusammenhang mit Portfoliolimitierungen werden derzeit im Verbund hauptsächlich Länderrisikolimits und Wesentlichkeitsgrenzen für Regionen und Branchen definiert. Diese Limits sind für den Kreditvergabeprozess relevant und werden monatlich durch das Risikocontrolling überwacht.

Um eine entsprechend nachhaltig gesunde Portfolioqualität zu erzielen, gibt es bonitätsabhängige verbundweite Vorgaben für Geschäfte mit Neukunden und Obligoerhöhungen bei Bestandskunden.

Intensiviertes Kreditrisikomanagement

Unter intensiviertem Kreditrisikomanagement wird im Verbund die gesonderte Beobachtung von Kunden mit Zahlungsschwierigkeiten und/oder ausfallsgefährdeter Kunden verstanden. Das intensivierte Kreditrisikomanagement umfasst unter anderem Prozesse rund um die Früherkennung von ausfallsgefährdeten Kunden, das Mahnwesen, Forbearance-Prozesse sowie die Ausfallserkennung.

Früherkennung (EWS): Bei der Früherkennung werden Kunden, welche innerhalb der nächsten Monate ein erhöhtes Ausfallsrisiko aufweisen könnten, auf Grund bestimmter Indikatoren systematisch identifiziert. Dem Verbund wird damit die Möglichkeit gegeben, potentiellen Ausfällen frühzeitig entgegen steuern zu können. Die Früherkennung von ausfallsgefährdeten Kunden ist verbundweit in einem einheitlichen Frühwarnsystem (EWS; Early Warning System) geregelt. **Mahnwesen:** Das im gesamten Verbund zum Einsatz kommende Mahnwesen basiert auf einer automatisierten und einheitlichen Basis. Die Kriterien und Vorgaben für das Mahnwesen werden zentral von der VBW für den ganzen Verbund definiert.

Forbearance: Unter Forbearance werden Zugeständnisse verstanden, die der Kreditgeber dem Schuldner im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten oder drohenden finanziellen Schwierigkeiten des Schuldners gewährt, ansonsten aber nicht gewähren würde. Schuldner, bei denen Geschäfte als forborne eingestuft wurden, unterliegen im Verbund besonderen (Überwachungs-) Vorschriften.

Ausfallserkennung: Der Prozess der Ausfallserkennung dient dazu, Ausfälle rechtzeitig zu erkennen. Ein Kunde gilt als ausgefallen, wenn gemäß CRR I ein Leistungsverzug von über 90 Tagen und/oder eine vollständige Begleichung der Verbindlichkeit als unwahrscheinlich angesehen wird. Der Verbund hat 13 mögliche Ausfallseventarten definiert, die für eine verbundweit einheitliche Klassifizierung von Ausfallereignissen verwendet werden. Die Ausfallserkennung baut unter anderem auch auf den oben beschriebenen Frühwarnerkennungs- und Forbearance-Prozessen auf. Zusätzlich gibt es weitere (Prüf-)Prozesse, wie z.B. die Analyse der erwarteten Cash-Flows innerhalb der regulären oder anlassbezogenen Engagementüberprüfung, die eine Einstufung in eine Ausfallsklasse auslösen können.

Problem Loan Management

Im Rahmen des verbundweiten Problem Loan Management-Systems (PLM) erfolgt die Zuordnung der Kunden anhand eindeutig definierter Indikatoren, die verbundweit einheitlich zur Anwendung kommen. Es wird in weiterer Folge zwischen Kunden in

- Intensivbetreuung (negative Änderung der Risikoeinschätzung, aber noch nicht ausgefallen),
- Sanierung (akute Ausfallsgefährdung bzw. bereits ausgefallen, Kunde jedoch sanierungswürdig) und
- Betreuung (ausgefallene und nicht sanierungswürdige Kunden)

unterschieden und entsprechend differenzierte Bearbeitungsprozesse sind im Verbund einheitlich aufgesetzt.

Quantitatives Kreditrisikomanagement

Messung und Steuerung des Kreditrisikos

Zur Messung und Steuerung des Kreditrisikos ist auch die Entwicklung von ausgereiften Modellen sowie von Systemen und Prozessen, die auf das bankindividuelle Portfolio zugeschnitten sind, notwendig. Dadurch soll einerseits die Kreditscheidung strukturiert und verbessert werden, andererseits bilden diese Instrumente bzw. deren Ergebnisse auch die Grundlage für die Portfoliosteuerung.

Die Ergebnisse der Kreditrisikomessung werden monatlich an den Vorstand im Rahmen des Risikokomitees berichtet. Wichtigstes Ziel für den Einsatz der Kreditrisiko-Modelle und Instrumente ist die Verlustvermeidung durch Früherkennung von Risiken.

Ratingsysteme

Verbundweit werden standardisierte Modelle zur Bonitätsbestimmung (die VB Ratingfamilie) und zur Bestimmung der Verlusthöhe im Ausfall angewandt. Die erwartete Ausfallswahrscheinlichkeit jedes Kunden wird über die VB Ratingfamilie geschätzt und über die VB Masterskala ausgedrückt, die insgesamt 25 Ratingstufen umfasst. Das verwendete PD-Band ermöglicht nicht nur den Vergleich interner Ratings mit den Klassifizierungen externer Ratingagenturen, sondern vor allem den Vergleich der Bonitätseinstufung über Kundensegmente hinweg.

Die Ratingklassen der Ratingstufe 5 decken die verbundweit zur Anwendung kommenden Ausfallsgründe für einen Kredit ab und werden auch zum Reporting nicht-performender Kredite (NPL) herangezogen.

Credit Value at Risk

Die Berechnung des für das Kreditrisiko erforderlichen ökonomischen Kapitalbedarfes erfolgt über die Credit Value at Risk (CVaR) Methodik. Der Verbund hat sich zu diesem Zweck für eine analytische Berechnungsmethode entschieden. Im Detail wird für die Modellierung der Kreditrisiken im Kreditportfolio ein weiterentwickeltes und den internen Erfordernissen angepasstes CreditRisk+ Modell herangezogen.

Konzentrationen

Die konzernweite Quantifizierung und Bewertung von Konzentrationen erfolgt monatlich einerseits über die ermittelten Risikoparameter und andererseits im Zuge der Erstellung des Risikoberichtes. Ergänzend beleuchtet wird das Konzentrationsrisiko hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gesamtbank.

Kontrahentenausfallrisiko

Dem Kontrahentenrisiko für Marktwerte aus unbesicherten Derivaten wird mittels Credit Value Adjustments (CVA) bzw. Debt Value Adjustment (DVA) – als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallrisiko – Rechnung getragen. Das expected future exposure (EFE) wird hierbei mittels Monte Carlo Simulation ermittelt. Für jene Kontrahenten, für die keine am Markt beobachtbaren Credit Spreads verfügbar sind, basieren die Ausfallswahrscheinlichkeiten auf internen Ratings des Volksbanken-Verbundes. Der Verbund verwendet kein internes Modell zur Berechnung des Kontrahentenausfallrisikos.

Ausnutzungs- und etwaige Überziehungsreports werden den betroffenen Kreditabteilungen sowie dem Treasury täglich zur Verfügung gestellt.

Kreditrisikominderung

Die Berücksichtigung der Sicherheiten in den Kreditrisikomodellen für CVaR und in den Expected Loss Berechnungen erfolgt primär über die verbundweiten LGD-Modelle. Ausgangspunkt für die Berücksichtigung von Sicherheiten ist jeweils der aktuelle Markt-, Verkehrs-, Nominal- oder Rückkaufswert.

Zur Reduktion des Kontrahentenrisikos von derivativen Geschäften verwendet der Verbund Kreditrisikominderungstechniken wie Netting und Sicherheitenaustausch. Der Verbund strebt mit allen wesentlichen Marktteilnehmern den Abschluss eines standardisierten ISDA-Rahmenvertrags für das bilaterale Netting und eines entsprechenden Credit Support Annex (CSA) an. Es findet ein täglicher Abgleich der Marktwerte der derivativen Geschäfte mit den Kontrahenten statt. Überschreiten die Marktwerte bestimmte vertraglich festgelegte Schwellenwerte, müssen diese Überhänge mit Sicherheiten abgedeckt werden. Diese Sicherheiten werden regulatorisch anerkannt und reduzieren das Risiko.

Kreditrisikoberichtswesen

Das Kreditrisiko-Reporting erfolgt monatlich mit dem Zweck, stichtagsbezogen eine detaillierte Darstellung des bestehenden Kreditrisikos darzustellen und an den Gesamtvorstand zu berichten. Entsprechende Reports werden für den Verbund, die wesentlichen Verbundeinheiten und die wesentlichen Geschäftsfelder erstellt. Die Informationen fließen auch in die Kreditrisikoteile des Gesamtbankrisikoberichts ein.

Die Berichte umfassen die quantitative Darstellung der steuerungsrelevanten Informationen zum Kreditrisiko, die durch eine kurze Lageeinschätzung und gegebenenfalls weitere qualitative Informationen ergänzt werden.

Folgende Analysen sind Bestandteil des monatlichen Reports:

- Portfolioverteilung
- Neugeschäftsentwicklung
- Bonitätsverteilungen
- Non-performing loans (NPL)
- Forbearance
- Kreditrisikokonzentrationen
- Ländergruppenanalyse
- Kundensegmente
- Branchenverteilungen

Entwicklung des kreditrisikorelevanten Portfolios in 2017

Definition kreditrisikorelevantes Portfolio

Unter kreditrisikorelevanten Positionen werden alle Positionen zusammengefasst, die ein Kreditrisiko im engeren Sinn beinhalten. Kreditrisikorelevante Positionen sind in folgenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen enthalten:

- Barreserve exkl. Kassenbestand, da letztere kein Kreditrisiko enthält
- Forderungen an Kreditinstitute brutto
- Forderungen an Kunden brutto
- Handelsaktiva: es werden nur festverzinsliche Wertpapiere inkludiert, jedoch keine positiven Marktwerte aus Derivaten, da diese kein Kreditrisiko im engeren Sinn beinhalten

- Finanzinvestitionen: hier werden ebenfalls nur festverzinsliche Wertpapiere inkludiert. Aktien werden ausgeschlossen, da diese kein Kreditrisiko im engeren Sinn beinhalten
- Eventualverbindlichkeiten: inkludiert werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen und Akkreditive, sonstige Verbindlichkeiten sind exkludiert
- Kreditrisiken: beinhalten noch nicht in Anspruch genommene Zusagen

Die folgende Tabelle zeigt das kreditrisikorelevante Portfolio zum 31.12.2017 im Vergleich zum Vorjahr. Die relevante Größe ist der Bruttowert vor Abzug von jeglichen Wertminderungen, Sicherheiten oder anderen kreditrisikomindernden Effekten.

Kreditrisikorelevantes Portfolio

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Barreserve	1.783.881	1.026.464
Forderungen an Kreditinstitute	494.889	642.866
Forderungen an Kunden	19.768.453	19.385.588
Handelsaktiva	8.320	24.162
Finanzinvestitionen	2.184.269	2.212.175
Eventualverbindlichkeiten	1.049.895	1.176.851
Kreditrisiken	3.009.122	2.708.174
Gesamt	28.298.828	27.176.280

Das gesamte kreditrisikorelevante Portfolio betrug zum 31.12.2017 EUR 28.298.828 Tsd. (2016: EUR 27.176.280 Tsd.). Die größte Forderungsklasse stellen die Forderungen an Kunden dar, dies entspricht dem Geschäftsmodell des klassischen Kreditgeschäftes mit Fokus auf Privat- und KMU-Kunden.

Forderungen an Kreditinstitute und die Barreserve werden in erster Linie zur Steuerung von Liquidität verwendet und beinhalten ein vergleichsweise niedriges Kreditrisiko. Die Finanzinvestitionen beinhalten hauptsächlich Wertpapiere aus dem Treasury Portfolio, die vorrangig zur Steuerung der Liquidität des ganzen Verbunds verwendet werden. Bei den kreditrisikorelevanten Wertpapieren handelt es sich im Wesentlichen um österreichische und europäische Schuldverschreibungen der öffentlichen Hand und Covered Bonds europäischer Institute im Investmentgrad-Bereich. Ein Wertpapierportfolio, das als Hauptziel Gewinnerwirtschaftung aus Kursentwicklungen hat, wird im Volksbanken-Verbund nicht anvisiert. Da die Steuerung des Liquiditätsrisikos zentral von der ZO vorgenommen wird, gibt es bei den restlichen Volksbanken kaum kreditrisikorelevante Positionen in diesen Bilanzpositionen.

Außerhalb der Bilanz sind vor allem noch nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen und Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen von Bedeutung.

Aus diesem Grund liegt der interne Fokus der Kreditrisikosteuerung auf den bilanziellen und außerbilanziellen Kundenforderungen.

Entwicklung nach Kundensegmenten¹

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Verteilung des kreditrisikorelevanten Portfolios nach Bilanzpositionen und Kundensegmenten. Das größte Kundensegment der kreditrisikorelevanten Positionen ist mit EUR 13.001.237 Tsd. zum 31.12.2017 (31.12.2016: EUR 12.743.606 Tsd.) das KMU Segment (das intern weiter in KMU Retail, KMU und KMU Firmenkunden unterteilt wird), gefolgt von dem Privatkundensegment.

¹ Die Definition Kundensegmente leitet sich von den regulatorischen Segmentierungskriterien ab.

Portfolioverteilung nach Kundensegmenten:

31.12.2017

EUR Tsd.	Banken	Privatkunden	KMU	Firmenkunden	Öffentliche Hand	Sonstige
Barreserve	0	0	0	0	1.783.881	0
Forderungen an Kreditinstitute	494.889	0	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	0	7.901.511	10.572.991	398.989	311.538	583.424
Handelsaktiva	6.079	0	0	2.241	0	0
Finanzinvestitionen	559.477	0	0	34.296	1.590.495	0
Eventualverbindlichkeiten	6.034	116.871	869.006	49.096	755	8.134
Kreditrisiken	5.595	926.241	1.552.965	132.932	216.792	174.596
Gesamt	1.072.074	8.944.623	12.994.962	617.554	3.903.461	766.154

31.12.2016

EUR Tsd.	Banken	Privatkunden	KMU	Firmenkunden	Öffentliche Hand	Sonstige
Barreserve	0	0	0	0	1.026.464	0
Forderungen an Kreditinstitute	642.866	0	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	0	8.064.355	10.281.778	401.247	328.445	309.762
Handelsaktiva	12.582	0	0	0	11.580	0
Finanzinvestitionen	508.626	0	0	15.050	1.685.758	2.741
Eventualverbindlichkeiten	5.818	96.292	1.018.266	53.639	1.004	1.832
Kreditrisiken	10.467	858.098	1.439.668	131.482	198.518	69.941
Gesamt	1.180.359	9.018.746	12.739.712	601.418	3.251.769	384.277

Entwicklung nach Währungen

Entsprechend der Risikostrategie ist der überwiegende Anteil des Kreditportfolios in Euro; die FX-Bestände in den Kundenforderungen – hier vor allem FX-Kredite – werden sukzessive verringert.

Portfolioverteilung nach Währungen:

31.12.2017

EUR Tsd.	EUR	CHF	USD	GBP	Sonstige
Barreserve	1.765.477	18.404	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	464.674	10.116	4.081	865	15.153
Forderungen an Kunden	18.392.689	1.285.155	24.232	2.270	64.107
davon Privatkunden	6.995.304	878.026	3.409	0	24.772
davon KMU	10.163.015	366.942	3.963	4	39.067
davon Firmenkunden	363.100	16.496	16.860	2.266	268
davon sonstige	871.270	23.692	0	0	0
Handelsaktiva	8.320	0	0	0	0
Finanzinvestitionen	2.108.550	57.154	0	0	18.565
davon Banken	524.799	34.679	0	0	0
davon Firmenkunden	34.296	0	0	0	0
davon Öffentliche Hand	1.549.455	22.475	0	0	18.565
davon sonstige	0	0	0	0	0
Eventualverbindlichkeiten	1.041.126	6.530	2.181	37	22
Kreditrisiken	2.991.604	7.331	7.237	578	2.372
Gesamt	26.772.440	1.384.689	37.731	3.750	100.219

31.12.2016

EUR Tsd.	EUR	CHF	USD	GBP	Sonstige
Barreserve	958.078	68.386	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	504.430	20.070	12.875	3.573	101.919
Forderungen an Kunden	17.381.419	1.892.419	27.911	6.845	76.993
davon Privatkunden	6.764.925	1.254.636	6.383	230	38.181
davon KMU	9.729.966	507.247	6.362	0	38.202
davon Firmenkunden	319.486	59.371	15.166	6.615	609
davon sonstige	567.042	71.165	0	0	0
Handelsaktiva	24.162	0	0	0	0
Finanzinvestitionen	2.115.883	73.062	0	0	23.229
davon Banken	462.685	45.940	0	0	0
davon Firmenkunden	15.050	0	0	0	0
davon Öffentliche Hand	1.635.406	27.122	0	0	23.229
davon sonstige	2.741	0	0	0	0
Eventualverbindlichkeiten	1.165.448	8.116	3.210	38	39
Kreditrisiken	2.667.502	11.045	21.773	69	7.784
Gesamt	24.816.922	2.073.098	65.769	10.525	209.965

Entwicklung der Tilgungsträger- und Fremdwährungskredite

Zum 31.12.2017 betrug das Kreditvolumen der Tilgungsträger- und Fremdwährungskredite EUR 1.710.734 Tsd. (31.12.2016: EUR 2.304.759 Tsd.).

Entwicklung nach Ländern

Der Hauptgeschäftstätigkeit des Verbunds fokussiert sich auf den österreichischen Markt. Dies ist auch aus den nachfolgenden Tabellen ersichtlich: zum 31.12.2017 betrug das Österreich-Exposure 90,1 % des kreditrisikorelevanten Portfolios (31.12.2016: 88,3 %). Auslandsforderungen im Kundenportfolio werden grundsätzlich nicht ausgebaut. Für die vier definierten Zielländer Deutschland, Schweiz, Liechtenstein und Slowenien gelten gesonderten Regeln im Kundenportfolio.

Im Banken- und Wertpapierportfolio können Auslandsforderungen weiterhin bestehen, sofern diese sehr gute Bonitäten aufweisen. Der Großteil des Wertpapierbestandes besteht aus LCR-fähigen Wertpapieren.

Portfolioverteilung nach Ländern:

31.12.2017

EUR Tsd.	Österreich	Deutschland	Schweiz	Liechtenstein	Slowenien	EWR	EU	CEE	Sonstige
Barreserve	1.765.477	0	18.404	0	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	27.896	124.653	41.322	0	0	255.992	1.074	43.952	
Forderungen an Kunden	18.635.368	683.814	85.830	88.742	40.710	88.596	97.056	48.336	
davon Privatkunden	7.449.141	233.069	29.699	60.796	16.796	41.096	49.553	21.361	
davon KMU	10.152.963	283.878	24.417	12.975	23.809	30.418	40.918	3.614	
davon Firmenkunden	316.691	21.456	8.228	14.971	105	17.082	4.384	16.071	
davon sonstige	716.572	145.411	23.487	0	0	0	2.201	7.291	
Handelsaktiva	8.320	0	0	0	0	0	0	0	
Finanzinvestitionen	1.122.200	96.033	1.611	0	1.557	670.731	236.082	56.055	
davon Banken	162.855	87.028	1.611	0	0	295.180	3.037	9.766	
davon Firmenkunden	11.451	0	0	0	0	8.603	387	13.856	
davon Öffentliche Hand	947.893	9.005	0	0	1.557	366.949	232.659	32.433	
davon sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0	
Eventualverbindlichkeiten	1.027.759	12.302	4.191	2.498	178	226	404	2.337	
Kreditrisiken	2.905.077	74.815	4.556	8.848	430	4.452	3.182	7.760	
Gesamt	25.492.096	991.617	155.914	100.089	42.875	1.019.998	337.798	158.441	

31.12.2016

EUR Tsd.	Österreich	Deutschland	Schweiz	Liechtenstein	Slowenien	EWR	EU	CEE	Sonstige
Barreserve	958.078	0	68.386	0	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	44.535	160.273	91.672	7	0	297.351	514	48.515	
Forderungen an Kunden	18.013.078	708.541	244.457	92.895	46.974	103.047	116.970	59.624	
davon Privatkunden	7.486.142	263.957	96.990	67.011	18.529	48.459	58.749	24.518	
davon KMU	9.805.861	322.847	26.743	12.472	28.427	27.639	50.926	6.863	
davon Firmenkunden	261.117	22.462	49.952	13.412	18	26.949	7.295	20.042	
davon sonstige	459.958	99.276	70.772	0	0	0	0	8.201	
Handelsaktiva	24.162	0	0	0	0	0	0	0	
Finanzinvestitionen	1.224.779	70.202	1.640	0	1.619	623.894	254.108	35.932	
davon Banken	154.436	60.731	1.640	0	0	279.665	3.067	9.086	
davon Firmenkunden	3.928	0	0	0	0	7.753	0	3.370	
davon Öffentliche Hand	1.063.673	9.471	0	0	1.619	336.475	251.041	23.477	
davon sonstige	2.741	0	0	0	0	0	0	0	
Eventualverbindlichkeiten	1.154.691	12.833	4.990	1.095	193	225	460	2.364	
Kreditrisiken	2.589.490	71.188	7.180	22.597	394	5.381	1.995	9.950	
Gesamt	24.008.812	1.023.038	418.325	116.593	49.180	1.029.898	374.048	156.385	

Entwicklung nach Branchen²

Die wesentlichste Branche im Volksbanken-Verbund in den Kundenforderungen stellen die privaten Haushalte mit 41,0 % zum 31.12.2017 (31.12.2016: 41,1 %) dar. Die größte gewerbliche Branche in der VBW ist zum 31.12.2017 die Immobilienbranche. Hier beträgt der Anteil 23,1 % (31.12.2016: 21,7 %).

Portfolioverteilung nach Branchen:

31.12.2017

EUR Tsd.	Private Haushalte	Finanzdienstleistungen inkl. Banken	Öffentliche Stellen	Immobilien	Bauwirtschaft
Barreserve	0	1.783.881	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	0	494.889	0	0	0
Forderungen an Kunden	8.096.237	256.380	351.444	4.564.326	672.019
Handelsaktiva	0	6.079	0	0	0
Finanzinvestitionen	0	568.248	1.582.212	0	0
Eventualverbindlichkeiten	120.188	296.813	11.017	62.882	117.359
Kreditrisiken	906.088	95.882	172.407	564.566	242.048
Gesamt	9.122.514	3.502.171	2.117.081	5.191.774	1.031.426

31.12.2017

EUR Tsd.	Tourismus	Handel und Reparatur	Ärzte/ Gesundheitswesen	Land-/ Forstwirtschaft	Sonstige
Barreserve	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	1.345.360	990.977	761.415	622.583	2.107.712
Handelsaktiva	0	0	0	0	2.241
Finanzinvestitionen	0	0	0	0	33.809
Eventualverbindlichkeiten	151.837	87.188	21.340	16.655	164.616
Kreditrisiken	114.034	238.418	92.102	104.035	479.542
Gesamt	1.611.231	1.316.582	874.858	743.273	2.787.919

31.12.2016

EUR Tsd.	Private Haushalte	Finanzdienstleistungen inkl. Banken	Öffentliche Stellen	Immobilien	Bauwirtschaft
Barreserve	0	1.026.464	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	0	642.866	0	0	0
Forderungen an Kunden	7.976.717	275.435	375.323	4.211.660	665.719
Handelsaktiva	0	12.582	11.580	0	0
Finanzinvestitionen	0	484.968	1.691.324	16.795	0
Eventualverbindlichkeiten	93.322	425.888	12.840	50.998	119.957
Kreditrisiken	769.163	89.036	156.578	417.813	247.354
Gesamt	8.839.202	2.957.239	2.247.645	4.697.267	1.033.030

31.12.2016

EUR Tsd.	Tourismus	Handel und Reparatur	Ärzte/ Gesundheitswesen	Land-/ Forstwirtschaft	Sonstige
Barreserve	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	1.337.784	1.014.207	774.067	642.956	2.111.718
Handelsaktiva	0	0	0	0	0
Finanzinvestitionen	0	0	0	0	19.088
Eventualverbindlichkeiten	157.238	93.752	24.376	18.462	180.017
Kreditrisiken	96.412	247.724	86.110	94.314	503.670
Gesamt	1.591.434	1.355.683	884.553	755.732	2.814.494

²Die Definition der Branche richtet sich stark nach den ÖNACE Codes und ist nicht direkt mit den Kundensegmenten vergleichbar, wo eine andere Klassifizierungslogik angewendet wird.

Entwicklung nach Ratings

Die Einteilung in die einzelnen Risikokategorien erfolgt nach den im Verbund geltenden internen Ratingstufen. Forderungen der Risikokategorie 1 weisen die höchste Bonität (niedrigste erwartete Ausfallsrate) auf, während Forderungen der Risikokategorie 4 die niedrigste Bonität aufweisen und Forderungen der Risikokategorie 5 ausgefallene Forderungen darstellen (non-performing loans, NPLs). Die Kategorie NR umfasst vorwiegend Exposures, die unterhalb der Ratingpflicht liegen.

Portfolioverteilung nach Ratings:

31.12.2017

EUR Tsd.	Risiko- kategorie 1 (1A - 1E)	Risiko- kategorie 2 (2A - 2E)	Risiko- kategorie 3 (3A - 3E)	Risiko- kategorie 4 (4A - 4E)	Risiko- kategorie 5 (5A - 5E)	Risiko- kategorie 6 (NR)
Barreserve	1.783.881	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	148.530	255.560	65.574	25.225	0	0
Forderungen an Kunden	340.088	5.536.283	10.927.391	2.112.791	839.100	12.800
davon Privatkunden	14.262	4.503.495	2.730.895	413.927	232.919	6.013
davon KMU	45.172	799.709	7.481.885	1.651.117	588.651	6.457
davon Firmenkunden	22.097	112.344	235.253	22.090	6.955	251
davon sonstige	258.556	120.735	479.359	25.658	10.575	80
Handelsaktiva	0	0	8.320	0	0	0
Finanzinvestitionen	1.379.512	741.576	62.158	988	10	25
davon Banken	188.332	358.397	12.749	0	0	0
davon Firmenkunden	11.778	20.191	1.307	984	10	25
davon Öffentliche Hand	1.179.402	362.987	48.102	4	0	0
davon sonstige	0	0	0	0	0	0
Eventualverbindlichkeiten	2.976	118.421	784.890	92.777	22.010	28.821
Kreditrisiken	293.081	779.565	1.727.672	184.668	11.644	12.492
Gesamt	3.948.067	7.431.405	13.576.006	2.416.449	872.764	54.137

31.12.2016

EUR Tsd.	Risiko- kategorie 1 (1A - 1E)	Risiko- kategorie 2 (2A - 2E)	Risiko- kategorie 3 (3A - 3E)	Risiko- kategorie 4 (4A - 4E)	Risiko- kategorie 5 (5A - 5E)	Risiko- kategorie 6 (NR)
Barreserve	1.026.464	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	108.294	450.361	56.105	28.107	0	0
Forderungen an Kunden	333.498	4.658.724	10.705.176	2.674.111	1.000.930	13.149
davon Privatkunden	11.787	3.861.068	3.255.153	679.169	245.193	12.089
davon KMU	45.134	605.143	6.962.116	1.959.416	709.600	370
davon Firmenkunden	6.431	109.180	234.685	16.721	33.702	529
davon sonstige	270.146	83.333	253.223	18.805	12.436	161
Handelsaktiva	11.580	6	12.576	0	0	0
Finanzinvestitionen	1.612.942	365.466	233.492	0	275	0
davon Banken	200.402	304.197	3.757	0	270	0
davon Firmenkunden	11.435	0	3.609	0	6	0
davon Öffentliche Hand	1.398.363	61.270	226.125	0	0	0
davon sonstige	2.741	0	0	0	0	0
Eventualverbindlichkeiten	1.627	101.738	919.784	106.429	23.641	23.633
Kreditrisiken	269.641	644.892	1.549.413	217.612	11.222	15.394
Gesamt	3.364.045	6.221.186	13.476.546	3.026.258	1.036.068	52.176

Entwicklung NPL Portfolio

Die ausgefallenen Kredite oder NPLs werden der Risikokategorie 5 zugeordnet. Die interne Steuerung erfolgt nach der NPL-Ratio für bilanzielle und außerbilanzielle Kundenforderungen. Für die restlichen Forderungsarten werden die Ausfälle zwar ebenfalls überwacht, diese waren in der Vergangenheit für die Steuerung jedoch von untergeordneter Bedeutung.

Die NPL Ratio in der internen Risikosteuerung betrug zum 31.12.2017 für den Verbund 3,66 % (2016: 4,45 %).

Die NPL Deckungsquote durch Risikovorsorgen bzw. Coverage Ratio I für das interne Berichtswesen beträgt zum 31.12.2017 für den Verbund 37,4 % (2016: 31,9 %).

Die NPL Deckungsquote durch Risikovorsorgen und Sicherheiten bzw. Coverage Ratio III für das interne Berichtswesen beträgt zum 31.12.2017 für den Verbund 101,6 % (2016: 94,2 %).

Diese Kennzahlen nach der internen Risikosicht beziehen sich ausschließlich auf Kundenforderungen sowie Kreditrisiken und Eventualverbindlichkeiten an Kunden. Aus diesem Grund unterscheiden sich diese Werte von den in folgender Tabelle dargestellten Werten.

Portfolioverteilung NPL Portfolio:

31.12.2017

EUR Tsd.	Kreditrisiko- volumen gesamt	NPL	NPL Quote	Risikovorsorge NPL	NPL Deckungsquote	Sicherheiten für NPL
Barreserve	1.783.881	0	0,00 %	0	0,00 %	0
Forderungen an Kreditinstitute	494.889	0	0,00 %	0	0,00 %	0
Forderungen an Kunden	19.768.453	839.100	4,24 %	312.842	37,28 %	549.411
davon Privatkunden	7.901.511	232.919	2,95 %	73.428	31,53 %	167.037
davon KMU	10.572.991	588.651	5,57 %	223.647	37,99 %	377.926
davon Firmenkunden	398.989	6.955	1,74 %	5.679	81,65 %	2.357
davon sonstige	894.962	10.575	1,18 %	10.088	95,40 %	2.091
Handelsaktiva	8.320	0	0,00 %	0	0,00 %	0
Finanzinvestitionen	2.184.269	10	0,00 %	0	0,00 %	0
Eventualverbindlichkeiten	1.049.895	22.010	2,10 %	10.152	46,13 %	11.013
Kreditrisiken	3.009.122	11.644	0,39 %	3.030	26,02 %	0
Forderungen an Kunden, Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken	23.827.470	872.754	3,66 %	326.024	37,36 %	560.424
Barreserve, Forderung an Kreditinstitute und Kunden	22.047.222	839.100	3,81 %	312.842	37,28 %	549.411

31.12.2016

EUR Tsd.	Kreditrisiko- volumen gesamt	NPL	NPL Quote	Risikovorsorge NPL	NPL Deckungs- quote	Sicherheiten für NPL
Barreserve	1.026.464	0	0,00 %	0	0,00 %	0
Forderungen an Kreditinstitute	642.866	0	0,00 %	0	0,00 %	0
Forderungen an Kunden	19.385.588	1.000.930	5,16 %	318.327	31,80 %	628.924
davon Privatkunden	8.064.355	245.193	3,04 %	69.418	28,31 %	152.779
davon KMU	10.281.778	709.600	6,90 %	218.388	30,78 %	461.755
davon Firmenkunden	401.247	33.702	8,40 %	21.322	63,27 %	10.219
davon sonstige	638.208	12.436	1,95 %	9.200	73,98 %	4.171
Handelsaktiva	24.162	0	0,00 %	0	0,00 %	0
Finanzinvestitionen	2.212.175	275	0,01 %	0	0,00 %	0
Eventualverbindlichkeiten	1.176.851	23.641	2,01 %	9.485	40,12 %	16.335
Kreditrisiken	2.708.174	11.222	0,41 %	2.645	23,57 %	0
Forderungen an Kunden, Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken	23.270.613	1.035.793	4,45 %	330.457	31,90 %	645.259
Barreserve, Forderung an Kreditinstitute und Kunden	21.054.918	1.000.930	4,75 %	318.327	31,80 %	628.924

Entwicklung Forebearance Portfolio

Bezogen auf die Kundenkredite wurden für einen Gesamtbuchwert von insgesamt EUR 524.521 Tsd. (31.12.2016: EUR 581.692 Tsd.) Zugeständnisse aus wirtschaftlichen Gründen vereinbart. Dieser Betrag betrifft performing forborne Kreditengagements mit EUR 239.997 Tsd. (31.12.2016: EUR 256.560 Tsd.) und non-performing forborne Kreditengagements mit EUR 325.132 Tsd. (31.12.2016: EUR 284.524 Tsd.).

Entwicklung überfällige Positionen

Die folgenden Tabellen zeigen die überfälligen Positionen im kreditrisikorelevanten Portfolio

31.12.2017

EUR Tsd.	Nicht überfällig	Bis 30 Tage	31 bis 90 Tage	91 bis 180 Tage	181 bis 365 Tage	Über 365 Tage
Barreserve	1.783.881	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	488.216	6.067	606	0	0	0
Forderungen an Kunden	19.112.943	231.538	82.203	32.161	54.087	255.521
davon Privatkunden	7.727.805	39.227	12.587	8.196	16.043	97.653
davon KMU	10.127.621	185.530	51.522	23.922	38.043	146.353
davon Firmenkunden	378.067	1.845	18.095	43	0	939
davon sonstige	879.451	4.936	0	0	0	10.575
Handelsaktiva	8.320	0	0	0	0	0
Finanzinvestitionen	2.184.269	0	0	0	0	0
Eventualverbindlichkeiten	1.049.895	0	0	0	0	0
Kreditrisiken	3.009.122	0	0	0	0	0
Gesamt	27.636.646	237.605	82.809	32.161	54.087	255.521

31.12.2016

EUR Tsd.	Nicht überfällig	Bis 30 Tage	31 bis 90 Tage	91 bis 180 Tage	181 bis 365 Tage	Über 365 Tage
Barreserve	1.026.464	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	642.027	839	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	18.429.763	358.086	123.435	40.776	94.324	339.204
davon Privatkunden	7.829.033	66.615	23.939	10.972	17.775	116.021
davon KMU	9.636.027	254.881	84.707	20.078	70.440	215.645
davon Firmenkunden	347.025	32.312	1.695	9.726	5.853	4.636
davon sonstige	617.678	4.278	13.094	0	256	2.902
Handelsaktiva	24.162	0	0	0	0	0
Finanzinvestitionen	2.212.175	0	0	0	0	0
Eventualverbindlichkeiten	1.176.851	0	0	0	0	0
Kreditrisiken	2.708.174	0	0	0	0	0
Gesamt	26.219.616	358.925	123.435	40.776	94.324	339.204

Alle Forderungen, die mindestens 90 Tage überfällig sind, werden dem NPL Portfolio zugeordnet. Die folgenden Tabellen geben unter anderem Auskunft über

- einzelwertberichtigte, aber nicht überfällige Forderungen,
- die mindestens 90 Tage überfälligen und nicht einzelwertberichtigten Positionen und
- weder einzelwertberichtigte noch überfällige Positionen.

Da sich der Großteil der überfälligen Forderungen im Kundenportfolio befindet, wurde die Analyse für dieses Teilportfolio des kreditrisikorelevanten Portfolios eingeschränkt.

Überfälligkeiten der Kundenforderungen:

31.12.2017

EUR Tsd.	Forderungen an Kunden (brutto)	Sicherheiten	NPL	Sicherheiten für NPL	NPL ohne EWB	Sicherheiten für NPL ohne EWB	NPL mit EWB	Sicherheiten für NPL mit EWB	Risiko-vorsorge NPL
Nicht überfällig	19.112.943	15.618.729	456.542	321.960	50.264	44.242	406.278	277.718	157.147
Bis 30 Tage	231.538	138.336	18.335	13.431	430	428	17.905	13.003	5.734
31 bis 90 Tage	82.203	62.884	22.454	14.836	4.555	4.273	17.899	10.563	9.082
91 bis 180 Tage	32.161	22.871	32.161	22.511	5.873	5.661	26.288	16.849	9.359
181 bis 365 Tage	54.087	34.290	54.087	34.156	3.348	3.160	50.739	30.997	22.088
Über 365 Tage	255.521	142.529	255.521	142.517	25.515	22.852	230.006	119.665	109.432
Gesamt	19.768.453	16.019.639	839.100	549.411	89.985	80.616	749.115	468.795	312.842

31.12.2016

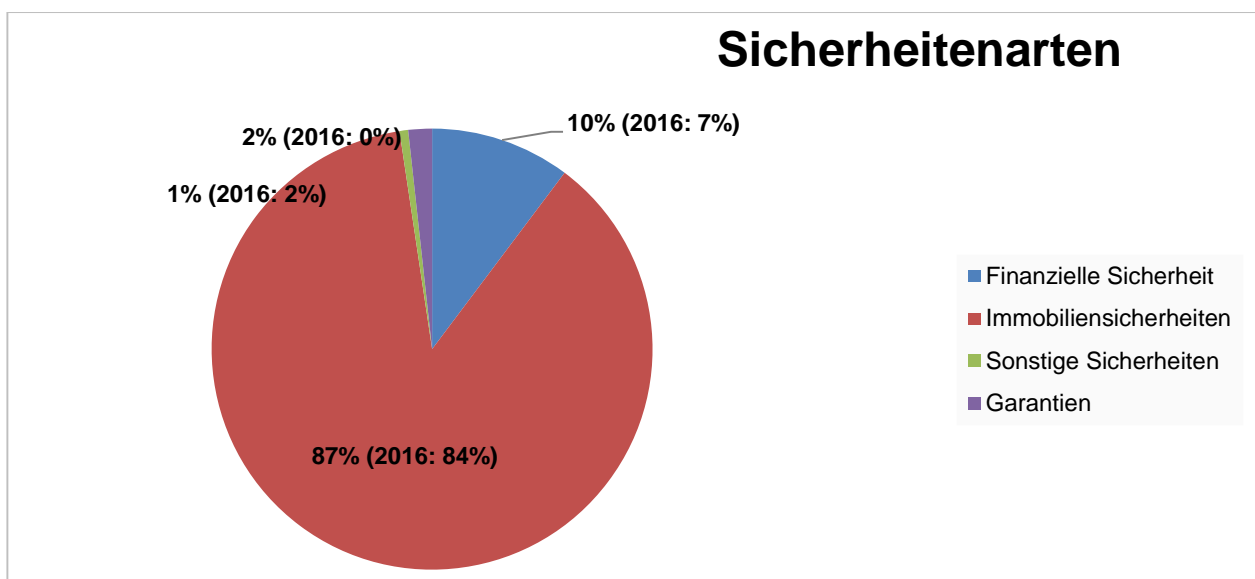
EUR Tsd.	Forderungen an Kunden (brutto)	Sicherheiten	NPL	Sicherheiten für NPL	NPL ohne EWB	Sicherheiten für NPL ohne EWB	NPL mit EWB	Sicherheiten für NPL mit EWB	Risiko-vorsorge NPL
Nicht überfällig	18.429.763	14.538.991	474.687	324.517	131.546	129.086	343.141	195.432	133.988
Bis 30 Tage	358.086	227.155	14.702	11.037	6.954	6.943	7.748	4.094	2.952
31 bis 90 Tage	123.435	79.433	37.236	22.307	9.987	9.869	27.249	12.438	14.341
91 bis 180 Tage	40.776	21.691	40.776	20.167	10.168	9.947	30.608	10.220	15.262
181 bis 365 Tage	94.324	61.907	94.324	61.594	21.853	20.997	72.472	40.596	29.110
Über 365 Tage	339.204	190.119	339.204	189.302	69.659	65.747	269.544	123.555	122.674
Gesamt	19.385.588	15.119.296	1.000.930	628.924	250.167	242.589	750.763	386.335	318.327

NPL = Non Performing Loans,
EWB = Einzelwertberichtigung

Entwicklung des Sicherheitenportfolios

Immobilienicherheiten sind die mit Abstand wichtigste Sicherheitenart im Verbund. Die ausgewiesenen Werte stellen den angerechneten Wert der Sicherheiten dar (nach Bewertung und Deckelung durch die Höhe der besicherten Forderung).

Die Anerkennungsfähigkeit einer persönlichen Sicherheit ist wesentlich von der Qualität des Sicherungsgebers abhängig und von seinem Naheverhältnis zum Kreditnehmer.



Die folgenden Tabellen zeigen Kreditsicherheiten im Kundenportfolio, da im Bankportfolio (inkl. Barreserve) und Wertpapierportfolio zumeist keine Sicherheiten vorhanden sind bzw. angerechnet werden.

31.12.2017

EUR Tsd.	Kreditrisiko- volumen gesamt	Angerechneter Sicherheiten- wert gesamt	Immobilien- sicherheiten	Finanzielle Sicherheit	Persönliche Sicherheiten	Sonstige Sicherheiten	Wertberich- tigungen	Rückstel- lungen
Forderungen an Kunden	19.768.453	16.019.638	14.042.695	1.603.101	271.703	102.140	361.913	0
davon Privatkunden	7.901.511	6.765.450	6.084.231	656.388	13.152	11.679	88.075	0
davon KMU	10.572.991	8.335.306	7.189.216	875.601	213.058	57.432	255.350	0
davon Firmenkunden	398.989	281.844	180.441	53.059	19.640	28.703	7.175	0
davon sonstige	894.962	637.038	588.807	18.052	25.853	4.326	11.312	0
Eventualverbindlichkeiten	1.049.895	353.218	262.985	76.436	10.955	2.842	0	11.399
Kreditrisiken	3.009.122	0	0	0	0	0	0	6.440
Gesamt	23.827.470	16.372.856	14.305.680	1.679.537	282.658	104.982	361.913	17.839

31.12.2016

EUR Tsd.	Kreditrisiko- volumen gesamt	Angerechneter Sicherheiten- wert gesamt	Immobilien- sicherheiten	Finanzielle Sicherheit	Persönliche Sicherheiten	Sonstige Sicherheiten	Wertberich- tigungen	Rückstel- lungen
Forderungen an Kunden	19.385.588	15.119.296	13.100.827	1.645.229	265.852	107.388	397.680	0
davon Privatkunden	8.064.355	6.573.772	5.809.224	735.433	14.056	15.059	85.583	0
davon KMU	10.281.778	7.939.899	6.801.417	875.628	206.455	56.399	280.072	0
davon Firmenkunden	401.247	269.113	196.132	21.805	16.356	34.820	22.135	0
davon sonstige	638.208	336.511	294.054	12.363	28.984	1.109	9.890	0
Eventualverbindlichkeiten	1.176.851	458.556	320.007	119.368	10.935	8.246	0	13.244
Kreditrisiken	2.708.174	0	0	0	0	0	0	8.441
Gesamt	23.270.613	15.577.852	13.420.834	1.764.597	276.787	115.634	397.680	21.685

Entwicklung der Nettingpositionen

Die folgenden Tabellen zeigen die Nettingpositionen im Portfolio des Verbundes:

31.12.2017

EUR Tsd.

Derivate

	Assets	Liabilities	Nettowerte
Bankbuch	69.407	-88.133	-18.726
Handelsbuch	68.568	-346.331	-277.764

	Verpfändet	Erhalten	Nettowerte
Cash Sicherheiten	345.513	-47.709	297.804

Gesamtergebnis			1.314
-----------------------	--	--	--------------

31.12.2016

EUR Tsd.

Derivate

	Assets	Liabilities	Nettowerte
Bankbuch	85.715	-144.233	-58.518
Handelsbuch	93.584	-405.493	-311.909

	Verpfändet	Erhalten	Nettowerte
Cash Sicherheiten	413.608	-44.176	369.431

Gesamtergebnis			-996
-----------------------	--	--	-------------

c) Marktrisiko

Marktrisiko ist das Risiko sich verändernder Preise bzw. Kurse wertbestimmender Marktrisikofaktoren (z.B. Zinssätze, Fremdwährungs-Kurse, Zins- und Fremdwährungs-Volatilitäten). Der Volksbanken-Verbund unterscheidet folgende Risikoarten des Marktrisikos:

- Zinsänderungsrisiko im Bankbuch
- Credit Spread Risiko
- Marktrisiko im Handelsbuch
- Fremdwährungsrisiko (offene Devisenpositionen)

Zinsänderungsrisiko im Bankbuch

Zinsänderungsrisiken entstehen durch das Eingehen von Fristentransformation, welche durch eine abweichende Zinsbindung zwischen Aktiva und Passiva entsteht. Das Eingehen von Fristentransformation stellt in Form des Strukturbeitrags eine Einkommensquelle für die Bank dar.

Das Zinsänderungsrisiko im Bankbuch umfasst sämtliche zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte mit Ausnahme von Geschäften des Handelsbuches. Die mit dem Kundengeschäft einhergehende Zinsrisikoposition des Volksbanken-Verbundes besteht hauptsächlich aus variablem indexgebundenem Kreditgeschäft und Einlagen ohne Zinsbindung (in Form von Sicht- und Spareinlagen) sowie impliziten Zinsuntergrenzen sowohl im aktivseitigen als auch passivseitigen Kundengeschäft. Im Kreditgeschäft findet dabei eine Verschiebung von indexgebundenen Positionen hin zu Fixzinspositionen statt, da im Neugeschäft zunehmend Fixzinskredite vergeben werden. Weitere maßgebliche Einflussfaktoren sind Anleihepositionen des Eigendepots, Eigenemissionen und die zur Steuerung der Zinsposition eingesetzten Zinsswaps. Ende des Jahres 2017 weist der Volksbanken-Verbund eine relativ geringe positive Zinsfristentransformation auf. Das barwertige Zinsänderungsrisiko (aufsichtsrechtliche Zinsrisikostatistik nach OeNB Standardverfahren) lag zum 31. Dezember 2017 bei 5,7 % der Eigenmittel, was deutlich unter dem aufsichtsrechtlichen Limit von 20 % liegt. Die Zinssensitivität in Form des present value of a basis point (PVBP) liegt bei -1,1 Mio. EUR.

Gesteuert wird die Zinsposition des Volksbanken-Verbunds durch das Asset-Liability-Committee (ALCO) der ZO im Rahmen von Risikolimiten, welche vom Risikocontrolling festgelegt und vom Vorstand im ALCO genehmigt werden. Das ALCO ist das zentrale Gremium zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken. Es wird in der ZO monatlich oder bei Bedarf auch ad hoc abgehalten. Die Leitung des ALCO obliegt dem Asset-Liability-Management (ALM) der ZO, welches organisatorisch dem Bereich Treasury zugeordnet ist. Maßnahmenvorschläge für die Steuerung der Zinsposition werden vom ALM in Abstimmung mit dem Risikocontrolling und den lokalen ALCOs der Verbundbanken erarbeitet. Ziel ist dabei die Generierung eines Strukturbeitrages durch positive Fristentransformation. Die Steuerung der Zinsrisikoposition erfolgt sowohl unter Berücksichtigung von Einkommens- als auch von Barwerteffekten. Das Zinsrisikoreporting im ALCO erfolgt durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisiko der ZO.

Die Risikomessung und Limitierung erfolgt barwertig hauptsächlich auf Basis von Zins-Gaps (Nettoposition der vertraglichen oder modellierten Zinsbindung pro Laufzeitband), einem Zinsbuch-VaR auf Basis historischer Simulation, der Zinsensitivität in Form eines PVBP und der aufsichtsrechtlichen Zinsrisikostatistik. Eine periodenbezogene Risikomessung erfolgt in Form einer Zinsergebnissimulation. Dabei werden für fünf potentiell ungünstige Zins-Szenarien die Auswirkungen auf das Zinsergebnis für die nächsten Jahre berechnet. Für das Jahr 2018 sinkt das Zinsergebnis im ungünstigsten Szenario, einer starken Zinssenkung (parallel 200 BP), um 109 Mio. EUR. Die Ergebnisse der Zinsergebnissimulation und des Zinsbuch-VaR fließen im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung in den ICAAP ein. In beiden Sichten werden Positionen mit unbestimmter Zinsbindung (z.B. in Form von Sicht- und Spareinlagen, Kontokorrentkredite) mittels Replikats- bzw. Rollierungsannahmen einheitlich in die Risikomessung einbezogen. Die Annahmen werden auf Basis statistischer Analysen ergänzt durch Expertenmeinungen festgelegt. Sie werden regelmäßig auf ihre Gültigkeit überprüft und in einer von der Modellierung unabhängigen Gruppe validiert.

Konzentrationsrisiko

Im Zinsänderungsrisiko bestehen keine Konzentrationsrisiken.

Credit Spread Risiko

Der Credit Spread definiert sich als Aufschlag auf den risikolosen Zins. Das Credit Spread Risiko entsteht aus den Schwankungen der Vermögensbarwerte aufgrund sich im Zeitablauf verändernder Credit Spreads.

Bei den für das Credit Spread Risiko relevanten Geschäften handelt es sich um Veranlagungen im Eigendepot und nicht um Forderungen an Kunden. Dies umfasst im Wesentlichen Anleihen, Fonds, Kreditausfallversicherungen (CDS) sowie Schuldscheindarlehen. Für diese Positionen werden ein Credit Spread VaR sowie Credit Spread Sensitivitäten berechnet. Das Credit Spread Risiko wird im Rahmen des ICAAP in der Risikotragfähigkeitsrechnung und im Gesamtbankrisikostresstesting berücksichtigt.

Die Berechnung des Credit Spread VaR basiert auf einer historischen Simulation. Dabei wird das Portfolio in 30 Risikocluster gegliedert, abhängig von Rating, Branche, Produktart und Seniorität. Die Plausibilität und Verlässlichkeit der VaR Kennzahlen wird durch Rückvergleiche (Backtesting) überprüft und tourlich in einer von der Modellierung unabhängigen Gruppe validiert.

Für den Verbund ergeben sich folgende Risikokennzahlen (der Credit Spread Value at Risk wird für ein Konfidenzniveau von 99,9 % und einer festgelegten Haltedauer von 1 Jahr berechnet):

EUR Tsd. 31.12.2017	Credit Spread Value at Risk	10 Basispunkte-Shift
§ 30a BWG KI-Verbund	121.895	-15.313

EUR Tsd. 31.12.2016	Credit Spread Value at Risk	10 Basispunkte-Shift
§ 30a BWG KI-Verbund	140.711	-16.478

Der Investmentstrategie entsprechend beinhaltet das Eigendepot hochliquide Anleihen des öffentlichen Sektors und Covered Bonds mit hoher Bonität. Es wird hauptsächlich als Liquiditätspuffer gehalten und ist zum Großteil an die regulatorische Liquidity Coverage Ratio (LCR) anrechenbar.

Konzentrationsrisiko

Konzentrationsrisiken können nur auf Ebene von Emittenten oder Risikoclustern im Sinne von gleichartigen Emittenten entstehen. Im Credit Spread Risiko werden Risikocluster überwacht. Im Wertpapierbestand bestehen die größten Konzentrationen derzeit im Risikocluster Republik Österreich mit 44 %, Covered Bonds mit 21 % und Republik Italien mit 6 % des Buchwertes. Einzelemittentenkonzentrationen sind durch die Emittentenlinien im Kreditrisiko begrenzt.

Portfolioverteilung nach Bonität

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
1A	1.514.343	1.551.264
1B-1C	199.773	256.616
1D-2A	93.939	101.008
2B-3A	399.523	426.567
3B-4E (NIG)	2.906	3.895
5A-5E (Default)	2	20
kein Rating	10	10
Gesamt	2.210.496	2.339.380

Portfolioverteilung nach Sektoren

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Finanzsektor	569.034	508.888
Öffentlicher Sektor	1.575.299	1.692.324
Unternehmen	36.832	37.798
keine Sektorzuordnung	29.331	100.370
Gesamt	2.210.496	2.339.380

Top 10 bilanzielle Exposures im öffentlichen Sektor

EUR Tsd.	31.12.2017		31.12.2016	
	Available for sale	Held to maturity	Loans and receivables	Gesamt
Österreich	912.209	10.308	0	922.517
Italien	116.057	20.000	0	136.057
Polen	97.284	0	0	97.284
Belgien	58.773	15.686	0	74.459
Tschechien	56.520	0	0	56.520
Luxemburg	37.361	11.185	0	48.546
Portugal	48.102	0	0	48.102
Spanien	42.105	0	0	42.105
Frankreich	0	40.074	0	40.074
Schweiz	0	1.582	25.637	27.219
Gesamt	1.368.411	98.835	25.637	1.492.883
31.12.2016				
Österreich	984.090	10.343	0	994.433
Italien	119.867	20.000	0	139.867
Polen	103.492	4.310	0	107.802
Schweiz	0	0	74.495	74.495
Belgien	61.549	15.766	0	77.314
Tschechien	58.114	0	0	58.114
Portugal	40.128	0	0	40.128
Spanien	43.860	0	0	43.860
Ungarn	31.183	0	0	31.183
Slowakei	6.670	21.935	0	28.605
Gesamt	1.448.954	72.353	74.495	1.595.802

Der Großteil des Portfolios ist der Kategorie available for sale (afs) zugeordnet. Entsprechend der Investmentstrategie werden Neuinvestments größtenteils der Kategorie held to maturity (htm) zugeordnet.

Portfoliostruktur nach IAS 39 Kategorien

EUR Tsd.	Bond	Syndicated loan & SSD	Fund & Equity	Gesamt
31.12.2017				
Available for sale	1.804.193	0	29.347	1.833.540
Held to maturity und loans & receivables	350.319	26.637	0	376.956
Gesamt	2.154.513	26.637	29.347	2.210.496

EUR Tsd.	Bond	Syndicated loan & SSD	Fund & Equity	Gesamt
31.12.2016				
Available for sale	1.911.629	0	100.788	2.012.417
Held to maturity und loans & receivables	251.968	74.995	0	326.963
Gesamt	2.163.597	74.995	100.788	2.339.380

Marktrisiko im Handelsbuch

Das Marktrisiko im Handelsbuch im Volksbanken-Verbund hat eine untergeordnete Bedeutung. Das Handelsbuch wird dabei zentral in der ZO geführt. Die zugeordneten Kreditinstitute führen kein Handelsbuch. Zu den Hauptaufgaben des Risikocontrollings gehören die Festlegung der Limitstruktur auf Basis des zugeordneten ökonomischen Kapitals und die tägliche Überprüfung der Limite, die Administration der Front-Office Systeme und die Weiterentwicklung der Systeme und Modelle. Die regulatorischen Eigenmittelerfordernisse des Handelsbuchs werden mittels Standardansatz berechnet - der Volksbanken-Verbund hat kein internes Modell für Marktrisiko im Handelsbuch im Einsatz. Die Limitstruktur spiegelt die Risiko- und Treasury-Strategie wider.

Das Marktrisiko im Handelsbuch wird im Rahmen des ICAAP in der Risikotragfähigkeitsrechnung und im Gesamtbankrisikostresstest berücksichtigt. Das Reporting erfolgt durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisiko täglich an das Treasury und monatlich im ALCO.

Zur Risikoüberwachung wird täglich für das Handelsbuch ein VaR nach der Methode der historischen Simulation berechnet. Bei der historischen Simulation werden historische Marktpreisänderungen zur Bewertung des aktuellen Portfolios herangezogen. Es wird ein 99 % VaR für eine Haltedauer von 10 Tagen berechnet. Die Plausibilität und Verlässlichkeit der VaR Kennzahlen wird durch Rückvergleiche (Backtesting) täglich überprüft und tourlich in einer von der Modellierung unabhängigen Gruppe validiert.

Die folgende Tabelle zeigt den VaR (99 % Konfidenzniveau, Haltedauer 1 Tag) im Handelsbuch, aufgeteilt nach Risikoarten:

EUR Tsd.	Zinsen	Währung	Volatilität	Gesamt
31.12.2017				
Handelsbuch	19	0	39	42
31.12.2016				
Handelsbuch	108	0	59	120

Neben dem VaR werden zusätzlich noch eine Reihe weiterer Risikokennzahlen täglich errechnet und zur Limitierung verwendet. Diese umfassen im Wesentlichen Zinssensitivitäten und Optionsrisikokennzahlen (Delta, Gamma, Vega, Rho). Zusätzlich existieren noch Management-Action-Triggers und Stop-Loss-Limite.

Da Extremsituationen durch den berechneten VaR nicht abgedeckt sind, werden monatlich bzw. anlassbezogen umfangreiche Stresstests über alle Portfolios des Handelsbuches durchgeführt. Es werden dabei portfolioabhängige und portfolioabhängige Szenarien berechnet. Portfolioabhängige Szenarien, wie beispielsweise Parallelshifts, Kurvendre-

hungen oder auch Rekonstruktionen historischer Krisen, werden bei jedem Krisentest unverändert auf das aktuelle Portfolio angewendet. Portfolioabhängige Szenarien versuchen möglichst unvorteilhafte Auswirkungen auf das aktuelle Portfolio zu finden.

Durch die verwendeten Systeme ist eine tägliche, unabhängige Bewertung der Handelsbuchpositionen sichergestellt. Sämtliche Regeln und organisatorische Abläufe im Zusammenhang mit der Messung und Überwachung der Marktrisiken sind in der Richtlinie Marktrisiko zusammengefasst.

Fremdwährungsrisiko (offene Devisenpositionen)

Das Fremdwährungsrisiko aus der offenen Devisenposition hat im Volksbanken-Verbund eine untergeordnete Bedeutung. Es entsteht durch die Wertänderung offener Forderungen und Verbindlichkeiten in einer Fremdwährung durch Schwankungen der Wechselkurse.

Währung EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
CZK	2.956	4.180
CHF	-2.506	1.062
USD	373	465
JPY	-346	-749
GBP	78	62
Sonstige	855	1.081
Gesamt	1.411	6.102

d) Liquiditätsrisiko

Die VBW ist als ZO des Volksbanken-Verbundes für das verbundweite Liquiditätsmanagement zuständig und fungiert als lender of last resort für die Primärinstitute. Über die VBW decken die Primärinstitute ihren Refinanzierungsbedarf ab und legen ihre Überschussliquidität an. In der VBW wird für den Verbund sowohl die operative, kurzfristige Liquiditätssteuerung als auch das mittel- bis langfristige Liquiditätsmanagement zentralisiert im Bereich Treasury durch die Abteilung Liquiditätsmanagement durchgeführt. Die verbundweite Überwachung und Limitierung des Liquiditätsrisikos sowie die methodischen Vorgaben betreffend Risikomessung werden von der Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling in der VBW wahrgenommen.

Gesteuert wird die Liquiditätsposition des Verbundes durch das ALCO der ZO im Rahmen von Risikolimiten, welche vom Risikocontrolling festgelegt und vom Vorstand im ALCO genehmigt werden. Das ALCO der ZO ist das zentrale Gremium zur Steuerung von Liquiditätsrisiken. Das Liquiditätsrisikoreporting im ALCO erfolgt durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling.

Der Volksbanken-Verbund unterscheidet im Liquiditätsrisiko zwischen dem Illiquiditätsrisiko und dem Fundingverteuerungsrisiko. Das Illiquiditätsrisiko ist die Gefahr, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht bedienen zu können. Beim Illiquiditätsrisiko werden weitere Unterkategorien, wie z.B. das Refinanzierungsrisiko (Roll-Over-Risiko), das Abrufisiko und das Marktliquiditätsrisiko, unterschieden, die insbesondere im Kontext von Liquiditäts-Stresstests von Bedeutung sind. Das Illiquiditätsrisiko besteht für den Verbund bestehend aus Retailbanken typischerweise in einem „Bankrun“. Dieser tritt ein, wenn Kunden aufgrund eines Vertrauensverlustes große Volumina an Einlagen abziehen und gleichzeitig der Bank alternative Fundingquellen nicht (mehr) zugänglich sind.

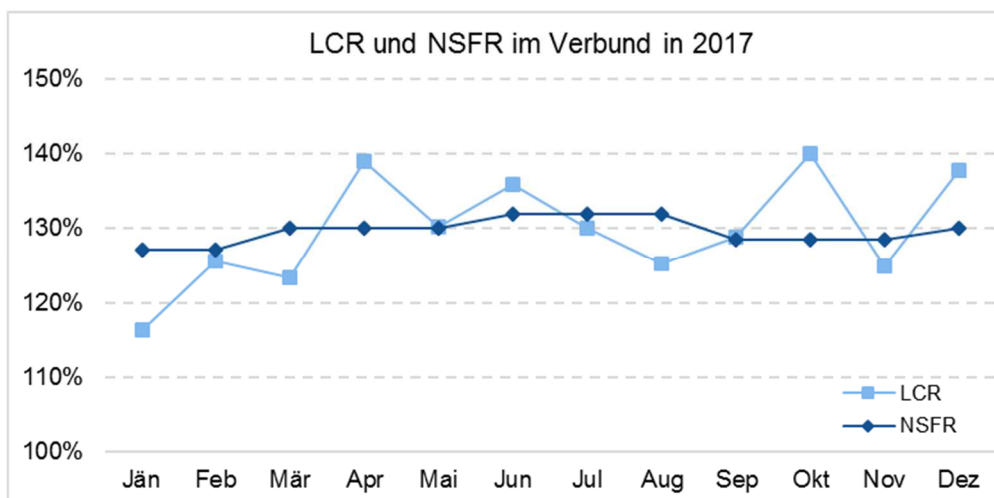
Das Illiquiditätsrisiko wird durch das Vorhalten eines ausreichenden Liquiditätspuffers gesteuert. Der VBW obliegt die zentrale Verwaltung des Liquiditätspuffers für den gesamten Verbund. Der Liquiditätspuffer besteht hauptsächlich aus hochliquiden Anleihen, welche großteils LCR-anrechenbar sind, Einlagen bei der Nationalbank, EZB-Tenderpotenzial

und Covered Bond Emissionspotenzial. Die Liquidität des Liquiditätspuffers wird regelmäßig getestet. Zuständig für das laufende Management des Liquiditätspuffers im Verbund ist die Abteilung Liquiditätsmanagement im Bereich Treasury.

Das Fundingverteuerungsrisiko ist im Verbund als negativer GuV-Effekt definiert, der aufgrund einer potenziellen zukünftigen Erhöhung der Refinanzierungskosten am Geld- und Kapitalmarkt sowie im Kundenbereich eintritt. Es ist im Rahmen des ICAAP in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt. Dieses Risiko ist im Verbund von untergeordneter Bedeutung, da wenig Abhängigkeit vom Kapitalmarkt besteht und eine geringe Preissensitivität bei Kundeneinlagen beobachtet wird.

Die Risikomessung und Limitierung des Illiquiditätsrisikos erfolgt über die regulatorischen Kennzahlen LCR und NSFR, die Survival Period aus dem internen Liquiditäts-Stresstesting, und über zusätzliche operative Kennzahlen. Die LCR zielt auf die Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit von Banken unter Stressbedingungen über einen kurzfristigen Zeithorizont von 30 Kalendertagen ab. Die Berechnung der LCR erfolgt wöchentlich und zum Monatsultimo durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling. Die NSFR beschränkt die Liquiditätsfristentransformation indem in Abhängigkeit der Liquiditätscharakteristika der Aktiva und sonstigen (außerbilanziellen) Geschäftstätigkeiten einer Bank ein Mindestvolumen an stabiler Refinanzierung festgelegt wird. Die Berechnung im Verbund erfolgt derzeit wöchentlich und zum Quartalsultimo durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling. Beide Kennzahlen lagen 2017 immer deutlich über den regulatorischen Limiten. Die LCR liegt seit Februar zum Monatsultimo immer über 120 % und weist auf eine komfortable Liquiditätssituation hin.

Regulatorische Liquiditätskennzahlen LCR und NSFR in 2017:



Die Survival Period beschreibt jenen Zeitraum, in dem in einem Stress-Szenario der vorgehaltene Liquiditätspuffer ausreicht, um kumulierte Nettoliquiditätsabflüsse abzudecken. Es werden fünf Stressszenarien unterschiedlicher Schweregrade berechnet: ein schwacher und ein starker Bankstress, ein schwacher und ein starker Marktstress und ein kombiniertes Szenario. Für die Survival Period kommt das ungünstigste der berechneten Szenarien zur Anwendung. Die Survival Period lag in 2017 immer über 128 Tage und zeigt damit die komfortable Liquiditätsausstattung.

Konzentrationsrisiko

Durch das diversifizierte Funding über Kundeneinlagen ist das Konzentrationsrisiko nicht materiell. Die einzigen Risikocluster bestehen auf Kundenebene. Daher werden die größten Einlagen auf Kundenebene sowohl im Risikocontrolling als auch im operativen Liquiditätsmanagement überwacht. Sie liegen unter 1 % der Bilanzsumme. Ausnahmen ergeben sich nur kurzfristig bei einigen Großkunden zur Durchführung von Zahlungsverkehrstransaktionen bzw. zum Liquiditätsspitzenausgleich. Diese liegen immer deutlich unter 5 % der Bilanzsumme und stellen für den Verbund keine langfristige Fundingposition dar. Es bestehen keine sonstigen Risikocluster mit ähnlichen Eigenschaften.

Operatives Liquiditätsmanagement

Die Abteilung Liquiditätsmanagement im Bereich Treasury ist verantwortlich für das operative Liquiditätsmanagement. Die Abteilung ist die zentrale Stelle im Volksbanken-Verbund für Fragestellungen betreffend Pricing von Liquidität (Transferpricing), das verbundweite zentrale Management von Collateral, die Festsetzung der Fundingstruktur, die Disposition der verfügbaren liquiden Mittel und die Einhaltung der Refinanzierungsstrategie und nimmt folgende wesentliche Aufgaben wahr:

- Cash-Management (Settlement aller Transaktionen des Verbundes sowie Disposition der von der VBW unterhaltenen Bankverbindungen)
- Collateralmanagement: EZB-fähige Collateral des Verbundes (Anleihen und Credit Claims) und das Deckungsstockmanagement für fundierte Bankschuldverschreibungen
- Emissionsplanung
- Tägliche Liquiditätsvorschau für die nächsten 31 Tage und wöchentlich für die nächsten 12 Monate
- Monitoring der Refinanzierungspositionen des Verbundes sowie das mit Genehmigung des § 30a BWG von der VBW als ZO in Kraft gesetzte Kontrollsystem für die Verbundbanken – u.a. Liquiditätsmeldungen, Refinanzierungssteuerung, Collateralnutzung, Frühwarnsystem
- Einhaltung der Mindestreservevorschriften für den Volksbanken-Verbund
- Reporting an den ZO-Vorstand und das ALCO

e) Operationelles Risiko

Der Verbund definiert das Operationelle Risiko als Gefahr von Verlusten infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren (Prozessen), Menschen, Systemen oder externen Ereignissen sowie die damit in Verbindung stehenden Rechtsrisiken. Die Themen Reputations-, Verhaltens-, Modell-, IT- und Sicherheitsrisiko sind mit dem Operationellen Risiko eng verbunden und werden aktiv mitberücksichtigt. Die Berechnung des regulatorischen Eigenmittelerfordernisses erfolgt nach dem Standardansatz. Diese Methodik wurde bis 31.12.2017 sowohl für die regulatorische als auch ökonomische Darstellung (ICAAP) herangezogen. Ab 01.01.2018 wird für die ökonomische Betrachtung eine interne Methode nach einem Verlustverteilungsansatz herangezogen.

Organisation

Im Verbund ist das Linienmanagement für das Management der operationellen Risiken (OpRisk Management) verantwortlich. Dieses wird dabei durch zentral und dezentral angesiedelten Experten aus den Bereichen operationelles Risiko und internes Kontrollsystem unterstützt. Ziel ist die Optimierung von Prozessen um die Eintrittswahrscheinlichkeit von operationellen Risiken zu verringern und/oder die Auswirkung operationeller Schäden zu reduzieren. Weiters ermöglicht eine enge Zusammenarbeit mit dem Security-, Safety- und Versicherungsmanagement eine optimale und umfassende Steuerung operationeller Risiken.

Methoden im Management operationeller Risiken

Im Rahmen des Managements operationeller Risiken werden sowohl quantitative als auch qualitative Methoden verwendet. Quantitative Elemente umfassen beispielsweise die Durchführung von Risikoanalysen, die Durchführung von Stress-tests, die Festlegung und Überwachung eines Risikoappetits sowie der Risikoindikatoren und die Erstellung der Ereignisdatensammlung. Qualitative Steuerungsmaßnahmen finden in der Durchführung von Schulungen, Bewusstseinsbildungsmaßnahmen, Risikoanalysen, der Erstellung der Ereignisdatensammlung inkl. Ursachenanalyse, der Implementierung einheitlicher IKS Kontrollen sowie in der Analyse der Risikoberichte Widerklang.

Im Fall der Überschreitung der für das operationelle Risiko definierter Kennzahlen kommt der definierte Eskalationsprozess zur Anwendung. Dieser sieht eine detaillierte Ursachenanalyse sowie in weiterer Folge die Einleitung von Maßnahmen vor.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrollingfunktion

Abgeleitet aus der Risikostrategie gelten im Verbund folgende Grundsätze und Prinzipien im OpRisk Management:

- Als oberstes Ziel für den gesamten OpRisk Managementprozess wird die Optimierung von Prozessen zur Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder der Auswirkung operationeller Schäden festgeschrieben.
- Die Ereignisdokumentation erfolgt vollständig und angemessen verständlich in einer elektronischen Plattform, um sachverständigen Dritten die Möglichkeit zu geben, Nutzen daraus zu ziehen. Operationelle Ereignisse werden verbundweit in einheitlicher Form erfasst. Die daraus resultierende Transparenz über eingetretene Ereignisse ermöglicht eine aus der Historie abgeleitete Risikobewertung.
- Die Methoden, Systeme und Prozesse im OpRisk Management müssen unter Einhaltung von Verbundvorgaben, dem Proportionalitätsprinzip folgend, an das jeweilige Institut angepasst werden.
- Die Angemessenheit der Risiko-Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen sowie weiterer risikominimierender Maßnahmen wird laufend, zumindest jedoch jährlich, bewertet und an den Vorstand berichtet. Maßnahmen zur Risikosteuerung umfassen beispielsweise Bewusstseinsbildungsmaßnahmen/Schulungen, die Überwachung der OpRisk Risikokennzahlen, die Sicherstellung von Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der Kunden- und Unternehmensdaten sowie die betriebliche Notfallplanung, aber auch insbesondere die angemessene Trennung von Verantwortlichkeiten sowie die Beachtung des 4-Augenprinzips als Steuerungsmaßnahmen. Operationelle (Rest-) Risiken, die nicht vermieden, vermindert oder transferiert werden, müssen formal und nachweislich durch die Geschäftsleitung akzeptiert werden.
- Die Effizienz des OpRisk Managements wird durch periodische und unabhängige Revisionsprüfungen bestätigt.

Internes Kontrollsystem

Im Verbund ist ein internes Kontrollsystem (IKS) nach den Prinzipien der international anerkannten Standards des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO) installiert. Es existieren detaillierte Beschreibungen der IKS-Abläufe und der Kontrollmaßnahmen. Die Verantwortlichkeiten und Rollen in Bezug auf das IKS sind klar definiert. Für das IKS erfolgt ein regelmäßiges Reporting. Kontrollaktivitäten werden dokumentiert und überprüft, die IKS-relevanten Risiken werden regelmäßig evaluiert und angepasst. Somit ist ein laufender Optimierungsprozess gewährleistet. Die Revision prüft in ihrer Funktion als unabhängige Überwachungsinstanz das IKS. Geprüft werden die Wirksamkeit und Angemessenheit des IKS sowie die Einhaltung der Arbeitsanweisungen. Das OpRisk und IKS-Rahmenwerk stellt die einzelnen untereinander in Zusammenhang stehenden Komponenten dar, die im Volksbanken-Verbund zur Identifikation, Messung, Überwachung und Steuerung des operationellen Risikos implementiert sind. Die

enge Verzahnung des OpRisk Managements mit dem IKS gewährleistet die entsprechende Berücksichtigung der operationellen Risiken im Verbund.

Ein Schwerpunkt im Jahr 2017 lag in der Weiterentwicklung der Risikoanalyse bezüglich quantitativer und qualitativer Elemente, sowie der Überarbeitung des Schulungskonzepts und einheitlichen Verbundkontrollen. Weiters wurde für die Verwendung im Internen Stresstest und im ICAAP eine interne Methode für die Quantifizierung von OpRisk im ICAAP entwickelt.

f) Sonstige Risiken

An sonstigen Risiken sieht sich der Verbund dem Beteiligungsrisiko, dem strategischen Risiko, dem Reputationsrisiko, dem Eigenkapitalrisiko und dem Business-Risiko gegenüber.

Unter Beteiligungsrisiko versteht der Verbund das Risiko, dass eine gehaltene Beteiligung an Wert verliert. Da dieses Risiko für den Verbund wesentlich ist, wird es quantifiziert und in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Das strategische Risiko ist das Risiko einer negativen Auswirkung auf Kapital und Ertrag durch geschäftspolitische Entscheidungen oder mangelnde Anpassung an Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr negativer Auswirkungen auf das Bankergebnis durch einen Reputationsverlust und einen damit verbundenen negativen Effekt auf die Stakeholder (Aufsicht, Eigentümer, Gläubiger, Mitarbeiter, Kunden).

Unter Eigenkapitalrisiko versteht der Verbund die Gefahr einer unausgewogenen Zusammensetzung des bankinternen Eigenkapitals hinsichtlich Art und Größe der Bank oder Schwierigkeiten, zusätzliche Risikodeckungsmassen im Bedarfsfall schnell aufnehmen zu können.

Das Business Risk (Ertragsrisiko) ist das Risiko aus der Volatilität der Erträge und damit die Gefahr, die remanenten Fixkosten nicht mehr (vollständig) abdecken zu können.

Die Nicht-Standard-Risiken bzw. nichtfinanzielle Risiken (Reputationsrisiken, Conduct-Risiken, Compliance-Risiken, Rechtsrisiken, Modellrisiken sowie IT- und Systemrisiken) werden u.a. im Compliance-Rahmenwerk und Rahmenwerk für operationelle Risiken berücksichtigt.

Die sonstigen Risiken, außer dem Beteiligungsrisiko, besitzen zwar keine wesentliche Bedeutung für den Verbund, sind aber aufgrund der Geschäftstätigkeit immanent. Zur Steuerung der sonstigen Risiken sind vor allem organisatorische und prozessuale Maßnahmen implementiert.

51) Vollkonsolidierte verbundene Unternehmen ¹⁾

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
3V-Immobilien Errichtungs-GmbH; Wien	HD	100,00 %	100,00 %	35
BBG Beratungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H.; Salzburg	HD	100,00 %	100,00 %	40
Domus IC Leasinggesellschaft m.b.H.; Salzburg	HD	100,00 %	100,00 %	18
Gärtnerbank Immobilien GmbH; Wien	HD	100,00 %	100,00 %	35
GB IMMOBILIEN Verwaltungs- und Verwertungs-GmbH; Wien	HD	100,00 %	100,00 %	35
VB Aktivmanagement GmbH; Klagenfurt	SO	100,00 %	100,00 %	35
VB Kärnten Leasing GmbH; Ferlach	FI	100,00 %	100,00 %	634
VB Rückzahlungsgesellschaft mbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
VB Services für Banken Ges.m.b.H.; Wien	HD	98,89 %	98,89 %	327
VB Verbund-Beteiligung Region Wien eG; Wien	SO	90,42 %	90,42 %	3.857
VB-Immobilienverwaltungs- und -vermittlungs GmbH; Klagenfurt	HD	100,00 %	100,00 %	73
VBKS Leasing d.o.o.; Kranj	FI	100,00 %	100,00 %	542
VOBA Vermietungs- und Verpachtungsges.m.b.H.; Baden	HD	99,00 %	99,00 %	36
Volksbank AG, Schweiz; St. Margrethen	KI	100,00 %	100,00 %	6.419
Volksbank Aktiengesellschaft; Schaan	KI	100,00 %	100,00 %	37.359
Volksbank Salzburg Leasing Gesellschaft m.b.H.; Salzburg	FI	100,00 %	100,00 %	73
Volksbank Vorarlberg Leasing GmbH; Rankweil	FI	100,00 %	100,00 %	37
Volksbank Vorarlberg Marketing- und Beteiligungs GmbH; Rankweil	HD	100,00 %	100,00 %	36
Volksbank Vorarlberg Versicherungs-Makler GmbH; Dornbirn	HD	100,00 %	100,00 %	60
VVB Immo GmbH & Co KG; Rankweil	HD	100,00 %	100,00 %	10
VVG Vermietung von Wirtschaftsgütern Gesellschaft m.b.H.; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	872

¹⁾ Bei allen vollkonsolidierten Unternehmen liegt Kontrolle vor.

52) Einbezogene Unternehmen

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	gezeichnetes Kapital in EUR Tsd.
Österreichische Ärzte- und Apothekerbank AG; Wien	KI	15.482
VB-Beteiligung GmbH in Liqu.; Klagenfurt	SO	100
Verwaltungsgenossenschaft Österreichische Apothekerbank eG; Wien	SO	270
Volksbank Kärnten eG; Klagenfurt	KI	34.746
Volksbank Niederösterreich AG; St. Pölten	KI	27.203
Volksbank Oberösterreich AG; Wels	KI	21.192
Volksbank Salzburg eG; Salzburg	KI	12.558
Volksbank Steiermark AG; Graz	KI	69.504
Volksbank Tirol AG; Innsbruck	KI	20.430
VOLKSBANK VORARLBERG e. Gen.; Rankweil	KI	1.052
VOLKSBANK WIEN AG; Wien	KI	132.894
Waldviertler Volksbank Horn registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung; Horn	KI	738

53) Nichtkonsolidierte verbundene Unternehmen

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
"VB-Real" Projektentwicklungs Gesellschaft m.b.H.; Wels	HD	100,00 %	100,00 %	500
ARBEITSGEMEINSCHAFT Für WIRTSCHAFTS-PR UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IM STEIR. SALZKAMMERGUT GesnBR; Bad Aussee	SO	95,00 %	95,00 %	42
ARZ-Volksbanken Holding GmbH; Wien	HO	98,75 %	98,75 %	256
Atlas Bauträger GmbH; Feldkirchen (Ktn.)	SO	65,00 %	65,00 %	36
Atlas Beteiligungsgesellschaft mbH.; Feldkirchen (Ktn.)	SO	65,00 %	65,00 %	87
Cetium Immobilien GmbH in Liqu.; St. Pölten	SO	100,00 %	100,00 %	135
EVP Energieversorgung GmbH in Liqu.; Heidenreichstein	SO	99,99 %	99,99 %	35
Forum IC Leasinggesellschaft m.b.H.; Salzburg	FI	100,00 %	100,00 %	36
Freizeitcenter Betriebsführungs GmbH in Liqu.; Salzburg	SO	100,00 %	100,00 %	35
Hotel Erzherzog Johann Betriebsges. m.b.H.; Bad Aussee	SO	100,00 %	100,00 %	745
Immobilien Besitz- und Verwertungsgesellschaft mbH in Liqu.; Judenburg	HD	100,00 %	100,00 %	35
Immo-Contract Baden Maklergesellschaft m.b.H.; Baden	SO	100,00 %	100,00 %	175
IMMO-CONTRACT St. Pölten Maklergesellschaft m.b.H.; St. Pölten	SO	96,50 %	96,50 %	73
Immo-Contract Weinviertel GmbH; Mistelbach an der Zaya	SO	65,69 %	65,69 %	35
Meinhardgarage Gesellschaft m.b.H.; Innsbruck	SO	100,00 %	100,00 %	50
Meinhardgarage Gesellschaft m.b.H. & Co. KG; Innsbruck	SO	100,00 %	100,00 %	210
NEKRETNINE ADRIA d.o.o.; Rijeka	SO	100,00 %	100,00 %	3
Nordfinanz Vermögensberatung GmbH; Heidenreichstein	SO	99,99 %	99,99 %	150
Phönix Immobilien- und Bauträger GmbH; Graz	HD	100,00 %	100,00 %	35
REALCONSTANT Liegenschaftsverwertungs-Ges.m.b.H.; St. Pölten	SO	99,90 %	99,90 %	73
Realitäten Beteiligungs-GmbH; Schärding	SO	100,00 %	100,00 %	500
Resort Errichtungs- und Betriebsges.m.b.H.; Heidenreichstein	SO	99,76 %	99,76 %	42
Sporthotel Betriebsführungs GmbH; Salzburg	SO	100,00 %	100,00 %	35
Süd- und Weststeirische Immobilientreuhand GmbH; Graz	HD	100,00 %	100,00 %	35
TVB Bauträger Gesellschaft m.b.H. in Liqu.; Tulln	SO	100,00 %	100,00 %	36
UVB-Holding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
V.I.P. Volksbank Immobilienprojekte VOBA Treuhand- und Verwaltungsgesellschaft mbH & Co KG; Salzburg	SO	100,00 %	100,00 %	7
VB - REAL Volksbank Krems-Zwettl Immobilien- und Vermögenstreuhandgesellschaft m.b.H.; Krems an der Donau	SO	100,00 %	100,00 %	727
VB Buchführung GmbH; Ferlach	SO	100,00 %	100,00 %	36
VB ManagementBeratung GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	36
VB Real Estate Leasing Ismene GmbH; Graz	FI	100,00 %	100,00 %	36
VB Real Estate Leasing Viribus GmbH; Graz	FI	100,00 %	100,00 %	36
VB Realitäten Gesellschaft m.b.H.; Ferlach	SO	100,00 %	100,00 %	36
VBKA-Holding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
VOBA Treuhand- und Verwaltungsgesellschaft mbH; Salzburg	SO	100,00 %	100,00 %	37
Volksbank Salzburg Immobilien GmbH; Salzburg	SO	100,00 %	100,00 %	35
Volksbank Tirol Immobilien GmbH; Kufstein	SO	100,00 %	100,00 %	35
Volksbank Tirol Versicherungsservice GmbH; Innsbruck	SO	100,00 %	100,00 %	50
Volksbank Vorarlberg Immobilien GmbH & Co OG; Dornbirn	SO	100,00 %	100,00 %	109
VOME Holding GmbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	35
VVB Liegenschaftsvermietungsgesellschaft mbH & Co KG; Rankweil	HD	100,00 %	100,00 %	10
Wohn + Wert Realitäten GmbH; Graz	HD	100,00 %	100,00 %	100

*Abkürzung GesArt

KI	Kreditinstitut
FI	Finanzinstitut
HD	bankbezogener Hilfsdienst
SO, SH, HO	sonstige Unternehmen

Wien, 11. April 2018



DI Gerald Fleischmann
Generaldirektor

Digitalisierung, Generalsekretariat, MarktServiceCenter / KundenServiceCenter,
Organisation & IT, Personalmanagement, PR & Kommunikation, Private Banking / Treasury,
Retail, Revision, Verbundstrategie, Vertriebsmanagement / Marketing



Dir. Josef Preissl
Generaldirektor-Stellvertreter

Corporates, Immobilientöchter,
Real Estate, VB Services für Banken



Mag. Dr. Rainer Borns
Vorstandsdirektor

Controlling, Financial Data Steering,
Finanzen, Legal und Compliance



Dr. Thomas Uher
Vorstandsdirektor

Kreditrisikomanagement, Risikocontrolling,
Transition Kredit

BESTÄTIGUNGSVERMERK

BERICHT ZUM VERBUNDABSCHLUSS

Prüfungsurteil

Wir haben den Abschluss des Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG der

VOLKSBANK WIEN AG, Wien,

als Zentralorganisation und der zugeordneten Kreditinstitute (der Verbund) bestehend aus der Verbundbilanz zum 31. Dezember 2017, der Verbundgesamtergebnisrechnung, der Verbundgeldflussrechnung und der Entwicklung des Verbundeigenkapitals und der Geschäftsanteile für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Verbundanhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Verbundabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Kreditinstitute-Verbundes zum 31. Dezember 2017 sowie der Ertragslage und der Zahlungsströme des Kreditinstitute-Verbundes für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den im Regelwerk zum Verbundabschluss 2017 beschriebenen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Verbundabschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-Verordnung Nr 537/2014 (im Folgenden EU-VO) und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Verbundabschlussprüfers der VOLKSBANK WIEN AG für die Prüfung des Verbundabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Kreditinstitute-Verbund unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens-, bank- und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Hinweis auf sonstige Sachverhalte

Wir weisen darauf hin,

- dass der Verbundabschluss nach dem Regelwerk zur Erstellung des Verbundabschlusses 2017 aufgestellt wurde und
- allein dazu dient, die VOLKSBANK WIEN AG bei der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Vorgaben zu unterstützen und für andere Zwecke nicht geeignet ist.

Unser Prüfungsurteil ist in Hinblick auf diese Sachverhalte nicht eingeschränkt.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Verbundabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Verbundabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Werthaltigkeit von Forderungen an Kunden

Das Risiko für den Abschluss

Die Forderungen an Kunden stellen einen wesentlichen Posten der Bilanz dar. Der Buchwert der Forderungen an Kunden (brutto) beträgt zum 31. Dezember 2017 19.768,5 Mio EUR, ds 78,06 % der Aktiva in Höhe von 25.323,3 Mio EUR. Die Kreditrisikovorsorgen für Forderungen an Kunden betragen 362,0 Mio EUR.

Der Vorstand der VOLKSBANK WIEN AG beschreibt in der Note 3 f) die Vorgehensweise bei der Ermittlung der Risikovorsorgen.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Die pauschale Einzelrisikovorsorge und die Portfoliorisikovorsorge basieren auf statistisch berechneten Parametern, wie zum Beispiel historischen Ausfallswahrscheinlichkeiten und Verlustquoten.

Bei individuell signifikanten Forderungen wird der Berechnung der Höhe der Einzelwertberichtigung der Barwert der erwarteten Zahlungsströme, d.h. der erzielbare Betrag, zugrunde gelegt. Bei Forderungen, die ein definiertes Ausfallsereignis aufweisen und aufgrund ihrer Obligohöhe nicht dem individuellen Einzelwertberichtigungsprozess unterliegen, wird eine pauschale Einzelwertberichtigung gebildet. Für Forderungen, bei denen keine Ausfallsereignisse erkannt wurden, wird eine Portfoliowertberichtigung gebildet.

Das Risiko bei der Ermittlung der Kreditrisikovorsorge liegt in der Feststellung von Ausfallsereignissen und in der Einschätzung der erwarteten Zahlungsströme, unter Berücksichtigung der finanziellen Lage der Gegenpartei, der Bewertung von Kreditsicherheiten und den verwendeten statistischen Parameterannahmen. Die Kreditrisikovorsorgen sind daher mit erheblichen Unsicherheiten behaftet und stellen somit ein Risiko für den Abschluss dar.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Prozessdokumentationen und internen Richtlinien zur Vergabe, Überwachung und Bildung von Kreditrisikovorsorgen analysiert und beurteilt, ob diese geeignet sind, das Vorliegen von Ausfallsereignissen zu identifizieren und die Werthaltigkeit dieser Forderungen angemessen abzubilden. Wir haben die relevanten Schlüsselkontrollen erhoben, deren Ausgestaltung und Implementierung beurteilt und in Stichproben deren Effektivität getestet.

Im Bereich der Einzelwertberichtigungen bei individuell signifikanten Forderungen haben wir auf Basis einer Stichprobe von Krediten beurteilt, ob Ausfallsereignisse vorliegen und ob Einzelwertberichtigungen in angemessener Höhe gebildet wurden. Die Auswahl der Stichprobe erfolgte hierbei unter besonderer Berücksichtigung von Ratingstufen mit höherem Ausfallsrisiko. Im Falle von Ausfallsereignissen wurden die Einschätzungen zu Höhe und Zeitpunkt der künftigen Zahlungsströme und die getroffenen Annahmen auf ihre Angemessenheit hin beurteilt und anhand – sofern vorliegend – von externen Nachweisen wie Bewertungsgutachten oder Fortbestandsprognosen beurteilt.

Bei den pauschalen Einzelwertberichtigungen und den Portfoliowertberichtigungen haben wir die Modelle und die darin verwendeten Parameter – unter Berücksichtigung der Ergebnisse des durchgeführten Backtestings – dahingehend beurteilt, ob diese geeignet sind, Vorsorgen in angemessener Höhe zu ermitteln. Zur Unterstützung bei der Beurteilung der Angemessenheit der zur Ermittlung der Ausfallswahrscheinlichkeiten und Verlustquoten verwendeten Berechnungsmethoden haben wir unsere Finanzmathematiker als Spezialisten hinzugezogen. Dabei wurden insbesondere die Angemessenheit der verwendeten statistischen Modelle, die mathematischen Funktionsweisen und die Validierung der Parameter beurteilt. Die rechnerische Richtigkeit der Vorsorgen haben wir in Stichproben beurteilt. Weiters wurden die dem Berechnungsmodell zugrunde liegenden Systeme und Schnittstellen, hinsichtlich der vollständigen und korrekten Übernahme von Daten, von unseren IT-Spezialisten beurteilt.

Abschließend wurde beurteilt, ob die Angaben in den Notes zur Ermittlung von Wertberichtigungen für Kundenforderungen angemessen sind.

Ansatz von latenten Steuern für steuerliche Verlustvorträge

Das Risiko für den Abschluss

Zum 31. Dezember 2017 bestehen im Abschluss steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 584,2 Mio EUR. Unter Berücksichtigung des Körperschaftsteuersatzes von 25 % ergeben sich potenzielle aktive latente Steuern für Verlustvorträge in Höhe von 146,0 Mio EUR. Basierend auf den zukünftig erwarteten steuerlichen Ergebnissen wurden zum 31. Dezember 2017 aktive latente Steuern für Verlustvorträge in Höhe von 56,4 Mio EUR bilanziert.

Der Vorstand der VOLKSBANK WIEN AG beschreibt in Note 3 t) die Vorgehensweise bei der Bilanzierung der aktiven latenten Steuern für Verlustvorträge.

Der Ansatz aktiver latenter Steuern für Verlustvorträge ist in hohem Maße von den Einschätzungen durch den Vorstand über die Erzielung ausreichender steuerlicher Ergebnisse in der Zukunft und der Umkehrung passiver latenter Steuern abhängig. Die Einschätzung der Realisierbarkeit der steuerlichen Verlustvorträge, die im Wesentlichen die VOLKSBANK WIEN AG erwirtschaftet hat, erfolgt auf Basis der Unternehmensplanung und ist mit Unsicherheiten verbunden und stellt somit ein Risiko für den Abschluss dar.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Unsere Prüfungshandlungen umfassten die Beurteilung des Prozesses zum Ansatz aktiver latenter Steuern.

Wir haben die Annahmen, die bei der Prognose der künftigen steuerpflichtigen Ergebnisse getroffen wurden und die zur Realisation der aktiven latenten Steuern führen sollen, überprüft. Dazu haben wir die wesentlichen Inputparameter zur Prognose der künftigen steuerlichen Ergebnisse mit internen Planungsrechnungen und mit einem zum 31. Dezember 2017 erstellten externen Bewertungsgutachten der VOLKSBANK WIEN AG verglichen und beurteilt. Weiters haben wir die Angemessenheit der getroffenen Annahmen anhand externer verfügbarer Daten, wie beispielsweise gesamtwirtschaftlicher Prognosen und anhand von Ergebnissen der Vergangenheit in Hinblick auf ihre Planungsgenauigkeit beurteilt.

Abschließend wurde beurteilt, ob die Angaben in den Notes zu den aktiven latenten Steuern, insbesondere zu den noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen, angemessen sind.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Verbundabschluss

Die gesetzlichen Vertreter der VBW sind verantwortlich für die Aufstellung des Verbundabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den im Regelwerk zum Verbundabschluss 2017 beschriebenen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kreditinstitute-Verbundes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Verbundabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Verbundabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Kreditinstitute-Verbundes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter der Mitglieder des Kreditinstitute-Verbundes beabsichtigen, entweder die Mitglieder des Kreditinstitute-Verbundes zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Kreditinstitute-Verbundes.

Verantwortlichkeiten des Verbundabschlussprüfers der VOLKSBANK WIEN AG für die Prüfung des Verbundabschlusses

Unsere Ziele sind hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Verbundabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Verbundabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Verbundabschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Verbundabschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Verbundabschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen,

BESTÄTIGUNGSVERMERK

beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Verbundabschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit der Zentralorganisation und der zugeordneten Kreditinstitute durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit des Kreditinstitute-Verbundes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit der Zentralorganisation und der zugeordneten Kreditinstitute aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Verbundabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr des Verbundes von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Verbundabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Verbundabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir erlangen ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu den Finanzinformationen der Einheiten oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Kreditinstitute-Verbundes, um ein Prüfungsurteil zum Verbundabschluss abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Verbundabschlussprüfung. Wir tragen die Alleinverantwortung für unser Prüfungsurteil.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Verbundabschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Verbundabschlussprüfung erkennen, aus.
- Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben und tauschen uns mit ihm über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte aus, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.
- Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Verbundabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Bericht zum Verbundlagebericht

Der Verbundlagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Verbundabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Verbundlageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Verbundlageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Verbundlagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält zutreffende Angaben nach § 243a UGB und steht in Einklang mit dem Verbundabschluss.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Verbundabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über den Kreditinstitute-Verbund und sein Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Verbundlagebericht festgestellt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen beinhalten alle Informationen im Geschäftsbericht (Verbundbericht), ausgenommen den Verbundabschluss und den Verbundlagebericht und den diesbezüglichen Bestätigungsvermerk. Der Geschäftsbericht (Verbundbericht) wird uns voraussichtlich nach dem Datum des Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt.

Unser Prüfungsurteil zum Verbundabschluss deckt diese sonstigen Informationen nicht ab und wir werden keine Art der Zusicherung darauf geben.

In Verbindung mit unserer Prüfung des Verbundabschlusses ist es unsere Verantwortung, diese sonstigen Informationen zu lesen, sobald diese vorhanden sind und abzuwägen, ob sie angesichts des bei der Prüfung gewonnenen Verständnisses wesentlich in Widerspruch zum Verbundabschluss stehen oder sonst wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Zusätzliche Angaben nach Artikel 10 EU-VO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 18. Mai 2016 als Abschlussprüfer gewählt und am 12. Juli 2017 vom Aufsichtsrat mit der Verbundabschlussprüfung der Gesellschaft beauftragt. Wir sind ohne Unterbrechung seit dem Verbundabschluss zum 31. Dezember 2015 Verbundabschlussprüfer der VOLKSBANK WIEN AG.

Wir erklären, dass das Prüfungsurteil im Abschnitt „Bericht zum Verbundabschluss“ mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 der EU-VO in Einklang steht.

Wir erklären, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen (Artikel 5 Abs 1 der EU-VO) erbracht haben und dass wir bei der Durchführung der Verbundabschlussprüfung unsere Unabhängigkeit von den in den Verbundabschluss einbezogenen Unternehmen gewahrt haben.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Verbundabschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Walter Reiffenstuhl.

Verwendungsbeschränkung

Unser Bericht darf für keinen anderen Zweck als zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Vorgaben verwendet werden. Ansprüche dritter Personen können daher daraus nicht abgeleitet werden. Eine Weitergabe des Berichts bedarf unserer ausdrücklichen vorherigen Zustimmung.

Wien, am 11. April 2018

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Mag. Walter Reiffenstuhl
Wirtschaftsprüfer

TERMINOLOGIE UND IMPRESSUM

140 Terminologie

141 Impressum

TERMINOLOGIE

Volksbanken-Verbund

Zum Volksbanken-Verbund gehören neben den Banken des Kreditinstitute-Verbunds auch die Volksbank-Einlagensicherung eG sowie die Volksbank Vertriebs- und Marketing eG.

Kreditinstitute-Verbund gem. § 30a BWG

Der Kreditinstitute-Verbund setzt sich aus den Instituten der Primärstufe als Zugeordnete Kreditinstitute und der VOLKSBANK WIEN AG als Zentralorganisation zusammen.

Volksbank Primärstufe

9 regionale Volksbanken, 1 Spezialbank
(Österreichische Ärzte- und Apothekerbank AG)

Stand: Dezember 2017

VOLKSBANK WIEN AG

Ist eine der regionalen Volksbanken und gleichzeitig Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes.

Österreichischer Genossenschaftsverband

Revision und Interessenvertretung erfolgen im Volksbanken-Verbund durch den Österreichischen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) – kurz ÖGV. Darüber hinaus ist der ÖGV gemäß BWG gemeinsam mit der Volksbank Einlagensicherung eG für die Früherkennung bei seinen Mitgliedern zuständig. Ordentliche Mitglieder des ÖGV sind die Institute der Primärstufe sowie die Volksbank Einlagensicherung eG.

IMPRESSUM

VOLKSBANK WIEN AG
A-1090 Wien, Kolingasse 14-16
Telefon: +43 (1) 40137-0
e-Mail: kundenservice@volksbankwien.at
Internet: www.volksbankwien.at

Konzernberichtsteam und Redaktion:

Mag. Gudrun Zillich
Mag. Monika Bäumel
Mag. Christina Eder

Gestaltung und Produktion:

VOLKSBANK WIEN AG
A-1090 Wien, Kolingasse 14-16

Redaktionsschluss:

April 2018

Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der zur Verfügung gestellten Daten und Informationen kann trotz sorgfältiger Recherche und Erfassung keine Haftung übernommen werden.

Alle Bezeichnungen in diesem Bericht, die der besseren Lesbarkeit wegen ausschließlich in der männlichen Form verwendet wurden, gelten sinngemäß auch in der weiblichen Form.

